

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

VERBUNDEN MIT DER ZEITSCHRIFT

WELTPOLITIK &
WELTWIRTSCHAFT

VI. JAHRGANG

9.

HEFT / SEPTEMBER 1929

KARL HAUSHOFER

ZUM 60. GEBURTSTAG

27. August 1929

BERLIN / KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Herausgeber *Dr. K. Haushofer*, Honorarprofessor an der Universität, Gen.-Major a. D., München O 27, Kolberger Straße 18, Tel. 480444. *Dr. E. Obst*, o. Professor an der Techn. Hochschule, Hannover Scharnhorststraße 14, Tel. Nord 8185 und *Dr. O. Maull*, o. Professor an der Universität Graz, Hilmteichstraße 22, Tel. 2655

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

Herausgegeben von *A. Ball*, Berlin W 9, Linkstr. 25, Tel. Nollendorf 7348, unt. ständig. Mitarbeit von *Dr. Kurt Wiedenfeld*, Geh. Leg.-Rat, o. Prof. a. d. Univ., Leipzig, Kaiser-Wilhelm-Str. 80 u. Privatdoz. *Dr. Herm. Lautensach*, Gießen, Ostanlage 25. *Schriftleitung*: *Kurt Vowinkel*, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83, Tel. Pfalsburg 2354

VI. JAHRGANG / HEFT 9 / SEPTEMBER 1929

KARL HAUSHOFER ZUM 27. AUGUST 1929

<i>Erich Obst</i>	<i>Karl Haushofer</i> zum 60. Geburtstag	709
<i>A. Ritter von Ruith</i>	Das militärische Wirken <i>Karl Haushofers</i> ...	715
<i>M. Trautz</i>	<i>Karl Haushofer</i> in Japan 1908/1910	717
<i>Karl Duisberg</i>	Wirtschaft und Geopolitik	780
<i>März</i>	Geopolitische Tagesarbeit	722

GEOPOLITISCHE BERICHTERSTATTUNGEN:

<i>Erich Obst</i>	Berichterstattung aus Europa und Afrika	726
<i>Karl Haushofer</i>	Bericht über den indopazifischen Raum	733
<i>Otto Maull</i>	Berichterstattung aus der amerikanischen Welt	742

GEOPOLITISCHE UNTERSUCHUNGEN:

Alte Welt

<i>Kurt Wiedenfeld</i>	Wirtschaftspolitik und Staatenbildung	744
<i>Kurt Trampler</i>	Volksrechtliche Grundlagen eines neuen Europa	749
<i>Erich Obst</i>	Oberschlesien	756
<i>Werner Essen</i>	Litauens Grenzen	771
<i>Eurasiaticus</i>	Grenzprobleme Sowjetrußlands	776
<i>Hermann Lautensach</i>	Der politische Dualismus der Iberischen Halbinsel und seine geographischen Grundlagen ...	782
<i>Hermann von Wissmann</i>	Die europäische Konkurrenz im abessinischen Verkehrswesen	788

Indopazifische Welt

<i>Otto Maull</i>	Wiedererwachte, aufsteigende Welt	793
<i>Fritz Hesse</i>	Zur Geschichte und Bedeutung der Anglo-Persian Oil Co.	805
<i>Taraknath Das</i>	England und die indischen Fürsten	819
<i>Gustav Amann</i>	Chinas Eintritt in die Weltwirtschaft	817
<i>Heinrich Gattineau</i>	Europa und das australische Wirtschaftsproblem	821

Amerikanische Welt

<i>Franz Termer</i>	Deutsche und Nordamerikaner in Guatemala	830
<i>Ernst Samhaber</i>	Chile und die Vereinigten Staaten	846
<i>Gerhard Herrmann</i>	Amerikanische Wirtschaftspolitik	852

PREIS DIESES HEFTES RM. 4.—

Vierteljahr RM. 6.— / Jahrgang mit Register RM. 25.—

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Gustav Amann, Schanghai, 25 Kelmscott Gardens, z. Z. Freiburg i. Br., Zäsiusstr. — *Dr. Taraknath Das*, über Deutsche Bank, München — Geheimrat *Dr. h. c. Karl Duisberg*, Leverkusen b. Köln — *Dr. Werner Essen*, Volontärassistent am Anthropologischen Institut der Universität, München — *Eurasiaticus*, Moskau — *Dr. Heinrich Gattineau*, Leverkusen b. Köln — *Dr. Karl Haushofer*, Gen.-Major a. D., Honorarprofessor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 — *Dr. Gerhard Herrmann*, Leipzig, Burgstr. 14/III — *Dr. Fritz Hesse*, Berlin-Grünwald, Franzensbaderstr. 5 — *Dr. Hermann Lautensach*, Privatdozent a. d. Universität, Gießen, Ostanlage 25 — *Dr. Josef März*, Berlin-Wilmersdorf, Sächsische Str. 23 — *Dr. Otto Maull*, o. Professor a. d. Universität, Graz, Hilmteichstr. 22 — *Dr. E. Obst*, o. Professor a. d. Techn. Hochschule, Hannover, Scharnhorststr. 14 — *A. Ritter von Ruith*, Generalleutnant, München, Schönfeldstr. 7 — *Dr. Ernst Samhaber*, Santiago, z. Z. Berlin-Grünwald, Franzensbaderstr. 5 — *Dr. Franz Termer*, Würzburg, Maistr. 2/II — *Dr. Kurt Trampler*, München, Schriftleitung d. Münchener Neuesten Nachrichten — *Dr. M. Trautz*, Berlin-Schöneberg, Innsbrucker Str. 37 — *Dr. Kurt Wiedenfeld*, Geh. Legationsrat, o. Professor a. d. Universität, Leipzig, Kaiser-Wilhelm-Str. 80 — *Dr. Hermann von Wissmann*, Geographisches Institut der Universität, Wien

**KURT VOWINKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRÜNEWALD
HOHENZOLLERN DAMM 83**

DIE MITARBEITER MEINES VERLAGES UND
ICH SELBST – wir treten vor *Karl Haushofer* an seinem
Ehrentag mit unserem Glückwunsch und mit dem Dank
für sechs Jahre einer einzigartigen Arbeitsgemeinschaft.

Mit dem gleichen Sinn für treue Kameradschaft, der
überall sein Wesen kennzeichnet, mit einem klugen Ver-
stehen bis in die technischen Einzelheiten der gemein-
samen Arbeit hinein, mit seiner feinen und gütigen Art,
auch schwierige und verwickelte Dinge zu lösen, hat
Karl Haushofer bei jedem Einzelnen von uns das Gefühl
der Zusammengehörigkeit geweckt und durch die Jahre
lebendig erhalten. Dieses Gefühl ist stets da, wenn ein
Brief mit der wohlbekannten Schrift unter der Postsicht-
bar wird, es spricht unmittelbarer noch an, wenn wir
ihn sehen, mit ihm sprechen und beraten können.

Wie das Ergebnis unserer gemeinsamen Ar-
beit sich im Wachstum meines Verlages dar-
stellt, findet sich an anderer Stelle aufgezeichnet.

Für den Geist, mit dem *Karl Haushofer* unsere
Zusammenarbeit erfüllt hat, Zeugnis abzulegen im
Wort wie in diesem ihm gewidmeten Heft, ist mir
und meinen Mitarbeitern Freude und Stolz.

Kurt Vowinckel

KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH

DIES HEFT

soll *Karl Haushofers* Wesen und Wirken in seiner Viel-
falt und Eigentümlichkeit zeigen.

Der Herausgeber für das Referat „Alte Welt“, Prof.
Dr. E. *Obst*, besorgte die Herausgabe dieses Heftes und
faßt die Wünsche von Leserschaft, Mitarbeitern und Ver-
lag in seiner Würdigung von *Karl Haushofer* zusammen.

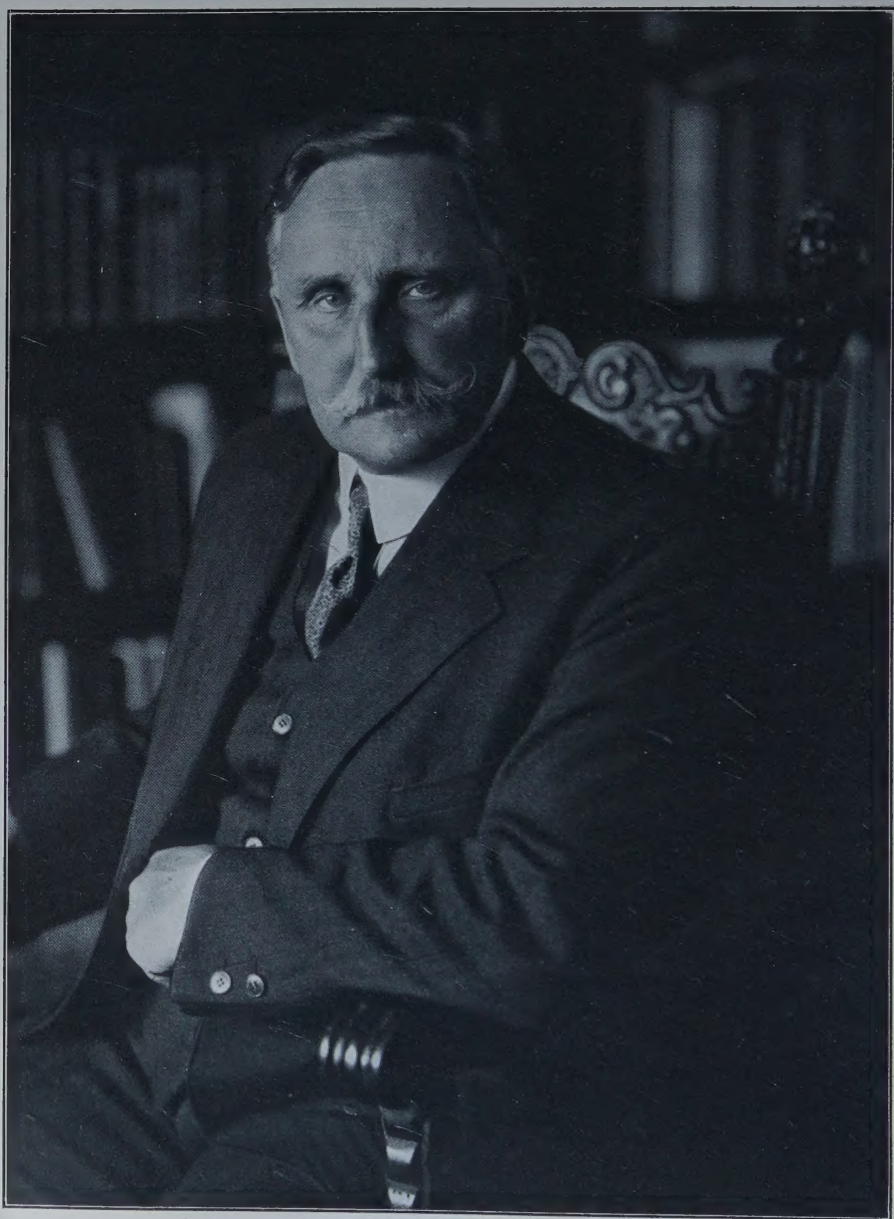
In die Reihe der Gratulanten stellen sich ein Kamerad
aus der Militärzeit, der Wehrkreiskommandeur Mün-
chen, Generalleutnant Ritter von *Ruith*, – ein Führer
der deutschen Industrie, Geheimrat Dr. h. c. *Duisberg*,

erster Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, — der Leiter des Japaninstitutes in Berlin, Dr. M. Trautz, ein Gefährte der für Karl Haushofers Wirken so wichtigen japanischen Zeit, — und sein erster Schüler, Dr. J. März, früher Sekretär des damaligen Reichswehrministers Dr. Geßler, jetzt Redakteur der Neuen Leipziger Zeitung.

Alle Untersuchungen in diesem Heft sind Karl Haushofer gewidmet. Voran die Mitarbeiter, Prof. Dr. E. Obst, Hannover, und Prof. Dr. O. Maull, Graz, Geheimrat Professor Dr. Kurt Wiedenfeld, Leipzig, und sein Helfer, Dr. G. Herrmann, Privatdozent Dr. H. Lautensach, Gießen, Dr. F. Termer, Würzburg, der in den ersten Jahren der „Zeitschrift für Geopolitik“, vor Antritt einer großen Auslandsreise, das Referat Amerika verwaltete, und Dr. F. Hesse, Schüler Karl Haushofers, früher Schriftleiter der Zeitschrift für Geopolitik, jetzt Redakteur der Telegraphen-Union, Berlin.

Aus dem großen Verbindungskreis Karl Haushofers treten drei Persönlichkeiten auf, die aktiv in das politisch-revolutionäre Leben großer Erdräume eingreifen: Dr. Taraknath Das, der von England verbannte indische Führer, Gustav Amann, unser deutscher Landsmann, der als Freund Sun Yatsens die chinesische Freiheitsbewegung vielfach gefördert hat, und Eurasiaticus, über dessen Persönlichkeit heute noch nichts gesagt werden kann.

Karl Haushofers Arbeit gilt der Jugend, mit der er und für die er wie wenige seiner Generation lebt. So mußte sie beherrschend in diesem Heft zu Worte kommen. Neben den obengenannten Schülern ist es Dr. Herrmann von Wissmann, der Sohn des großen Afrikaforschers, und Dr. Werner Essen; beide sind den wissenschaftlichen Anregungen ihres Lehrers als Geograph bzw. als Anthropologe gefolgt. Dr. J. März, Dr. F. Hesse und Dr. K. Trampler setzen die wissenschaftlich-politische Linie in der journalistischen Tagesarbeit fort, Dr. E. Samhaber, der Deutsch-Chilene und Dr. H. Gattineau, volkswirtschaftlicher Sekretär von Geheimrat Duisberg, wenden ihre wissenschaftliche Ausbildung im industriellen Leben praktisch-wissenschaftlich an.



Dr. K. Hanshofer

ERICH OBST:

Karl Haushofer zum 60. Geburtstag

Am 27. August tritt Karl Haushofer, der Begründer und Führer der Geopolitik in Deutschland, in das siebente Jahrzehnt seines an Arbeit wie an Erfolg gleich reichen Lebens. Es ist den Mitherausgebern und dem Verlag dieser Zeitschrift ein aufrichtiges Bedürfnis, dem nunmehr Sechzigjährigen ihre herzliche Verehrung zu bekunden und ihm zum 27. August 1929 die innigsten Glückwünsche darzubringen. Wir wählten als Ausdruck unserer Empfindungen die Form eines Haushofer-Festheftes, in dem Schüler und Mitarbeiter des Jubilars dankbaren Herzens Zeugnis ablegen wollen von der mannigfachen Befruchtung, die sie durch Karl Haushofer erfahren haben. Möge das Festheft seinen doppelten Zweck erreichen: dem Jubilar eine Freude zu bereiten, der Leserschaft einen Begriff von Leben und Wirken unseres verehrten Lehrers, Führers und Freundes zu vermitteln.

Als Sohn einer bayerischen, seit Generationen in München ansässigen Gelehrten- und Künstlerfamilie wurde Karl Haushofer am 27. August 1869 in München geboren. Sein Vater, Professor der Nationalökonomie an der Technischen Hochschule, siedelte nach dem frühen Tode seiner Frau mit den Kindern nach Schwabing über, wo die Großeltern Fraas einen weiträumigen Gartenbesitz ihr eigen nannten. Hier und auf der Fraueninsel im Chiemsee, wo regelmäßig die Sommerferien verbracht wurden, verlebte Karl Haushofer eine schöne und reiche Kindheit. Wissenschaftliche und künstlerische Anregungen aller Art strömten in Überfülle auf das feinempfindsame Kind ein, die dauernde Berührung mit der Natur weckte früh ein lebhaftes Interesse für Geographie, Geologie und Geschichte.

Nachdem Karl Haushofer 1887 das Maxgymnasium in München absolviert hatte, trat er als Fähnrich im 1. bayerischen Feldartillerie-Regiment in das Heer ein. Der sittliche Ernst, mit dem der junge Offizier seinem Beruf nachkam, der Weitblick, mit dem er alle ihm gestellten Aufgaben anpackte, die

glückliche Mischung von militärischer Begabung, hervorragender Allgemeinbildung und hohen gesellschaftlichen Fähigkeiten lenkten die Aufmerksamkeit seiner Vorgesetzten bald auf Karl Haushofer und bewirkten seine Abkommandierung zur Kriegsakademie, die er 1899 mit der Qualifikation zum Generalstab verließ. Im Jahre 1903 wurde Haushofer als Lehrer für Kriegsgeschichte in den Generalstab berufen und lehrte drei Jahre lang an der Kriegsakademie. Nachdem er in den Truppengeneralstab zurückgekehrt war, erreichte ihn das Schicksal, das für sein weiteres Leben so ungemein bedeutungsvoll werden sollte: die Kommandierung nach Japan zum Studium der japanischen Armee (1908). Zwei Jahre Dienst im Fernen Osten! Wie zauberhaft mag diese Nachricht auf einen Menschen wie Karl Haushofer gewirkt haben, auf ihn, den fremde Länder und fremde Völker von Jugend an gelockt hatten, dessen empfindsame Seele sich seit jeher danach gesehnt hatte, zu der tiefgewurzelten Heimatliebe den vorurteilslosen Einblick in fremde Kulturwelten zu gesellen.

Nach gründlicher Vorbereitung wurde endlich die Ausreise angetreten. Um das Glück voll zu machen, gestattete man Karl Haushofer, daß ihn seine Gattin (geb. Mayer-Doß) nach Ostasien begleitete. Der 1896 geschlossene Bund entwickelte sich dadurch zu jener einzigartigen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft, die alle Freunde des Hauses Haushofer auch jetzt immer wieder von neuem entzückt. In der Tat, das Lebensbild von Karl Haushofer wäre unvollständig, fände darin nicht seine Gattin, seine treue und unentwegte Mitarbeiterin, den ihr gebührenden Platz.

Ein viermonatiger Urlaub setzte Haushofer in den Stand, vor Antritt seines Kommandos in Japan ganz Vorderindien und einen Teil von Hinterindien zu bereisen und diesen Teil der Monsunwelt gründlich kennenzulernen. In Japan wurde er zunächst der Botschaft in Tokio zugeteilt, dann einem japanischen Regiment bei Kioto. Der militärische Dienst brachte Haushofer mit vielen führenden Persönlichkeiten des Mikadoreiches in Berührung, und es ist bezeichnend für den heutigen Jubilar, daß er sich im Fernen Osten rasch wirkliche Freunde erwarb und die aufrichtige Zuneigung dieser Japaner auch den Weltkrieg überdauerte. — Neben der gewissenhaften Erledigung der militärischen Aufgaben blieb Haushofer Zeit genug, auf zahlreichen Reisen, Wanderungen und Ritten große Teile des südlichen Japan, dann auch Korea, einen Teil der Mandschurei und des nördlichen China aus eigener Anschauung kennenzulernen. Die Welt der Monsunländer mit ihrer Fülle regionaler Differenziertheit erschloß sich Haushofer von Monat zu Monat stärker, immer

klarer wurden ihm die Beziehungen zwischen geographischer Raumausstattung und politischem Raumschicksal in diesem eigenartigen Erdteil. Mit einem gewaltigen und vielseitigen Beobachtungsmaterial beladen, trat Haushofer schließlich über Wladiwostok und Moskau die Heimreise an.

Schwere Erkrankung infolge einer Operation nötigte Haushofer zu einem längeren Urlaub. Die unfreiwillige Muße wurde dazu benutzt, um neben einigen kleineren Schriften jenes wehrgeographische Fundamentalwerk über Japan zu verfassen, das auf jeder Seite bereits den werdenden Geopolitiker verrät: „Dai Nihon, Betrachtungen über Großjapans Wehrmacht, Weltstellung und Zukunft“ (Berlin 1913). Bald darauf promovierte Haushofer summa cum laude zum Dr. phil. in Geographie, Geologie und Geschichte an der Münchener Universität mit einer Arbeit über den deutschen Anteil an der geographischen Erschließung Japans. Weitere wissenschaftliche Untersuchungen waren geplant bzw. im Gange, als die weltpolitische Lage sich immer gefahrdrohender zuspitzte und schließlich die große Kriegskatastrophe auslöste. Obwohl noch immer kaum recht wiederhergestellt, verstand es sich für Haushofer von selbst, daß er die Feder mit dem Schwert zu vertauschen habe, daß einmal noch der Geopolitiker hinter dem Offizier zurücktreten mußte.

Nur kurz gedenken wir hier der militärischen Tätigkeit Haushofers im Weltkriege. Überzeugt von der Schicksalhaftigkeit des unserem Volke aufgezwungenen Kampfes rückte er ins Feld, jetzt mehr denn je Leid und Freud ehrlich teilend mit jedem, der seiner Führung anvertraut war. Im Geiste treuester Kameradschaft ging er mit den Seinen in die Kämpfe von Lothringen und der Picardie, in Polen und an der Somme, in den Vogesen und in den Karpathen, um schließlich nach dem Zusammenbruch die 30. bayerische Reservedivision aus dem Elsaß nach Bayern zurückzuführen.

Wie sehr der unglückliche Ausgang des großen Krieges auf einem Manne vom Schlage Karl Haushofers lastete, kann nur der wahrhaft begreifen, der ihm in jener Zeit nahetrat. Trotzdem aber kam es gerade ihm am wenigsten in den Sinn, den Kopf hängen zu lassen und lediglich nur der schönen Vergangenheit nachzutrauern. Im Gegenteil, mehr und früher als sehr viele andere erkannte er die mangelnde weltpolitische Schulung des deutschen Volkes als eine der Ursachen dafür, daß unsere Weltkriegsgegner über uns triumphieren konnten. Hier mußte der Hebel angesetzt werden, um des geliebten Vaterlandes Wiederaufstieg einzuleiten. Die draußen in Ostasien gesammelten Erfahrungen und die Lehren des Weltkrieges mußten zu einem Ganzen verschmolzen werden,

mußten zu einem allgemeinen geopolitischen Lehrgebäude zusammengefügt werden, um den deutschen Menschen zu befähigen, sich ein richtiges Weltbild zu schaffen und dieses dauernd in Ordnung zu halten.

In diesem Geiste habilitierte sich Karl Haushofer im Jahre 1919 für Geographie an der Münchener Universität und wurde daselbst, nach Ablehnung eines Rufes an die Universität Tübingen, im Jahre 1921 zum Honorarprofessor ernannt. Mit ganzer Hingabe widmete er sich seiner Lehrtätigkeit, und alle, die ihm jemals zu Füßen saßen, werden die klugen und begeisternden Ausführungen des welterfahrenen Gelehrten niemals vergessen. Ein unvergängliches Denkmal setzte er sich zugleich durch seine schlichte und doch so warmherzige Menschlichkeit, die ihn immer wieder dazu trieb, sich um die wissenschaftlichen und persönlichen Nöte jedes einzelnen Studierenden zu kümmern und ihm in väterlicher Güte nach Möglichkeit zu helfen. — Daß Haushofers heißes Streben, die politischen Probleme in ihrer raumgebundenen Verwurzelung wissenschaftlich zu erfassen, nicht bei allen geographischen Fachgenossen sogleich das wünschenswerte Verständnis fand, focht den alten Kämpfer nicht sonderlich an. Nicht rechts, nicht links schauend und nach Möglichkeit jedem gerecht werdend, ging er den Weg, den vaterländisches Pflichtbewußtsein und wissenschaftliches Verantwortungsgefühl ihn einschlagen hießen.

Eine stattliche Reihe von Aufsätzen und Büchern, die fast durchweg im Ausland außerordentlich viel mehr Würdigung fanden als daheim (vgl. das Schriftenverzeichnis am Schluß dieser Zeilen), lenkte die Aufmerksamkeit des jungen, nach Berlin übersiedelten rheinischen Verlegers Kurt Vowinckel auf Karl Haushofer. Beide besprachen den Plan der „Zeitschrift für Geopolitik“ und kamen zu dem Entschluß, den kühnen Wurf zu wagen (1924). Wir alle, die wir bei der Gründung mitwirken durften, werden es nicht vergessen, mit welcher Klarheit und Sicherheit Haushofer die Wege wies, mit welcher Zukunftsgewißheit er uns alle zu erfüllen wußte. Aus kleinen Anfängen heraus, von den geographischen Fachgenossen anfangs vielfach belächelt, entwickelte sich die „Zeitschrift für Geopolitik“ sehr rasch zu einem im In- und Ausland geschätzten Organ wissenschaftlicher Politik. Ihm galt nun in erster Linie Haushofers ganze Kraft, und sein Verdienst ist es in erster Linie, wenn die „Zeitschrift für Geopolitik“ sich den heute gewonnenen Platz erkämpfte. Wer die Bände unserer Zeitschrift durchstudiert, wird immer und immer wieder auf die wertvollen Beiträge Haushofers stoßen und sein heißes Bemühen erkennen, die Beziehungen zwischen Mitteleuropa und den Monsunländern auf eine neue Grund-

lage zu stellen. Seine Berichte und Aufsätze aus dem indopazifischen Raum verfehlen ihre nachhaltige Wirkung selbst auf den nicht, der sich erst allmählich an den ungewollt eigenwilligen Stil Haushofers gewöhnen muß.

Dem unbändigen Schaffensdrang Karl Haushofers genügte aber selbst die sehr zeitraubende und mühevollen Redaktion der „Zeitschrift für Geopolitik“ noch nicht völlig. In Wort und Schrift trat er auch sonst für die Verbreitung geopolitischen Wissens und geopolitischer Problemstellung ein und entfaltete eine fruchtbare Tätigkeit auf dem Gebiete auslanddeutscher und grenzdeutscher Arbeit. Wir streifen hier nur gleichsam im Vorbeigehen seine maßgebende Mitarbeit an der Deutschen Akademie in München, wir verfolgen die mannigfachen Vortragsreisen des Uermüdlichen, wir bestaunen die Fülle von Aufsätzen, Besprechungen usw., zu denen er bei alledem noch Zeit findet. Und was das Köstlichste ist: unter der gewaltigen Arbeitslast leidet sein Familienleben nicht im mindesten. Jedesmal, wenn man in seinem gastlichen Heim Einkehr hält, ist man von neuem ergriffen von jener entzückenden Art, mit der Karl Haushofer sich daheim einzurichten weiß. Wie leuchten seine Augen, wenn er von der treuen und hingebungsvollen Mitarbeit seiner Gattin erzählt! Mit welcher rührender Vaterliebe verfolgt er die Entwicklung seiner beiden Söhne Dr. Albrecht Haushofer (Geograph) und Dr. Heinz Konrad Haushofer (Landwirt)!

In aufrichtiger Verehrung wird sich ihm am 27. August der Kreis der Familie, der Freunde und Schüler nähern, um ihm zum 60. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche darzubringen. Möge Karl Haushofer an diesem Tage mehr als sonst spüren, daß auch die innigsten Wünsche der Leserschaft, des Verlags und der Mitherausgeber dieser Zeitschrift den Weg zu ihm suchen. Möge ihm, der jetzt auf der Höhe des Schaffens steht, vergönnt sein, in den nächsten Jahrzehnten sich erfüllen zu sehen, was wir Herausgeber der Zeitschrift einst gemeinsam als Wunschziel formulierten:

„Die Geopolitik will und muß zum geographischen Gewissen des Staates werden.“

*Anhang*VERZEICHNIS DER BISHERIGEN SCHRIFTEN UND DER WICHTIGSTEN AUFSÄTZE
VON KARL HAUSHOFER

1. Die geographischen Grundlagen der japanischen Wehrkraft. Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft München 1911.
2. „Dai Nihon“, Betrachtungen über Großjapans Wehrmacht, Weltstellung und Zukunft. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1913.
3. Der deutsche Anteil an der geographischen Erschließung Japans und des subjapanischen Erdraums und deren Förderung durch den Einfluß von Krieg und Wehrpolitik. Mitteilungen der Geogr. Ges. München 1914.
4. Die politischen Parteien in Japan und ihre Stellung zu den Wehrfragen. Berlin, Marine-Rundschau Juli 1914.
5. Die geographischen Grundlagen der japanischen Reichsentwicklung. Leipzig, Hettner's Geogr. Zeitschrift 1920.
6. Zur Geopolitik des fernen Ostens. „Wissen und Wehr“, Berlin 1920.
7. Das japanische Reich in seiner geographischen Entwicklung. Wien, Seidel & Sohn, 1921.
8. Die geopolitische Tragweite der Rheinfrage. Berlin, Deutsche Rundschau 1922.
9. Die Weichsel, eine gefährdete Wirtschaftsstraße. Deutsche Rundschau 1923.
10. Japan und die Japaner. Eine Landeskunde. Leipzig, Teubner, 1923.
11. Südasiens Wiederaufstieg zur Selbstbestimmung. München-Leipzig, Rösl & Co. (später Vowinkel, Berlin), 1923.
12. Das Wissen von der Grenze und die Grenzen des deutschen Volkstums. Berlin, Deutsche Rundschau 1924.
13. Geopolitik des pazifischen Ozeans. Studien über die Wechselbeziehungen. Berlin, Vowinkel, 1. Aufl. 1925, 2. Aufl. 1928.
14. Politische Erdkunde und Geopolitik. In der v. Drygalski-Festschrift „Freie Wege der vergleichenden Erdkunde“. München, Oldenburg, 1925.
15. Die geopolitische Betrachtungsweise grenzdeutscher Probleme. In dem Sammelband „Volk unter Völkern“. Leipzig, Hirt, 1925.
16. Geopolitik und Völkerpsychologie in den Wendungen der chinesischen Frage. München, „Zeitwende“ 1926.
17. China und Japan. In Andree — Heiderich — Sieger: Geographie des Welthandels. Wien, Seidel & Sohn, 1926.
18. Das erwachende Asien. Süddeutsche Monatshefte 1926.
19. Geopolitik der Donau. „Volk und Reich“. Berlin 1926.
20. Geographische Grundzüge auswärtiger Politik. Süddeutsche Monatshefte, München 1927.
21. Geopolitik des bayerischen Staats- und Volksbodens. In „Das Land Bayern“. München, München-Augsburger Abendzeitung.
22. Politische Aufgaben Bayerns aus seiner Gefahrlage zwischen Rhein-Glacis, Böhmerwald und Alpenfront. Berlin, „Volk und Reich“ 1927.
23. Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung. Berlin, Vowinkel, 1927.
24. Das Japanische Reich. In Gerbing „Das Erdbild der Gegenwart“. Leipzig, List und v. Bressendorf, 1927.
25. Geopolitik des Rheins. „Volk und Reich“ 1927.
26. Zur Geopolitik der Rheinlande. In „Der Rhein, sein Lebensraum, sein Schicksal“. Berlin, Vowinkel, 1928.
27. Zur Geopolitik des Pazifischen Ozeans. In der Hans Meyer-Festschrift „Koloniale Studien“. Berlin, Reimer-Vohsen, 1928.
28. Verschiedene Aufsätze in „Bausteine zur Geopolitik“. Berlin, Vowinkel, 1928.
29. Geopolitik der Pfalz. Berlin, „Volk und Reich“ 1928.
30. Die Bedeutung der südlichen Grenzzone für die volksdeutsche Arbeit. Hamburg, Grenzdeutsche Rundschau 1929.

A. RITTER VON RUTH:

Das militärische Wirken Karl Haushofers

Als im Sommer 1887 der 18jährige Sohn Karl des Universitätsprofessors Max Haushofer in München das Gymnasium absolvierte, dachte er wohl noch nicht daran, daß ein großer Teil seines Lebens dem Soldatenberuf gewidmet sein würde. Einer alten Dichter- und Gelehrtenfamilie entsprossen, wollte er zunächst nur seiner Dienstpflicht als Einjährig-Freiwilliger genügen, um sich dann ohne Störung dem Hochschulstudium hingeben zu können.

Aber es kam anders. Am 1. Oktober 1887 beim 1. bayerischen Feldartillerie-Regiment eingetreten, fand Haushofer alsbald Gefallen an soldatischer Betätigung und entschloß sich zur Offizierslaufbahn. Die Kriegsschule absolvierte er mit der damals nur den Allerbesten zuteil werdenden „Allerhöchsten Belobung“, die Artillerieschule „unter Zuerkennung der Befähigung für Verwendung in bevorzugten Dienststellungen“, — nach nur 6½jähriger Offiziersdienstzeit wurde er zur Kriegsakademie kommandiert und erwarb sich hier die Befähigung zum Generalstab und „in hervorragender Weise für das Lehrfach“.

Während seines Kommandos zur Kriegsakademie fand Haushofer in Fräulein Martha Meyer-Doß die Lebensgefährtin, die dazu berufen war, den Platz an der Seite dieses hochbegabten, von den vielseitigsten Interessen beseelten und von höchster idealer Lebens- und Berufsauffassung getragenen Mannes auszufüllen.

Mit dem Ergebnis des Kommandos zur Kriegsakademie war die Leitlinie für die weitere Entwicklung Haushofers im Offiziersberuf gegeben. In den folgenden 13 Jahren gehörte er nur 2½ Jahre der Truppe als Batteriechef in seinem Stammregiment an, im übrigen dem Generalstabe in verschiedenen Stellungen, unter denen seine mehr als dreijährige Tätigkeit als Lehrer für Kriegsgeschichte an der Kriegsakademie in erster Linie zu nennen ist.

Noch als Generalstabsoffizier wurde er zu dienstlichen Studien auf 2 Jahre nach Japan kommandiert, wohin ihn seine Gattin begleitete und wo wohl der Grund für die spätere Wendung in seinem Berufsleben gelegt wurde.

Im Sommer 1911 kehrte Haushofer wieder in den Frontdienst zurück, um im 11. bayerischen Feldartillerie-Regiment eine Abteilung zu übernehmen. Aber eine schwere Erkrankung zwang ihn, sich schon im Frühjahr 1912 für längere Zeit beurlauben zu lassen. Seine unfreiwillige Muße benutzte er zur Ablegung der Doktorprüfung, und er wäre vielleicht schon damals nicht

mehr in den aktiven Militärdienst zurückgekehrt, wenn ihn nicht der Ausbruch des Weltkriegs veranlaßt hätte, sich trotz seiner noch keineswegs voll gefestigten Gesundheit zum Dienst bei seiner Waffe zur Verfügung zu stellen. Er hat dann den Weltkrieg auf den Kriegsschauplätzen im Westen und Osten als Abteilungs-, Regiments- und Brigadekommandeur von Anfang bis zu Ende mit Auszeichnung mitgemacht und sich erst nach der Rückkehr in die Heimat der akademischen Laufbahn zugewandt. —

General Haushofer hat in mehr als 30jähriger Dienstzeit im deutschen Heere sich große Verdienste um die Armee erworben, die vor allem auf dem Gebiet der Erziehung und taktisch-operativen Ausbildung des jungen Generalstabes liegen und in dieser Hinsicht im Weltkriege ihre unverkennbaren Früchte getragen haben. Es wäre aber verfehlt und unvollständig, in ihm nur den militärischen Lehrmeister erblicken und verehren zu wollen. Er war auch persönlich mit Leib und Seele Soldat, und er hat nicht nur zu den Herzen seiner Hörer an der Kriegsakademie und seiner Kameraden, sondern, was schwerer und seltener war, auch zu denen seiner Mannschaften den Weg gefunden und steht noch heute zu so manchem von ihnen in persönlicher Beziehung.

Was ihn aber am weitesten über den Durchschnitt seiner Kameraden und Lehrerkollegen emporhob, war seine Fähigkeit, die Psyche des Soldaten, die Psyche des Kriegers zu studieren und seinen Schülern näherzubringen. Er studierte und lehrte nicht, wie so viele andere, nur das Abstrakt-Mathematische, das Nüchtern-Tatsächliche am Kriege, er entwickelte die kriegesischen Ereignisse aus der Umwelt und aus den Persönlichkeiten heraus und hauchte seinen Vorträgen damit Seele und Leben ein. Wer bei ihm Kriegsgeschichte gehört hatte, dem waren die meisten ersten Eindrücke des Weltkrieges, die so viele von uns bestürzten und verwirrten, nichts Neues mehr. Sie hatten bei Haushofer schon im Frieden gelernt, diese Eindrücke zu werten und zu meistern.

Verfasser dieser Zeilen gedenkt noch oft einer Episode aus der ersten Schlacht, die er im Weltkriege mitmachte, der Schlacht in Lothringen am 20. August 1914. Kurz nach Beginn des Kampfes kamen aus einem nahe gelegenen Walde zahlreiche Verwundete zurückgelaufen mit der Botschaft: „Alles ist verloren, die Brigade Kneußl ist vernichtet, die Franzosen kommen gleich hinter uns!“ Auch andere Meldungen deuteten auf eine Katastrophe im Walde hin, aus dem heftiges Gewehr- und Maschinengewehrfeuer erschallte. In diesem Augenblick gedachte ich der Lehre Haushofers, daß in der Hitze des Gefechts, namentlich bei Beginn eines Krieges und bei kriegsungeübten Truppen die Meldungen

aus der Front meist weit übertrieben und höchstens zu 50 % als zutreffend zu bewerten seien. Diese Erinnerung gab mir die dringend nötige Ruhe zurück — und Haushofers Lehre erwies sich in den folgenden Stunden bereits als richtig.

Auch von anderen Kameraden, die mit mir Haushofers Schüler gewesen waren, sind mir ähnliche Erlebnisse aus dem Kriege erzählt worden.

Das militärische Wirken Professor Haushofers konnte im vorstehenden nur in ganz allgemeinen Zügen und nichts weniger als erschöpfend gezeigt werden. Wir hoffen und sind überzeugt, daß er mit Befriedigung und Stolz auch dieser Zeit seines Lebens gedenkt, und wir möchten glauben, daß sie auch nicht ganz ohne Wert war für seinen heutigen Beruf.

In den dankerfüllten Herzen seiner ehemaligen Schüler, Kameraden und Untergebenen aber lebt er auch jetzt noch als einer der unsrigen, dessen persönlichen Einfluß auf die Gestaltung unseres Lebens wir nie vergessen werden.

F. M. TRAUTZ

K. Haushofer in Japan 1908—1910

Bis Ende September 1908 war Haushofer als Divisionsgeneralstabsoffizier in den Kaisermanövern in Südwestdeutschland gewesen, da wurde er, ohne jede Vorbereitung und ohne Studium am Orientalischen Seminar, als erster Vertreter des bayerischen Generalstabes, zu dem (in Preußen bereits eingeführten) Kommando nach Japan berufen. Im Unterschied zu seinen preußischen Kameraden durfte er seine Gattin mitnehmen, die ihm mehr als nur Begleiterin eine „treue Gefährtin im Erleben und Gehilfin beim Gestalten“ alles dessen wurde, was er an geistigen Ergebnissen von seinem zweijährigen Kommando nach Hause zu bringen berufen war, hatte doch Frau Haushofer einige Zeit gehabt, um sich in die japanische Umgangssprache einzuarbeiten, nur aus Büchern und ohne Lehrer auch eine bemerkenswerte Leistung.

Der Abreise im Oktober 1908 folgten zuerst vier Urlaubs- und Reisemonate durch Vorderindien und Birma, eine herrliche Einführung in den Geist des so eng verbundenen mittleren und fernen Ostens, wie jeder verstehen wird, den einmal der Seeweg um den asiatischen Kontinent herumführte.

Februar und März 1909 in Tokio bei der Botschaft genügten, um den gesellschaftlichen offiziellen Betrieb in der modernen japanischen Hauptstadt mitgemacht zu haben. Dann stand noch fast ein halbes Jahr zur freien Verfügung, um durch Reisen im Innern Japans Land und Leute kennenzulernen und den

angeborenen Blick zu üben für das viele Merkwürdige, Eigenartige und doch auch wieder so vieles menschlich mit uns Gemeinsame, was Japan auszeichnet. In Begleitung eines japanischen Studenten und bald der Sprache genügend mächtig, kam Haushofer leicht in Fühlung mit Japanern aus allen Schichten der Bevölkerung. Größere Fußwanderungen führten ihn und seine Gattin durch das ganze mittlere und südliche Hondo, insbesondere das historisch wunderbare Kamigata, rings um die Inlandsee und quer durch Kyushu mit Nagasaki und Beppu, Hikosan und Yabakei und auf den Vulkan Asosan — vielfach weit ab von den Pfaden der Globetrotter, für die gedankenreichen, literarisch wohl-vorbereiteten Reisenden reiche Anschauung und Vergleichsmöglichkeiten bietend.

Erst Ende August 1909 erfolgte die Zuteilung Haushofers zum japanischen Divisionsstab in Fushimi, südlich Kyoto, der alten Hauptstadt mit ihrer zauberhaften Umgebung. Besonders begeisternd als erster Eindruck war der japanische Herbst in seiner unvergleichlichen Schönheit durch die reichen Farben, die bei Fushimi und dem uralten Tempel Todaiji der Ahorn zeigt und die ihm den Namen Aki no nishiki (Brokat des Herbstes) eingetragen haben.

Schon im September ließ der japanisch-chinesische Eisenbahnkonflikt Haushofer eine neue, höchst instruktive Reise antreten, durch Korea und die Mandschurei nach Peking. Noch bestand im Anschluß an die normalspurige koreanische Bahn von Antung nach Mukden der behelfsmäßige Bahnbau des „Amposen“, eine Schmalspurbahn aus dem russisch-japanischen Kriege, die — ohne Nachtbetrieb — auf zahlreichen Kunstbauten mit komplizierter Linienführung, aber ohne Tunnel, über das südmandschurische Bergland führte, das stellenweise nur vom — „Eichenspinner“, dem bekannten Lieferanten der Tussorseide, „bewohnt“, auch landschaftlich, namentlich am Yalu, beim Kaulimön (s. Richthofen, II, 88 und 161), bei Kokko und Sokako, sehr reizvolle Stellen hat. Allerlei Reiseabenteuer stellten den Humor und die Geistesgegenwart auf die Probe. Mukden, ein etwas provinziales Klein-Peking, und schließlich die chinesische Hauptstadt selbst zeigten sich von der besten Seite. Mit dem ganzen Pomp des damaligen kaiserlichen China wurde gerade die Eröffnung der Bahnstrecke nach Kalgan gefeiert. Ritte in die Westberge und zur großen Mauer vollendeten den eindrucksvollen, wenn auch kurzen Besuch.

Dann riefen Schießübungen in Aibano und Manöver südlich des Biwasees Haushofer nach Japan zurück. Über eine später folgende Winterübung hat er nach seiner Heimkehr im Militärwochenblatt berichtet (ins Englische übersetzt). Vieles militärisch Bedeutsame hat Haushofer dann noch gesehen und

erlebt bis zu seiner Heimkehr im Sommer 1910, was hier nicht erwähnt werden kann, ist doch hier im Rahmen der äußeren Erlebnisse mehr auf die innere Bedeutung dieses Kommandos für Haushofers Nachkriegsarbeit hinzuweisen.

Gerade dafür war die im Spätherbst 1909 bezogene ländlich stille Wohnung im „Senyuji no uchi“, einem zum Tempel Senyuji gehörigen Priesterhaus, oberhalb von Fushimi im Walde gelegen, von besonderer Bedeutung. Bei Haushofers Vorgänger, dem unvergeßlichen, als Oberstleutnant an der Westfront gefallenen Hauptmann im Generalstab F. Henz, hat der Schreiber dieser Zeilen selbst längere Zeit dort gewohnt. Das Kwannon-Tempelchen, der Inari-Schrein, das Teehaus und der Garten mit dem Teich, Hof und Pferdestall sind ihm ganz genau in Erinnerung. Der herrliche Blick über die alte Kaiserstadt mit ihren 10000 Tempeln, über das weite, stadterfüllte und doch grüne Tal nach dem Atagoyama bis dort, wo in leichtem Dunst die Konturen der Berge im Westen verschwimmen, alles dies war besonders geeignet, fein empfindenden Menschen den Zauber des japanischen Lebens nahezubringen. So unendlich viel näher als das unsrige spielt es sich ab an, mit und in der Natur mit allen ihren dort oft gewalttätigen und dann wieder zarten Seiten, mit ihrer Schönheit in Farben und Formen, ihrem Zauber in Lichtern und in Tönen. Wo der japanische Kuckuck (Hototogisu) und die japanische Nachtigall (Uguisu) ihren charakteristischen Ruf ertönen lassen, wo Grillen und Heimchen stundenlang fröhlich zirpen, wo an wunderbaren Herbstabenden die Leuchtkäferchen zu tausenden durch die Nacht schwirren, bis der fast taghell scheinende Herbstmond sie verdunkelt, wo um unsere Weihnachtszeit herum schon die Pflaumenblüte mit ihrem süßen, unvergleichlichen Duft Herz und Sinn auf den kommenden Frühling hinlenkt! — Hier denkt der Schreiber dieser Zeilen dankbar eines Weihnachtsfestes von eigener Stimmung im Senyuji no uchi bei Haushofer und der gütigen und geistvollen „Tempelfrau“.

Übrigens wohnten dort außer dem verheirateten Boy noch andere Familien, im ganzen gegen 20 Menschen, mit denen von Haushofers bald ein ausgezeichnetes, ja herzliches Einvernehmen hergestellt war — von Dauer, denn mit der ersten Post nach dem Kriege empfing Haushofer von seinem damaligen japanischen Burschen einen rührenden Brief. Treue und Freundschaft, die er und seine Gattin überall zu säen wußten, haben auch dort trotz der verschiedenen Rasse herzliche Erwidern gefunden. Namentlich auch unter den japanischen Offizieren hat Haushofer noch heute zahlreiche liebe und verehrte Freunde. Seine ehrliche Achtung vor fremder Eigenart, wie vor allem, was den

Japanern heilig war, seine wirkliche Güte und Feinheit der Empfindung, seine nie laute Art waren die Schlüssel, die ihm auch die Herzen scheuer und zurückhaltender Japaner geöffnet haben, und dahinter der Ernst und die Würde, mit der er seine militärische und wissenschaftliche Aufgabe dort erfüllte, und mit der er gleichzeitig dem von ihm vertretenen Volke Ehre machte. So waren er und seine Gattin nie die eingebildeten, sich überlegen dünkenden Europäer in dem fremden Lande mit seiner andersartigen, aber doch auch naturgewachsenen alten echten Kultur und Geistesart.

Einen ausgezeichneten Niederschlag fand diese reiche gebende und empfangende, lernende und forschende Tätigkeit in einem der schönsten Bücher, die jemals über Japan geschrieben worden sind: Dai Nihon, Betrachtungen über Groß-Japans Wehrkraft, Weltstellung und Zukunft, Berlin, Mittler, 1913. Die Frische der Eindrücke, die in diesem Buche niedergelegt sind, spricht packend zum Leser. Auch gegenüber Haushofers späteren, wissenschaftlicheren und systematischeren Büchern steht es noch heute, an innerem Wert unvermindert, da Gedanken und Anschauung verbinden sich darin zu einem hohen Reichtum von Erkenntnissen, wert immer wieder gelesen zu werden.

Ohne eine Ahnung davon zu haben, was ihm später beschieden sein würde, hat Haushofer mit diesem Buch schon vor dem Kriege sich als der geborene Hochschullehrer ausgewiesen. Ihm fehlen auch heute nicht, wie Schlieffen vom großen Moltke sagt, „zum zünftigen Gelehrten nur die akademischen Jahre und die Titel Doktor und Professor“.

So ist Haushofers Kommando in Japan 1908/10 für ihn zum bestimmenden Ereignis für sein späteres Leben geworden, wo er, vom Einzelnen zum Allgemeinen fortschreitend, als Geograph und Geopoliker einer der geistvollsten und begeisterndsten Lehrer seines Volkes wurde — in multos annos!

C. DUISBERG:

Wirtschaft und Geopolitik

Wir Deutschen sind heute mehr denn je gezwungen, unsere Ausfuhr zu steigern. Nicht allein, um unsere drückenden Verpflichtungen zu erfüllen, sondern vor allem, um wieder eine gesunde wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung auf die Dauer sicherzustellen. Jede Ausfuhrentwicklung setzt aber eine genaue Kenntnis der wirtschaftlichen und politischen Grundlagen und Verhält-

nisse der Länder und Völker voraus, mit denen sich der Handelsverkehr entwickeln und steigern soll. In den asiatischen Ländern stellt die große Umwälzung seit dem Kriege Europa und damit auch uns Deutsche vor ganz neue Probleme. Nur wer den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen weiß, wird seine Stellung im Handel mit Asien behaupten und ausbauen können. Wir Deutschen sind in der Anerkennung des neuen China vorausgegangen und haben uns damit eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung unserer dortigen Handelsbeziehungen gesichert. Voraussetzung hierfür ist und bleibt aber die Notwendigkeit, alle Vorgänge im Fernen Osten aufs aufmerksamste zu verfolgen und uns eine genaue Erkenntnis ihrer Voraussetzungen schaffen.

Hier muß, wie auf so vielen Gebieten, die Wirtschaft mit der Wissenschaft Hand in Hand gehen. Wissenschaftliche Erkenntnis bereitet auch hier den Boden für auf die Dauer richtige wirtschaftliche Entschlüsse. Professor Haushofer ist mit seinen Schriften über den Pazifischen Ozean, Japan und China in Deutschland führend vorangegangen. Die Wirtschaft verdankt seiner klaren Erkenntnis und wissenschaftlichen Forschung die wertvollsten Anregungen für ihre Einstellung zum raschen Wandel der Verhältnisse im erwachenden Asien; wie überhaupt die junge geopolitische Wissenschaft für die genaue Kenntnis der fremden Länder und Völker und damit der Auslandsmärkte schon viel geleistet hat. Auf meinen Weltreisen habe ich mich oft gefreut, aus eigener Anschauung die Bestätigung der Haushoferschen Gedankengänge zu finden.

Neben seiner wissenschaftlichen Forschertätigkeit hat es Haushofer aber nie versäumt, ein offenes Herz für alle Nöte und Sorgen unserer studentischen Jugend zu haben und ihr ein wahrer Führer zu sein. Auch aus diesem Grunde hat es Haushofer verdient, daß zu seinem 60. Geburtstag auch die Wirtschaft ihre Glückwünsche übersendet. Er hat es verstanden, unsere Jugend aus der Raumenge, in die uns der unglückliche Kriegsausgang gepreßt hat, wenigstens geistig herauszuführen und ihr die Raumweite der Welt näherzubringen. Beizeiten lernen seine Schüler, über die heimischen Grenzpfähle hinauszusehen und die Vorgänge in der Welt mit Interesse zu verfolgen. Die Kenntnisse und Erfahrungen, die sie bei ihrem Lehrer gesammelt haben, werden sie später in ihrem Beruf zum Nutzen unseres Volkes und unserer Wirtschaft verwerten können.

Wenn wir unser altes Ansehen in der Welt wiedergewinnen und unserer Wirtschaft einmal wieder eine Blütezeit erringen können, dann verdanken wir das auch Haushofer, dem erfolgreichen Wissenschaftler und getreuen Eckehard der heranwachsenden Generation.

JOSEF MÄRZ:

Geopolitische Tagesarbeit

Die geopolitische Pionierarbeit Karl Haushofers, des Lehrers wie des Publizisten, hat einen Einfluß auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung ausgeübt, der zwar deutlich zu erkennen ist, über dessen Umfang man sich aber bisher noch nicht bewußt ein Urteil gebildet hat. Ein Angehöriger der deutschen Tagespresse unternimmt hier den Versuch, diese Lücke auszufüllen; er darf sich an diese Aufgabe mit einem gewissen Recht wagen, denn er glaubt die große deutsche Presse, als Außenpolitiker und Leitartikler einer angesehenen Zeitung, hinreichend zu kennen; er hat Tag für Tag Gelegenheit, alle wichtigeren Organe und periodischen Druckerzeugnisse auch unter dem Gesichtspunkt seiner besonderen Interessen durchzuarbeiten. Diese besonderen Interessen werden aber dadurch gekennzeichnet, daß sich der Verfasser den zeitlich ersten Schüler des akademischen Lehrers Haushofer nennen darf. Er hat als Mitarbeiter gewissermaßen jede Zeile der größeren Arbeiten seines wissenschaftlichen Mentors im Gedächtnis behalten; und er hat die Gunst des Schicksals begrüßt, die ihm erlaubte, die vom Lehrer empfangenen Anregungen in die berufliche Tagesarbeit zu übertragen; dazu trat noch die Möglichkeit, in einer besonderen, sonst nur ganz wenigen gebotenen Tätigkeit einen Blick in die Werkstatt des Staatsmannes zu werfen, die politischen Dinge von innen heraus kennenzulernen und nachzuprüfen, wieweit ein Teil unserer Führungsschicht von den Gedankengängen Haushofers und der Arbeitsleistung der geopolitischen Schule sich beeinflussen läßt.

Haushofer hat zunächst Kreise, die bisher getrennt arbeiteten, einander näher gebracht: er hat die Geographen veranlaßt, sich mehr mit den Grenzwissenschaften ihres Faches zu befassen und dem politischen Arbeiter zuverlässiges Rüstzeug zu liefern (der Widerspruch der Methodiker kann die Erkenntnis nicht beseitigen, daß die Praxis eine solche Ausweitung der Fachgrenzen notwendig gemacht hat); er hat ferner den politischen Praktikern gezeigt, daß sie sich für die Ausübung ihrer Kunst eine zu schmale Grundlage gewählt hatten, daß sie nicht nur mit Personen, Ideen und wirtschaftlichen Tatsachen, sondern auch mit natürlichen Gegebenheiten zu rechnen haben. Die Synthese, die ein Arbeiten auf Grund ausgedehnterer Vergleichsmöglichkeiten erlaubt, hat die frühere oft sehr einseitige Betrachtungsweise, die aus-

schließlich einen bestimmten Standpunkt berücksichtigte, mehr in den Hintergrund gedrängt. Es ist ein zusätzlicher Faktor eingeschaltet worden, dessen Einfluß man vorher zu übersehen gewohnt war, obwohl erst die Kenntnis seiner Wirksamkeit das Auffinden von Gesetzmäßigkeiten und damit den Versuch einer Prognose erleichtert.

Wer alte Jahrgänge unserer deutschen Zeitungen und Zeitschriften durchblättert, kann feststellen, wie kindlich außenpolitische Dinge selbst in angesehenen Organen behandelt wurden. Die Naivität der damaligen Betrachtungsweise entwaffnet. Es trifft zu, daß es in den vergangenen Jahrzehnten nur einem ganz kleinen Kreis, innerhalb und außerhalb der Tagespresse, möglich war, sich aus unmittelbarer Nähe dank persönlichen Beziehungen ein richtiges Urteil zu bilden, daß aber die übergroße Mehrheit, der Rest, fast stets geneigt war, die politischen Geschehnisse auf Grund einer meist recht mangelhaften Kenntnis der handelnden Personen zu beurteilen und ziemlich regelmäßig die Bedeutung der rein diplomatischen Vorgänge weit zu überschätzen, was den Geltungstrieb des Durchschnittsdiplomaten nur noch verstärkte. Am ehesten verstand die öffentliche Meinung noch etwas von militärischen Dingen, da hier Fachleute genug zur Verfügung standen. Die wirtschaftlichen Faktoren wurden dagegen in ihrer Bedeutung stark unterschätzt (Kampf um die Rohstoffe, um Kohle und Eisen, Baumwolle und Erdöl!). Und fast durchweg übersehen wurden von der alten Schule die anderen Kräfte, die das politische Geschehen gestalten halfen. Die Mängel des Unterrichts in der höheren Schule haben wohl viel auf dem Gewissen, aber sie haben nicht die Schuld daran, wenn es an dem Willen zur selbständigen Weiterbildung und zur Gewinnung eines wirklich sachkundigen und unabhängigen Urteils vielfach fehlte. Denn einzelne Vorbilder waren schon immer da, aber die Lebensarbeit etwa eines Friedrich Ratzel wurde in ihrer Bedeutung zunächst nur von ganz wenigen erkannt, und es herrschte, von Ausnahmen abgesehen, eine große Ahnungslosigkeit nicht nur von dem Fragenkomplex, der heute durch die Tätigkeit der geopolitischen Schule in den Vordergrund gerückt worden ist, sondern von allgemein geographischen Tatsachen überhaupt.

Das ist seit etwa fünfzehn Jahren zum Teil doch besser geworden. Zwar macht sich in topographischen Dingen und den einfachsten Tatsachen der politischen Geographie noch immer eine gewisse Unkenntnis bemerkbar. Es ist sicher, daß sich die Mehrzahl der Irrtümer, die fast Tag für Tag dem geographisch gebildeten Leser einen Stich ins Herz geben, durch einen einzigen Blick

in den Atlas vermeiden lassen würde und die Hast, in der der Zeitungsmann zu arbeiten gezwungen ist, entschuldigt diese Unterlassung nur in einem Teil der Fälle. Wer darauf ausgehen wollte, sich eine Sammlung von groben Schnitzern anzulegen, könnte in einem einzigen Jahr einen stattlichen Band füllen. Was konnte man — um wenige Beispiele aus der letzten Zeit herauszugreifen — nicht alles lesen über die Grundlagen des russisch-chinesischen Mandschureikonfliktes, über Afghanistan, Arabien, die Südafrika-Expedition von Frobenius! Ganz sonderbare Ortsnamen, die keine Karte kennt, ergaben sich aus einer mißverstandenen Übersetzung der in fremden Quellen angewandten Transskription. Angelsächsische oder auch französische Quellen werden vielfach mit zu geringem Aufwand an Kritik verwertet, wenn sie, von einem unkundigen Bearbeiter falsch übertragen, durch Vertretermeldungen oder durch Korrespondenzen den Weg in die Presse gefunden haben. Wer heute in einem ernsthaften Blatt MacDonald einen Konservativen, Rockefeller einen Kohlenmagnaten nennen oder den 30jährigen Krieg ins 18. Jahrhundert verlegen würde, würde als Mitarbeiter selbstverständlich abgelehnt; grobe geographische Ignoranz wird eher verziehen, und es macht nicht einmal mehr viel aus, wenn eine chinesische Halbmillionenstadt plötzlich in Japan auftaucht oder ein Ort in einem fernen Erdteil unversehens um einige tausend Kilometer in seiner Lage verschoben wird. Es ist nicht immer eine dankbare Aufgabe, die Presse gegen den Vorwurf der Oberflächlichkeit zu verteidigen, den ihr die ernste Wissenschaft auf Grund solcher Erfahrungen zu machen geneigt ist; man darf dabei immerhin daran erinnern, daß Ratzel und Peschel gute Journalisten waren und Richthofen die Handelskammer in Schanghai mit Berichten bedient hat. Und hier muß man das gleiche betonen, was oben schon angeführt wurde: der Mangel an Vorbildung trägt einen Teil der Schuld. Unsere Schule und Hochschule hat es früher versäumt, den künftigen Juristen, Philologen, Wirtschaftlern, die heute nicht nur in leitenden Stellen der Verwaltung, Wirtschaft usw., sondern gleichermaßen auch in denen der Presse sitzen, die zur klaren Erkenntnis der jeweiligen außenpolitischen Lage erforderlichen geographischen Kenntnisse mitzugeben. Heute ist die Schule bestrebt, diesen Fehler gutzumachen, geschulte Sachkenner geben vorzügliche Lehrbücher heraus, aber in der noch herrschenden Generation gibt es immer noch zu wenige Leute, die sich wirklich ein plastisches Weltbild selbst erarbeitet haben und es stets in Ordnung halten. Künftig wird es nicht mehr vorkommen dürfen, daß ein deutscher Staatssekretär des Auswärtigen Amtes,

der zu Lebzeiten als eine ganz besondere Leuchte galt, nach Chamonix reisen wollte und es hartnäckig in der Schweiz suchte.

Das Verständnis für die großen weltpolitischen Zusammenhänge nimmt zu. Zwei Abschnitte der erfolgreichen Aufklärungsarbeit lassen sich unterscheiden. Der eine begann noch während des Krieges, als die Einsicht in die geographischen Ursachen vieler politischer Vorgänge erwachte. Ratzels Lebenswerk bildete damals die Grundlage für das Wirken von Kjellén, Sieger, Supan, Wegener, Dix und anderen; doch arbeitete man damals noch getrennt, die gemeinsame Front fehlte. Die zweite Etappe ist durch Haushofer gekennzeichnet, der durch seine Bücher und zahlreiche Aufsätze in Zeitschriften wie in der Tagespresse auf einen großen Kreis wirkte und neue Erkenntnisse verbreitete: in enger Fühlung mit ihm gingen seine nächsten Mitarbeiter und die Herausgeber der „Zeitschrift für Geopolitik“ in gleicher Richtung vor, eine breite Front bildend. Noch wird der Begriff der Geopolitik, ganz im Gegensatz zu der vorsichtigen Handhabung durch den Freundeskreis Haushofers, von Außensternern vielfach mißbräuchlich und mißverständlich angewandt. Unberufene machen ein Modewort daraus, um die eigenen Ideen etwas aufzuputzen, und fordern dadurch ein absprechendes Urteil heraus; mancher alte Publizist lehnt auch die neuen Erkenntnisse ab, weil er nicht mehr elastisch genug ist, umzulernen, und das alte Schema für ausreichend hält.

Aber im allgemeinen ist festzustellen, daß heute schon in steigendem Maße die Gedankengänge der Geopolitik Eingang in die Tagespresse gefunden haben und die Tagesarbeit befruchten. Neben die Mitarbeit der Führer, vor allem die von Haushofer selbst, tritt die interne Arbeitsleistung einer Reihe von geopolitisch geschulten jüngeren Kräften, die dort gute Arbeit leisten können, wo sie das Glück hatten, eine verständnisvolle Gesamtreaktion anzutreffen. Eine Reihe von Blättern in den größten Städten des Reiches ist da mit Lob zu nennen: es gibt heute wohl keine größere Schriftleitung mehr, in der die „Zeitschrift für Geopolitik“ nicht aufmerksam gelesen wird.

ERICH OBST:

Berichterstattung aus Europa und Afrika

Die europäische Politik erhält durch den Sieg der Arbeiterpartei in England und das wohl endgültige Ausscheiden Poincarés ein neues Gepräge. MacDonalds sehr pointierter Aufsatz über die Minderheitenfrage — zuerst übrigens im Juniheft dieser Zeitschrift erschienen — gab zwar die Meinung des Parteiführers, nicht die des britischen Erstministers wieder, aber es steht zu hoffen, daß sich der Ministerpräsident MacDonald grundsätzlich zu seinen früheren Worten bekennen wird. Tritt nun künftighin der englische Vertreter im Völkerbundsrat mit ganzer Kraft gegen die gelegentlich dort lautgewordene Assimilationstheorie und für eine gerechte Minderheitenpolitik im Sinne der Madrider Ausführungen von Dandurand und Stresemann ein, so werden sich alle Staaten Mittel- und Osteuropas wohl oder übel entsprechend einstellen müssen. Was das bedeuten würde, haben wir an dieser Stelle früher bereits oft genug angedeutet:

1. allgemeine politische Entspannung, Beseitigung der sonst unvermeidlichen Konflikte (vgl. die bedauerlichen Ausschreitungen in Oppeln und den von Polen inszenierten Schandprozeß gegen Ulitz);

2. Annäherung der festländischen Staaten bis hin zu der Einsicht, daß das Problem „Staat—Volkstum“ in Europa endgültig nur lösbar ist, wenn ein politischer Großraumorganismus geschaffen wird, in dem jedes Volkstum als kultur-autonome Provinz Platz findet.

Das Programm des für Frankreich nunmehr wahrscheinlichen neuen Kabinetts Briand ist einstweilen noch nicht bekannt. Beachtenswert bleibt in jedem Falle die plötzliche Paneuropa-Initiative, mit der Briand vor wenigen Wochen überraschte. Graf R. N. Coudenhove-Kalergi, der Gründer und Führer der modernen Paneuropa-Bewegung, hält dieses öffentliche Bekenntnis Briands zur Paneuropa-Idee geradezu für einen Wendepunkt in der jüngeren Politik des Abendlandes. Er glaubt, daß Briand eher und stärker als manche seiner europäischen Kollegen die Pan-Tendenz unserer Zeit begriffen hat (Pan-Britannien, Pan-Amerika, Pan-Ostasien) und um der Zukunft des Abendlandes willen den Vorstoß in Richtung Pan-Europa machte. Ob diese Auffassung das Richtige trifft oder ob nicht spezifisch französische Belange (französisch-amerikanische Schuldenregelung, neue amerikanische Zollpolitik, Scheitern der französisch-italienischen Verhandlungen betr. Nordafrika u. a. m.) das taktische Manöver des Paneuropa-Vorstoßes hervorriefen, bleibt

ungewiß. Briand wird als voraussichtlicher Erstminister Frankreichs sehr bald Gelegenheit haben, seine Paneuropa-Karten offen aufzudecken. Unter allen Umständen sollte sich die politische Führerschicht Deutschlands intensiver als bisher mit dem Paneuropa-Problem beschäftigen und sich nicht gar zu sehr in die Rolle eines passiven Beobachters drängen lassen. Mit dem bloßen Hinweis auf die sicherlich sehr großen und von niemandem unterschätzten Schwierigkeiten ist wenig erreicht. Wer hätte 1813 daran glauben wollen, daß sich der Traum eines Deutschen Reiches in der für Völkerleben kurzen Zeitspanne von 58 Jahren verwirklichen würde? Das Gesetz der wachsenden Räume wirkt in unserer Zeit stärker denn je, und wenn es dazu drängen sollte, daß in Europa an Stelle der chaotischen Vielheit souveräner Staaten eine politische Großraumeinheit mit kulturautONOMEN Volkstumsprovinzen entsteht, so ist Deutschland auf Grund seiner geopolitischen und ethnopolitischen Lage in erster Linie dazu berufen, sich an diesem sicher eine Reihe von Jahrzehnten in Anspruch nehmenden Umbau führend zu beteiligen.

Wenn wirklich europäisches Gemeinschaftsgefühl bei einigen der abendländischen Großstaaten aufkeimen sollte, so ist bestimmt damit zu rechnen, daß die erst durch den Weltkrieg entstandenen bzw. zu größerer Bedeutung gelangten Jungstaaten ihre absolute Souveränität bis zum äußersten verteidigen werden. Gerade in den Nachfolgestaaten, wo das heillose völkische Durcheinander nur durch freundschaftliches Zusammenwirken, um nicht zu sagen Zusammenschluß, gelöst werden könnte, wirkt die starre Machtbehauptung jedes einzelnen Staates geradezu verheerend. Die Großstaaten müßten hier energisch und einheitlich eingreifen, sind aber unter sich viel zu neidisch und machthungrig, um an einem Strang zu ziehen. Der französisch-italienische Gegensatz, von dem in diesen Blättern bereits oft gesprochen wurde, wirkt sich auch weiterhin höchst unheilvoll aus. Durch den aufsehenerregenden Besuch des polnischen Außenministers Zaleski in Budapest hat der Plan einer neuen Mächtegruppierung starke Förderung erfahren; man wird zwar nicht müde, von freundschaftlichen Gefühlen gegenüber Frankreich zu reden, aber der Eingeweihte wertet dies als bloße Ablenkungsmanöver und weiß, daß ein Bund Italien-Ungarn-Polen und eventueller Hinzunahme Bulgariens im Werden ist. Dieser Schnitt durch die Kleine Entente wird von Benesch und dessen französischen Drahtziehern mit allen Mitteln zu parieren versucht, ohne daß bis jetzt greifbare Resultate erzielt wären. Frankreich klammert sich nach wie vor an Südslawien und hat hier glücklich erreicht, daß ihm das Recht der ausschließlichen Nutzung der Wasserkräfte von Cetina und Krka (Dalmatien) zugestanden wurde. Die italienische Konkurrenz („Sufid“) ist also endgültig aus dem Felde geschlagen, die Schlüsselindustrie Dalmatiens (Bauxit, Zement, Kunstdünger) den Franzosen überantwortet worden.

Zu dem zähen Ringen zwischen Frankreich und Italien um die Vormachtstellung auf dem Balkan gesellt sich das staatliche und völkische Durch- und Gegeneinander der Eingeborenen. Die Nachrichten aus dem Diktatorlande Jugoslawien lauten alles andere denn günstig. Pribitschewitsch, der alle Parteien in

Kroatien auf ein gemeinsames Programm einigen und dem König einen neuen Verfassungsentwurf unterbreiten wollte, ist bei seinem Eintreffen in Belgrad kurzerhand verhaftet und in die berüchtigte Komitatschigegend bei Krusewatsch verbannt worden. Dieses Vorgehen gegen einen der verdienstvollsten Schöpfer des südslawischen Staates hat allenthalben Bestürzung hervorgerufen und die Gegensätze ungeheuerlich verschärft. In die gleiche Richtung einer Steigerung der diktatorischen Methode und einer chauvinistischen Intoleranz weist die Behandlung des Deutschtums in Slowenien, das sich unter der Herrschaft des deutschfeindlichen Unterrichtsministers Maksiwitsch unerhörte Drangsalierungen gefallen lassen muß. Ganz wie in Südtirol ist der deutsche Privatunterricht schlechthin für unstatthaft erklärt und die Entwicklung der deutschen Minderheitsschulen durch eine Fülle kleinlicher Schikanen gestört worden. In der Stadt Marburg a. d. Drau z. B. besteht eine deutsche Minderheitenabteilung; die Arbeiterkinder der Vorstadt Brunsdorf bei Marburg dürfen jedoch diese Klassen nicht besuchen, bleiben also überhaupt ohne jeden deutschen Schulunterricht! Und trotz einer solch flagranten Verletzung des geltenden Minderheitenrechtes spricht man in Belgrad davon, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland freundschaftlicher zu gestalten! Der deutsche Außenminister sollte einmal ganz kategorisch erklären, daß der Weg zum Deutschen Reich überall über eine gerechte und wohlwollende Behandlung der deutschen Minderheiten führt.

Daß das mazedonische Problem den südslawisch-bulgarischen Gegensatz nachgerade zu einem Dauerkonflikt macht, ist unseren Lesern bekannt. In den letzten Wochen haben sich an der Grenze wieder schwere Zwischenfälle ereignet, indem bulgarische Bauern, die ohne behördliche Erlaubnis die Grenze überschreiten wollten, von südslawischen Soldaten erschossen wurden. Die Folge davon war ein allgemeines Feuergefecht, bei der eine bulgarische Grenzwahe auf bulgarischem Gebiet beschossen wurde und Verluste erlitt. Es heißt weiter, daß die Südslawen 600 Bulgaren aus der nach dem Kriege annektierten Grenzzone verhaftet und in Konzentrationslager transportiert hätten. Der schwelende Brandherd in diesem Wetterwinkel Europas sendet wieder einmal helle Flammen gen Himmel. Hier, wo willkürliche Grenzen geopolitisch und ethnopolitisch Zusammenhängendes zerschnitten, wird auch keine neutrale Grenzkommision je Ruhe und Frieden schaffen können; Staats- und Volkstumsbelange werden hier gegeneinanderstehen, so lange bis diese Kleinstaaten in ein größeres Ganze aufgehen und darin die Volkstumsgrenzen als Innengrenzen zu ihrem Recht kommen können.

In Rom ist am 7. Juni der Austausch der Ratifizierungsurkunden für die Lateranverträge vollzogen worden. Papst und Duce haben sich zwar wegen der Auslegung des Vertrages, namentlich des Konkordates, ziemlich deutlich gegenseitig die Wahrheit gesagt (Senatsrede Mussolinis, Fronleichnamsbrief des Papstes), aber für beide Partner steht viel zu viel Hochpolitisches auf dem Spiele, als daß sie sich jetzt wegen der zukünftigen Zusammenarbeit in Italien ernstlich entzweiten würden. — Die Lage des Deutschtums in Südtirol schien sich nach den

Unterredungen, die Mussolini mit dem parlamentarischen Vertreter der Südtiroler Deutschen, Herrn von Radio aus Meran, und dem Prälaten Dr. Mutschlechner, apostolischen Verweser des Bistums Brixen, gehabt hat, ein klein wenig zum Besseren wenden zu wollen, aber der Rückschlag blieb leider nicht lange aus: die Verbannungskommission von Südtirol hat den Arzt des Arentales, Dr. Joseph Kiener, für drei Jahre zwangsverschickt mit der Begründung, daß er „eine für die nationale Ordnung gefährliche Person“ sei. Diese Maßnahme regt in Südtirol um so mehr auf, als kurz zuvor die Gattin Dr. Kieners wegen Beteiligung an heimlichem deutschen Privatunterricht zu 3 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist! Im Zeichen derartiger Willkürakte wird es Mussolini schwerlich gelingen, die Südtiroler Deutschen für den faschistischen Staat zu gewinnen.

Stresemann und Zaleski hatten in Madrid am Schluß der Ratstagung eine vorläufige Einigung in der Liquidationsangelegenheit erzielt. Man versprach sich davon eine allgemeine Beruhigung und einen günstigen Fortgang der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Das politische Fehlurteil gegenüber dem Führer des Deutschen Volksbundes, Ulitz, hat nun die Atmosphäre erneut vergiftet. Es scheint uns auch sonst schlechterdings unmöglich, mit dem gegenwärtigen, ein geopolitisches und ethnopolitisches Uding darstellenden Polen zu wirklicher und dauerhafter Verständigung zu gelangen. Der in Oberschlesien und im Weichselland begangene Wahnsinn einer Abtrennung deutschen Volks- und Kulturbodens wird die beiden Staaten nicht zur Ruhe kommen lassen, bis uns endlich und vollgültig Wiedergutmachung gewährt wird. Wir stellen mit Freude fest, daß sich neuerdings auch in England die Stimmen für eine Revision der Ostgrenzen mehren. Bis es dahin kommt, werden wir allerdings darnach trachten müssen, mit Polen irgendwie zu einer Regelung des Handelsverkehrs zu gelangen, denn es kann nicht übersehen werden, daß Polen den Wirtschaftskrieg besser auszuhalten vermag als wir. Dabei kommt Polen u. a. die Bereitwilligkeit der Tschechoslowakei zugute, die nur allzugern bereit ist, neue Wege zum Weltmeer unter Ausschaltung Deutschlands zu benutzen. Der neue tschechoslowakisch-polnische Seehafentarif (Wirtschaftsdienst 1929, Heft 19) kann für Bremen, Hamburg und Stettin ebenso gefährlich werden, wie er den Export über Gdingen und Danzig befruchten wird. Politischer Machtwille triumphiert in diesem Falle möglicherweise vorübergehend über die naturgegebenen verkehrsgeographischen Grundtatsachen. Um politischer Belange willen macht sich die europäische Verkehrswirtschaft wieder einmal unsinnige Konkurrenz. Und das, nachdem die Verhandlungen zwischen Prag und Berlin wegen Überlassung einer tschechoslowakischen Zone im Hamburger Hafen eben glücklich zu Ende geführt sind! Wie lange wird sich das vielstaatige Europa einen solch törichten Luxus leisten können? Der lachende Dritte wird auch hier wieder Amerika sein, dessen Harriman-Gruppe sich eben anschickt, sein Herrschaftsbereich in Oberschlesien machtvoll zu erweitern, um auf diese Weise vor allem den osteuropäischen Markt in die Hand zu bekommen.

Rußlands Bruch mit China wird im Referat „Indopazifischer Raum“ eingehend behandelt werden. Die russische Presse tut zwar sehr aufgeregt, aber man liest zwischen den Zeilen, daß man im bolschewistischen Lager keineswegs an den Ausbruch einer neuen Kriegskatastrophe denkt. Den Machthabern von Moskau sind die Verhandlungen mit England betr. Wiederanerkennung augenscheinlich wichtiger als die Auseinandersetzungen mit China, obwohl für Rußland im Fernen Osten sehr viel auf dem Spiele steht. Man will offenbar außen- und innenpolitisch noch viel mehr in Ruhe erstarken, ehe man einen großen Schlag plant. Das kommt ziemlich deutlich zum Ausdruck in der Freude, mit der man den Zerfall der Trotzkiisten registriert. Reumütige Gesuche um Wiederaufnahme in die Partei liegen u. a. vor von Radek, Smilga, Preobraschensky, Serebrajakow. In die gleiche Richtung weist das inbrünstige Bestreben, die russische Industrie zu heben. Man hat jetzt ein neues Mittel dafür erfunden: Wettbewerbsverträge zwischen einzelnen Fabriken, Trusts, Behörden u. a. m. betr. größtmögliche Steigerung der Produktionsmengen, Wirtschaftlichkeit der Erzeugung, Erniedrigung der Selbstkosten, Verminderung des Analphabetums u. a. m.

Aus dem Orient liegen diesmal nur einige wenige Meldungen von geopolitischem Belang vor. Die Türkei, in der das große Alphabet-Experiment zu einer schweren Lese- und Buchhändler-Krise geführt hat, schloß mit Bulgarien den lang vorbereiteten Freundschaftspakt, mit Griechenland den Vertrag in der Austauschfrage ab und einigte sich mit Frankreich über die endgültige Festsetzung der syrischen Grenze. — Persien ist durch die noch immer anhaltenden Unruhen in Afghanistan ernstlich um ein Übergreifen des Bürgerkrieges auf persisches Gebiet besorgt und soll entschlossen sein, notfalls mit den längst an der Grenze konzentrierten Truppen den Vormarsch auf Herat anzutreten. Derartige Annexionsabsichten scheiterten bislang hauptsächlich an dem in Teheran sehr energisch angemeldeten Widerspruch der Russen. Nachdem Herat inzwischen Ausgangspunkt für die Emissäre im turkestanischen Aufstandsgebiet geworden ist, hofft man, daß die Bolschewisten jetzt ihre Bedenken überwinden und der Aneignung des schon früher vielfach zum persischen Reich gehörenden Gebiets von Herat zustimmen werden. Die Rechnung dürfte indessen kaum richtig sein, denn England schützt Habibullah, den Nachfolger des russenfreundlichen Amanullah, und wird infolgedessen gewiß nicht zugeben, daß seinem Günstling ein wichtiger Eckstein des afghanischen Reiches geraubt wird. Mehr und mehr offenbart es sich, welch fundamentalen Fehler die Bolschewisten machten, als sie sich entschlossen, in Afghanistan ihre Karte auf den die proletarischen Bauernmassen entsetzlich drangsalierenden Despoten Amanullah zu setzen. Dieser Schritt und die sinnlos religionsfeindliche Kulturpropaganda der Russen hat die Engländer gleichsam von selbst zum stärksten Einfluß in Afghanistan und darüber hinaus im ganzen islamischen Orient verholfen.

Aus Palästina wird der nach zehn Jahren endloser Verhandlungen jetzt perfekt gewordene Vertrag über die Kali-Konzession am Toten Meer gemeldet.

Die Konzessionäre sind nicht Amerikaner, sondern der ehemals russische Ingenieur Novomeysky und der frühere englische Major Tulloch. Die Untersuchung des 4 qkm umfassenden Konzessionsgebiets hat ergeben, daß man ziemlich bestimmt mit einer Gesamtausbeute von 1300 Mill. t Chlorkalium, 853 Mill. t Brom, 11900 Mill. t Salz, 81 Mill. t Gips und 22000 Mill. t Chrommagnesium rechnen kann. Die Konzession läuft 75 Jahre; Anfangskapital 0,1 Mill. £. Mindestens die Hälfte des die Summe von 250000 £ übersteigenden Eigen- und Fremdkapitals ist zur öffentlichen Zeichnung aufzulegen, ein Fünftel jeder Emission ist bevorzugt den Bürgern Palästinas und Transjordaniens anzubieten. Die Regierung wird 5% vom Werte der verkauften Produktion als Regal erhalten, überdies von dem nach Ausschüttung einer Dividende von 10% noch übrigbleibenden Reingewinn 20%. Zur Behebung der jetzt noch reichlich ungünstigen Verkehrslage ist der Bau einer elektrisch betriebenen Eisenbahn nach Jaffa vorgesehen, zu der das Rutenberg-Unternehmen den erforderlichen Strom liefern soll (Wirtschaftsdienst 1929, Heft 23).

Zwischen Ägypten und England als dem Herrn des angrenzenden Sudan-gebiets ist kürzlich das sogenannte Nilabkommen abgeschlossen worden, durch das die Verwendung des Nilwassers im Bereich beider Partner einheitlich geregelt wird. Ägypten hofft, daß durch die vereinbarten Staudämme auch das Mündungsgebiet bessergestellt und sich hier eine Ausweitung der Anbauflächen nicht nur für Baumwolle, sondern auch für Getreide und Reis ermöglichen lassen wird. Bei der starken Bevölkerungszunahme Ägyptens ist dieser Faktor von besonderem Gewicht. Eben in Anbetracht des hier immer akuter werdenden Problems „Volk ohne Raum“ hat man sich wohl auch deswegen mit den Engländern geeinigt, weil die Entwicklung des Sudans mittelbar von großem Nutzen für Ägypten ist, nämlich als Zukunftsraum für ägyptische Siedler. — Das Nilabkommen scheint den Auftakt zu einer allgemeinen Neuregelung der britisch-ägyptischen Beziehungen zu bilden. Henderson und Mahmud Pascha haben Anfang August einen Vertragsentwurf ausgearbeitet, der die völlige Selbständigkeit Ägyptens ausspricht mit alleiniger Ausnahme der Bewachung des Suezkanals östlich des 32. Längengrades. Beide Reiche schließen einen Bündnisvertrag und ernennen Botschafter an den gegenseitigen Höfen, wodurch die Stelle eines britischen Oberkommissars in Ägypten überflüssig wird. Die Labour Party geht noch weiter und stimmt der Aufhebung des Fremdenrechts (Konsulargerichtsbarkeit) zu. Ägypten wird als völlig souveräner Staat um Aufnahme in den Völkerbund nachsuchen und darf hierin der Unterstützung der britischen Regierung sicher sein. Welche weitergehenden Folgen diese aufsehenerregende Maßnahme der britischen Arbeiterpartei zeitigen wird, ist nicht abzusehen. Man begreift nur zu gut, daß sich die Kunde von dem neuen britisch-ägyptischen Vertrag wie ein Lauffeuer durch den ganzen Orient verbreitet.

Die Mitte Juni stattgefundenen Wahlen in Südafrika haben zu einem Siege der nationalistischen Partei des General Hertzogs geführt. Damit ist in der Rassenfrage einstweilen die Entscheidung im Sinne einer Beschränkung der Rechte der Farbigen gefallen. Der Gegensatz innerhalb der weißen Bevölkerung und zwischen

Küste und Binnenland wird aber nun erst recht weitergehen, und hinsichtlich der Behandlung der Farbigen wird auch Hertzog nicht ohne Kompromißlösungen auskommen (Wahlrecht in sehr beschränktem Umfange, teilweise Gestattung von Landerwerb durch die Eingeborenen). — Für Deutschland bedeutet der Wahlsieg General Hertzogs in erster Linie die Sicherung des von den Engländern leidenschaftlich beförderten deutsch-südafrikanischen Handelsvertrages.

Für ganz Afrika stellt die Fertigstellung und feierliche Eröffnung der von den Engländern erbaute Bengüela-Bahn (15. Juni) ein außerordentlich wichtiges Ereignis dar. Wird nun auch noch, wie vorgesehen, die belgische Anschlußstrecke von Luao nach Katanga gebaut und die Verbindung mit dem nordrhodesischen Eisenbahnnetz hergestellt, so wird sich in großen Teilen des wirtschaftlich so rasch aufblühenden Zentralafrika ein gänzlicher Umschwung der Verkehrsorientierung vollziehen. Die Eröffnungsfeier des neuen wichtigen Schienenstranges von der Küste des Atlantischen Ozeans bis ins Herz von Afrika war ein Meisterstück britischer Diplomatie (vgl. *African World* 1929, S. 335, 379). Prinz Arthur von Connaught, dessen Reise von England nach Zentralafrika und zurück noch keine fünf Wochen (!) dauerte, hat es meisterhaft verstanden, im Verkehr mit den portugiesischen und belgischen Behörden die Uneigennützigkeit Englands und dessen Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an der Erschließung des schwarzen Erdteils ins rechte Licht zu rücken.

Daß aber selbst in diesen abgelegenen Gebieten wie in allen Kolonialländern ständig neue, mit den bisherigen Methoden nicht lösbare Fragen auftauchen, ergab sich mit aller Deutlichkeit aus den Beratungen der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf und den scharfen Angriffen der Sozialisten in der französischen Kammer. In beiden Fällen dreht es sich um die Abschaffung der Zwangsarbeit der Eingeborenen im Dienste von privaten oder staatlichen Unternehmungen. Wieviel Tausende von Negern alljährlich als Opfer dieser verkleideten Sklaverei sterben, verrät keine Chronik. Man kann nur zu ungefähren Schätzungen gelangen, wenn man als richtig unterstellt, daß bei den Bahnbauten in Französisch-Mittelafrika im Laufe von 7 Jahren rund 20 000 Eingeborene bei der Zwangsarbeit zugrunde gegangen sind! Bedenkt man, daß das schandbare Prinzip der Zwangsarbeit nicht nur in großen Teilen Afrikas, sondern auch in mehr oder minder verschleierte Form in ganz Monsunisien angewandt wird, so versteht man gewiß, wie leicht es die kapitalistische Welt ihrem Todfeind macht, allenthalben die Saat des Bolschewismus auszustreuen. Hier tun durchgreifende Reformen dringend not. Als Vorbild mögen die „Hunnen“ dienen, denen man jede Fähigkeit zum Kolonisieren absprechen zu müssen meinte: als 1907 der Bau der Tanganjikabahn begann und Zehntausende von Arbeitskräften notwendig wurden, schaffte der damalige Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Freiherr von Rechenberg, zur Vermeidung von Mißständen die Zwangsarbeit kurzerhand ab und verwies auf den freien Arbeitsmarkt, der dann auf dem Wege freiwilliger Vereinbarung die erforderlichen 50 000 Arbeiter zur Stelle schaffte. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

K. HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Vorwiegen der mandschurischen Frage in der indo-pazifischen Geopolitik; Raum- und Verkehrsschwierigkeiten im chinesischen Außengebiet. — Streifblick auf Indien und die von Lord Irwin umrissenen Fragenkreise. — Verlagerungen in Malaya. — Übergabe der Philippinen von Stimson an Davis. — Kriegsminister als u. s. -amerikanische Kolonialmachtexponenten! — Antisoziale Ausbeutungserfolge durch Plantagengroßbesitz. — Gemeinsames Auftreten japanischer und kanadischer Vertreter in Tokio in pazifischen Fragen. — Tokugawa über Australien und Neuseeland. — Entspannende Kraft der panpazifischen Bewegung. — Gründung des Ministeriums für überseeische Angelegenheiten (Takumusho) in Japan — Verfestigung angesichts vermehrter kontinentaler und ozeanischer Schwierigkeiten Japans durch die Politik der U. S. -Amerikaner. — Admiral Hollwegs Zwischenbilanz der Seeabrüstung. — Vergleichstafel indo-pazifischer überseeischer Stützpunkte (nach Senator Hale).

Der geopolitische Reiz der Mandschurischen Frage stellt den ganzen übrigen Indo-pazifischen Bereich in Schatten, so wichtiger Nachrichtenstoff aus ihm auch sonst zusammenströmt. Die Leser der „Geopolitik“ waren auf den Verlauf des chinesisch-russischen Streitfalles vorbereitet und konnten sich in dem verwirrenden Nachrichtenspiel der Tagespresse zurechtfinden; trotz dessen Aufgeregtheit war es klar, daß weder Nanking und Mukden noch Moskau in ein entscheidendes Ringen eintreten, sondern nur bluffen wollten — wobei man freilich zuweilen weiter taumelt, als man eigentlich gehen wollte. Unsere Leser finden in Nr. 1, 1929 im Wortlaut die staatsrechtliche Wurzel des Übels in der Mandschurei, den Li-Lobanow-Vertrag, den wir vorsorglich an die Spitze dieses Jahres gestellt hatten. Bd. I, 1928 gibt auf S. 375 eine Verkehrsskizze der Mandschurei; Bd II, 1928 auf S. 631 die Eisenbahnergängung für Korea, auf S. 721 eine Skizze zur russischen Fern-Ost-Geopolitik mit der ganzen Brüchigkeit ihres Rechts- und Wirtschaftsbodens; S. 757 die Umrisse der wichtigen mongolischen Grenzen; auch die geopolitische Bremsvorrichtung Japans in Nordchina (Bd. 1928, S. 541) spielt herein. S. a. den Aufsatz von Raumer im Augustheft 1929, Seite 684.

Diese Skizzenunterlage wird vorteilhaft ergänzt durch eine Skizze des Militär-Wochen-BI. Nr. 5 vom 4. August 1929, S. 165 („Japan und der russisch-chinesische Konflikt um die Ostbahn“), die noch das japanische Projekt Tinhwa-Ninguta-Sansing und die chinesische Strecke Takushan—Tunglian—Liauyan auf die japanische Sipinkai—Taanfan—Anganchi (bei Tsitsikar) bringt.

Die Mandschurei ist — nach der Riesenanstrengung von 1643 zur Eroberung Chinas — ein leergewandertes Land von (seit der Mitte des 19. Jahrhunderts) rund 940 000 qkm unter chinesischer Oberhoheit gewesen, als einheitliches Naturgebiet seit dem Vordringen der Russen an den Amur und dem Abreißen der Küstenprovinz verstümmelt: weit unterschiedelt, ein anthropogeographisches Vakuum, in das Macht, Menschen und Wirtschaftsinteressen einströmen mußten. Alle drei hatte im Grunde China in weit höherem, wahlverwandtem Überschuß abzugeben

als Rußland und Japan, die sich beide klar sind, daß Ende dieses Jahrhunderts dort ein sich im wesentlichen selbstgenügender, Rohstoffüberschüsse abgebender chinesischer Staat von vielleicht 100 Mill. sein wird (heute mehr als 30 Mill. mit 1 Mill. jährlicher Zuwanderung). —

Die Frage ist nur, wie lange man im einen Fall den rein imperialistisch gewonnenen Anteil an der chinesischen Ostbahn, im andern die den Russen 1905 abgerungene südmandschurische Gesamtstellung gegen die ansteigende, wirtschaftszähere chinesische Flut halten kann. So besteht im Grunde eine starke, auch von weit-sichtigen Menschen (wie Ito, Katsura, Witte, Goto) erkannte japanisch-russische Interessengemeinschaft in der Mandschurei, die dadurch kompliziert wird, daß die Südmandschurei Japans Haupt-Rohstoffrückhalt gerade für kriegswichtige Rohstoffe ist. Aber auch die Vermittler haben dem Wertgegenstand gegenüber keine reinen Hände. U. S.-Amerika streckte mehr als einmal, am deutlichsten 1909 mit dem Knochens Vorschlag zur Neutralisierung der mandschurischen Bahnen, seine Hände nach den Verkehrseinrichtungen auf fremdem Boden aus und bewirkte dadurch das Aneinanderrücken von Japan und Rußland; Frankreich hat im Grunde das Geld zu der kostspieligen pazifischen Russenpolitik vor ihrem Niederbruch wie zur Russisch-Chinesischen Bank und ihren Bahnbauten gegeben und lange um Rettung der dorthin geflossenen Summen gekämpft.

So kann leicht zu viel Einmischung dieser Art aus geopolitischen Gründen wieder das Gegenteil des von beiden Mächten Gewünschten: das Zusammenfinden Japans und Rußlands, bewirken! Einen Zusammenstoß mit der Wehrstärke des japanischen Nationalismus wünschen beide streitenden Teile nicht. Die Nanking-Regierung ist von Sun-Yat-Sen vor diesem Fehler eindringlich gewarnt worden und hat sich bisher an seinen Rat gehalten, auch wenn es ihr hart wurde (wie in Shantung); und Rußland weiß, warum Japaner in Omsk waren, wie schnell es Sachalin und den untern Amur wieder los sein würde und warum man in japanischen Wehrkreisen Wladiwostok „das Friedenspfand“ nennt. Das Amurland gehört als Naturlandschaft zu Ostasien. Da die Zeit für die Chinesen arbeitet — kann falsche Asienpolitik der Sowjets die Grenze Ostasiens eher wieder einmal zum Baikalsee zurückverlegen als an das Gelbe Meer. Aber das weiß man in Moskau noch viel besser als in Mitteleuropa. Hält man diese großen Linien des geopolitischen Bildes fest, wird man leicht die Tagesnachrichten in zutreffender Abwertung seinem Weltbild einreihen können.

Wertvoller als einige Einzelnachrichten mehr oder weniger mögen für die geopolitische Selbsterziehung ja überhaupt Einblicke in die Arbeitsweise sein, durch die sich die Grundlagen für Abschätzung der Dynamik, Anhaltspunkte zu politischer und wirtschaftsgeographischer Voraussicht auf dem Wege wissenschaftlicher Ableitung (Destillierung) aus dem Nachrichtenstoff des Tages gewinnen lassen. Dafür ist der Hochsommer des Jahres 1929 ungewöhnlich aufschlußreich.

Die mandschurische Krise lüftete die Schleier von vielen Hintergründen der chinesischen, japanischen und Sowjetpolitik in Ostasien und gab trotzdem geo-

politisch geschulten Beobachtern die Sicherheit, daß es nicht zu einem plötzlichen Aufflammen kommen werde, weil dafür weder die Kraft zur Raumbewältigung der Sowjets noch der Nankinger Regierung oder der mandschurischen örtlichen Gewalthaber ausreichte.

Sehr zeitgemäß für diese wichtige Seite der Betrachtung war z. B. — im Westen fast unbeachtet — die „Transport-Nummer des China-Journal“ (A. de C. Sowerby, Mai 1929) erschienen, in der eine Reihe ausgezeichnete Kenner das Beste ihrer Erfahrung mit chinesischen Transportverhältnissen niederlegten. Im North China Herald vom 1. Juni 1929 ließ in einer Besprechung von Dr. H. Owen Chapmans immerhin aufschlußreicher Geschichte der Chinesischen Revolution 1926—27 (The Chinese Revolution 1926—27. London, Constable, 1928) G. E. Sokolsky die ihm bekannte Gegenbeleuchtung spielen, die zu seiner Darstellung des Bruches der Kuo-Min-Tang mit Moskau im China Year Book 1928 geführt hatte. Dazu kam die nüchterne Darstellung des chinesischen Wirtschaftlers Ming-Kang-Yu der aus den „Roten Speeren“ hervorgegangenen Bauernbewegung, die sich — ausgegangen von Honan — über Shantung, Hopei und Shansi in einer mächtigen Geheimorganisation von mehr als 700 000 Mitgliedern entwickelt hatte. Ohne Kenntnis dieser starken inneren Kraft, mit der schon Wu-Pei-Fu hatte paktieren müssen und mit der Feng-Yu-Hsiang von allen lokalen Kriegsherren sich am besten zu stellen weiß, sind aber gewisse wehrpolitische Lähmungserscheinungen des nordchinesischen Kernraumes gar nicht zu verstehen, die zuerst bei den inneren, dann aber auch bei den äußeren Kompromissen der Krise eine Rolle spielten.

Für Indien hat kein Geringerer als der Vizekönig Lord Irwin persönlich vor seiner Abreise nach Großbritannien als „außerordentlicher Botschafter Indiens“ (Wortlaut der „Times of India“, 20. Juni 1929) am 29. Juni in Simla den ganzen geopolitischen Fragenkreis der indischen Welt umrissen. Es ist aus dieser Rede bedeutsam, daß die Inder in der Führung der Völkerbundsdelegation: Sir Muhammed Habibullah und seine rechte Hand, S. Sastri, Kenner des indisch-ostafrikanischen Problems sind, daß scharf von jedem Einmischungsgedanken in Afghanistan abgerückt wird (besonderer Applaus!) und eine Vergleichsweg zwischen der tiefen Verstimmung Indiens wegen der Abschreckungsakte, ihrer formalen Rechtfertigung und der Anerkennung der Reformbedürftigkeit des Verwaltungsgefüges gesucht wird.

Für Malaya waren, außer den im letzten Bericht erwähnten Studien über die Bevölkerungsverchiebung zugunsten der Chinesen, von höchstem Wert die neunzig Seiten, die L. B. Beale über die nachlassende Wirtschaftswucht des britischen Handels und dessen Zurückgleiten dort niederlegte. Es sind rein geopolitische Gedankengänge: „Der Schwenkpunkt (pivotal point) der Fern-Ost-Ozean-Verbindungen, mit einem Ertrag von fast dem halben Gummi und etwas mehr als einem Drittel allen Zinns der Erde, ist ein Schlüsselraum von größter Bedeutung auch für den Handel des Mittleren Ostens mit Europa geworden wie

Haupterzeuger lebenswichtiger Rohstoffe für zwei der wichtigsten Industrien der Vereinigten Staaten.“ — „Malaya ist also ein Proberaum (teting ground) für die britische Handelskraft im Fernen Osten geworden, und es ist nicht angenehm zu hören, daß unsre Wettbewerber aus Japan und dem Kontinent uns in vielen Richtungen des Handels ausstechen.“ Auch hier wird (wie im China Express & Tel. vom 27. Juni 1929 und 4. Juli 1929) die Entwicklung der Chinesen zur leitenden Wirtschaftsmacht festgestellt, die Entwicklung ähnlich gesehen, wie wir das im Heft VII mit Zahlen schilderten.

Wie geschickt die unter Samthandschuhen gelegentlicher schöner Rede so harten Hände Stimsons die Philippinen seinem Nachfolger Dwight F. Davis (dem Kriegsminister von Präsident Coolidge) übergeben haben, davon zeugt ein Huldigungsaufsatz im China Express & Tel. vom 11. Juli 1929.

„Mit einer klaren und unveränderten Politik nur ein Wechsel der Posten.“ In Wahrheit sei das Ergebnis der elfmonatigen Herrschaft Stimsons „eine Diktatur mit einem pseudoparlamentarischen System gewesen, dessen sichtbare Maschinerie der nur beratende Staatsrat gewesen sei“, aber „sichtlich zur Befriedigung des Senatspräsidenten Quezon und des Senators Osmena; Quezon billigte den Ton der Antrittsrede von Oberst Davis und sagte ihm eine erfolgreiche Amtsführung voraus.“ Sie will Sparsamkeit, Antriebe für die wirtschaftlichen Reserven des reichen Landes, Mittel für Schulen, Krankenhäuser und öffentliche Arbeiten.

Der langen Rede kurzer Sinn ist beiderseits, daß die starke materielle Golddüngung des fruchtbaren Bodens der Philippinen durch die U. S. A. reiche Früchte zu tragen beginnt, die auch das „unglücklicherweise vorhanden gewesene Drängen nach Unabhängigkeit“ korrumpierte.

„Der große Konzessionsjäger (big concessionist), der in den Philippinen ein Land mit reichen Möglichkeiten träge liegen sah, hat seinen Druck auf die obersten Behörden ausgeübt“ (d. h. in dem Sinn, daß die Schutzgesetze gegen Großplantagenbetrieb, wegen dessen seinerzeit der Aufstand gegen die spanischen Mönchsorden erfolgt war und die sogenannte Befreiung in Szene ging, gelockert wurden!). „Die Macht ist dementsprechend zugunsten der Großkonzessionen geändert worden, und große amerikanische Interessen sind mit fertigen Plänen zur Hand.“ Welche — das wird hier verraten!

„Von den 7983 Inseln der Gruppe sind nur 11 von Wichtigkeit (für die Ausbeuter nämlich!)... Nächst Luzon kommt vor allem Mindanao (38 012 qkm) in Betracht, wo die Trusts ihren Start machen wollen.“

Das „Ananasprojekt“ mit nur 35 000 acres Großgrundbesitz ist das Projekt der California Packers Association. Das Manilahanfprojekt, das fast ganz Süd-Mindanao in Großplantagen zerlegt, wird von der International Harvester Company, das Gummiprojekt von der Goodyear-Company betrieben. Dazu kommt Monopolisierung der Verkehrsbetriebe durch U. S. A.-Gesellschaften.

Damit liegen die goldenen Schlingen um die Philippinen — deutlich sichtbar — stark und fest. Die unausbleibliche Verknechtung der Tropenbevölkerung durch

wirtschaftsmächtige Großplantagenbetriebe ist unaufhaltsam im Gange, und der Widerstand der tagalischen Intelligenz erliegt den wirtschaftlichen Versuchungen, wie in anderen Ausbeutungsgebieten der Erde auch. Eine Warnung! —

Die Lorbeeren der U.S.A. auf diesem Wege des Fortschritts und des Sichermachens der Welt für Demokratie lassen natürlich die etwas später gekommenen kolonialen Anrainer des Pazifischen Ozeans nicht ruhen; so entstand z. B. ein Kabinettstück gegenseitiger Bespiegelung, als der japanische Gesandte in Kanada, Jyemasa Tokugawa, Spezialist für Australien und Kanada, „dessen hobby der Friede des Pazifik“ sei, und der kanadische Geschäftsträger in Tokio, Dr. H. L. Keenleyside, am 4. Juni 1929 gemeinsam im Pan-Pacific-Club in Tokio auftraten.

Tokugawa fühlte sich sehr gehoben als erster japanischer Gesandter in Kanada, „einem der wichtigsten Bestandteile des britischen Reiches“. „Keine Regierung in London kann heutzutage eine Außenpolitik aufmachen, ohne die Gesichtswinkel der selbstregierenden Dominien in Betracht zu ziehen, und es würde ein Mißgriff für jede fremde Regierung sein, ihre Politik gegen Großbritannien ohne Rücksicht auf die Haltung dieser Dominien zu formen.“

Das ist gerade bei der Prüfung des für ein Labour-Kabinett Möglichen und Unmöglichen auch in Europa arg übersehen worden! Australien und Neuseeland sind z. Zt. viel unstetere Faktoren als Kanada, namentlich seit dem Niederbruch des Staatssozialismus in Queensland und seinem Mißerfolg! — Sie werden z. B. für Weiterarbeit in Singapore schon sorgen. Tokugawa kam denn auch auf Australien und Neuseeland zu sprechen, „wo die Leute eben erst im Begriff seien, die Japaner zu verstehen, und ihre freundlichen Absichten zu würdigen“. Dabei erwähnt er den Besuch des japanischen Kreuzergeschwaders dort und seinen ausgezeichneten Eindruck und begrüßte den Abschluß des Australisch-Japanischen Handelsvertrags gerade zur Zeit dieses Besuchs als Zeichen des Willens zur weiteren Annäherung.

Dr. Keenleyside, der erste kanadische Vertreter in Japan, hat ein kluges Buch über „Kanada und die Vereinigten Staaten“ geschrieben und weiß deshalb noch viel besser als viele andere, wie sicher Kanada nötigenfalls der Freundschaft des großen Bruders im Süden in gewissen transpazifischen Entwicklungen wäre. Er spricht deshalb aus einem viel größeren Sicherheitsbewußtsein infolge geographischer Lagengunst als etwa Australien und auch Neuseeland. Sein Tonfall kann wärmer sein! „Kanada sei eine der jüngsten pazifischen Ufermächte, da es erst seit 60 Jahren sich selbst regiere und erst seit etwa 10 Jahren seine eigenen auswärtigen Beziehungen kontrolliere.“ — „Kanas Anteil am Pazifik ist nicht auf den Handel beschränkt. Die Frage, die uns ohne Ausnahme interessiert, ist die Aufrechterhaltung des Friedens im Pazifik. Wir haben hier eine Gelegenheit, vieler von den Schwierigkeiten Herr zu werden, die ihrerseits die Völker übermannt haben, die am Atlantik, am Mittelmeer, am Indischen Ozean und in manchen andern Großräumen der Welt leben. Das ist wenigstens die Hoffnung, mit der das kanadische Volk nun in den Großen Ozean hinausschaut und seine Probleme zu studieren

beginnt.“ — Ist das nicht ein starkes Bekenntnis zur Idee der „Pazifischen Geopolitik“? Sieht man diese Einstellung der großen pazifischen Dominien wirklich überall so selbstverständlich in Mitteleuropa?

Dann kam Keenleyside auf die Japan-Gesellschaft in Vancouver und auf das entstehende Japan-Institut der British Columbia-Universität zu sprechen und auf seine Ausstattung mit Japanern als Lehrer und Schüler, also etwa in der Art, wie ja auch die sich aufeinander einspielenden Institute in Berlin und Tokio für deutsch-japanisches Zusammenwirken gedacht sind. „Frieden muß auf Verstehen und Sympathie unter den beteiligten Ländern gegründet sein“, betonte der Kanadier. „Er kann nur erhalten werden, wo ein gesundes Verständnis internationaler Fragen besteht, gegründet auf beste Information, nicht auf nationalistisches Vorurteil: deshalb die gegenseitigen Gesandtschaften zwischen Kanada und Japan.“

Niemand wird bei diesem Meinungsaustausch die entspannende Leistung der panpazifischen Bewegung verkennen können!

Eine geopolitisch bedeutsame Schöpfung ist eine der letzten Leistungen des sinkenden Kabinetts Tanaka: das Ministerium der überseeischen Angelegenheiten, Takumusho, dem einige wesentliche Arbeitsgebiete des Außenamts und des Innenministeriums unterstellt wurden. Es ist nicht nur als die Zentralstelle für die Verwaltungen von Korea, Formosa, Kwangtung, Sachalin und die Mandatsgebiete in der Südsee gedacht, sondern auch als Aufsicht für die südmandschurische Eisenbahn und die Ost-Entwicklungs-Kompagnie, für die Auswanderung nach überseeischen Ländern, die Leitung und Ermutigung von Unternehmungen dorthin, mit Ausnahme direkter Verhandlungen mit fremden Mächten, die sich natürlich das Auswärtige Amt „Gaimusho“ vorbehält.

„Aufstellung eines Beirats für überseeische Angelegenheiten, Prüfung der Erziehung der Japaner in der Fremde, der Mischheiraten zwischen Japanern, Koreanern, Formosanern, der Verkehrsverhältnisse in den Außenbesitzungen und der Siedlung dorthin, direkte Schifffahrtslinien nach der Südsee, die Ausbeutung von Sachalin, das alles würden nächste Aufgaben des neuen Ministeriums sein.“ Sorgfältig wurde bei Schaffung des Namens und Übersetzung das Wort „colonial“ vermieden: einmal, um wenigstens den Schein zu retten, als ob die betroffenen Überseebesitzungen gleichen Rechtes mit dem Stammland wären; dann, weil Beziehungen zu fremden Ländern in seine Aufgaben fallen. Auch das Wort „development“ (Entwicklung) ist vermieden worden, um jeden Schein von Bevormundung und Imperialismus fernzuhalten!

Täuschen wird man niemand damit, aber immerhin böse Worte in der Welt-
presse abschneiden; und man beweist dadurch ein feines Gefühl für die Vorsicht, mit der selbst von starken Kolonialmächten in der Kolonialfrage aufgetreten werden müßte. Wieviel vorsichtiger müßten erst Völker ohne den belastenden Raum-
besitz sein, wenn . . . ! Die Einführungsrede Baron Tanakas war nicht überwältigend genug, um hier skizziert zu werden; aber die Sache ist bemerkenswert. Freilich kann sie ebensogut als Schamade aufgefaßt werden wie als eine über-

seeische Fanfare. Jedenfalls aber bedeutet sie eine Verfestigung des überseeischen Raumgefüges im Japanischen Reich.

Daß dieses Japanische Reich besonderer Vorsicht bei seiner Verfestigung bedarf, geht aus der Art hervor, in der es augenblicklich von der Außenpolitik der Vereinigten Staaten Amerikas unter zwei Feuer genommen wird: von der kontinentalen Seite her durch den Vermittlungsanlauf mit Hilfe des Kellogg Paktes in der mandschurischen Eisenbahnstreitfrage zwischen China und den Sowjets, (fast eine Neubelebung früherer Eisenbahnabsichten nach Art des Knox-Vorschlages zur Neutralisierung der mandschurischen Bahnen*), die den Wertgegenstand schließlich in die Hände des Wirtschaftskräftigsten bringen mußten), von der ozeanischen durch die Seeabrüstung, deren Zwischenbilanz Admiral Hollweg (D. A. Z. Nr. 356/7; 4. August 1929) in einem sehr bemerkenswerten Aufsatz von großer Blickweite zieht, den wir unsern Lesern angelegentlich zur Beachtung empfehlen.

Die „Zwischenbilanz der Seeabrüstung“ — dort nach ausgezeichnete Information übersichtlich aufgemacht — ist eigentlich eine Weltfrage. Aber das Indo-pazifische Gebiet kommt dabei besonders deshalb zum Zuge, weil es das Finden eines „Zollstocks“ für Seemachtgeltung noch mehr erschwert. Denn wer soll den Wert selbst eines nicht weiter befestigten Singapore — (dessen Weiterausbau Australien und Neuseeland wohl erzwingen werden!) —, des Privatbesitzes am Roten Meer und Persischen Golf gegen das durch ein U-Boot abzusperrende Pearl Harbour, das wertunbeständige Manila abschätzen? In Japan hat man im Grunde die Überzeugung (obwohl man sich durch Streichen dreier kleiner Neubauten dem Wettstreit des Edelmut zwischen Briten und U.S.-Amerikanern angeschlossen hat), daß die Seeabrüstung mehr auf eine Übervorteilung der Kleineren, wie Japan, Frankreich, Italien, hinauslaufen wird; daß Churchills böses Wort vom „irreführenden Unsinn“ über „Parität“ und „Zollstock“ nicht so sehr fehlt, wenn es auch unbeliebt sein mag.

Gewiß ist die Anpassung einer dreihundertjährigen Herrschaftsüberlieferung über die Wogen unter Führung einer Labour-Regierung an die Wünsche einer zur ersten Weltmacht aufgestiegenen Tochternation ein Ereignis von großer, auch geopolitischer Bedeutung und wird nicht genug beachtet. Doch führt ein Eintrag in die Weltkarte auch hier zu Klarheit über die Tragweite:

Wir halten uns dafür an das Weltstützpunktnetz und die örtliche Gegenseicherung (nach Senator Hale). Eine Übersicht der Stützpunkte der drei Hauptseemächte — aus sicher nicht deutsch beeinflusster Quelle — zeigt am besten, wenn man sie sich in eine Weltkarte einträgt, wie es in Wirklichkeit mit der Rückhaltorganisation für Seestreitkräfte steht, die ja doch auch sehr glatt für Lufthäfen nutzbar gemacht werden kann:

*) Vgl. Nearing-Freeman, *Dollar-Diplomatie. Eine Studie über amerikanischen Imperialismus*. Berlin-Grunewald, 475 Seiten, 11 Skizzen. Leinen M. 15.—.

Brittenreich: U.S.-Amerika: Japan:

I. Außenposten mit Ölvorrat, Docks und Verteidigungs-Einrichtungen:

Gibraltar	Pearl Harbour	Ryojun
Malta	Cavite-Olongabo	Bako (Formosa-Str.)
Suezkanal-Zone mit Port Said, Suez u. Flugst. Ismailia	Panama-Kanalzone	Chinkai u. Tsushima-Stellung
Singapur		
Simonstown (Cap)		
Bombay		
Halifax		
Bermuda — (angeblich aufzulassen)		
Auckland		
Sidney		
Esquimaux		
Colombo-Trincomali		
Port Louis		
13	3	3

II. Außenposten mit Ölvorrat und Verteidigungs-Einrichtungen, ohne Docks:

Freetown	Guam	Amami Oshina
Kingstown	Guantanamo (Cuba)	Futami-Ko
Trincomali	Key West	(wie obige! eig. Heimat-
Rangun	Virgin Islands	häfen!)
Port Sudan		
Aden (Perim usw.)		
Port Stanley (Falklands-I.)		
Port Castries (südl. Virgin-Is.)		
8	3	2

III. Geschützte Ankerplätze:

Wei-Hai-Wei	Samoa (Pago-Pago)	(?)
St. Helena		
King George Sound	(Dutch Harbour ???)	
3	2	0

IV. Dazu Heimatstützpunkte:

21	14	6 (!)
(darunter ganze Irische See; Scapa Flow usf.)		(darunter bes. Inlandsee; Abschluß d. Japansee)
45	22	11 = 4 : 2 : 1!

Hier zeigt sich deutlich, welchen ungeheuren Vorsprung geopolitischer Scharfblick in der Auswahl von Orten mit planetarischer und örtlicher Lagengunst auch bei Anwendung des raffiniertesten „Zollstocks“ dem glücklichen Besitzer gibt! Auch abgerüstet wird z. B. Bermuda, bei bloßer Wegnahme der Seezeichen, für den Inhaber der besseren Seekarten ein Stützpunkt ersten Ranges sein — und wenn es nur für Alkoholschmuggel wäre!

Im strengen geopolitischen und rechtsgeographischen Sinn besitzt Japan überhaupt nur einen Außenstützpunkt: das veraltete Port Arthur (Ryojun).

Man erkennt aus solchen Gegenüberstellungen, welche Überlegenheit bei staatsmännischem Abringen um höchste Ziele eines Volkes, seiner Lebensmöglichkeit und Dauer geopolitische Schulung und Sicherheit gewährt, schon in der Vorbereitung der Stimmung in der Welpresse, der öffentlichen Meinung in Heimat und Fremde, dann bei den Verhandlungen selbst und endlich bei der Auswertung des gewonnenen Vorteils.

Sehr unfreundlich wird deshalb im britischen „Economist“ (S. J. 1929, S. 210) L. B. Tribolet: „The international aspects of electrical communications in the Pacific Area“ Hopkins Univ. Studies, 1929 begrüßt, weil er den U.S.-Amerikanern „arcana imperii“ verrät.

Im indopazifischen Bereich leichter in ihren klaren Umrissen erkennbar, weil kein „Ressentiment“ die Beobachtungsfähigkeit trübt, predigt dort wie hier auch ohne jede, dem Wehrlosen ohnehin unerreichbare Gewalt — die Geopolitik deutlicher als viele andere Wissenschaften die Lehre:

„Wissen ist Macht.“

OTTO MAULL:

Berichterstattung aus der amerikanischen Welt

Prosperität der vereinsstaatlichen Industrie. — Nordamerikanische Industrie- und Kapitalinvasion in Lateinamerika. — Die Juden in Amerika. — Zur Abrüstungsbestrebung.

Das verflossene halbe Jahr hat eine Prosperität der industriellen Entwicklung der Vereinigten Staaten in zahlreichen Industriezweigen gezeitigt, die in vielen Produktionszentren die Ergebnisse früherer Perioden überbietet. Das gilt besonders für die Gewinnung von Roheisen und Stahl, die Automobil-, Aeroplan- und Motorbootfabrikation, die Herstellung von Gummireifen, die von landwirtschaftlichen Maschinen und Maschinen überhaupt, namentlich auch von elektrischen Apparaten, die Werkzeugfabrikation, die Erzeugung von Rohpetroleum, Kupfer, Glasplatten, Seide, Baumwolle, Baumwollwaren, Kleiderstoffen und Molkereiprodukten. Vielfach ging ein hoher Absatz mit der Produktion Hand in Hand. Der Gewinn ist in vielen Produktionszentren recht bedeutend gewesen. Es verlautet, daß in 375 industriellen Betrieben eine Erhöhung der Reingewinne um 37% im Vergleich mit der gleichen Periode des Vorjahrs erzeugt worden ist und daß ebenso 183 Eisenbahngesellschaften ihre Einnahmen um 19% steigern konnten. Die Dividendenerklärungen beliefen sich auf 2,134 Milliarden Dollar, während die der gleichen Periode des Vorjahrs 1,645 Milliarden Dollar betrugen. Das abgelaufene Semester wird als das regste in der Geschichte der Stock Exchange bezeichnet (nach „Frankfurter Zeitung“). Eine solche erhebliche Prosperität fordert natürlich auch nach Absatzgebieten außerhalb der Vereinigten Staaten für die Industrieprodukte, aber auch nach Anlagegebieten für das vereinsstaatliche Kapital.

Ein anscheinend recht kenntnisreicher Artikel des Handelsblatts der „Frankfurter Zeitung“ gibt über die jüngeren Wandlungen in der Hinsicht Aufschluß. Er zeigt, wie dem nordamerikanischen Interesse an den mittel- und südamerikanischen Petroleumgebieten vor allem das Vordringen der nordamerikanischen Elektrokonzerne in Lateinamerika gefolgt ist. Dabei besteht besonders in der Elektroindustrie weniger Neigung zu Obligationenkrediten als zur Übernahme aktiver Leitung lateinamerikanischer Unternehmungen. Unter den Elektrokonzernen kann die American and Foreign Power Company als der bedeutendste nordamerikanische Exponent in Lateinamerika bezeichnet werden. Sie hat im ganzen nach einer Tätigkeit von fünf Jahren ein außerordentliches Wachstum aufzuweisen. Die Zahl ihrer direkten Kunden, die elektrischen Strom, Gas, Wasser, Telephondienst von ihr bezogen, belief sich 1926 auf 185 000, 1927 auf 258 000, 1928 auf 626 000. Ihre Betriebsgesellschaften versorgten dabei mittelbar mit elektrischem Strom, Gas usw. in diesen 3 Jahren 1,3 Mill., 3 Mill. und im letzten Jahr 8 Mill. Menschen. Speziell auf dem lateinamerikanischen Aktionsgebiet hat der Konzern in der letzten Zeit wichtige Erwerbungen zu verzeichnen und eine weite Ausbreitung gefunden. So hat er namentlich in Chile, Argentinien und Mexiko Boden gewonnen. In Brasilien erwarb die Gesellschaft die Kontrolle über eine ganze Reihe von Elektrizitätswerken, Straßenbahngesellschaften und Telephonanlagen. Auch in Kolumbien und Costa Rica ist sie tätig. Eine ganz ähnlich kräftige Expansion betreibt die International Telephone and Telegraph Corporation. Ihr gehören drei der größten Telephongesellschaften in Südamerika mit rund 440 000 Linien und insgesamt 640 000 Apparaten, etwa zweidrittel aller Apparate, an. Sie hat Telephonlinien in Südbrasilien, Uruguay und Chile in den letzten Jahren erworben; in Kolumbien, Ecuador und Peru kommen Radiorechte dazu. In Argentinien allein unterhält sie ein Netz von 200 000 Telephonlinien. Durch die All America Cables kontrolliert sie ein Kabelnetz, das sich von Zentralamerika und Westindien über den ganzen südamerikanischen Kontinent erstreckt. Besonders stark ist auch der Export der Vereinigten Staaten an elektrischen Gebrauchsartikeln nach Lateinamerika, der durch die General Electric und die Westinghouse Electric and Manufacturing Co. betrieben wird.

Das sind wenige Beispiele, die lehren, wie sich im einzelnen die wirtschaftliche und finanzielle Invasion der Vereinigten Staaten in Lateinamerika vollzieht, vielfach unterstützt durch echt amerikanische Reklame, die durch mächtige Geschäftsgebäude, geschickte Schaufensterauslagen, Vorführung von Gebrauchsgegenständen betrieben wird; sie wird allmählich zur stets intensiveren Verdichtung der Maschen eines kaum wieder abzustreifenden Fangnetzes führen. Besonders wirkungsvoll ist dabei auch die Zusammenarbeit der gar verschiedenartigsten amerikanischen Unternehmungen, von Elektrogesellschaften und Gaswerken mit Petroleumgesellschaften, Bahngesellschaften, Wegebauunternehmungen und Omnibusgesellschaften, zu der in jüngerer Zeit die Fluglinien hinzugekommen sind. Dabei steht den Vereinsstaatlern die ungeheure Gunst des Kapi-

talreichtums ihres Landes zu Gebote, so daß bei all diesen wirtschaftlichen Unternehmungen ein großzügiges Planen möglich ist und jedes ängstliche Lavieren und Besorgtsein um unmittelbare Rentabilität vermieden werden kann. In welchem Maße sich die amerikanische Prosperität auch in Lateinamerika auswirkt, zeigen die wachsenden Zahlen der Kapitalinvestierung, die, neu zusammengestellt, immer wieder erstaunen: beliefen sich die amerikanischen Kapitalanlagen vor dem Krieg auf nur 250 Mill. \$, so sind sie seitdem auf das Zehnfache, auf 2,5 Milliarden \$ gestiegen. Etwa in der gleichen Zeit ist der Handelsumsatz mit Lateinamerika von 328 Mill. im Jahre 1914 auf über 1 Milliarde gestiegen. Im Jahre 1928 machten die für Rechnung südamerikanischer Staaten, Gemeinden und Unternehmungen in New York herausgebrachten Emissionen schon viermal so viel aus wie die in London placierten Anleihen. Das sind Zahlen, die keines weiteren Kommentars bedürfen.

Auf dem Züricher Zionistenkongreß gab Artur Ruppin ein paar Zahlen über das Anwachsen der jüdischen Bevölkerung in Amerika. In den letzten dreißig Jahren habe sich ihre Zahl von 1 auf $4\frac{1}{2}$ Mill. gesteigert, während in der gleichen Zeit sich die Juden auf der ganzen Erde von 8 bis 10 Mill. auf 16 Mill. vermehrt haben. Aus diesem Vergleich ist die starke jüdische Wanderbewegung nach Amerika zu erkennen, die vor allem von Ostjuden bestritten worden ist.

In der Flottenabrüstungsfrage soll eine vorläufige Abmachung zwischen Macdonald und Dawes getroffen worden sein, in der bestimmt worden sei, daß die Schlachtschiffsbauprogramme beschränkt, Festsetzungen über die Größe der Schlachtschiffe und über die zu verlängernde Lebensdauer der im Dienste befindlichen Schiffe getroffen werden sollen. Ferner sollten sich die Regierungen verpflichten, keine Unterseebote zu bauen. Diese Vorschläge sollen den anderen Seemächten zur Stellungnahme unterbreitet werden. Senator Borah hat zur Flottenparität jüngst betont, daß England 59 moderne Kreuzer gebaut habe, während sich die Vergleichszahl in Amerika nur auf 18 belaufe. Wenn Amerika bis zur Parität, denn auf diese komme es bei den Abmachungen unbedingt an, nachbauen müßte, würden die Lasten des amerikanischen Steuerzahlers erhöht, aber auch der Kriegsantrieb gesteigert werden. England solle Schiffe versenken. Allerjüngst spielt auch der neue deutsche Panzerkreuzer eine Rolle in diesen Diskussionen, weil seine Maße nicht zu denen des Washingtoner Abkommens passen und damit eine Komplikation in der Festsetzung der künftigen Abmachungen befürchtet wird. Das Abkommen von Washington hatte 1921 bestimmt, daß kein Kreuzer über 10 000 t groß sein dürfe und als schwerste Bestückung nur Geschütze von 20,3 cm zugelassen. Der neue deutsche Panzerkreuzer hat aber 6 Geschütze mit einem Kaliber von 28 cm und außerdem neben einer Anzahl konstruktiver Neuerungen eine bessere Panzerung als die älteren Kreuzer. Einer Meldung zufolge denkt man daran, Deutschland zu den Abrüstungsverhandlungen einzuladen.

KURT WIEDENFELD:

Wirtschaftspolitik und Staatenbildung

Weit über die sozialistischen Anbeter der materialistischen Geschichtsauffassung hinaus, in alle Anschauungskreise hinein haben die schweren Nöte der Kriegs- und Nachkriegszeit und auch mannigfache Vorgänge staatlicher Wirtschaftspolitik die Meinung verbreitet, daß der große Krieg nur von den wirtschaftlichen Untergründen des Völkerringens her richtig zu verstehen sei, und daß ebenso die Nachkriegspolitik aller Staaten am letzten Ende auf das Verfolgen wirtschaftlicher Ziele hinauslaufe. Oft genug kann man heute gerade in solchen Kreisen, die von Sozialismus sonst nichts wissen wollen, auf eine schroffe Gleichstellung staatlicher Maßnahmen und wirtschaftlicher Zwecksetzung stoßen. Was nicht selbst wirtschaftlichen Inhalts ist, wird weit und breit nur als Mittel zum Zweck betrachtet. Und es ist ja auch kein Zweifel, daß die Gegner der Mittelmächte schon während des Krieges sich über die wirtschaftliche Ausnutzung des erwarteten Siegs weitgehend geeinigt hatten, und daß sie dann das militärisch-politische Endergebnis tatsächlich in schwerste wirtschaftliche Bedrückung der unterlegenen Mächte umgeprägt haben. Trotzdem stellt sich aber mir, als Nationalökonom, der Zusammenhang wesentlich anders und geradezu umgekehrt dar.

Daß Frankreichs Kriegsziel, die Wiedereroberung von Elsaß und Lothringen, nicht irgendwie entscheidend von wirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt war, braucht wohl nicht des näheren bewiesen zu werden. Sogar die lothringischen Eisenerzvorkommen und die darauf von Deutschen aufgebaute Eisen- und Stahlindustrie haben in der Pflege des Revanchegedankens niemals eine irgend hervortretende Rolle gespielt, und für den Anteil Frankreichs an der „kapitalistischen Ausbeutung der Welt“ hat die Beherrschung des linken Rheinufers weder unmittelbare noch mittelbare Bedeutung. Gerade hier tritt vielmehr ein rein geopolitisches Empfinden auch in der Gegenwart deutlich zutage — das Streben, den uralten Völkerverbindungsweg des Rhone-, Doubs- und Rheintals fest in die Hand zu bekommen. Nicht zuletzt dem wirtschaftlichen Blick fällt immer wieder auf, wie geringen Anklang etwa im französi-

schen Parlament wirtschaftliche Erwägungen finden. Die aktiven Träger des Revanchegedankens haben stets auf anderen Saiten des französischen Empfindens spielen müssen.

In Rußland ganz anders. Gewiß wurde auch hier der großen Masse der Bevölkerung in langen Jahren das Streben nach der Beherrschung Konstantinopels mit kirchlich-religiösen Empfindungen begründet: es gälte, das Kreuz des heiligen Andreas wieder auf der Sophienkirche aufzupflanzen und diesen Mittelpunkt orientalischen Christentums wieder für die orthodoxe Kirche zu erobern. Aber in dem letzten Jahrzehnt, das dem Kriegeausbruch vorangegangen ist, haben in der Bearbeitung des Volkes, wie sie vor allem von den Panslawisten Moskaus vorgenommen wurde, wirtschaftliche Behauptungen einen ständig sich erweiternden Platz eingenommen. Hierbei stand keineswegs etwa in erster Reihe die im Ausland öfter zu hörende Begründung, daß Rußland den Bosphorus beherrschen müsse, um für die Ausfuhr seiner Getreideüberschüsse jederzeit freien Weg zu haben; dorthin wurde ja der Sinn des frommen Bauern viel sicherer durch jene kirchlichen Empfindungen gelenkt. Wohl aber findet sich immer und immer wieder die Behauptung, daß Deutschland die russische Not des japanischen Krieges rücksichtslos ausgenutzt habe, sich einen nur ihm günstigen Handelsvertrag zu erringen, und daß Deutschland darauf gestützt das russische Volk gründlichst auspowere. Sogar von wissenschaftlicher Seite ist die Eigentümlichkeit der russischen Außenhandelsstatistik, die sich lediglich an die unmittelbare Abwicklung der Transportvorgänge anschließt und weder nach dem letzten Empfänger der ausgeführten Ware noch nach der wirklichen Herkunft der Einfuhrgüter fragt, nur allzu häufig in völliger Verdrehung der wissenschaftlich bekannten Tatsachen dazu benutzt worden, ein gewaltiges Überwiegen der deutschen, nach Rußland kommenden Einfuhr über die deutsche Aufnahme russischer Waren darzutun; als ob — um nur einige der wichtigsten Dinge zu nennen — jemals Baumwolle und Kautschuk oder Kaffee und Tee auf deutschem Boden hätten gewonnen werden können, als ob Holland und Belgien die gewaltigen Mengen russischen Getreides je zu eigenem Behalten aufgenommen hätten. Es war eine Argumentation, die in Stadt und Land sich um so mehr festgesetzt hatte, als bekanntlich das Bauerntum und die industrielle Arbeiterschaft noch immer in ganz unmittelbarem Zusammenhang gestanden haben. Und dennoch war auch diese Gedankenführung, wie schon ihre Unwahrhaftigkeit erkennbar macht, für die politisch führenden Kreise nur Mittel zum Zweck und nicht Enthül-

lung ihrer eigentlichen Ziele; also Stimmungsmache. Die Hauptsache war auch hier ein politischer, wenngleich nicht geopolitischer Zweck: die Oberschicht, die von kapitalistisch-wirtschaftlichem Empfinden noch kaum berührt war und sich sozial sogar von aller Kaufmannschaft streng abschloß, brauchte für ihre eigene Tätigkeit die Ablenkung nach dem Westen ebenso wie die revolutionäre Gärung der Unterschichten den westlichen Sündenbock, nachdem der östlichen Expandierung durch den japanischen Krieg zunächst einmal wieder ein Ende gesetzt war. Mir will scheinen, daß man so lange vor dem Kriege selbst die Hetze gerade gegen Deutschland und nicht gegen Österreich nicht zuletzt deshalb gerichtet hat, weil in allen Schichten des russischen Volkes der deutsche Wirtschaftsmensch wegen seiner Erfolge beneidet und wegen seiner Pedanterie mißachtet wurde.

Wiederum anders lag es in England und im ganzen Britischen Reich. Hier war in den Wirtschaftskreisen der Heimat und der Außenwelt sicherlich eine starke Mißstimmung durch das deutsche Vorwärtkommen ausgelöst worden; der kleine Angestellte empfand den deutschen Wettbewerber um die kaufmännischen und technischen Stellungen um so tiefer, als er aus den meist niedrigeren Gehaltsforderungen der Deutschen zugleich den Lohndrucker heraus schauen sah, und den Unternehmern, die sich aus der alten Monopolstellung einer „Werkstatt der Welt“ herausgeworfen fühlten, wollte die Preisunterbietung ebenfalls geradezu als ein unmoralisches Mittel des Wettbewerbs erscheinen. Dennoch hat es manche britische Kolonie gegeben, in deren großen Unternehmungen und öffentlichen Handelsvertretungen deutsche Kaufleute immer wieder in führende Stellungen gewählt worden sind. Namentlich das alte deutsche Kaufmannstum, das die andrängenden Neulinge mit genau demselben Unbehagen sich immer stärker durchsetzen sah, war in England selbst wie auch draußen durchaus geschätzt. Steigende Unruhe jedoch ist gerade in die Oberschichten der Heimat und der großen Siedlungskolonien durch unsere Flottenpolitik hineingetragen worden. Mehr noch als in Europa hat sie in den fremden Erdteilen die sozialen Beziehungen gelockert und gelöst, die sich von alters her zwischen Briten und Deutschen entwickelt hatten. Es ist gewiß nicht Zufall, aber auch nicht wirtschaftlich begründet, daß die schärfsten Gegner unserer Flottenpolitik gerade in Australien sich bemerkbar machten: hier sah man in der ungebrochenen Seeherrschaft Englands die Unterlage der eigenen politischen Selbständigkeit, die es gegen Japan und auch gegen Nordamerika aufrecht zu erhalten galt. Auch im britischen Reich waren die wirt-

schäftlichen Argumente nicht wesentlich mehr als das einfachste Mittel, den politischen Gegensatz auch der großen Masse der Bevölkerung begreiflich zu machen. Sie wurden auch hier mit so ausgeprägter Naivität gehandhabt, daß der wirkliche Inhalt — eben der politische Gegensatz — nur allzu deutlich herausschaute.

Wird aber diese Auffassung vom politischen Untergrund des großen Krieges nicht durch den Inhalt der Friedensdiktate widerlegt? Mir will das Gegenteil richtig erscheinen. Oft genug ist ja schon darauf hingewiesen worden, daß die Väter dieser drückenden Bestimmungen von wirtschaftlichen Dingen nicht gar viel verstanden haben, und die Entwicklung der abgelaufenen zehn Jahre hat mit unverkennbarer Deutlichkeit denen recht gegeben, die auch auf der Seite der Gegner schon damals auf die Schädigungen hingewiesen haben, die gerade für die Wirtschaft des eigenen Landes sich aus den Friedensdiktaten ergeben müßten. Das politische Ziel jedoch hat jene Politiker blind gemacht. Frankreich hat es mit einer Entwertung seiner Währung und damit seines privaten Vermögensbesitzes bezahlt. England hat zwar seine Währung gerettet, dafür jedoch dauernd und schwer unter der Arbeitslosigkeit beträchtlicher Teile seiner industriellen Arbeiterschaft zu leiden. Gerade wirtschaftlich sind sie beide in beträchtlichem Maß von Amerika abhängig geworden. Wären die wirtschaftlichen Bestrebungen wirklich auf letzte Ziele gerichtet gewesen, so hätte man Kennern der Wirtschaft auch den entscheidenden Einfluß einräumen müssen.

Und nun die Gegenwart. Allenthalben sind von den neu gebildeten Staaten neue Zollmauern errichtet worden, und viele der alten Staaten haben die schon bestehenden Zölle erhöht und mannigfach neue Erschwerungen der Einfuhr eingeführt. Beweist das nicht eine Betonung der wirtschaftlichen Interessen, die diese als den eigentlichen Inhalt der staatlichen Politik erkennen läßt? Auch hier scheint mir in der Beurteilung weitgehende Vorsicht angebracht. Wir haben gerade auf deutschem Boden schon einmal eine Zeit gehabt, in der durch den Gewaltspruch eines Siegers urplötzlich und ohne zwingenden historischen Zusammenhang neue Staaten gebildet worden sind. Und sie alle — Bayern und Württemberg, Baden und Hessen — haben ihr neues Staatenleben nach dem Reichsdeputations-Hauptschluß damit begonnen, daß sie die verschiedenen Landschaften, aus denen sie zusammengeschweißt waren, erst einmal mit einer Zollmauer gegen die Außenwelt abschlossen. Und als dann Preußen, als einer der Siegerstaaten, aus dem Wiener Kongreß mit einer be-

trächtlichen Ausweitung seines Staatsgebietes hervorging, da tat es in seinem berühmten Zolltarifgesetz von 1818 im wesentlichen dasselbe. Überall war bei diesem Vorgehen nicht eigentlich entscheidend der Gedanke, durch diese Zollummauerung die wirtschaftlichen Interessen aller zusammengeführten Landschaften in besonders nachhaltiger Weise zu wahren, als vielmehr der unmittelbar politische Gesichtspunkt, aus der Einheitlichkeit der außenwirtschaftlichen Maßnahmen des neuen Staates in der Bevölkerung ein auf das Ganze gerichtetes Staatsgefühl hervorzurufen. Sogar das preußische Tarifgesetz, obwohl es in den zollpolitischen Mitteln sich bewußt und resolut vom alten Merkantilismus abgewandt und für die europäische Welt damit ein völlig neues System der Zollhandhabung eingeleitet hat, ist doch dem Ziele nach die letzte große Maßnahme eben jenes Merkantilismus, dessen Wesen ein Gustav Schmoller als „Staatenbildung mit wirtschaftlichen Mitteln“ gekennzeichnet hat. Auch die Errichtung des Deutschen Zollvereins, die verhältnismäßig rasch aus jenem preußischen Tarifgesetz erwachsen ist, war von allem Anfang an nach der Absicht der preußischen Staatsmänner nichts anderes; der Zollverein sollte einer neuen Reichsgründung vorarbeiten und hat sie uns denn auch gebracht. Sollten nicht auch die jetzt neu gebildeten Staaten, die ja ebenfalls des historischen Zusammenhangs in ihrem inneren Gefüge entbehren, auf eben diesem wirtschaftlichen Wege versuchen, die politische Lücke zu schließen? Die Rigorosität, mit der man die Zollpolitik treibt, und die — wirtschaftlich schlechthin unverständliche — Wahllosigkeit, mit der ohne Rücksicht auf natürlich gegebene Möglichkeiten und Vorteile alle und jede Produktion überall geschützt und vielfach erst hochgepöppelt wird, läßt das politische Ziel recht deutlich hervortreten.

Und dazu ein Zweites, was in der Gegenwart ebenso wie in der Vergangenheit wirksam ist: die neuen wie die alten Staaten brauchen zur Erhaltung ihrer selbständigen Existenz eine tragfähige Finanzunterlage. Eine Einkommensteuer von entsprechender Ergiebigkeit ist nicht nur deshalb zumeist unmöglich, weil sie für die Gesamtheit der Bevölkerung einen Kulturstand voraussetzt, der vorerst nur recht teilweise vorhanden ist; sie würde vielmehr dem politischen Ziel, diese Bevölkerung zu einem Staatsgefühl zu erziehen, auch schnurstracks zuwiderlaufen, da der Steuereinnahmer überall in der Welt dem Staate nicht gerade zur Beliebtheit zu verhelfen pflegt. Also muß man wohl zu Verbrauchssteuern und den entsprechenden Zöllen greifen. Sie lassen das belastende Moment des Staates nicht so unmittelbar den einzelnen Staats-

angehörigen empfinden, und Zölle zumal lassen sich der Bevölkerung noch dazu als produktionsfördernd darstellen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung besonders wichtig und zugleich bedeutsam für die Beurteilung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist die Tatsache, daß von den Einfuhr- und Ausfuhrverboten des Krieges und der ersten Nachkriegszeit nur noch wenig übriggeblieben ist. Denn so störend sich auch Zölle in den internationalen Güteraustausch einschieben, schließlich sind sie doch nur eine von den vielen Spesen, die auf diesem Austausch liegen, und nicht, wie jene Verbote, ein unüberwindliches Hindernis. Sie verlangsamen und erschweren die erneute Herausarbeitung einer internationalen Produktionsteilung; aber sie machen sie auf die Dauer nicht unmöglich. In ihr wird das wirtschaftliche Interesse jedes Gebiets sich wieder zur Geltung bringen, wenn es erst wieder den rein staatlichen Bedürfnissen freier gegenübersteht.

KURT TRAMPLER:

Volksrechtliche Grundlagen eines neuen Europa

Grundlinien einer deutschen Nationalitätenpolitik

Wenn von französischer Seite die Forderung nach Sicherheit erhoben wird, so versteht Frankreich darunter nicht nur die Unantastbarkeit seiner neuen Staatsgrenzen, sondern die volle Aufrechterhaltung der „Neuordnung“ Europas, die durch die Friedensdiktate der Pariser Vororte geschaffen wurde. Es ist zweifellos Frankreichs Wille, daß der Völkerbund den Frieden erhalten soll. Es versteht aber unter „Frieden“ keineswegs den Zustand der Verwirklichung eines höchstmöglichen Maßes von Gerechtigkeit, sondern nur die völkerrechtlichen Bestimmungen, die das Friedensdiktat von Versailles und die anderen Friedensdiktate enthalten.

Zur Verhinderung jeder organischen Dynamik im Leben der Staaten und Völker hat Frankreich stets neue Mittel gefunden. In der brutalen Ausnützung seiner militärischen Machtposition versteht es genau so gut seine Interessen zu wahren, wie mit der Phrase vom Weltfrieden, die einem der entschiedensten Vertreter dieser Politik, Aristide Briand, sogar den Friedens-Nobelpreis eingetragen hat.

Die Statik des gegenwärtigen Europa ist aber für das deutsche Volk unerträglich. Nur kurzfristigste Augenblickspolitiker vermögen deshalb an eine

Verständigung mit Frankreich unter Beibehaltung der gegenwärtigen Politik unseres westlichen Nachbarn zu glauben. Der Kampf des Deutschtums für eine organische Dynamik der europäischen Politik wird auch nach erfolgter Rheinlandräumung und Saarrückgabe weitergehen müssen, wenn nicht das deutsche Volk in seiner Gesamtheit auf die Stufe eines bedeutungslosen Kleinstaates herabsinken will. Mit seltener Eindringlichkeit hat Professor Haushofer vor einiger Zeit in einem Münchner Universitätsvortrag die Rückbildung des deutschen Kultur-, Volks- und Staatsbodens in den letzten Jahrhunderten vor Augen geführt. Teils in offenem Kampf, teils in fast unmerklichem Abbröckeln und im Unterwandern der Grenzen sind die Gegner des Deutschtums so weit vorgeedrungen, daß trotz einiger Gegenstöße die deutsche Geschichte der letzten Jahrhunderte durch ein ständiges Zurückweichen zuerst des Staatsbodens, dann des Volksbodens und schließlich auch der Kulturreste gekennzeichnet ist. Aus der Erkenntnis dieser geschichtlichen Tatsachen, die durch unsere bisher mehr staatliche als volkliche Geschichtsbetrachtung zu sehr verborgen geblieben sind, könnte das deutsche Volk heute die ungeheueren Gefahren erkennen, denen das gesamte Deutschtum ausgesetzt ist, und den Mut schöpfen, mit Einsatz aller Kräfte das Ende des Deutschtums in letzter Stunde zu wenden.

Noch heute ist Frankreichs Politik durch das Ziel Clemenceaus bestimmt, die Zahl der Deutschen auf höchstens 40 Millionen herunterzudrücken, was fast der Halbierung des geschlossenen Deutschtums in Mitteleuropa gleichkommt. Man darf das Wort dieses typischen Vertreters französischer Einstellung nur nicht in der brutalen Form der physischen Abtötung der Überzähligen deuten, sondern in der der seelischen Aufsaugung und Entfremdung vom Volkstum. Alle französischen Pläne sind darauf gerichtet, die Statik des gegenwärtigen Europa so lange zu gewährleisten, bis alle die Teile des deutschen Volkes entnationalisiert sind, die aus dem Gebiet, das nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker deutsches Staatsgebiet sein müßte, herausgebrochen wurden. Deshalb Frankreichs Streben nach beständiger Niederhaltung und Verschlechterung des Minderheitenschutzes, der nur so weit reichen soll, um Aufsehen erregende Explosionen zu verhindern, während er der langsam schleichen den Entnationalisierungspolitik Tür und Tor öffnen soll. Das deutsche Volk würde auf diese Weise seine Außenposten so sehr verlieren, daß keine Volksangehörigen mehr außerhalb der Reichsgrenzen den Ruf nach Vereinigung mit dem Reich erheben könnten.

Wie gefährlich diese Bestrebungen sind, geht daraus hervor, daß z. B. in

den verlorenen Ostgebieten eine Grenzveränderung nach den gegenwärtigen gewaltbedingten Siedlungsverhältnissen bereits nicht mehr nach dem Volkstumsprinzip gefordert werden könnte, sondern daß raumstaatliche Begriffe zu Hilfe gezogen werden müßten. In ähnlicher Weise soll eine Bindung Österreichs an französische Trabanten erfolgen. Nie erkennt ein Franzose einen Österreicher als Deutschen an, sondern versucht immer geflissentlich, zwei Nationen zu konstruieren. Hält man damit die französische Westpolitik zusammen, die auch nach der Räumung auf Grund der Bestimmungen über die entmilitarisierte Zone die Einflußmöglichkeit auf Deutsche beibehält und zieht man die Reparationspolitik in Betracht, die die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes in einer Weise beeinträchtigt, die einer Mehrung der Geburtenziffer feindlich ist, so wird man erkennen, daß es vom französischen Standpunkt aus ein ganz reales und erreichbares Ziel ist, durch die einfache Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes Clemenceaus Berechnungen zu erfüllen.

Nun ist aber durch die französische Europapolitik nicht nur der Abstieg Deutschlands bedingt, sondern es hat sich herausgestellt, daß die Versailler Neuordnung Europas auch für den ganzen Erdteil die schwersten Schädigungen mit sich gebracht hat. Die wirtschaftliche Entwicklung außereuropäischer Länder während des Weltkrieges, insbesondere der Aufschwung der Vereinigten Staaten, hat den in einer starken Ausfuhr bestehenden fiktiven Lebensraum aller europäischen Völker empfindlich eingeschränkt. Die Zerreißung organischer Wirtschaftsgebiete, die hohen Zollmauern, die unproduktiven Ausgaben für übergroße Heere und Protektionsindustrien usw. lassen die Wirtschaft Europas darniederliegen. Der durch die Unterdrückung nicht nur des deutschen Volkes, sondern fast aller 40 Millionen Angehörigen nationaler Minderheiten hervorgerufene und stets von neuem aufgepeitschte Völkerhaß rückt einen neuen europäischen Krieg in greifbare Nähe, trotzdem sich die Überzeugung immer mehr Bahn bricht, daß ein solcher Krieg mit der gänzlichen Zerstörung der Reste europäischer Kultur, Ordnung und Wohlstandes enden müßte. Auf dem Boden dieser Erkenntnisse wuchs der Gedanke, die europäischen Fragen in Form einer Vereinigung ganz Europas zu lösen, in dem die einzelnen Streitigkeiten sich ganz von selbst lösen würden und das vor allem eine großräumigere und gewinnversprechendere Organisation der Wirtschaft zulassen würde. Man verschloß sich aber der Notwendigkeit, zuerst die Hauptgegensätze zu bereinigen, um dann erst die befriedeten Staaten zu vereinigen, sondern man glaubte, von einer wirtschaftlichen Vereinigung auf Grund des status quo ausgehen

zu können, die dann die Bereinigung der anderen Fragen nach sich ziehen würde.

Diese vorhandene und manchem Pazifistenherzen bequeme Einstellung hat kürzlich der französische Außenminister Briand zu dem Vorschlag eines Pan-europa ausgenützt, der nichts anderes bedeutet, als eine Neuauflage der napoleonischen Konzeption eines Europa unter französischer Oberherrschaft. Die Garantie der Statik des Versailler Europa, die bei dem ersten Versuch der Beseitigung des Revisionsartikels des Völkerbundspaktes in der Form einer Festigung des Grenzgarantie-Artikels durch das fehlgeschlagene Genfer Protokoll als reaktionär empfunden wurde, soll hier durch eine politische Konzeption erreicht werden, die vor der Welt als eine fortschrittliche Friedenstat erscheint.

Für dieses Europa wäre eine Art Bundesparlament vorgesehen, das in seiner Zusammensetzung, nach dem Muster der westlichen Demokratien, Deutschland ebenso überstimmen würde, wie die nationalen Minderheiten durch die Parlamente der Unterdrückerstaaten fortwährend überstimmt und durch formell rechtmäßig zustande gekommene Gesetze entnationalisiert werden. Deutschland würde in einem solchen Europa der Gesetzesmaschine einer ihm feindlichen Mehrheit unterworfen und würde zudem noch bei allen seinen Reformwünschen formell ins Unrecht gesetzt. Während es heute wenigstens in geistiger Freiheit das ständig neue Unrecht bekämpfen kann, müßte es dann seinen Kampf gegen formell rechtmäßige Gesetze führen. Für Deutschland, aber auch für alle anderen Freunde eines dauerhaften Friedens in Europa, scheidet die zentralistische Lösung Briands für das Europaproblem, die nur die Sicherung der französischen Vormacht bezweckt, vollkommen aus. Eine Vereinigung Europas auf Grund des status quo wäre — wie es Hauptschriftleiter Büchner kürzlich treffend kennzeichnete — dem Versuch zu vergleichen, einen zertrümmerten Schädel dadurch zu heilen, daß man ihm einen Hut überstülpt.

Einer großräumigeren wirtschaftlichen Organisation und einem Abbau der unproduktiven Aufwendungen in Europa und damit einer Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit Europas gegenüber den anderen Erdteilen, muß notwendigerweise eine Regelung des Verhältnisses zwischen Völkern und Staaten vorausgehen. Die Herstellung eines biologischen Gleichgewichtes ist unmöglich ohne ein zuverlässiges geistig-seelisches Gleichgewicht unter den Völkern Europas. Solange die vom Völkerhaß geschaffene Kriegsgefahr besteht, wird kein Staat sein Streben nach Autarkie, seine Protektionsindustrien und damit seine Zoll-

mauern und Rüstungen einschränken. Erst wenn die Wahrscheinlichkeit solcher Notzeiten geringer ist, wird die Möglichkeit bestehen, die fast untragbar hohe Selbstversicherung gegen solche Notzeiten abzubauen.

Deutschlands Aufgabe in dieser Europapolitik ist es nun, neue Grundrechte für das Zusammenleben der Völker zu schaffen, die in organischer Entwicklung ein befriedetes Europa und eine freie Entwicklung aller Völker gewährleisten. Dem Gedanken des westlich-demokratischen Nationalstaates, in dem die Diktatur der 51 v. H. der Staatsbevölkerung auch die geistige Nivellierung und Zentralisierung anstrebt und der nur staatliches Recht und staatliches Denken kennt, muß der föderale Gedanke des völkergesellschaftlichen Staates entgegengestellt werden, der sich auf den einzelnen unantastbaren volklichen Gemeinschaften aufbaut und eine klare Teilung der Kompetenzen zwischen volklichen und staatlichen Rechten anerkennt. Daß eine andere Lösung, die den Frieden gewährleistet, gar nicht vorhanden ist, geht aus einer Aufstellung des Schöpfers des estländischen Kulturautonomiegesetzes, Abg. Werner Hasselblatt hervor, der nachgewiesen hat, daß die Aufteilung Europas in reine Nationalstaaten auch bei der gerechtesten Grenzziehung unmöglich ist. Nur zirka 15 Mill. Minderheiten könnten dadurch beseitigt werden. 25 Mill. Minderheiten würden bei den verzahnten und verzackten siedlungsgeographischen Verhältnissen Osteuropas zwangsläufig übrigbleiben.

Grunderfordernis für eine solche Umdenkung der Staatsauffassung ist die Anerkennung der Unantastbarkeit jeden Volkstums. Diese Einstellung überwindet zwangsläufig nicht nur den Willen zur Entnationalisierung fremdnationaler Völker, sondern auch das charitative Minderheitenrecht des Völkerbundes, das auch im Fall seiner tatsächlichen Ausführung die Pflege der Minderheitenkultur nicht durch die Minderheiten, sondern durch den Staat vorsieht. An seine Stelle tritt das Eigenrecht der Nationalitäten, die anstatt Objekte fremden Willens selbst Subjekte eigenen Rechts werden. Die Form der innerstaatlichen Verwirklichung dieser Gedanken ist die Kulturautonomie, die zum erstenmal in Estland in dem von dem deutschen Abgeordneten Werner Hasselblatt ausgearbeiteten Kulturautonomiegesetz gewährt wurde. Die Kulturautonomie verpflichtet den Staat, der zu einer Körperschaft öffentlichen Rechts zusammengefaßten Minderheiten-Volksguppe in der Form der Rechtsdelegation den Wirkungskreis der Erhaltung und Entfaltung aller kulturellen Güter und Aufgaben der Volksguppe zu übertragen. Dazu gehört besonders das gesamte Schulwesen. Die Volksguppe verpflichtet sich umgekehrt, diese Bevollmächtigung

nicht zur Verfolgung von Zielen zu verwenden, die sich gegen den Bestand des Staates richten. Es wird ein kulturföderalistischer Staat geschaffen, dessen Gliederung sich durch die freie Willensäußerung der Staatsbürger vollzieht. Es ist vielfach gesagt worden, die Gewährung einer solchen Kulturautonomie bedeute für den Staat einen Verzicht auf seine Territorialität und damit eine Rückbildung zum Personalitätsprinzip mit allen Schwierigkeiten, die aus der Verschiedenheit der anzuwendenden Rechtsnormen entstehen. Das ist durchaus falsch. Die Territorialität bleibt vollkommen erhalten, denn alle Staatsbürger unterstehen dem gleichen Gesetz, das ihre kulturelle Willensfreiheit und die daraus entstehenden Pflichten (Staatsloyalität, eigene Kulturtätigkeit usw.) festlegt. Die Kulturgemeinschaften sind nur die Beauftragten des Staates für einen scharf umrissenen Wirkungskreis.

Daß zu diesen kulturellen Rechten die vollkommene staatsbürgerliche und wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Staatsbürger ohne jede Beeinträchtigung durch ihr volkliches Bekenntnis hinzutreten muß, ist eine Selbstverständlichkeit, die allerdings den Verzicht mancher Staaten auf lieb gewordene Gewohnheiten wie Wahlkreisgeometrie, Liquidationen, Konzessionsentzug, Aufhebung der Unabhängigkeit der Gerichte usw. bedeutet, der vielleicht mancherorts noch schwerer sein wird als der Verzicht auf die Tendenz, die Minderheiten geistig wie giftige Fremdkörper einzukapseln und allmählich aufzusaugen.

Wenn auch mit solchen innenpolitischen Friedensschlüssen zwischen Staaten und Völkern sehr viel gewonnen ist, so müssen dennoch die Gedankengänge der freien Volksrechte auch ihre überstaatliche Verwirklichung in ganz Europa finden. Ich möchte dieses Ziel mit „europäischem Kulturföderalismus“ bezeichnen, wobei ich unter Föderalismus die Unterordnung mehrerer Gemeinschaften unter einen übergeordneten Rechtsbegriff zur Erreichung eines gemeinsamen Zieles verstehe. Es ist klar, daß selbst eine kulturautonome Minderheit, wenn sie von den geistig-seelischen Wechselbeziehungen mit den in anderen Staaten lebenden Teilen ihres Volkes abgeschlossen ist, notwendigerweise einer kulturellen Rückbildung anheimfällt. Besonders kleinere Minderheiten verfügen nicht über eine genügend reiche soziale Gliederung, um sich auf allen Gebieten der Kultur entfalten zu können. Oft haben sie auch nicht die wirtschaftlichen Mittel, die zur Ausbildung einer geistigen Oberschicht erforderlich sind. Der Staat darf deshalb die Volksgruppen nicht durch kulturelle Zollmauern von dem Kulturaustausch mit den gleichnationalen Volksgruppen, besonders auch mit ihrem Mutterland abschließen, sondern muß diese Zusammenarbeit frei-

geben, daß jedes Volk die Möglichkeit hat, sich zu einer überstaatlichen Kulturgemeinschaft zusammenzuschließen, so daß sich in der letzten Konsequenz eine Parallelorganisation von Staaten und Kulturkreisen ergibt. Übergeordneter Begriff einer solchen Konzeption ist der Wille, Macht als Funktion des Rechts auszuüben und durch die Förderung der europäischen Einzelkulturen die Gesamtkultur der europäischen Menschheit zu entwickeln. Vertragsschließende Partner sind die Staaten und die Kulturgemeinschaften.

Diese Nebeneinanderordnung würde sich nicht in interesselosem Nebeneinanderleben der Völker erschöpfen. Die Beseitigung der Gegeneinanderordnung der Völker, die infolge der Unterdrückung durch die Mehrheitsvölker zwangsweise entstanden war, würde auch zugleich den Grund für die gegenseitige Herabsetzung der Völker beseitigen. Auf dem Boden der ritterlichen Anerkennung der Heiligkeit jedes Volkstums würde die Erkenntnis reifen, daß die Kulturen der Völker wohl verschieden alt, verschieden entwickelt, aber für jedes Volk Ausdruck seiner Seele sind. Die Verschiedenartigkeit der Völker, die man im Nationalitätenkampf eher zu erweitern als zu verringern strebte, um Wechselwirkungen als mutmaßliche Vorstufen der Entnationalisierung zu vermeiden, würde bei einem Verzicht auf die Unterdrückung zu einer Quelle ständiger gegenseitiger Anregung, gegenseitiger kultureller Austauschbeziehungen werden, die das geistig-seelische Gleichgewicht der Völker nicht mehr zu stören vermöchten.

Kulturautonomie, Gleichberechtigung und europäischer Kulturföderalismus würden den nationalen Kulturkampf beenden und damit auch die schweren Gefahren für den Frieden Europas beseitigen, die gerade aus der nationalen Unduldsamkeit erwachsen. Im Völkerbund stoßen diese geistigen Probleme bekanntlich nicht auf freundliches Interesse, denn es ist klar, daß eine solche Befriedung Europas — besonders Osteuropas —, Frankreichs napoleonischer Politik zuwiderlaufen würde. Beruht doch das Bündnissystem, das Frankreichs Vorherrschaft schützen hilft, zum großen Teil auf dem Sicherheitsbedürfnis der Oststaaten gegen die Gefahren des Nationalitätenkampfes. Deutschlands Aufgabe wird es trotzdem sein, immer und immer wieder diese Ziele zu den Richtlinien seiner Nationalitätenpolitik zu machen und sie besonders eindringlich zu vertreten, wenn manche Völkerbundsverhandlungen zeigen, daß der Weg zu einem neuen Serajewo nicht mehr weit ist. Es gilt, ganz Europa klar zu machen, daß nur die Anerkennung der Volksrechte und die Abkehr vom Gedanken des omnipotenten Staates Grundlagen eines neuen Europa sein können.

Erst wenn diese geistige Befriedung erreicht ist, besteht die Möglichkeit, einer Lösung der europäischen Frage auf wirtschaftlichem und staatspolitischem Gebiet näherzutreten. Das geistig-seelische Gleichgewicht ist die Voraussetzung für die Herstellung eines biologischen, d. h. eines Ausgleichs tatsächlicher und fiktiver Lebensräume, der jedem Volk einen gerechten und für seine Lebens-erhaltung notwendigen Anteil an den wirtschaftlichen Gütern des Erdteils gibt. Vielleicht wird nach langer evolutionärer Gestaltung das Werk der Macht-gestaltung als Funktion der angewandten höchstmöglichen Gerechtigkeit mit der Errichtung einer völkergesellschaftlichen Vereinigung der europäischen Staaten auf föderalistischer Grundlage gekrönt werden können. Vielleicht wird innere Gesittung und Kulturhöhe zusammen mit äußerem Druck das heute von Spannungen überladene Europa zu organischer Gemeinsamkeit zusammen-wachsen lassen. Und es kann auch sein, daß dieser Friede von Dauer ist, wenn er so labil gestaltet wird, daß in seinen Grenzen für Wandlungen der Kultur- und Rechtsvorstellungen Raum ist.

Was aber nicht sein kann, ist, daß durch Briands Paneuropa-Plan Span-nungen gelöst, höhere Ziele erreicht werden. Dieses von Wirtschaftsnot und er-preßten Abhängigkeiten und von formalistischem Starrsinn erzwungene Gebilde wäre die Verewigung des Völkerhasses und der entscheidende Schritt zum Waffenkampf und zu der Europadämmerung, die den Erdteil als bedeutungs-lose Halbinsel Asiens den roten Zaren zur Beherrschung und den amerikanischen Kapitalisten zur Ausbeutung übereignet.

ERICH OBST:

Oberschlesien

Leidenschaftlich und wild branden die Wogen des polnischen Chauvinismus gegen die Gestade der deutschen Insel Ostpreußen. Nur zu klar erkennt man das letzte Ziel: zunächst das deutsche Bollwerk Danzig unterspülen, dann ein Stück Ostpreußens nach dem anderen zum Abbröckeln bringen. In Schlesien ist es Polen und Tschechen trotz Versailles, Besatzung und Abstimmungs-drangsalierungen nicht gelungen, das Zerstörungswerk gleichweit zu treiben und Oberschlesien von dem Körper des Reiches abzutrennen. Eben deswegen aber gehen die Unterminierungsversuche in Schlesien, wenn auch heimlich, so doch sehr zielbewußt weiter, und man versteht nur zu gut, daß das Deutsch-

tum im mittleren Ostzipfel die ihm drohende Zukunftsgefahr im Bilde untenstehender Figur darstellt.

Es hat keinen Zweck, heute immer nur über die von den Vorfahren verschuldete unglückselige Zerfransung und Zersplitterung deutschen Volks- und Kulturbodens im Osten zu jammern. Die Tragik, daß das deutsche Volk über der Wacht am Rhein die Wacht im Osten vergaß, daß es in einer Periode äußeren Wohlergehens immer nur aufs Weltmeer hinausschaute, statt seiner

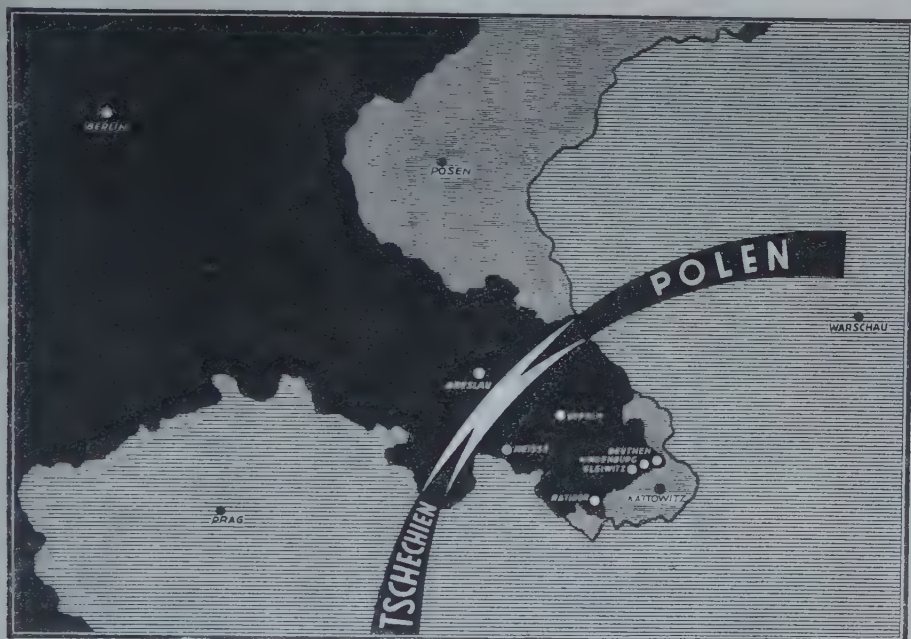


Abb. 1. Oberschlesien in der polnisch-tschechischen Zange

geopolitischen Lage gemäß den Blick ebenso scharf binnenwärts, d. h. gen Osten zu richten, läßt sich heute nicht mehr aus der Welt schaffen. Wohl aber ist es unsere Pflicht, das heranwachsende Geschlecht zu einer klaren Einstellung auf die spezifisch deutsche Mittellage zu erziehen und es von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß die Westlinie (Hansastädte—Rhein) und die Ostlinie (Ostpreußen—Weichselland—Oberschlesien) mit gleicher Sorgfalt und gleicher Liebe betreut werden müssen. Ungeheure Gefahren für das Reichsganze ziehen herauf, wenn wir das deutsche Volkstum im Osten im Stiche lassen. Reich und Staat und jeder einzelne Deutsche müssen sich mit aller Kraft dafür einsetzen,

daß uns, wie im Westen, Norden und Süden, so auch und gerade im Osten Wiedergutmachung für die Vergewaltigung von Versailles gewährt wird. Der Tag, an dem die an Tollwut grenzende Willkür des Friedensdiktates beseitigt wird, muß und wird kommen, wenn überhaupt wirklicher Frieden in Mitteleuropa Einkehr halten soll. Ohne unfruchtbaren Haß, aber mit aller denkbaren Entschiedenheit wollen wir dann an den Verhandlungstisch treten, um unsere Rechte geltend zu machen. Nur diejenige Partei aber wird in jener



Abb. 2. Die willkürliche Zerschneidung des einheitlichen oberschlesischen Industrieviers

Schicksalsstunde siegen, bei der gründliche Kenntnisse über die Zustände im strittigen Gebiet Gemeingut aller geworden sind. Nur auf der Seite wird die Weltöffentlichkeit stehen, die ohne Phrasen die unerträglichen Schäden der Diktat- und Gewaltgrenzen nüchtern sachlich und erschöpfend darzustellen weiß. Als ein kleiner Beitrag in diesem Sinne wollen die nachfolgenden Ausführungen gewertet werden. Sie beruhen auf Beobachtungen und Mitteilungen, die wir anlässlich einer Exkursion des Geographischen Instituts der Technischen Hochschule Hannover kürzlich an Ort und Stelle sammeln konnte.

Die oberschlesische Volksabstimmung vom 20. März 1921 fand

unter interalliiierter Besatzung statt, von der namentlich die Franzosen den polnischen Terror eher unterstützten als unterbanden. Trotzdem und ungeachtet der verführerischsten politischen und wirtschaftlichen Versprechungen der Polen lauteten 60 % aller abgegebenen Stimmen für Deutschland und nur 40 % für Polen. Der Wille des oberschlesischen Volkes hatte also klar und eindeutig für ein Verbleiben des Landes beim Deutschen Reich entschieden. Die deutsche Majorität wäre noch überwältigender gewesen, hätte nicht die Ära des preußischen Kultusministers Hoffmann weite Kreise der Bevölkerung zu der Ansicht getrieben, sie könnte ihrem katholischen Glauben nur in Polen treu bleiben.

Wenn wirklich die Entente, wie sie sich oft geröhmt, Anwalt für das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker gewesen wäre, so hätte der 20. März 1921 einen Strich unter alle Annexionsgelüste der Polen gezogen und ganz Oberschlesien dem Deutschen Reiche zurückgegeben. Unter gänzlicher Verdrehung des von ihr selbst heilig gesprochenen

Selbstbestimmungsprinzips schob jedoch die Entente das Votum der Bevölkerung beiseite und überantwortete Oberschlesien einer Teilung. Niemals wohl ist eine Grenzziehung raffinierter zugunsten der einen Partei ausgeklügelt, niemals mit gleicher Frivolität kulturell, wirtschafts- und verkehrsgeographisch Zusammenhängendes so brutal zerschnitten worden wie in Oberschlesien. Was scherte man sich darum, daß beispielsweise das Stadtgebiet von Beuthen durch die Grenze zerlegt wurde, der Stadtteil Friedenshütte (180 000 Einwohner, 3 Hütten, 2 Kohlengruben) mit einem Drittel des bisherigen Steueraufkommens an Polen kam. Was



Abb. 3. Zerreißung des unter Tage gelegenen Grubenbesitzes in der Umgebung von Beuthen. Der Betrieb unter Tage ist völlig zerschnitten worden, sodaß zur Ausnutzung der deutsch gebliebenen Kohlen- und Erzfelder neue Schachtanlagen notwendig sind

kümmerte es die Ententegewalthaber, die von dem oberschlesischen Industrie-
revier und der dortigen Verkehrsverflechtung kaum eine Ahnung hatten, daß
durch ihren Spruch 15 Reichsbahnstrecken, 9 Schmalspurbahn-
strecken, 7 Straßenbahnlinien und 45 (!) verkehrsreiche Hauptland-

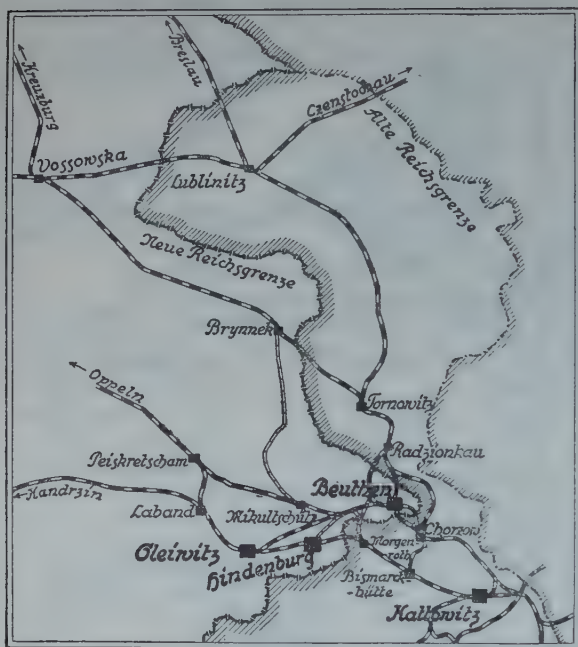


Abb. 4. Zerschneidung des Eisenbahnnetzes durch die Grenzziehung. Zur Wiederherstellung der abgeschnittenen Verbindung nach Norden ist der Bahnbau von Mikultschütz nach Brynnek notwendig, zumal die von den Polen gebaute Umgehungsbahn (Radzionkau—Chorzow) Beuthen völlig abzuschneiden droht. Die große Nachbarstadt Hindenburg, die in der Luftlinie 10 km entfernt liegt, ist zur Zeit nur über Gleiwitz (Bahnstrecke 26 km) zu erreichen, daher ist der Bau einer direkten Bahnverbindung Beuthen—Hindenburg unbedingt erforderlich

straßen zerschnitten wurden. Wer den ganzen Wahnsinn der Grenzziehung studieren will, der fahre etwa auf der großen Landstraße von Hindenburg nach Beuthen bis zu jener Stelle, wo sich plötzlich ein Schlagbaum quer über die Straße legt und kategorisch halt gebietet. Um das moderne Knappschaftslazarett Rudahammer den Polen zuschanzen zu können, wurde die Grenze zipfelförmig über die Hauptverbindungsstraße vorgestreckt, so daß hier die elektrische Straßenbahn Hindenburg—Beuthen ein Stück unter Zollverschluß durch polnisches Gebiet fahren und deutscherseits für den Fußgänger- und Wagenverkehr eine Umgehungsstrecke gebaut werden muß! Nicht minder

drastisch liegen die Verhältnisse wenige Kilometer südöstlich von Beuthen, wo an der Grenze die täglich nach Tausenden zählenden Fahrgäste die Wagen der elektrischen Straßenbahn Beuthen—Königshütte verlassen, das polnische und das deutsche Zollamt passieren müssen, um dann erst wieder in den Wagen steigen zu dürfen! Von eben dieser Grenzstelle sieht man drüben, in Ostoberschlesien, den Wasserturm der Stadt Beuthen, die ihr Wasser zuvor aus der Rosaliengrube im

Osten und dem Adolfschacht im Nordwesten bezog, durch den Grenzensinn dieser beiden Wasserquellen beraubt wurde und erst jetzt nach Ausbau des deutsch-oberschlesischen Hauptwasserwerkes Zawada die ärgsten Schwierigkeiten beheben kann! Auf der Rückkehr von Beuthen nach Gleiwitz verweilten wir bei dem einst vom Breslauer Fürstbischof gestifteten großartigen Krüppelheim, das Tausenden von Arbeitsinvaliden Rettung und Trost gespendet hat. Stiftungsgemäß wurde diese Anstalt

bis zur Grenzziehung aus den reichen Erträgen der benachbarten Eminenzgrube unterhalten; aber die Begehrlichkeit der Polen vergriff sich sogar an dieser segensreichen Einrichtung: das Krüppelheim selbst blieb zwar bei Deutschland, die die Mittel liefernde Eminenzgrube aber rissen die Polen an sich! Ein Blick auf die hier beigegebenen Schaubilder wird mehr, als viele Worte es vermöchten, den Leser von dem Gewaltcharakter der Grenze und ihrer wirtschaftlichen Unsinnigkeit überzeugen. Die im An-

hang angeführte Literatur belegt die Unmöglichkeit der heute Oberschlesien querenden Grenze mit Hunderten von weiteren Beispielen. Will man gleichsam symbolartig die Einheit des durch die Gewaltgrenze zerrissenen ober-schlesischen Industriebezirks kennzeichnen, so wird vielleicht diese Angabe zweckmäßig erscheinen: im Jahre 1928 passierten die Reichsgrenze allein im ober-schlesischen Industriegebiet 35 Millionen Menschen und 625000 Kraftwagen und Fuhrwerke; auf einer wirtschaftlich besonders innig zusammenhängenden Strecke von 95 km Grenze sind infolge des engmaschigen und dauernd stark benutzten Wegenetzes 61 Zoll-dienststellen mit 470 Beamten erforderlich!

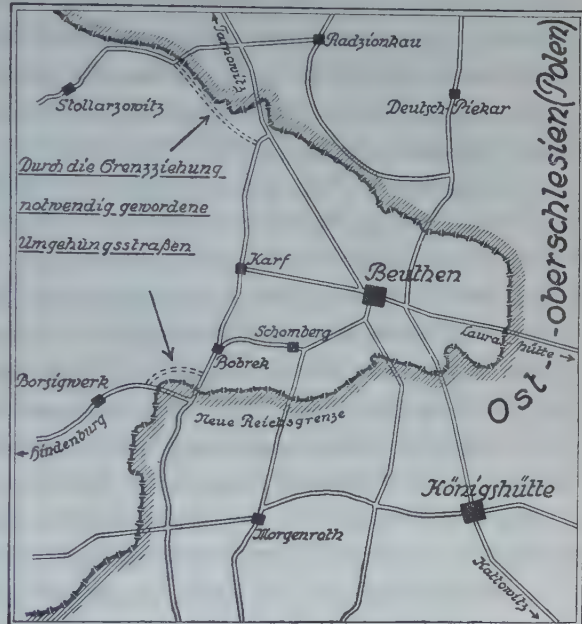


Abb. 5. Die Umgebung von Beuthen als Beispiel für die Zerreißung des Straßennetzes durch die Grenzziehung

Wer immer die oberschlesische Diktatgrenze abwandert, wird auf Schritt und Tritt beobachten können, welch schwerer Schaden der Wirtschaft des einheitlichen Reviers zugefügt worden ist durch Zerschneidung der Verkehrswege, Zerstörung des Wasserversorgungsnetzes, Trennung von Schacht, Fördermaschine, Grubenbahn, Beamtenwohnhäuser (Delbrück-Schächte bei Gleiwitz!). Die Grenze trägt bis in Kleinigkeiten hinein lediglich dem politischen Gesichtspunkt Rechnung: alle Vorteile für Polen, alle Nachteile für Deutschland. Unter Aufrechterhaltung der Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg bürdete man uns die Gesamtlasten der Kriegskatastrophe auf und raubte uns gleichzeitig in Oberschlesien sämtliche Eisenerzgruben, alle Zink- und Bleihütten, ließ uns nur 14 von den in Oberschlesien bestehenden 67 Steinkohlenbergwerken, nur 15 von den insgesamt 37 Hochöfen! Die Geschichte hat bereits mit der Kriegsschuldlüge aufgeräumt. Alle einsichtigen Wirtschaftler belächeln heute schon das Vorhaben der Ententepolitiker, die gesamten Kriegskosten aus dem allenthalben ausgeplünderten Deutschland herauszupressen. Wann wird Vernunft und Gerechtigkeit bei den Völkern und ihren Staatslenkern siegen und sie zu der Überzeugung führen, daß die Gewaltgrenze quer durch Oberschlesien ebenso unsittlich wie unsinnig ist?

Oberschlesien dokumentiert sich jedem unparteiischen Beobachter als einheitliches und unteilbares Ganze: eine Einheit in geologischer und physisch-geographischer Beziehung, von einheitlicher wirtschafts- und verkehrsgeographischer Struktur, übereinstimmend allenthalben in der bisweilen wasserpoltisch sprechenden, aber dennoch zur deutschen Kulturgemeinschaft sich bekennenden katholischen Bevölkerung. Die Stunde muß und wird kommen, wo die jetzige Gewaltgrenze fällt und dem Wunsche der Bevölkerung entsprechend die politische Einheit wiederhergestellt wird. Bis dahin aber gilt es, den jetzt deutsch gebliebenen Abschnitt gegen polnische Machtgelüste zu verteidigen, ihn mit allen Mitteln zu stärken und auszubauen zu einem Hort deutscher Kultur, dessen Anziehungskraft weit nach Ostoberschlesien hineinstrahlt. Es wird für diejenigen deutschen Staatsbürger, die mit den Verhältnissen in Oberschlesien nicht besonders vertraut sind, gut und nützlich sein, die hierbei auftretenden Probleme ein wenig im einzelnen kennenzulernen.

Der brutale Terror amtlicher polnischer Stellen und der von diesen geduldeten Horden trieb insgesamt mehr als 100 000 Menschen aus Ostoberschlesien über die Grenze in den deutsch gebliebenen Teil des Landes. Wenn man auch versuchte, den Flüchtlingsstrom weiterzuleiten bis nach Oppeln und darüber

hinaus nach Niederschlesien, Brandenburg und Pommern, so war doch nicht zu hindern, daß der allergrößte Teil der mittellosen Flüchtlinge hart an der Grenze blieb und bleiben wollte. Heimatliebe und Heimmattreue wurzeln im Oberschlesier ganz besonders tief. Sein „Zuhause“ konnte nur jener für Oberschlesien bezeichnende Dreiklang gewaltiger Gruben- und Hüttenanlagen, fruchtbarer Felder und meilenweiter, stiller Wälder sein. Nun wäre für Westerschlesien gewiß ein Wall deutscher Menschen von außerordentlicher Wichtigkeit, sofern diese deutschen Oberschlesier bereit und geeignet gewesen wären, sich als Bauern in den weiten und auffallend schwach besiedelten Landgebieten anzusiedeln und dadurch einer polnischen Unterwanderung des Grenzgebietes zu steuern. Indessen, die Flüchtlinge waren zum allergrößten Teil keine Bauern mehr, sondern Industriearbeiter. Selbst wenn der oberschlesische Adel einen Teil seiner ungeheuren Besitzungen als Siedlungsland zur Verfügung gestellt hätte, so wäre auf diesem Wege den mittel- und arbeitslosen Flüchtlingen nur in geringem Maße zu helfen gewesen. Man überflutete also die Grenzstädte, in erster Linie Gleiwitz, Hindenburg und Beuthen. Von dem nun hier einsetzenden Wohnungselend macht sich der durchschnittliche Reichsdeutsche kaum eine auch nur einigermaßen zutreffende Vorstellung. Noch heute stehen hier und da Baracken aus der Zeit, wo jedes Mittel recht sein mußte, um den Flüchtlingsfamilien ein Dach über dem Kopf zu schaffen. Zur Ehre aller oberschlesischen Städte und der außerordentlich rührigen Oberschlesischen Wohnungsfürsorge-Gesellschaft (Oppeln) muß ausgesprochen werden, daß man allenthalben eine sehr zielbewußte Bau- und Siedlungstätigkeit entfaltet. Aber noch immer bleibt sehr, sehr viel zu tun übrig. Die Denkschrift des Oberschlesischen Verkehrsverbandes in Ratibor gibt für 1929 an, daß noch immer 44 200 Wohnungen fehlen, daß in der Provinz Oberschlesien 60% aller Wohnungen Kleinstwohnungen sind, in der Stadt Hindenburg sogar 83,6%! Daß dieses grenzenlose Wohnungselend auf das Konto der für die Grenzziehung verantwortlichen Entente zu setzen ist, versteht sich von selbst, hilft uns aber nicht weiter. Die Städte in Oberschlesien müssen zusammenbrechen, wenn man ihnen weiterhin zumutet, das Problem mit eigenen Mitteln zu lösen. Reichs- und Staatshilfe tut hier in ganz großem Stile not, wenn nicht unübersehbarer und nie wieder gutzumachender Schaden angerichtet werden soll. Der deutsche Oberschlesier hält so treu wie nur irgendeiner sonst zu Reich und Staat. Seine Treue muß aber ins Wanken geraten, wenn ihm, abgesehen von den sonst schon so großen Opfern, zugemutet werden soll, menschenunwürdig

zu hausen und das heranwachsende Geschlecht infolge des Wohnungselends dahinsiechen zu sehen. Vaterlandsliebe gedeiht nur in gesunden Wohnstätten, im Kreise körperlich und geistig gesunder Familien. Eine Politik zur Sicherung der jetzigen Grenze und zur Stärkung des Deutschtums in ganz Oberschlesien sollte mit der schleunigsten Behebung der unaussprechlichen Wohnungsnot beginnen. Jede Summe, die von Reich und Staat hierfür bewilligt wird, trägt gewiß tausendfältig Frucht.

Es ist geradezu erschütternd, wenn man den Statistiken entnehmen muß, daß unter allen Landesteilen just Oberschlesien die größte Säuglingssterblichkeit aufweist (preußischer Durchschnitt 9,7 ‰, Oberschlesien 12,8 ‰), daß die Tuberkulosesterblichkeit (preußischer Durchschnitt 7,7 pro 10 000) in Oberschlesien den furchtbaren Wert von 10,11 pro 10 000 erreicht! Gewiß ist es richtig, daß sich Polen im Schutze der Entente den größten Teil der ober-schlesischen Krankenanstalten, Heilstätten, Blindenheime, Altersheime usw. geraubt hat, daß mithin auch hier wieder ein groß Teil Elend in Westoberschlesien durch die unsinnige Grenzziehung verursacht worden ist. Für absehbare Zeit aber ist an dieser Tatsache nichts zu ändern, und deswegen müssen Reichsmittel in genügendem Umfange bereitgestellt werden, um der riesigen Not zu steuern. Das neue Knappschaftslazarett in Rokittnitz bei Hindenburg, das wir eingehend besichtigen durften, ist ein schöner Anfang. Aber ein Dutzend ähnlich vorbildlicher Anstalten täte Oberschlesien not, um in leidlich genügendem Maße für die Gesundheit des ober-schlesischen Volkes zu sorgen. Der westdeutsche Arzt, an den der Ruf zur Mitarbeit in Oberschlesien ergeht, folge diesem Rufe gern, denn er leistet damit im besten Sinne des Wortes Dienst an Volk und Staat und wird überdies oftmals überrascht davon sein, wieviel Reize die ganz zu Unrecht verrufene ober-schlesische Landschaft bietet.

Bekämpfung des Wohnungselends und der Volksseuchen ist sicherlich die dringendste Aufgabe, die Deutschland in dem ihm gebliebenen Stück Oberschlesiens zu erfüllen hat. Darüber aber sollte ein zweites nicht vergessen werden, was für das zweisprachige Grenzgebiet von besonderer Wichtigkeit ist: die Stärkung der deutschen Kultur durch zielbewußten Ausbau des Bildungswesens. Wenn man heute durch Westoberschlesien reist, sieht man zwar in den Städten u. a. mancherlei Schulneubauten, darunter wahrhafte Schulpaläste, wie sie zweckmäßiger und schöner gewiß im Westen unseres Vaterlandes nicht zu finden sind. Fragt man aber nach dem Stande des Schulwesens auf dem Lande, erkundigt man sich nach Zahl und Umfang der in Oberschlesien vor-

handenen Büchereien, Volksbildungsheime, Jugendheime u. a. m., so wird man gewahr, daß hier nur recht dürftige Ansätze bestehen. Es wird in Oberschlesien viel davon gesprochen, daß, um den Ausbau der Provinz zu beenden, die Errichtung eines eigenen Oberlandesgerichts, einer eigenen Landesversicherungsanstalt, eines eigenen Landesarbeitsamtes u. a. m. notwendig sei. Wir vermögen nicht zu beurteilen, inwieweit diese Forderungen sachlich begründet sind und bis zu welchem Maße dabei etwa provinzieller Selbständigkeitsehrgeiz mitspricht. Eines aber täte der preußischen Provinz Oberschlesien ebenso wie den meisten übrigen deutschen Grenzgebieten dringend not: eine von einheimischen Sachverständigen geleitete und mit reichen Mitteln ausgestattete Zentralstelle für Kulturförderung. In den Arbeitsbereich dieser Zentralstelle fiele die planmäßige Ausgestaltung aller Kulturbestrebungen außerhalb des amtlichen Schulwesens, insonderheit der Büchereien, der wissenschaftlichen und künstlerischen Veranstaltungen, der deutschen Zeitschriften in Oberschlesien u. a. m. Die Zentralstelle für Kulturförderung hätte schließlich auch zu einer Fragestellung zu nehmen, die von irgendeiner Seite planmäßig und objektiv bearbeitet werden muß: die Frage der Gründung einer eigenen oberschlesischen Hochschule. Es geht sicherlich nicht an, die beiden Breslauer Hochschulen mit der besonderen kulturellen Betreuung Oberschlesiens zu belasten. In Frage kommt m. E. für Oberschlesien auch nicht so sehr eine Hochschule zur wissenschaftlichen Ausbildung als ein ganz besonderer und neuzuschaffender Typ grenzdeutscher Hochschulen, der in der Hauptsache der Fortbildung dient und sich darüber hinaus in Form eines öffentlichen Vorlesungswesens ohne Rücksicht auf Vorbildung und Examens-titel an einen weiteren Kreis von Hörern wendet. Vielleicht könnte die einstige Posener Akademie in mancher Beziehung als Vorbild dienen.

Daß die unsinnige Grenzziehung eine Fülle brennender wirtschaftlicher und verkehrlicher Fragen hervorgerufen hat, bedarf kaum der Betonung. Wir streiften dieses Problem schon oben. Unsummen Geldes sind törichterweise notwendig, um überall da längs der Grenze wieder Wirtschaftseinheiten zu schaffen, wo die Grenze einen harmonischen Wirtschaftsorganismus blindwütig zerschnitten, Schacht und Grubenbahn, Schacht und Flöz bzw. Erzfeld, Schacht und Verwaltungsgebäude, Arbeitersiedlung usw. getrennt hat. Wenn man solch prächtige Neuanlagen wie die deutsche Bleischarleygrube besichtigt, freut man sich natürlich ob dieses unbeugsamen Willens zum Wiederaufbau, der hier zum Ausdruck kommt; man staunt aber auch über die Höhe der Gesteungskosten, die volks- und weltwirtschaftlich gesprochen eine Vergeudung von

Kapital darstellen, liegt doch ganz nahe dabei, nur wenige hundert Meter jenseits der Grenze, die alte, jetzt polnisch gewordene Bleischarleygrube, von der aus an sich die Erzlager geradeso gut ausgebeutet werden könnten. Lediglich der politische Fanatismus der Entente hat es notwendig gemacht, auf deutscher Seite eine große Zahl von Neuanlagen zu schaffen. Die Bergbau- und Hüttenindustrie Westoberschlesiens ist dadurch in einer Weise belastet, die ihre Konkurrenzfähigkeit ernstlich gefährdet. Und dies um so mehr, als den von der oberschlesischen Diktatgrenze betroffenen Unternehmungen nicht annähernd die Entschädigung seitens des Reichs zugestanden worden ist, wie sie der vom Ruhreinfall heimgesuchten Industrie Westdeutschlands zuteil wurde.

Die durch die unsinnige Grenzziehung bewirkte Vergeudung von deutschem Volksvermögen ist aber, am Ganzen gemessen, vielleicht noch das kleinste der Übel. Noch weit folgenschwerer ist die geopolitische Abriegelung eines großen Teils vom natürlichen Absatzgebiet der oberschlesischen Wirtschaft. Was sich Polen und die Tschechoslowakei auf diesem Gebiet leisten, wie sehr sie sich durch Zollschikanen, Kampftarife u. a. m. gegen das Eindringen westoberschlesischer Erzeugnisse abkapseln, ist bekannt genug und braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden. Industrie und Handel in dem deutsch gebliebenen Teil von Oberschlesien sind einfach gezwungen, sich radikal umzustellen und ihr Heil künftighin hauptsächlich auf den Märkten des Reichs zu suchen. Das aber bedeutet bei der höchst ungünstigen Verkehrslage Oberschlesiens selbstverständlich ein schwieriges Unterfangen. Will man die Wirtschaft in Westoberschlesien am Leben erhalten — und das muß man tun, weil sonst das ganze deutsche Bollwerk im schlesischen Grenzgebiet zusammenbrechen würde —, so muß seitens des Reiches alles geschehen, was nur irgend denkbar ist, um den Absatz der oberschlesischen Wirtschaft im Reiche selbst sicherzustellen. Dazu aber gehört in erster Linie eine schnelle und weitsichtige Lösung des Verkehrsproblems. Für die Verfrachtung von Massengut (Kohle aus Oberschlesien, ausländische Erze nach Oberschlesien) kommt die Eisenbahn erst in zweiter Linie in Frage, vollends jetzt, wo sie nach Belastung mit Reparationsverpflichtungen keine Möglichkeit sieht, billige Ausnahmetarife zuzugestehen. Entscheidend ist infolgedessen die Ausgestaltung des Wasserweges von Oberschlesien nach Westen bzw. Nordwesten. Für geographisch geschulte Leser sagen wir nichts Neues, wenn wir auf die klimatisch bedingte Minderwertigkeit der Oder als Verkehrsweg hinweisen. Im Durchschnitt der letzten

drei Jahre betrug die Zahl der Schiffahrtstage mit voller Ausnutzung der Ladefähigkeit:

beim Rhein	318 Tage
bei der Donau	296 „
bei der Elbe	279 „
bei der Oder	199 „

Das entscheidende Moment stellt hierbei nicht die Eissperre im Winter dar, sondern die sommerliche Dürre. In einem Jahre mit besonders trockenheißem Sommer sinkt daher bei der Oder die Zahl der vollen Schiffahrtstage bis auf ein Minimum von 132 herab (im Jahre 1928). Hunderte von Kähnen „versommern“ dann, d. h. liegen für Monate fest, der Grubenbetrieb muß sehr zum Schaden der Gestehungskosten gedrosselt werden, und gar mancher Kohlenabnehmer wandert zu zuverlässigeren Lieferanten ab. Hier für möglichste Abhilfe zu sorgen, erkennt der Staat als dringende Verpflichtung an, besonders seitdem er dem westfälischen Revier den Weg zum Berliner Markt durch Bau des Mittellandkanals zu erleichtern bestrebt ist. Das Zuschußwasser während der Wasserklemmen der Oder soll zunächst durch das im Bau befindliche Ottmachauer Staubecken geliefert werden, eine technisch hochinteressante Anlage, bei der im Flachland durch Bau eines 18 km langen Deiches eine Aufstauung der Glatzer Neiße bewirkt werden wird. Aller Voraussicht nach wird das Ottmachauer Staubecken allein noch nicht ausreichen, um die Zahl der Versommerungstage genügend herabzudrücken und die Oder auch während der heißen Zeit zum Großschiffahrtsweg zu machen. Geplant sind weitere Sperren bei Krappitz (Oder), Collonewska (Malapane), Borganie (Weistritz) u. a. m. Es wäre dringend zu wünschen, daß auch diese Pläne ihre baldige Verwirklichung finden möchten. Der Wunsch der oberschlesischen Wirtschaftskreise nach Ausbau der Oderwasserstraße bis zur ungehinderten Benutzung durch 1000 t-Kähne ist in jeder Weise gerechtfertigt, weil anders jede Konkurrenzfähigkeit des oberschlesischen Reviers vernichtet wird; er liegt durchaus in der Richtung der dringend wünschenswerten Förderung eines schwer gefährdeten Grenzgebiets.

Leider ist das oberschlesische Verkehrsproblem damit noch keineswegs erschöpft, denn das Industrierevier liegt 45—63 km von Cosel—Oderhafen entfernt, muß also noch irgendwie an die Oderwasserstraße angeschlossen werden. Zu diesem Zwecke wurde bereits in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts

der Klodnitzkanal Gleiwitz—Cosel gebaut, der bis zum heutigen Tage unverändert besteht, gegenwärtig aber selbstverständlich nur noch Kuriositätswert besitzt (fahrbar nur für 135 t-Kähne, zahlreiche Schleusen). Die Reichsbahn, die jetzt größtenteils als Zubringer dient, erhob vor dem Kriege eine Transportgebühr von 1,70 M. pro t, hat diesen Satz jetzt aber auf 2,90 RM. pro t heraufgeschraubt. Derartige Verteuerungen schwächen die Konkurrenzfähigkeit der oberschlesischen Kohle so einschneidend, daß auch hier wieder dringend für Abhilfe gesorgt werden muß. Die Kohlenindustrie denkt an den Bau einer den Grubenbahnen gleichzustellenden privaten Schleppbahn vom Revier nach Cosel—Oderhafen und rechnet aus, daß hierdurch eine Senkung der Antransportkosten bis auf 0,85 RM. pro t möglich wäre. Die Schleppbahn würde bei der Rückfahrt aus der Oderniederung die Sandmassen befördern, die als Versatzmittel in den Gruben benötigt werden. An Stelle des Projektes der Schleppbahn propagieren andere oberschlesische Wirtschaftskreise den Plan eines Ausbaues des Klodnitzkanals für 1000 t-Kähne. Oberbürgermeister Dr. Geisler-Gleiwitz z. B. legte bei der Begrüßung unserer Studiengesellschaft ausführlich dar, daß nach seinem Dafürhalten das Kanalprojekt den Vorzug verdiene, weil die Schaffung eines solchen Zuganges zum Revier nicht nur der Montanindustrie, sondern der gesamten Wirtschaft zugute käme. Wie dem auch sein mag, auf jeden Fall braucht Oberschlesien jetzt dringender als je einen großzügigen Ausbau der Oderwasserstraße, eine preiswert arbeitende Verbindung zwischen Cosel—Oderhafen und dem Revier und dazu einen planmäßigen Ausbau des vorhandenen Eisenbahn- und Straßennetzes. Setzen wir nicht alles daran, systematisch und zielbewußt die ungünstige binnenländische Verkehrslage Oberschlesiens zu verbessern, so ist ein großer Teil der dortigen Wirtschaft dem Untergang geweiht, was gleichbedeutend wäre mit dem Verlust auch des uns gebliebenen westoberschlesischen Abschnittes.

Unsere kleine Skizze, die notgedrungen mehr andeuten muß als sie ausführen kann, wäre unvollständig, wenn nicht ein letzter Punkt in aller Offenheit und mit ganzem Ernst erörtert würde. Schon oben betonten wir die erschreckende Menschenleere in weiten Teilen Oberschlesiens abseits des eigentlichen Reviers. Bei aller Wichtigkeit des Industriegebiets aber kann nicht übersehen werden, daß wir mit ihm allein Oberschlesien nicht behaupten können. Was wir brauchen neben dem Industrierevier und zu seiner Ergänzung, als Wiege jener Menschheit, die diese oberschlesischen Städte und Werke dauernd mit gesunden, deutschgesinnten Arbeitskräften versorgt, ist eine plan-

mäßige Füllung bzw. Wiederauffüllung der entvölkerten Grenzlandschaft (einzelne Kreise haben nur noch 50—60 Einwohner pro qkm!) mit froh ihr Deutschtum bejahenden Bauern. Der oberschlesische Adel, der in der Vergangenheit ohne Zweifel sehr viel Opfer im Interesse der Deutscherhaltung des Gebietes und seiner wirtschaftlichen Entfaltung gebracht hat, muß im nationalen Interesse noch einmal in die Bresche treten und sich an die Spitze einer großzügigen ländlichen Siedlungsbewegung stellen. Wir haben mit diesem dringenden Ersuchen an den oberschlesischen Großgrundbesitz kein Experiment einer Ansiedlung landfremder deutscher Bauern im Sinn; wir denken auch nicht an den Versuch, etwa die im oberschlesischen Industrierevier leider recht zahlreichen Arbeitslosen wieder aufs Land hinauszuführen. Worauf wir abzielen, ist etwas anderes und viel Näherliegendes: der oberschlesische Bauer muß Land genug bekommen, um sich und seine Familie auf eigener Scholle ernähren zu können. Wenn nach der amtlichen Statistik für die Provinz Oberschlesien von 117 000 landwirtschaftlichen Betrieben nicht weniger als 44 000 lebensunfähige Zwergbetriebe sind, so sprechen diese Zahlen für sich. Die unausbleibliche Folge ist anhaltende starke Landflucht und zum mindesten die Gefahr eines Nachrückens polnischer Bauern. Wer diese Gefahr glaubt leicht nehmen zu können, kennt die Problematik der ostdeutschen Grenzmark nicht oder will sie nicht sehen. Wir sind der Überzeugung, daß schlechterdings alles, aber wirklich alles von der Lösung dieser brennenden Frage abhängt. Ohne großzügige bäuerliche Siedlung geht uns auch noch Westoberschlesien verloren. Nur ein von allen Behörden wohlbetreuter, lebensfähiger Bauernstand bietet die Gewähr dafür, daß deutscher Volks- und Kulturboden hier behauptet und darüber hinaus bei den Brüdern in Ostoberschlesien der Wunsch nach Wiedervereinigung dauernd wach erhalten wird. Übersieht der oberschlesische Großgrundbesitzer diese seine wichtigste nationale Aufgabe, so wird er selbst dies einmal bitter bereuen, wenn es zu spät ist. Westoberschlesien in den Händen Polens bedeutet sicher in erster Linie die sattsam bekannte „Agrarreform“, d. h. die Enteignung der deutschen Großgüter, ihre Parzellierung und Besetzung mit polnischen Bauern. Möge in Deutsch-Oberschlesien aus eigener Einsicht freiwillig erfolgen, was in einem polnischen Oberschlesien ohne Zweifel zwangsläufig und sicher nicht ohne große Härten für die Latifundienbesitzer geschehen würde. Das Schicksal Oberschlesiens ruht letzten Endes in der Hand seiner Großgrundbesitzer. Tuen diese auch jetzt wieder ihre nationale Pflicht, so wird Oberschlesien als Ganzes für alle Zeiten bleiben, was es war und ist: eine trotz aller Notzeiten immer wieder

aufblühende deutsche Grenzmark, ein unvergängliches Randstück deutschen Volks- und Kulturbodens.

Die beigegebenen Textfiguren sind den im folgenden Verzeichnis unter Nr. 2 und Nr. 8 angeführten Schriften entnommen.

Das Literaturverzeichnis enthält die Grundwerke von Partsch, Volz u. a. nicht; es beschränkt sich vielmehr auf eine Reihe von Veröffentlichungen, die die gegenwärtige Problematik Oberschlesiens gut beleuchten und im übrigen Deutschland kaum genügend bekannt sind.

1. Oberschlesien und der Genfer Schiedsspruch. Herausgegeben vom Osteuropa-Institut in Breslau unter Mitwirkung von Berghauptmann Dr. Schmeisser, Wirkl. Geh. Rat Prof. Dr. Göppert, Geh. Rat Pr. Dr. Volz, Oberbibliothekar Kaisig, Staatsarchivrat Dr. Bellée, Dr. Stratit-Sauer u. a. m. Berlin und Breslau 1925. — Wir lenken die Aufmerksamkeit u. a. auch auf die in diesem Werk enthaltene vorzügliche Bibliographie von Oberschlesien (S. 230—258).

2. Oberschlesien, das Land unterm Kreuz (die Provinz Oberschlesien, ihre Verluste durch das Versailler Diktat, ihre Notlage, ihre Vorschläge zu deren Behebung, ihr natürlicher Reichtum). Herausgegeben vom Oberschlesischen Verkehrsverband in Verbindung mit dem Presse-, Statistischen und Verkehrsamt der Provinzialverwaltung von Oberschlesien, Ratibor 1929.

3. Sondernummer „Oberschlesien“ der Zeitschrift „Völkermagazin“. III. Jahrgang, Berlin 1928.

4. Jubiläumsausgabe der Zeitung „Der ober-schlesische Wanderer“ anlässlich ihres hundertjährigen Bestehens. Gleiwitz, 1. April 1928.

5. Gleiwitz, eine ober-schlesische Stadt. Herausgegeben von Oberbürgermeister Dr. Geisler, Stadtbaurat Schabik, Stadtrat Dr. Warlo, Bürgermeister a. D. Salomon, E. Stein. Deutscher Kommunal-Verlag, Berlin-Friedenau 1925.

6. Gleiwitz. Herausgegeben vom Magistrat Gleiwitz, bearbeitet von Stadtbaurat Schabik. Dari-Verlag, Berlin-Halensee 1928.

7. Beuthen. Herausgegeben von E. Stein. Deutscher Kommunal-Verlag, Berlin-Friedenau 1925.

8. Beuthen (O./S.), Das Bollwerk deutscher Kultur im Osten. Die Schädigungen der Stadt durch die Grenzziehung und ihre Bedeutung als deutscher Wirtschafts- und Kulturfaktor im Osten. Ein Bildwerk, herausgegeben vom Verkehrs- und Wirtschaftsamt der Stadt Beuthen (O./S.). Ohne Erscheinungsjahr (1927?).

9. Dreistädteeinheit Beuthen, Gleiwitz, Hindenburg, Landkreis Beuthen.

Herausgegeben von den Stadtbauräten Schabik, Stütz, Dr.-Ing. Wolf. F. E. Hübsch Verlag, Berlin-Leipzig-Wien 1929.

10. Oberschlesisches Programm. Aufgestellt von dem Provinzialausschuß von Oberschlesien, sämtlichen Stadt- und Landkreisen der Provinz, den Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Abgeordneten usw. Ohne Angabe des Erscheinungs-ortes 1925.

11. Zum 5jährigen Bestehen des Flüchtlingselends und seiner Begleiterscheinungen in Gleiwitz. Herausgegeben vom Magistrat, Gleiwitz 1926.

12. K. Rasch: Die Teilung Oberschlesiens und ihre Bedeutung für die Kohlen-, Eisen- und Zinkindustrie. Berliner Dissertation, Düsseldorf 1926.

13. P. Deutsch: Die ober-schlesische Montanindustrie vor und nach der Teilung des Industriebezirks. Marcus & Webers Verlag, Bonn 1926 (seit 1927 Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin).

14. H. Gisner: Oberschlesiens Montan-Industrie. Sonderausgabe der Deutschen Bergwerks-Zeitung „Die deutsche Montanindustrie im Rahmen der internationalen Wirtschaft“. Düsseldorf, Juli 1929.

15. F. Kahle: Der Kanal zum ober-schlesischen Industriegebiet. Sonderabdruck aus dem Jahrbuch 1925 der Hafenbautechnischen Gesellschaft.

16. Denkschrift der erweiterten Studiengesellschaft für die Ermittlung der wirtschaftlichsten Verkehrswege des deutsch-oberschlesischen Industriebezirks. Gleiwitz und Ratibor 1928.

WERNER ESSEN:

Litauens Grenzen

Wer vor dem Kriege von Berlin über Königsberg nach Rußland fuhr, der überschritt bei der kleinen ostpreußischen Grenzstation Eydtkuhnen die deutsch-russische Grenze und konnte dann in Rußland bis Wladiwostok weiterfahren, ohne eine neue Staatsgrenze zu queren.

Heute dagegen schneidet derselbe Weg nach Rußland schon bald eine Reihe von Grenzen neuer Staaten. Zweimal muß dabei auch Litauens Grenze passiert werden, ebenso oft diejenige Lettlands. Denn Litauen ist nicht groß, bald schon hat man auf der Durchreise die Gegengrenze passiert.

Litauen lehnt sich in der Gestalt eines gleichseitigen Dreiecks unmittelbar an unsere heute isolierte Provinz Ostpreußen im Nordosten an und ist etwa

1¹/₂ mal so groß wie diese. Als Dreieckspunkte könnte man die drei Städte Libau, Dünaburg und Grodno auffassen, die allerdings alle schon außerhalb des Landes liegen, die beiden ersten im nördlich anschließenden Lettland, die letzte in Polen.

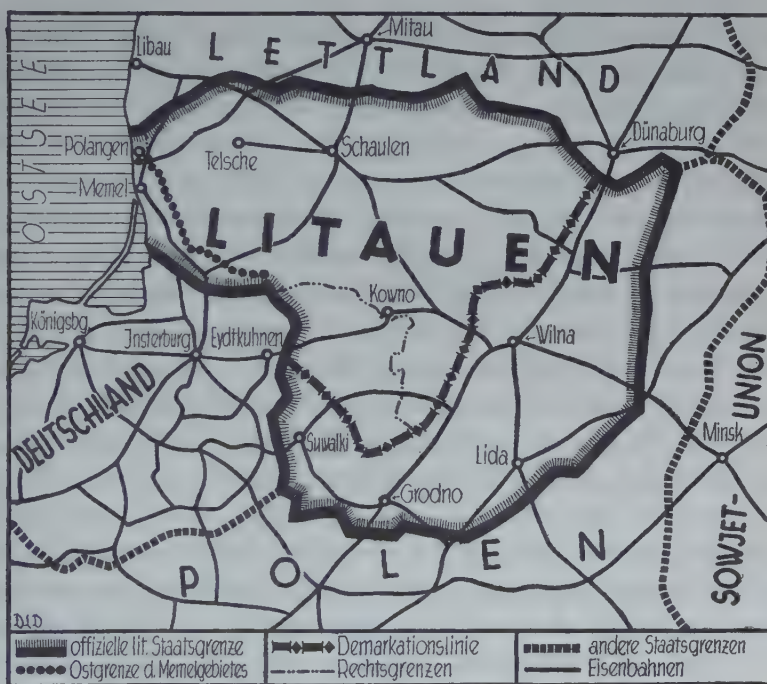
Zu diesem Territorium Litauens tritt seit Januar 1923 noch das Memelgebiet, das durch das Memelstatut gewisse autonome Rechte hat.

Wie ein schmaler Wulst zieht sich das Memelgebiet auf der rechten Memelseite bis zur Mündung des Kurischen Haffs in die Ostsee hin. Diese kombinierte Wassergrenze ist allerneuesten Datums. Sie wurde künstlich durch den Versailler Vertrag geschaffen und trennte seit Jahrhunderten verbundene Teile Ostpreußens voneinander. Alte Landkreise wurden auseinandergerissen, selbst die Stadtflur von Tilsit wurde geteilt. Das verbindende Element des Stromes wurde so künstlich zur Grenze gestempelt. Die alte historische Grenze dagegen, die seit 1422 das Deutsch-Ordensland vom Osten trennte, bildet jetzt die Nordostgrenze des Memelgebietes gegen Litauen und wurde dadurch zu einer Staatsgrenze zweiten Grades im Inneren Litauens, fast zu einer bloßen Verwaltungsgrenze, herabgedrückt. Und doch konnte dieser menschliche Machtspruch den Charakter dieser Grenze als einer Kulturgrenze allerersten Ranges nicht beseitigen. Denn eine Kulturgrenze im ursprünglichsten Sinne haben wir hier vor uns. Ein Gang von Memel her nach dem heute litauischen Städtchen Krottingen, ein Blick auf die Felder und Fluren läßt uns gleich, auch ohne andere äußere Kennzeichen, genau erkennen, bis wohin unsere Jahrhunderte alte deutsche Kultur dem Boden ihren sichtbaren Stempel gab, und von wo ab ein schlummerndes, zum Teil künstlich niedergehaltenes Bauernvolk seine Felder in uralt überkommener Weise bestellte.

Vielfach, so auch hier, sind solche alte Kulturscheiden gleichzeitig Bevölkerungsgrenzen. Wenn auch mancher deutsche Bauer nach Litauen ausgewandert ist und längs der alten deutsch-russischen Grenze siedelt, wenn auch zahlreiche litauische Bauern von drüben sich in Ostpreußen ansiedelten, all das geschah doch erst in neuerer Zeit und konnte die alte Kultur- und Volksgrenze nicht verrücken. Die Deutschen sind meist erst im Laufe des 19. Jahrhunderts in Litauen ansässig geworden, während die Litauer schon einige Jahrhunderte eher mit der Einwanderung nach Ostpreußen anfangen. Wie gerade die neueren Untersuchungen von Mortensen zeigen, war es ein Irrtum Bezzenbergers, von dem heutigen Vorkommen von litauischen Orts- und Personennamen im östlichen Ostpreußen auf mittelalterliche litauische Ansiedlungen zu schließen.

Wenn nun auch in Teilen des heutigen Memellandes die Einwanderung aus Litauen so stark war, daß eine litauische Haussprache auf dem Lande üblich wurde, so blieb doch die Kultursprache immer deutsch. Dazu ist diese alte Grenze zwischen Litauen einerseits und Ostpreußen und dem Memelgebiet andererseits auch heute noch eine Konfessionsgrenze, die die römisch-katholischen Litauer vom evangelischen Ostpreußen trennt.

Unmittelbar nördlich anschließend an das Memelgebiet haben wir das einzige kleine Stück Seegrenze Litauens vor uns, mit dem Badeort Polangen. Und



auch diese hafenlose Seegrenze wurde erst lange nach Kriegsende durch gütliche Übereinkunft von Lettland im Tauschwege übernommen.

Seine gesamte Nordgrenze hat Litauen mit Lettland gemeinsam. Auch hier haben wir eine alte Kultur- und Konfessionsgrenze vor uns. Denn nur gerade bis dahin reichte die deutsche Oberherrschaft im Baltikum nach Süden. Später wurden dann unter deutschem Einfluß die Letten evangelisch, während die Litauer unter polnischem Einfluß römisch-katholisch blieben, mit Ausnahme einer kurzen Zeitspanne zwischen Reformation und Gegenreformation.

Eine ganz eigenartige Linie bildet heute die Ost- und Südgrenze gegen Polen. Es handelt sich hier zwar um die polnische, nicht aber um die litauische Staatsgrenze. Denn vom Standpunkt des litauischen Staates bildet diese Linie nur eine zeitweilige Demarkationslinie, die allerdings jetzt schon seit 1920 besteht, seit damals der polnische General Zeligowski Wilna und das Wilnagebiet besetzte und damit die litauische Grenze überschritt, die zwischen Sowjetrußland und Litauen im Moskauer Frieden vereinbart war. Ebenso hatte das offizielle Polen zwei Tage vorher Wilna im Vertrage von Suwalki Litauen zugestanden.

Tatsächlich ist auch heute noch Wilna, die alte Hauptstadt des ruhmreichen litauischen Großfürstentums, offiziell die Hauptstadt des neuen Litauens. Das wurde neuerdings sogar unabänderlich durch die Litauische Verfassung festgelegt. Wir haben also hier den einzigartigen Fall vor uns, daß die offizielle Landeshauptstadt eines Staates im Nachbarstaat liegt und die faktische Hauptstadt, Kaunas (Kowno), nur als „vorläufige Hauptstadt“ betrachtet wird. Diese Tatsache findet ihre Ergänzung noch darin, daß eine Reihe heute dem polnischen Staate angehöriger Städte des Wilnagebietes offizielle, wenn auch nicht faktische Hauptorte der litauischen Verwaltung sind, wie z. B. die Kreisstädte Troki und Seiny und einige kleinere Bezirkshauptorte. Vom offiziellen litauischen Standpunkt aus gilt dagegen heute als litauische Staatsgrenze nach Osten und Süden die im Vertrag von Moskau vereinbarte Grenze, die das ganze Wilnagebiet einschließlich Grodno und Suwalki zum litauischen Staat rechnet. Auf allen litauischen Karten, selbst auf den Emailleschildern der litauischen Staatsbank, findet sich diese offizielle Begrenzung Litauens in einprägsamer Form dargestellt. Die Demarkationslinie selbst ist dort nur schwach angedeutet. Sie ist faktisch eine Sperrgrenze, auf der von litauischer Seite seit 1920 weder Zoll- noch Paßstellen vorhanden sind, und an der weder Eisenbahn- noch Fuhr- oder Personenverkehr gestattet ist. Berücksichtigt man beide Auffassungen, die litauische und die polnische, die juristische und die faktische Grenze, so kann man nur sagen, daß seit 1920 die Ost- und Südgrenze Litauens von einem breiten Grenzsaum gebildet wird, dessen Fixierung zu einer Grenzlinie bisher noch nicht möglich war und sicher auch nicht ohne Schwierigkeiten vor sich gehen dürfte.

Übersieht man die gesamten Grenzlinien Litauens, so fällt auf, wie überaus häufig diese mit Flußläufen zusammenfallen. Öfters handelt es sich dabei allerdings nur um kleinere Bäche, die nur zur Zeit der Schneeschmelze ihr Äußeres

verändern. Wenn nun oben bei der Memel vom verbindenden Charakter der Flußläufe gesprochen wurde, so scheint das hier nicht zu gelten. Aber nur scheinbar; denn das verbindende Element der Flüsse tritt hauptsächlich bei dem modernen schiffbaren Wasserweg wie bei den Strömen in ursprünglicher Waldlandschaft der Gegenwart oder der frühen Vergangenheit auf, wo der Mensch der Waldnatur noch nicht Herr werden konnte. Dort aber, wo in wenig differenzierten Kulturländern ohne viel Umstände und Meßinstrumente Grenzen festgesetzt werden sollen, bildet der Flußlauf eine sehr bequeme Möglichkeit der Grenzführung. So kommt es, daß in Litauen nicht nur die neuen Außengrenzen, sondern noch häufiger auch die älteren internen Verwaltungsgrenzen sich ganz überwiegend an Flußläufe halten. Das ist heute in Litauen geradeso wie im Mittelalter der Fall, wo Orden und Bischöfe bei der Aufteilung des Landes mit Vorliebe Flüsse als Grenze festsetzten.

Manche Grenzen allerdings waren in dieser Zeit ganz anderer Art. So bildete z. B. eine breite Wildnis zu beiden Seiten der heutigen Grenzen gegen Lettland und gegen Ostpreußen jahrhundertlang den Grenzsaum zwischen den Staaten des Ordens und Litauen, wie es Mortensen neuerdings genauer entwickelt hat.

Auf die ziemlich komplizierte Frage, wie damals und heute die Grenzen des litauischen Volkes verlaufen, soll hier nicht weiter eingegangen werden.

Nur sei zum Schluß noch auf einige interessante Innengrenzen Litauens hingewiesen, die auch historisch begründet sind: die Grenzen der verschiedenen Rechtsgebiete in Litauen. Wenn auch in dem Jahrzehnt seit Bestehen des neuen litauischen Staates eine Reihe von Verordnungen und Gesetzen für das ganze Land gelten, so haben wir doch im Grunde im heutigen litauischen Staate vier verschiedene Gebiete mit vier verschiedenen Rechtsformen vor uns. Denn im ehemaligen Gouvernement Suwalki, dem Litauen links von der Memel, gilt seit der Zeit des Herzogtums Warschau der Code Napoléon; im Gebiet bei Polangen und in kleinen Teilen an der Nordgrenze, die früher zu Kurland gehörten, herrscht das kurländische Privatrecht; im Memelgebiet hat nach wie vor das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch seine Geltung, und in dem übrigen größten Teil Litauens gilt noch das russische zaristische Recht.

Werfen wir nun einen Blick auf Litauens natürliche Beschaffenheit im Vergleich zu den Nachbargebieten, so wird uns klar, wie stark durch historische, kulturelle und völkische Grenzen ein Gebiet gegliedert werden kann, dessen Landesnatur überaus gleich und einheitlich gestaltet ist.

Literaturverzeichnis

- 1) Dr. Hans Mortensen: Litauen, Grundzüge einer Landeskunde. Hamburg 1926. — 2) Dr. Gertrud Mortensen: Beiträge zu den Nationalitäten- und Siedlungsverhältnissen von Pr.-Litauen. Berlin-Nowawes 1927. — 3) Walter Sturm: Das Deutschtum in Litauen. Berlin [1929]. — Karten: 4) Karte von Litauen, bearbeitet von R. Friederichsen und K. A. Oželis, unter Mitarbeit von Hans Mortensen. 5. verbesserte Auflage, Hamburg 1926. 1: 750 000. — 5) Lietuva-Lituanie 1: 500 000 [litauische Darstellung]. — 6) La Pologne de Nord-Est et la Lithuanie Carte des Nationalités. Varsovie 1922, exécutée par Jerzy Machlejd et Bogdan Zaborski. 1: 1 000 000. — 7) M. Świechowski: Mapa narodowościowa i Polityczna obszarów C. W. Ks. Litewskiego. Warszawa 1921. 1: 2 000 000. — 8) Świechowski: Problem Litewski. Dwie mapy. 1: 4 000 000.

[6—8: Polnische Darstellungen.]

EURASIATICUS:

Grenzprobleme Sowjetrußlands

„Ein Reich muß Grenzen haben, die es aus eigener Kraft wahren kann“, sagt Haushofer. Die Grenze ist die beste Ausdrucksform der Kraft und des Machtstrebens eines Staatswesens. Ihre Festigkeit, ihre Tendenz auch in Zeiten scheinbaren Stillstandes zu erkennen, ist eine dankbare Aufgabe geopolitischer Betrachtung. Wie flüssig alle Grenzen sind, haben uns die Zeiten des Weltkrieges gelehrt, aber auch wie sehr wir uns in der Festigkeit mancher Grenzen und damit in der Kraft des durch sie eingeschlossenen Staatswesens getäuscht haben.

Bei keinem Staat lockte und lockt der Versuch, die Festigkeit seiner Grenzen zu prüfen, so wie beim Sowjetbund. Die innere Zerrissenheit und wirtschaftliche Not ließen die sogenannten Interventionskämpfe, die vom Eismeer, der Ostsee, dem Schwarzen Meere und der Kaspisee her, in Transkaspien und im Fernen Osten vor allem durch die Macht inspiriert wurden, auf welcher der kontinentale Druck des russischen Riesenreiches in Asien am schwersten lastete, genügend aussichtsreich erscheinen. Alle diese Versuche scheiterten aus Gründen, die letzten Endes in einer gefährlichen Unterschätzung der Kräfte und des einheitlichen Machtwillens des russischen Lebensraumes zu suchen sind. Das sollte uns zu denken geben. Seit geraumer Zeit scheint freilich einigermaßen Grenzruhe eingetreten zu sein; wer sich aber die Mühe nimmt, die Grenzen oder besser gesagt die Grenzümgebungen des Sowjetbundes genauer zu betrachten, der wird mannigfache Spannungen, Schwankungen und Schwächen feststellen, die ernste Gefahren bergen.

Rußland hat heute seinen nationalen staatlichen und kulturellen Ausdruck noch nicht gefunden. Es sucht den überkommenen Rahmen mit neuen Daseinsformen auszufüllen, es lebt in einer Periode des Kampfes westlicher Ideen mit dem Mißverhältnis imperialistischer Überspannung und vernachlässigter Innenaufgaben. Zurückgedrängt von der europäischen Welt hat es sich wieder enger seinen asiatischen Aufgaben zugewandt, die ihm erfolversprechender erscheinen. Vom Nördlichen Eismeer bis zum Schwarzen Meer hat es eine neue, kürzere und militärisch leichter zu verteidigende, wenn auch sonst in mancher Beziehung ungünstigere Grenze bekommen, während es in Asien seine Grenzen im wesentlichen erhalten und seinen Einfluß in einigen jenseits seiner Grenzen gelegenen Gebieten verstärken konnte. Feindschaft und Mißtrauen gegen die kapitalistische Umwelt und Schutz des Aufbaues der eigenen staatlich monopolisierten Wirtschaft bedingten eine weitgehende Isolierung und damit starke Grenzüberwachung und -sicherung, eine zeitweise gänzliche Stockung des Übergrenzverkehrs. Wer die Grenzgeschichte des Sowjetbundes vorurteilslos betrachtet, muß zugeben, daß das Bemühen der Moskauer Regierung zwar mit aller Macht auf die Erhaltung und Verteidigung der heute bestehenden Grenzen gerichtet ist, daß aber nirgends Ansätze zu erkennen sind, diese Grenzen auf dem Wege der Gewalt zu verschieben oder zu erweitern. Das Land ist heute viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt, hat heute viel zu große wirtschaftliche Sorgen, muß aus einer Periode extensiver Kulturentwicklung zu einer intensiven überleiten, als daß es sich irgendein außenpolitisches Abenteuer erlauben könnte. Daher auch die zweifellos ehrlich gemeinten Bestrebungen, durch internationale Abmachungen sich den Frieden zu sichern, daher auch das Aufgeben früherer Rechte und früheren Besitzes in den Randgebieten, daher die friedliche Einstellung zur beßarabischen Frage, die neutrale Haltung gegenüber den durch englische Einwirkung entstandenen chaotischen Zuständen in Afghanistan, daher das auffallende Zurückweichen den fortgesetzten Provokationen in der Mandschurei gegenüber. Ja, man wird vielleicht sogar bedrohte, schwer zu haltende, nicht lebensnotwendige Randgebiete ganz aufgeben, nur um sich die innere Bewegungsfreiheit und den friedlichen Innenausbau zu ermöglichen. Was kommen wird und in welcher Weise einmal die alten, heute an einzelnen Stellen bedeutungslos erscheinenden Grenzen wiederbelebt werden, wenn Sowjetrußland das große politische und wirtschaftliche Experiment in der nötigen Friedenszeit gelungen sein sollte, das können wir nur dunkel ahnen. Heute jedenfalls scheint das alte Meerstreben, das so lange die russische Politik be-

stimmte, geschwunden zu sein, nicht nur durch den Verlust der Ostseehäfen, die Öffnung der Meerengen, die Rückschläge im Fernen Osten, sondern eben durch die Blickwendung nach innen und die bewußte Kraftsammlung und Kontinentalisierung. Der Grenzinstinkt des russischen Volkes wird dadurch aber nicht leiden, im Gegenteil: gerade die sorgfältige Überwachung der fernen, bis weit in die Polarregion sich erstreckenden Außenränder des Lebensraumes, der eine sich erstaunlich rasch vermehrende Bevölkerung zu erhalten hat, wird ihn schärfen und seine Entschlüsse in natürlichere, der künftigen Machtentfaltung geeignetere Bahnen leiten als früher. Man denke nur an den Kampf um eine kürzeste Nord-Fluglinie, der zur Besetzung der Wrangel-Insel führte, und an die Besitzerklärungen über das zum Nordpol reichende Gebiet, kennzeichnend für das Bedürfnis einer stärkeren Sicherung und Ausdehnung der Schutzanlehnung an die nordasiatische Anökumene. Deuten sich so schon in dieser Anökumene durch wachsende Verkehrsbedürfnisse und wirtschaftliche Bestrebungen mögliche Konflikte an, so können verschiedene Punkte der West- und Südgrenzen der Sowjetunion zum Ausgangspunkt politischer Gefahren werden, wenn sie einmal ihre gegenwärtige Verkehrsfeindschaft verloren und größere wirtschaftliche Bedeutung erlangt haben. Daß die Sowjetregierung alles tut, um ihre Grenzgebiete aufzuschließen und damit weit über ihr Territorium hinausreichende wirtschaftliche Wirkungen auszuüben, zeigt allein schon der Bau der Turkestan-Sibirien-Bahn.

In diesem Zusammenhange ist noch ein anderer Umstand bedeutungsvoll, der die große und wohldurchdachte Grenz- und Nationalitätenpolitik der Sowjetregierung zeigt. Wir sehen überall an der Peripherie des Reiches autonome Republiken, deren Volkstum über die Grenze reicht und die so eine Anziehungskraft auf den noch unselbständigen Volksteil üben, wenn auch diese Autonomie heute noch weitgehend von Moskau kontrolliert wird, angesichts der Grenzlage gerade dieser Gebiete auch kontrolliert werden muß. Immerhin hat diese Politik schon eine beachtenswerte Wirkung auf die Weißrussen, Ukrainer, Beßaraber, Armenier, Kirgisen und Mongolen ausgeübt. In Asien werden die Außengrenzen solcher autonomen Republiken noch mehr verwischt durch das Übergrenzwandern der Nomaden.

Im Rahmen eines kurzen Aufsatzes können wir keine Einzelbetrachtung der weit ausgedehnten Grenzen des Sowjetbundes vornehmen, so lehrreich das auch sein mag. Wir wollen uns kurz die Grenzen des Westens von Murmansk bis Odessa, des Südens im Kaukasus und in Zentralasien, Sibiriens und des Fernen

Ostens ansehen, ohne dabei auf allgemein bekannte Dinge näher einzugehen.

Im Westen Rußlands ist eine breite Grenzzone entstanden, ein Übergangsgebiet, Zerrlandschaften zwischen Ost- und Westeuropa, wie sie Haushofer, der weitsichtige Geopolitiker, nennt, die sich in breiter Front an das russische Flachland lehnen. Solange diesen Staaten der Fluch der Barrierenpolitik anhaftet, werden sie aus ihrer gefährdeten Lage nicht herauskommen; das trifft vor allem auf die nördlichen Staatengebilde Finnland, Estland, Lettland und Litauen zu, die das für sie lebenswichtige russische Hinterland verloren haben und deren Häfen und Industrieanlagen heute vielfach brachliegen. Alle diese Randstaaten sind nicht homogen orientiert, wenn auch ihre verantwortlichen Politiker auf eine Interessenzusammenfassung hindrängen. Finnland mit seiner selbständigen Politik und seinen vergeblichen Bemühungen um Anlehnung an Schweden sondert sich von der baltischen Staatengruppe ab, aus welcher Litauen in unversöhnlichem Gegensatz zu Polen steht, das wieder mit Rumänien, die beide ihre Stütze bei Frankreich finden, militärisch verbunden ist.

Die Ostgrenze dieser Staaten ist ein künstliches Gebilde und durchschneidet die Wohnräume verschiedener Völker. Mag die Grenze auch noch so genau festgelegt und an ihren Übergangsstellen bewacht sein, sie wird verwischt durch die russische Unterwanderung im Norden, durch die Volksgemeinschaft in Weißrußland und der Ukraine und hat nur eine einigermaßen markante Linie nach der Besetzung des wirtschaftlich zu Südrußland gehörigen Beßarabien durch Rumänien am Dnjestr, dessen Schifffahrt heute völlig lahm liegt. Noch viel weiter ist heute vom militärgeographischen Standpunkte aus die Grenzzone zu fassen, die man in diesem Sinne sogar bis an den Dnjepr verlegen könnte.

Durch die nach Osten vorgeschobene Westgrenze Sowjet-Rußlands ist die früher wichtigste Industriestadt, Leningrad, an die Grenze gerückt, desgleichen der früher bedeutende Ausfuhrhafen Odessa; Kiew ist auf 200 km und Moskau auf 3 Flugstunden der Westgrenze nahe gekommen. Kein Wunder, daß die Sowjet-Regierung in richtiger Erkenntnis der geopolitischen Lageungunst diese bedrohten Grenzpunkte von Werten mehr und mehr entblößt und diese in Richtung Moskau—Wolga—Ural in größere Sicherheit bringt. So hat diese westliche Grenzverlegung und die damit verbundenen Drohungen — spielt doch auch hier der englisch-russische Gegensatz herein — zu einer gesünderen staatlichen und volkswirtschaftlichen Organisation des Gesamtlandes Anstoß gegeben. Auch das Problem der Ukraine mit ihrer teilweise unzufriedenen und die Selbständigkeit, aber nicht den Anschluß an Polen erstrebenden

Bauernbevölkerung hat die landwirtschaftlichen Umbaupläne maßgebend beeinflusst. Ein an fruchtbarer Erde und Bodenschätzen so reiches Grenzgebiet wie die Ukraine wird immer die Begehrlichkeit abenteuerlustiger Nachbarn reizen. Die Armut an Verkehrswegen des an Flußläufen und Sümpfen reichen Grenzgebietes wird freilich einer modernen motorisierten westlichen Armee ein schweres Hindernis bereiten. Ist Finnland mit seiner breiten von der russischen Murmanskbahn begleiteten, auf 30 km zu beiden Seiten entmilitarisierten Ostgrenze und seiner Abgeschlossenheit auf friedliche Beziehungen zu Sowjet-Rußland angewiesen, so birgt doch schon die Grenze von Leningrad bis Odessa eine solche Menge von Spannungen, ungelösten Fragen, politischen und wirtschaftlichen Unmöglichkeiten und militärischen Gefahren, daß mit einem langen Bestande in der gegenwärtigen Verfassung kaum gerechnet werden kann.

An der Küste des Schwarzen Meeres besitzt Rußland in seinen südlichen Getreideprovinzen und Ölstationen empfindliche Druckstellen; diese werden sich noch steigern, wenn einmal die im Dnjeprsröi-Werk großzügig begonnene Industrialisierung der südöstlichen Ukraine und der Wolga-Don-Anschluß geschaffen sind. So muß Rußland die von England erzwungene Öffnung und Entmilitarisierung der Meerengen und seine Fesselung im Schwarzen Meere als ständige schwere Drohung empfinden. Es sucht heute in seiner sorgfältig gepflegten türkischen Freundschaftspolitik sich ein erstes Gegengewicht zu schaffen. Sein gegenwärtiger militärischer Schutz im Schwarzen Meere ist ganz unzulänglich.

Ein Sorgenkind Rußlands war immer der Kaukasus mit seiner unruhigen, mannigfaltigen, aber unter sich uneinigen Bevölkerung und seinen großen, feindlichem Zugriff so nahen Erdschätzen, deren Sicherung eine wirtschaftliche Lebensfrage des Landes ist. Die Durchdringung und Befriedung dieses Grenzlandes hat zweifellos große Fortschritte gemacht, so daß heute eine unmittelbare Gefahr für den Bestand dieser Grenze nicht vorzuliegen scheint. Sowjet-Rußland überwacht aufmerksam den Ausbau des türkischen und persischen Bahnnetzes und dessen Anschlüsse im Kaukasus und an der Kaspisee.

Dem ganzen südlichen Rußland vorgelagert ist der im Kampfe gegen England entstandene vorderasiatische Pufferstaatengürtel, dessen einzelne Teile sich nach dem Weltkriege zu größerer Selbständigkeit durchrangen, als der Druck der beiden großen Rivalen nicht mehr so stark auf ihnen lastete. Konnte sich die Türkei in guten natürlichen Grenzen selbständig abschließen,

so sind die Verhältnisse in Persien trotz entschiedener Fortschritte noch lange nicht stabil und Afghanistan befindet sich gegenwärtig dank englischen Eingreifens in chaotischem Zustande. Kein Zweifel, daß der ganze Norden Persiens unter starkem wirtschaftlichen Einfluß Rußlands steht, während England seinen Ölbesitz im Südwesten mit allen Mitteln, wenn nötig auch durch Aufhetzung der einheimischen Bevölkerung gegen die Zentralregierung zu verteidigen sucht. Es sieht die in erster Linie strategische Nordsüdbahn ungern am Schatt münden. Daß Flüsse, Steppen und Wüsten auch in Asien kein unbedingtes Grenzhindernis mehr sind, zeigt die afghanisch-russische Grenze am Amufluß. Rußland baut dort Bahnen und Wege aus und es hat auch allen Grund, darauf zu achten, daß nicht plötzlich, wenn die Wasser sich wieder klären, ein fremder Herr in Kabul und Kandahar oder vielleicht gar auf den Hindukusch-Pässen auftaucht.

Gerade an ihrer zentralen asiatischen Grenze ist doppelte Aufmerksamkeit und Vorsicht für die Sowjet-Regierung nötig, da sich hier vielfach nationale Probleme massieren. Die Beseitigung der mittelalterlich-feudalen Zustände in Bochara, die Unterdrückung des Basmatschentums in Kokand, Andischan und Fergana, die Durchführung eines erbitterten Kulturkampfes gegen eine geschlossene islamische Welt und die Wiedergewinnung und Islamentfremdung der im Weltkrieg auf chinesisches Gebiet übergewanderten Kirgisen hat die Sowjet-Regierung vor ungeheure Aufgaben gestellt, die angesichts der politischen und wirtschaftlichen (Baumwolle!) Bedeutung dieses ganzen Grenzgebietes auf irgendeine Weise gelöst werden müssen. Die Befriedung, Beherrschung und wirtschaftliche Versorgung Transkasiens wird erheblich beschleunigt werden durch die Sibirien-Turkestan-Verbindungs- und Grenzbahn, die auch für den nötigen wirtschaftlichen Auf- und Anschluß der Oberlaufgebiete des Ob, Irtisch und Ili sorgen wird. Gerade diese Bahn mit ihren rückwärtigen westlichen Verbindungen wird die Basis für Zweiglinien werden, die in Richtung Kuldscha, Tschugutschak und Saisan vorgetrieben werden.

In den Kriegs- und Nachkriegsjahren sind die sogenannten Außenländer Chinas aus ihrem festen Grenzgefüge zu einer mehr oder minder breiten Übergangszone geworden. So sind hier allmählich von Tibet bis zur Mandschurei verschleierte Kondominien und Pufferstaaten entstanden, die Spannungen gefährlichster Art enthalten. Es wogt heute ein nach außen hin wenig erkennbarer wirtschaftlicher Wettstreit zwischen Rußland und England in Ostturkestan, bisher zugunsten des ersteren, und, deutlich sichtbar, in der zwischen Ruß-

land, Japan und China hin und her gezerrten Mandschurei. An den Oberläufen des Jenissei, Selenga und Amur haben sich die beiden selbständigen Volksrepubliken von Tanu-Tuwa und der Äußeren Mongolei gebildet, die, durch die Gobi-Wüste gegen das zentrale China abgegrenzt und der transsibirischen Bahn nahe, naturnotwendig unter starkem Einfluß des Sowjet-Bundes stehen.

Der Kampf um die Mandschurei ist seit langem in vollem Gange. Um die ostsibirische Bahn gab es bereits schwere Zusammenstöße. Die östliche Unterwanderung beginnt mehr und mehr das Russentum zu verdrängen; die russische Stellung ist hier schwach und empfindlich geworden. Ob und wie lange sie noch zu halten ist? Ob hier zwischen Amur, Liaho und Jalu einmal eine selbständige Staatsform entstehen wird und muß? Viel wird von der weiteren Entwicklung in China abhängen. Und davon wird auch das Schicksal der russischen Küstenprovinz südlich des Amur entscheidend beeinflußt werden. Rußland wird auch ein wachsameres Auge auf den von seiner Umgehungsbahn durchzogenen Landstrich nördlich des Amur haben müssen. Durch derartige schwache Punkte und Rückschläge Sowjet-Rußlands darf man sich aber nicht über seine Machtstellung in Asien im ganzen täuschen lassen; was es im Westen zurückweichen und abbauen mußte, überträgt es mit bewundernswerter Energie und Zielstrebigkeit nach Asien, wo der industrielle Ausbau am Ural und in Sibirien eine Steigerung seines Einflusses hervorrufen wird, der auch im asiatischen Grenzraum und hier ganz besonders zwischen Amurfluß und Baikalsee, seine Wirkung ausüben muß. Die geplante Intensivierung der gesamten Volkswirtschaft wird, falls sie gelingt, auch zu einer stärkeren Belebung und Beherrschung dieser Grensräume führen.

HERMANN LAUTENSACH:

*Der politische Dualismus der Iberischen Halbinsel
und seine geographischen Grundlagen*

Deutlich hebt sich auf der physischen Karte Europas die Iberische Halbinsel als eine ungewöhnlich gut individualisierte Einheit heraus. Zu sieben Achteln von Meer umgeben, gegen den Rumpf des Erdteils durch ein gerades, paßarmes Hochgebirge abgeschlossen, streckt sich der plumpe eckige Körper der Halbinsel weit gegen S und W vor und bildet sowohl eine Brücke zwischen Europa

und Afrika als auch ein Sprungbrett für den Übergang hinüber in die Neue Welt. Das Überwiegen von Hochebenen und Hochgebirgen, das Vorherrschen heißtrockener, wolkenloser, staubiger Hochsommer und kühlfeuchter Winter, die Spärlichkeit des Pflanzenkleides, die auf weite Entfernungen klar den geologischen Bau der kahlen Berge enthüllt, die ungeheuren Jahresschwankungen in der Wasserführung der Ströme, die Hafenarmut der vorwiegend geraden Küstenlinien, all das sind weitere gemeinsame Züge des physischen Bildes. Auf diesem Boden wohnt eine Bevölkerung, die in keltiberischer, phönizischer, karthagischer, römischer, westgotischer und arabischer Zeit im wesentlichen die gleichen Schicksale erlebt hat und daher auch jetzt noch zahlreiche gemeinsame Merkmale aufweist: das Überwiegen der mediterranen Rassenzüge, das Herrschen der romanischen Sprachen, die stark konservative, einer rein rationalistischen Wirtschaft abholde psychologische Einstellung, die vor allem in der Landwirtschaft uralte Gebräuche und Geräte bis auf den heutigen Tag bewahrt.

Welche ungeheuren Gegensätze jedoch innerhalb dieser Einheit! Der erste von ihnen ist der schon so oft betonte Unterschied zwischen der meerabgewandten, niederschlagsarmen und winterkalten Zentrallandschaft und den reicher benetzten, häufig fruchtbareren, an Bodenschätzen reichen, Fischfang, Handel und zum Teil Industrie treibenden Randlandschaften. Dabei ist die Zentrallandschaft ihrerseits aus drei durch Scheidegebirge getrennten Teilen zusammengesetzt (Altkastilien, Neukastilien, Aragonien), die in Höhenlage, Klima und Pflanzenkleid wesentliche Abweichungen von einander aufweisen. Stärker noch sind die Unterschiede der Randlandschaften unter sich, etwa zwischen dem immer feuchten, wald- und wiesenreichen Galicien, in dem die Bewohner Apfelwein trinken wie in der Normandie und Oberösterreich, und der extrem trockenen, nur durch ergiebige Herbstregen befeuchteten Südostküste, wo in Berieselungsoasen Dattelpalme und Zuckerrohr reifen, zwischen dem sich von Jahr zu Jahr industriell stärker entwickelnden, von einer regsamen, dicht siedelnden und fortschrittlich gestimmten Bevölkerung bewohnten Katalonien und der ganz auf Weizenbau, Korkgewinnung und Schweinezucht gestellten, außerordentlich dünn bewohnten portugiesischen Landschaft Alemtejo.

So macht die Iberische Halbinsel, je nach der augenblicklichen Einstellung des Beobachters, einen sehr verschiedenen Eindruck, bald den der vorherrschenden Einheitlichkeit, bald den der überwiegenden Gegensätzlichkeit ihrer Teile: Die einheitlichen Züge geben den großen Rahmen, innerhalb dessen sich die

Gegensätzlichkeit der Einzellandschaften hält. Und so bewegt sich auch die politische Geschichte der Halbinsel zwischen den Gegenpolen des Zentralismus und des Regionalismus. Heute stellen diese beiden Bewegungen politische Programme dar, und es ist nur zu natürlich, daß Zentralisten wie Regionalisten geographische Gründe für ihre Forderungen vorzubringen vermögen, daß aber keine der beiden Richtungen in der Lage ist, die Gründe der anderen zu widerlegen. Es ist auch natürlich, daß die Bewohner der Zentrallandschaft mehr zentralistisch, die der Randlandschaften mehr regionalistisch denken, wobei die regionalistischen Programme alle möglichen Schattierungen von einer rein kulturellen Pflege des Heimatgedankens über das Ideal eines Bundesstaates nach Art des Deutschen Reiches bis zu dem eines losen Staatenbundes erhalten haben. In dem faktischen politischen Zustand spiegelt sich der Unterschied dieser Auffassungen vom fundamentalen Wesen der Halbinsel anders. Derselbe besteht nicht in einem gemäßigten zentralistischen oder regionalistischen Regiment über die ganze Halbinsel hin, sondern darin, daß die am stärksten individualisierte der Randlandschaften, die sich der offenen atlantischen Saumlage erfreut, volle staatliche Souveränität genießt, während der über fünfmal größere Rest der Halbinsel zentralistisch regiert wird.

Das kleine Portugal hat vor seinem Nachbarn den Vorzug, daß es naturgemäß innerpolitisch von dem Gegensatz zwischen Regionalismus und Zentralismus wenig berührt wird, während in Spanien dieser Gegensatz das innerpolitische Kernproblem darstellt. Die Tatsache, daß die Weltausstellung dieses Jahres in Barcelona und nicht in Madrid stattfindet, und daß die ganze interessierte Welt gleichzeitig nach San Sebastian zu Hochschulkursen eingeladen wird, die der Pflege baskischer Sprache und Kultur dienen sollen, stellt eine Konzession der zentralistisch eingestellten Diktatur Primo de Riveras an den Regionalismus dar. Von der größten Bedeutung ist der Gegensatz zwischen Regionalismus und Zentralismus außerdem für die außenpolitischen Beziehungen der beiden iberischen Staaten zueinander.

Der derzeitige politische Dualismus der Halbinsel hat seine Wurzel in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts. Damals erfolgte die Bekämpfung der Mauren gleich erfolgreich von seiten der kastilisch-leonesischen Könige von dem Oberlauf des Duero wie von seiten ihrer Lehns mannen, der einem südfranzösischen Geschlecht entstammenden Grafen von Portucalia, vom Mündungsgebiet des Duero aus. 1139 oder 1140, nach der siegreichen Schlacht von Ourique, nahm Graf Alfonso Henriquez den Titel eines Königs von Portugal an und entzog

sich damit der Lehnshoheit Kastiliens. Auf der rechten Flanke durch das Meer gedeckt, über das französische Ritter und Mannen ins Land kamen und wiederholt Kreuzfahrerhaufen herbeizogen, um ihren Drang, gegen die Ungläubigen zu kämpfen, zunächst erst einmal hier zu stillen, gelang es den portugiesischen Königen schon 1251, endgültig an der Südküste der Halbinsel Fuß zu fassen und damit ihr territoriales Expansionsprogramm zu Ende zu führen. Kastilien eroberte erst 1492 das letzte Maurenbollwerk, das Becken von Granada; denn es verfolgte gleichzeitig mit dem Kampf gegen die Araberherrschaft das zentralistische Programm der Absorption der christlichen Randstaaten, die sich auf dem zuvor von den Ungläubigen beherrschten Boden gebildet hatten. Portugal beschritt noch vor Kastilien den Weg überseeischer Kolonisation und verschaffte sich dadurch bedeutende Einkünfte. Infolgedessen gelang es ihm, in den besonders kritischen Jahren (1385, 1640—1668) mit der überseeischen Hilfe der Engländer oder Franzosen, die wiederholten Versuche Kastiliens, auch diese letzte der Randlandschaften zu erobern, immer wieder zu vereiteln. Portugal hat seinen Staatsraum also wohl im Kampf mit den Mauren erobert, aber seine Souveränität hat es gleichzeitig und später in jahrhundertlangem Streit der iberischen Zentrallandschaft abgetrotzt. Es war nur zu natürlich, daß dieser Streit in den Seelen der beiden Völker eine gänzlich verschiedene Auswirkung erfahren mußte: Furcht und Haß auf der einen, Geringschätzung und Verachtung auf der anderen Seite. Von der französischen Invasion der napoleonischen Zeit abgesehen, ist jener Streit das letzte große geschichtliche Ereignis auf der Halbinsel gewesen. Die Folge ist, daß die portugiesische Kulturentwicklung in bewußtem Gegensatz zu allem Spanischen erfolgte und daß die eben angedeutete Grundeinstellung der beiden Völker zu einander noch heute die alte ist. Die 60 Jahre von 1580 bis 1640, in denen Portugal vorübergehend der Monarchie der spanischen Habsburger einverleibt war, gelten noch jetzt den zentralistisch eingestellten Spaniern als die Zeit höchsten nationalen Glanzes, den Portugiesen dagegen als die Zeit tiefster vaterländischer Schmach. Heute ist der 1. Dezember, an dem im Jahre 1640 der Kampf gegen das spanische Joch begann, in Portugal Nationalfeiertag, und alljährlich werden an ihm unter zeitweiliger Außerkurssetzung aller übrigen postalischen Wertzeichen Briefmarken in Umlauf gesetzt, die nach alten Stichen Szenen aus den Kämpfen gegen die Spanier darstellen. Der politische Dualismus der Iberischen Halbinsel ist somit in Geographie und Geschichte fest verankert und wird durch die Einstellung der beiden Völker zu einander immer wieder lebendig erhalten.

Trotzdem finden auch die einheitlichen Züge im geographischen Bild der beiden Staaten immer wieder ihren politischen Ausdruck. Ihr Werdegang zeigt in Aufstieg wie Abstieg ganz auffällige Parallelen. „Durch aller Schuld“, sagt der zentralistisch eingestellte Spanier Abelardo Merino (Bol. Real Soc. Geogr. LVIII. 1916, S. 299ff.), „sind wir eine Art siamesischer Zwillinge, die, am Rücken zusammengewachsen, immer entsprechende Schritte tun. Die Wesenheit unserer Entwicklung ist die gleiche, wie Oliveira Martius (ein portugiesischer Historiker, der die „*Historia da Civilização Ibérica*“ schrieb) anerkennt; sie ist ein erstaunlicher und doch leicht erklärlicher Parallelismus, was ihre Analogie anbelangt. Gemeinsam kämpften wir gegen das Maurentum, gemeinsam entdeckten und eroberten wir den Erdkreis: Kolumbus war in Lissabon und in Granada; was Magellan begann, führte Elcano zu Ende. Gemeinsam erlitten wir in unseren Kolonien die Plünderungen durch Engländer und Holländer. Gemeinsam rangen wir gegen die Truppen Napoleons, und gleichartig entwickeln sich die Einrichtungen unseres künstlerischen, politischen und sozialen Lebens. Gemeinsam erlitten wir die gleichen Schäden; das einzige, was wir nicht tun, ist, gemeinsam die wirksamen Abhilfen zu suchen.“

Es hat daher, besonders in diesem Jahrhundert, nicht an Vorschlägen und vorbereitenden, inoffiziellen Konferenzen gefehlt, die eine friedliche politische Annäherung, ja Verschmelzung der beiden iberischen Staaten zum Ziel haben. Man hat diese Bewegung die paniberische genannt; aber neuerdings wird dieses Wort oft in einem anderen, unten zu erörternden weiteren Sinn gebraucht, so daß es, um Mißverständnisse auszuschließen, hier vermieden wird. Naturgemäß ist die Stellung beider Staaten zu dieser Frage eine sehr verschiedene. Der Spanier, insbesondere der Kastilier, ist geneigt, in einem irgendwie gearteten Zusammenschluß die endliche Erfüllung seiner uralten Hegemoniewünsche zu sehen. Der Portugiese dagegen muß fürchten, in eine *societas leonis* zu geraten, die das Ende nicht nur seiner nationalen, sondern auch seiner kulturellen Selbstständigkeit bedeutet. In den gemeinsamen Diskussionen über den Gegenstand haben die Spanier daher vorwiegend das Gemeinsame, die Portugiesen das Unterschiedliche des geographischen Bildes der beiden Staaten betont. Das Buch „*A questão Ibérica*“, das die auf einer Lissaboner Konferenz 1916 gehaltenen Reden enthält, gibt zahlreiche Beispiele dafür. Wenn die portugiesische Öffentlichkeit trotzdem der Frage eines losen Zusammenschlusses zeitweilig nähergetreten ist, so ist dafür der maritime Druck Englands maßgebend, der seit mehr als 100 Jahren in immer steigendem Maße als eine nationale Schmach

empfunden wird. England bemüht sich daher, eine praktische Auswirkung solcher Bestrebungen unbedingt zu hintertreiben. Es wünscht, Portugal, das seine indischen Verbindungen wirksam zu flankieren vermöchte, in ständiger politischer Abhängigkeit zu erhalten. Ihren Höhepunkt erreichten die Zusammenschlußbestrebungen, die zuvor unter der Revolution der Portugiesen gegen ihr Königtum schwer gelitten hatten, daher im Jahre 1916, als England durch den Weltkrieg die Hände gebunden waren. Sie rissen 1917 mit einem Male ab, als Portugal im Schlepptau Englands in denselben eintrat. Seit 1926 sind sie wieder etwas aufgelebt; denn seit diesem Jahr ist die Regierungsform der beiden iberischen Länder trotz gänzlich verschiedener verfassungsmäßiger Grundlage praktisch die gleiche, die Militärdiktatur. Primo de Rivera unterhält mit der Regierung des portugiesischen Generals Carmona betont freundliche Beziehungen, die sich u. a. in der Erhöhung der spanischen Gesandtschaft zu Lissabon zum Rang einer Botschaft geäußert haben.

Trotzdem ist auf jede absehbare Zeit mit einem irgendwie gearteten politischen Zusammenschluß nicht im entferntesten zu rechnen. Denn die Grundeinstellung der beiden Völker zueinander ist nach wie vor die einer kühlen Ablehnung. Ihre wirtschaftlichen, ja selbst ihre kulturellen Beziehungen sind ganz außerordentlich geringe. Die spanisch-portugiesische Staatsgrenze zeigt noch heute die Eigenschaften, die nach K. Haushofer (Grenzen. Berlin-Grünwald 1928, S. 151) die verkehrs- und reizarmen Trägestauungsgrenzen charakterisieren. Nur 5 Eisenbahnlinien verbinden die beiden Staaten, und 4 von ihnen überschreiten die Grenze auf dem verhältnismäßig schmalen Mittelstück zwischen Elvas und Barca d'Alva (Luftlinienentfernung nur 240 km), so daß der Mangel an Eisenbahnlinien auf den übrigen Grenzstrecken um so empfindlicher ist. Auf diesen 5 Linien passieren, den regelmäßigen Güterverkehr eingerechnet, täglich nur 11 Züge in jeder Richtung die Grenze. Im übrigen wird dieselbe nach uraltem Brauch fast überall zwischen Sonnenuntergang und -aufgang für den Passantenverkehr gesperrt. Infolgedessen gingen 1924 nur 6,9% der portugiesischen Ausfuhr nach Spanien, und gar nur 4,2% der Einfuhr kamen von dort. In diesen Zahlen ist sogar noch der Transithandel enthalten. Infolge ihrer sehr ähnlichen natürlichen Ausstattung haben sich Spanien und Portugal wirtschaftlich wenig zu bieten. Ein großer Teil jenes dürftigen Handels besteht im Austausch von Vieh und Viehzuchtprodukten. Im übrigen sendet das waldreichere, weil feuchtere Portugal Holz und Kork, Spanien dagegen Rohwolle und sein besser raffiniertes Olivenöl, das der Portugiese für

den Export der Sardinenkonserven braucht. Auf dem Weltmarkt sind Spanien und Portugal scharfe Konkurrenten, da sie wichtige Ausfuhrgegenstände gemeinsam haben (Früchte, Weine, Fischkonserven, Kork). Ein politischer Zusammenschluß würde daher den gegenseitigen Warenaustausch kaum fördern können; denn die beiden Staaten ergänzen sich wirtschaftlich nicht.

Immerhin kommen sich Spanien und Portugal allmählich näher, allerdings auf einer viel breiteren Plattform und damit auf einem viel weiteren Wege. Es ist der der kulturellen Annäherung aller Länder iberischer Zunge diesseits wie jenseits des Atlantischen Ozeans. In diesem Sinne zeitigt die paniberische Bewegung erfreuliche Erfolge. Die von Portugal sorgfältig beschickte ibero-amerikanische Ausstellung von Sevilla, die in diesem Jahr gleichzeitig mit der Weltausstellung von Barcelona abgehalten wird, dient dem paniberischen Gedanken und fördert damit auch die kulturellen Beziehungen der alten iberischen Mutterländer.

Literatur:

El Comercio hispano-portugués. Estudio geográfico-estadístico. Rev. de Geogr. colonial y mercantil. XII. Madrid 1915, S. 111—117. — A questão Ibérica. Lisboa 1916. — Jerónimo Becker, El Medio geográfico en la Historia de España. Bol. Real Soc. Geogr. LVIII. Madrid 1916, S. 257 bis 279. — Abelardo Merino, El Regionalismo peninsular y la Geografía histórica. Bol. Real Soc. Geogr. LVIII. 1916, S. 280—318. — Abelardo Merino, La península española y el Regionalismo. Bol. Real Soc. Geogr. LIX. 1917, S. 352—384. — Abelardo Merino, El Regionalismo peninsular, la Antropología y la Etnografía. Bol. Real Soc. Geogr. LX. 1918, S. 137 bis 206. — A. de Magalhães Basto, A fronteira hispano-portuguesa. Ensaio de geografia política. „O Instituto.“ Coimbra 1923, S. 56 ff., 103 ff., 211 ff. — O. Jessen, Politisch-geographische Betrachtungen über die Iberische Halbinsel. v. Drygalski-Festschr. München und Berlin 1925, S. 118—139. — H. Lautensach, Geopolitisches von der spanisch-portugiesischen Grenze. Zeitschrift f. Geopolitik 1928, S. 371—374. — H. Lautensach, Portugal als geographische Gestalt im Rahmen der Iberischen Halbinsel. Jahrb. d. Geogr. Ges. z. Hannover, 1928, S. 215—248. — G. Jacob, Die paniberische Bewegung. Zeitschr. f. Geopolitik 1929, S. 306—313.

HERMANN VON WISSMANN:

Die europäische Konkurrenz im abessinischen Verkehrswesen

Das große, auf lockerem Feudalsystem aufgebaute, von kriegerischen Viehzüchtern und Ackerbauern dünn besiedelte abessinische Reich, autarkisch bis in die einzelnen Gaue, hatte aus sich heraus keine starken Verkehrsbedürfnisse. Die Weideflächen des Hochlandes boten geringe Schranken. Die zum Teil dicht bewaldeten Randabstürze und -gebirge grenzten es ab gegen ein fremdes, ungesundes

Tiefland, das die Beziehung zum Meer nicht begünstigte. Die europäischen Mächte konnten ringsum die Küsten besetzen, ohne ernstlich mit dem Hochlandreich in Konflikt zu geraten. Nur Italien, das an der einzigen Stelle Fuß gefaßt hatte, wo das Hochland nahe an die Küste herantritt, in Massaua, kam früh in Gebiete, die im Macht- und Interessenbereich des Negus Negesti lagen. Innere Kämpfe des Reiches nutzte es geschickt aus, bis es von Menelik II., dem es selbst gegen das bisher regierende Haus geholfen hatte, 1896 bei Adua empfindlich geschlagen wurde und die besetzte Landschaft Tigre wieder räumen mußte. Doch blieb es das einzige Kolonialreich, dessen Besitz auf das Hochland hinaufreicht. Dem unter Menelik II. konsolidierten Reich gegenüber, das schon infolge der gegenseitigen Wachsamkeit der drei angrenzenden Kolonialmächte nun territorial unangetastet blieb, versprach nur eine wirtschaftliche Durchdringung Erfolg. Bei riesigen Entfernungen waren die primitiven Verkehrsverhältnisse hierbei das größte Hindernis: Kamelkarawanen brauchten von Obok in Französisch-Somaliland nach Addis Abeba 8—10 Wochen.

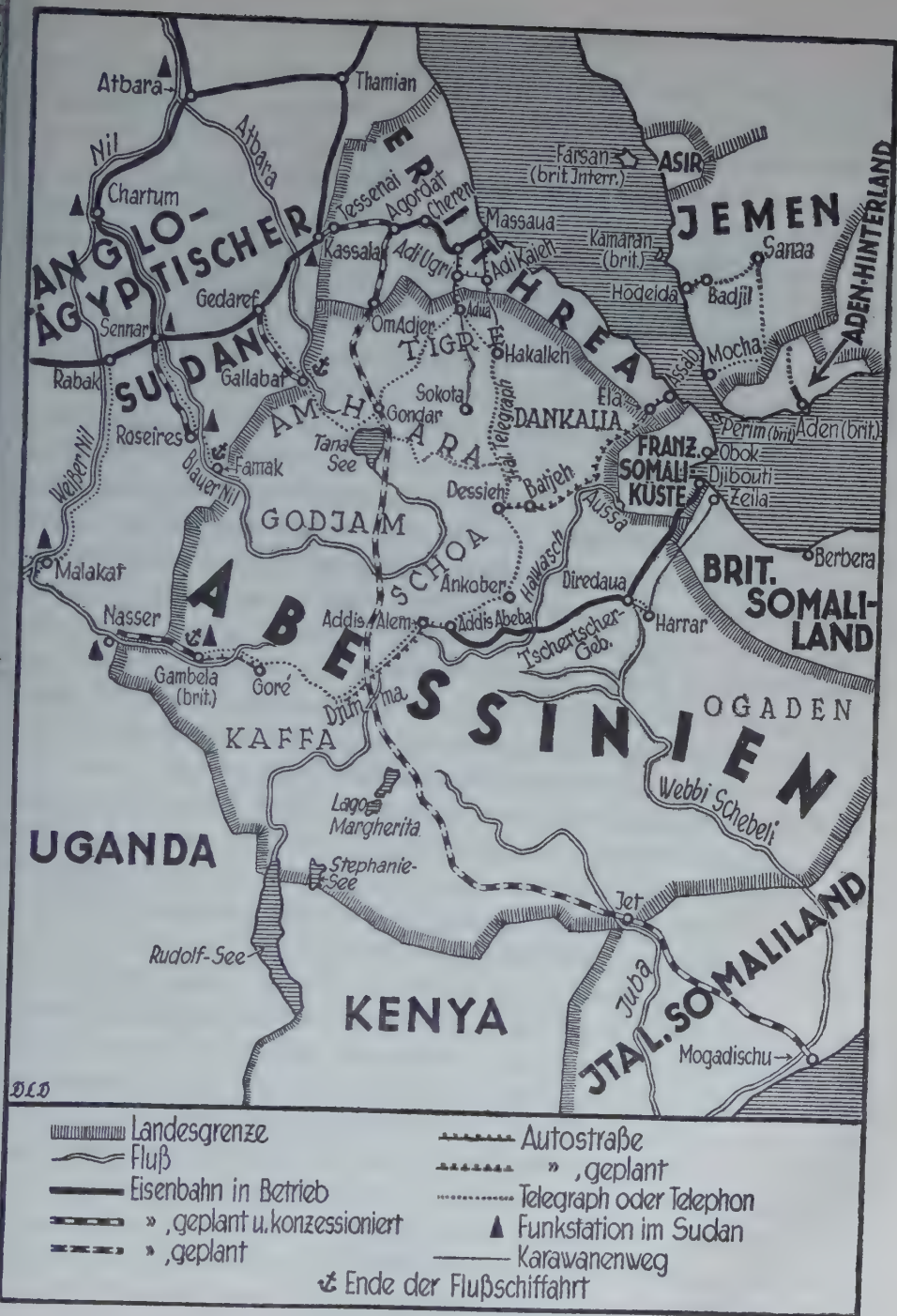
Frankreich, das seit Faschoda den Plan eines großen Sudanreiches östlich bis zur Somaliküste fallen gelassen hatte, mußte seither das größte Interesse an der Unberührbarkeit abessinischen Gebiets haben und konnte sich am leichtesten das Vertrauen der Regierung erwerben. Es erhielt die Konzession zum Bau der äthiopischen Bahn von Djibouti, dem an Stelle von Obok neu entstehenden Zentrum der kleinen französischen Somaliküste nach Addis Abeba, Italien erhielt nur die Konzession zu einer Telephonlinie von Addis Abeba nach Asmara über das Hochland, und Abessinien selbst begann ein Netz von Telephonlinien auszubauen.

Der Bahnbau wurde 1896 begonnen. Nachdem die wüstenhafte Randzone bis an den Fuß des Tschertschergebirges unter großen Verlusten infolge der Überfälle der nur nominell Abessinien untergebenen Stämme schon durchstoßen war, kam der Bau 1902 bei Diredaua infolge von Geldschwierigkeiten der Compagnie Imperiale des Chemins de Fer Ethiopiens bei km 302 zum Stillstand, noch 480 km entfernt von der Hauptstadt, zu der man von hier auf drei verschiedenen Karawanenstraßen mit Maultieren 3, mit Kamelen 4 bis 6 Wochen reisen mußte. Diredaua entwickelte sich schnell und macht auch heute, als einziger Ort in Abessinien, ganz den Eindruck einer europäischen Kolonialstadt. Der konzessionierte Plan einer deutschen Firma, mit Hilfe von Autolastzügen die Verbindung von Addis Abeba zum jeweiligen Endpunkt der Bahn herzustellen, blieb unausgeführt.

Eine der wichtigsten Grundlagen für die Durchdringung Abessiniens von seiten der europäischen Wirtschaft sowie für die ganze fernere politische Entwicklung wurde der Vertrag der drei angrenzenden Kolonialmächte vom 13. XII. 1906. Unter voller Anerkennung der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit Abessiniens teilten die Nachbarn das Land in wirtschaftliche Interessensphären auf. Längs der projektierten äthiopischen Bahn und in der weiteren Umgebung von Addis Abeba lagen Frankreichs Interessen, die britisch-ägyptischen in den drei großen Nilzuflüssen als Wasserspendern des Sudans und Ägyptens, insbesondere in der Möglichkeit der Regulierung der Wasservorräte durch den Tanasee. Italiens Interessengebiet verlief von den Grenzen Eritreas westlich an Addis Abeba vorbei zum italienischen Somaliland.

Nachdem die französische Diplomatie verhindert hatte, daß englisches Kapital in der Direktion der Bahn Übergewicht erlangte, und eine neue Gesellschaft, „Chemin de Fer Franco-Ethiopien de Djibouti à Addis Abeba“, mit Zuschüssen der französischen Regierung und rein französischem Verwaltungsrat zustande gekommen war, wurde der Bahnbau 1908 wieder aufgenommen. Mai 1915 war die Linie bis 2 km vor Addis Abeba beendet, durfte aber noch nicht so weit in Betrieb genommen werden. Erst seit Juni 1917 ist die volle Strecke bis zur Hauptstadt in Benutzung; und erst im April 1928 bot die Grundsteinlegung zum Bau eines wirklichen Bahnhofsgebäudes hier Veranlassung zu einer Feier der Annäherung Abessiniens an die europäische Wirtschaft. Die Fahrt von Djibouti nach Addis Abeba dauerte bisher drei Tage, da nachts keine Züge verkehrten. Erst seit Anfang 1929 läuft wöchentlich einmal ein durchgehender Zug in jeder Richtung, mit 31—33 Stunden Fahrtdauer (im Mittel 25 km/Stunde).

Während Abessinien mit Ausnahme einer Autostraße von Addis Abeba nach Addis Alem seine Wege im alten Zustande beließ — erst in den letzten Jahren wurde eine Autostraße von Addis Abeba nach Djimma geplant —, näherten sich inzwischen auch in Eritrea und dem angloägyptischen Sudan Bahnlinien der abessinischen Grenze. Nachdem England seine Position im Sudau durch eine Bahnverbindung Chartums mit dem Roten Meer sehr gestärkt hatte, ohne die Bahn nach Ägypten auszubauen, nachdem es abseits vom alten arabischen Hafen Suakin das neue Port Sudan neben Suez zur größten Hafenanlage des Roten Meeres gestaltet hatte, trieb es 1924 von Thamian an der Strecke Port Sudan—Atbara aus eine Stichbahn nach Kassalla nahe der eritreischen Grenze, wo große Baumwollfelder entstanden waren, vor und verband diesen Ort 1928/29



innerhalb eines einzigen Jahres auf einer Strecke von 180 km über Gedaref mit Sennar am Blauen Nil. Von dieser Bahn aus plant man Stichbahnen nach Gallabat und Roseires nahe der abessinischen Grenze, den Anfangspunkten der Schifffahrt auf dem Atbara und Blauen Nil und der Karawanenwege auf das Hochland. Außerdem gab die abessinische Regierung im April dieses Jahres der Ethiopian Motor Transport Company eine Bahnkonzession zur britischen Enklave Gambela am Sobat. Der Fluß ist zwar bis Gambela aufwärts schiffbar, die Schiffbarkeit setzt aber während eines Teiles der Trockenzeit aus. Von Gambela nach Goré auf dem Rande des Hochlandes ist eine Autostraße geplant, für die die gleiche Gesellschaft Konzession erhielt.

Italien hat die bis 1910 entstandene Bahn, die das Hochland unter großen technischen Schwierigkeiten von Massaua nach Asmara ersteigt, 1922 bis Keren, 1924 bis Agordat fortgesetzt, während seine hafenlose Somalikolonie bisher noch ganz unentwickelt blieb. Der von Jahr zu Jahr anwachsende Außenhandel Abessiniens ging im Jahre 1911, obwohl der Bahnbau nur wenig über Diredaa hinaus gediehen war, zu $\frac{3}{4}$ über Djibouti, zu $\frac{1}{10}$ durch Eritrea, heute aber nur zu $\frac{2}{3}$ über den französischen Hafen, zu $\frac{1}{4}$ über Eritrea. Daneben kommt im wesentlichen nur der Britische Sudan in Betracht. Der Außenhandel des Nordens des Landes, wo in Adua, Gondar, Makallé, Dessié italienische Beamte als Handelsagenten eingesetzt wurden, geht nach Eritrea, heute hauptsächlich über die Grenzorte Addi Kaié und Addi Ugri. Autostraßen stoßen bis zur Grenze vor und auch südlich der Grenze sind einige Strecken für Autos fahrbar. Assab kommt nur für die Aussa-Oasen in Betracht, Italienisch-Somaliland und Kenya für den äußersten Süden. Ein Teil des Handels der Provinz Harrar richtet sich wegen der sehr hohen Bahntarife auf Karawanenwegen nach Zeila in Britisch-Somaliland.

Seit dem Vertrag von 1906 legt Italien sein Augenmerk auf die westlichen Gebiete Abessiniens, durch die es eine Verbindung Eritreas mit seinem Somaliland erhofft. Schon im Jahre 1906 arbeitete man ein Bahnprojekt von 300 km zwischen Elagin und Gondar aus; durch Ausnutzung der Wasserfälle des Blauen Nils in Tis Essat nahe dem Tanasee sollte die Bahn elektrifiziert werden und sollten Industrien gegründet werden. 1913 wurde eine Strecke von 650 km von Gondar nach Uorcia rekognosziert und die Società Commerciale Italo-Africana in Mailand gegründet, die eine Reihe von Faktoreien in Westabessinien zwischen dem Setit an der Grenze Eritreas und Kaffa gründete und die Eingeborenenhäuptlinge am Handel zu interessieren suchte. Da im Becken des

Tanasees nach dem Vertrag Rücksicht genommen werden mußte auf die Wasserversorgungspläne der Engländer, wäre hier die Bewegungsfreiheit für Bewässerungsanlagen gering gewesen. Man plante daher, hier nur industrielle Anlagen zu schaffen, während man im Gebiet der Didessa bis zum Djibieh hauptsächlich an Kaffeepflanzungen, im Gebiet des Abai- oder Margheritasees an Baumwollplantagen dachte. Solange Italien mit dem Bahnbau nicht mindestens bis Gondar vorgedrungen ist, wird der Westen Abessiniens wirtschaftlich immer stärker zum Sudan gezogen, je mehr sich der Bahnbau dort der abessinischen Grenze nähert. Der schon konzessionierte britische Vorstoß nach Goré erscheint im Verein mit der schon 1927 konzessionierten Straße von Addis Abeba nach Djimma den italienischen Plänen gegenüber wie ein Riegel.

Ein in London am 13. 12. 1926 geschlossener Geheimvertrag zwischen England und Italien ging nach der Versicherung der Kontrahenten nicht über den Vertrag von 1906 hinaus. Sicher wurden die beiderseitigen Interessen in Westabessinien, vielleicht auf Kosten der französischen, genauer abgegrenzt, zumal amerikanische Pläne von Bewässerungsanlagen und Kraftausnutzung am Tanasee verwirklicht zu werden drohten, die für die Wasserführung der Flüsse des Sudans und die großen englischen Bewässerungsanlagen hätten gefährlich werden können. Da der Vertrag nicht allein in Frankreich, sondern auch bei der abessinischen Regierung großes Mißtrauen hervorrief, wurde die Aussicht auf Erlangung einer Eisenbahnkonzession im Westen Abessiniens für Italien geringer als je, obwohl ein Besuch des Ras Tafari im Sommer 1924 in Rom hierfür große Hoffnungen hervorgerufen hatte. Erst der feierliche Besuch des Herzogs der Abruzzen im Mai 1927 in Addis Abeba und endlich das Angebot der Italiener, den Abessiniern eine Freihafenzone in Assab einzuräumen, die ihnen von den Franzosen in Djibouti abgeschlagen worden war, schuf für Italien eine günstigere Stellung bei der abessinischen Regierung, so daß es am 2. August 1928 zu einem Freundschaftsvertrag zwischen Italien und Abessinien kam, dem ein weiterer Vertrag folgte, eine Automobilstraße von Dessié im abessinischen Hochland durch die Dankalia und die Aussa-Oase nach Assab zu bauen, wo Abessinien auf 130 Jahre eine Freizone im Hafen abgetreten werden soll. Auf italienischem Gebiet ist die Straße schon bis zur Grenze fertiggestellt; die Konzession zum Bau des von der abessinischen Regierung übernommenen großen Teilstückes ist anscheinend schon einer italienischen Gesellschaft übergeben worden. Die Straße soll durch außerordentlich schwieriges Gelände geführt

werden, das bisher noch sehr wenig bekannt ist und von Stämmen gefährdet wird, die nur nominell Abessinien untertan sind. Die großen Überschwemmungen der Regenzeit werden den Verkehr für wenigstens 3 Monate unterbrechen; man will daher die Straße von vornherein nur den Verhältnissen der Trockenzeit anpassen. Man rechnet mit Baukosten von 15 bis 20 Mill. Lire und sehr hohen Erhaltungskosten infolge der Überschwemmungsschäden. Trotzdem hofft Italien den Handelsverkehr der jetzt sehr abgelegenen zentralen Teile Abessiniens zu heben und nach Assab zu leiten, vielleicht auch die Einflußsphäre der französischen Bahn zu verengern. Die Gebiete längs der Straße kommen für den Handel wenig in Betracht, nur die Aussa-Oasen im Eindampfungsgebiet des Hawasch heben sich aus einer Halbwüstenlandschaft heraus.

Assab war der erste Punkt, an dem sich Italien, schon im Jahre 1869 in Afrika festsetzte. Infolge seines außerordentlich trockenen, kaum besiedelten Hinterlandes blieb es fast ohne Entwicklung. Nun hofft man, auch durch günstigere Verbindung mit dem nahen Jemen, einen wichtigen Hafen erblühen zu sehen. Anfang Juni dieses Jahres vereinigte sich hier eine größere Mission im Dienste Abessiniens stehender europäischer Ingenieure mit italienischen Ingenieuren, um die Route Assab—Dessié aufzunehmen. Starke Hitze und anscheinend Aufstände längs der Route zwangen vorläufig zur Einstellung der Arbeit.

Der neue Vertrag hat Italien keineswegs veranlaßt, von der Durchführung seiner anderen Pläne abzusehen. Das bezeugt vor allem das neue koloniale Bahnprogramm, das General De Bono am 1. August im Senat mitteilte: Eine Verlängerung der Strecke Massaua—Asmara—Agordat einerseits nach Tessenai an der Grenze des Sudans bei Kassalla, andererseits nach Om Adier an der Grenze Abessiniens, ferner eine neuzubauende Bahn von Mogadisch, dessen außerordentlich schlechte Rhede einen kostspieligen Hafen erhalten soll, nach Jet an der abessinischen Grenze, zusammen eine vielleicht nicht sehr wirksame Zange von Norden und Süden gegen die Grenzen des abessinischen Reichs. Auch die Expedition des Herzogs der Abruzzen von Addis Abeba längs des Webbi Schebeli nach Mogadisch Anfang 1929 ist nicht ohne Bedeutung, da sie den Plan einer Regulierung des stark verwilderten und versumpften Flusses aufkommen ließ, womit eine neue Pforte nach Abessinien geschaffen würde. Die Reisen von Baron Francchetti, Alberto Pollero und Ludovic Nesbitt durch die Dankalia, die alle im Juni dieses Jahres beendet wurden, sind hingegen

für das Straßenprojekt von Wichtigkeit, da sie wiederum die außerordentlichen Gelände- und Klimaschwierigkeiten, vor allem aber die große Unsicherheit den Aussa- und Danakilstämmen gegenüber gezeigt haben. — Frankreich verfolgt die italienischen Maßnahmen in Abessinien genau; ein Gerücht tauchte auf, daß es nun seinerseits Abessinien eine Freizone im Hafen von Djibouti zugestehen will. Damit würde sich ein wirksames Tor zur Küste eröffnen für das wirtschaftlich ständig bedeutungsvoller werdende, weite Reich, das im Außenhandel bisher vom guten Willen seiner Nachbarn abhängig ist.

OTTO MAULL:

Wiedererwachte, aufsteigende Welt

Mehrfach haben sich im Gange der geschichtlichen Bewegung die politischen Aktionszentren verlagert; aber auch Rückkehr und Wiederaufleben erhöhter politischer Aktivität ist nach Zeiten solcher Abwanderung, des dadurch ausgelösten Stillstands und meist auch langsamen oder selbst jähen Niedergangs in den Ursprungsherden der politischen Kraft zu beobachten. Es ist, als ob jenes seichte Tal in der Kurve politischer Energie als Phase der Sammlung und der Wiedererholung von der vorangegangenen Anstrengung und oft Überanstrengung durchmessen werden mußte, bevor ein neuer politischer Anstieg begonnen werden konnte. Allbekannt ist jene Wanderung der politischen und zugleich allgemein-kulturellen Kraftzentren auf der Westseite der Alten Welt vom nahen Orient über das Mittelmeergebiet zum atlantischen Europa. Weniger beachtet, zum mindesten in ihrer allgemeinen Geltung oft nicht genügend ge- deutet, wird dagegen die vom Hochkulturgebiet Europas ausgehende rückläufige Bewegung, die wesentliche Teile des Mittelmeergebiets wieder intensiv belebt und auch den nahen Orient schon wieder erreicht hat. Dabei muß freilich zugegeben werden, daß das politische Wollen im weiten Umkreis um das Mittelmeer noch recht oft einer Sphäre entsteigt, die in ihrer kulturellen Basierung nicht ausreicht zur Umsetzung der Ansprüche in erfolgreiche Tat. Allein die vielfältigen Symptome stempeln diesen Raum schon seit einiger Zeit wieder zu einem aufsteigenden, in dem die oft spontan aufstrebende politische Energie keineswegs von außen entlehnt ist, sich nicht etwa lediglich an dem von dort übernommenen materiellen und geistigen Kulturgut emporrankt, son-

dern sich besonders in der Wärme ihrer Äußerungen als bodenständig, als autochthon erweist. Die übrige Welt hat allerdings keine aufdringlichen Analogien zu der eigenartigen Schaukelbewegung ausgebildet, die den Kulturzustand und die Staatenenergie im Konvergenz- und Interferenzraum der drei zusammenstrebenden altweltlichen Erdteile beherrscht hat. Denn ihr haben die Anregungen und Befruchtungen gefehlt, die durch die Sonderheit solcher Lagebeziehung ausgelöst worden sind; und auch die künftige Entwicklung wird dort keine Kulturwirkungen von so qualitativer Höhe und so reicher Fülle zu erzeugen vermögen, wie sie das Wesen Europas und des nahen Orients ausmachen. Dafür ist aber in einer oft gigantischen Größe und einem erstaunlichen Ausbreitungsvermögen der kulturlichen Erscheinungen, die in ihrer Wesensart den Hang zum Extensiven, zum Normalisierten offenbaren, der Vorrang der fernen großräumigen Erdteile zu sehen. Weniger regionale Verlagerung, mehr örtliche, aber weite Zonen umfassende Hebung und Senkung beherrscht dort den zeitlichen Wandel der politischen Energie, wobei freilich die Fernwirkungen von außen durchaus nicht fehlen. So ist man versucht, in dem wiedererwachten Nationalismus der altamerikanischen Kulturgebiete der Andenländer eine weitgehende Ähnlichkeit zu auch anderwärts zu beobachtenden Vorgängen zu sehen. Man wird aber besonders in diesem Falle der einschränkenden Bemerkung nicht entbehren können, daß eine Welle des Nationalismus auch das übrige Lateinamerika ergriffen hat. Die Frage ist darum hier viel schwerer als sonst zu beantworten, wie weit es sich in diesem Falle um ein Wiederaufleben alter, gesammelter Kräfte handelt, oder ob dieser lateinamerikanische Nationalismus nichts anderes als jugendliche Verselbständigung der von Europa übertragenen politischen Energie und darum lediglich eine Parallele zu der Entwicklung der nordamerikanischen Nation ist, mit der das Lateinamerikanertum viel Geschichte der Art nach gemein hat. Dabei kann freilich in Lateinamerika die offenkundige Synthese mit altem eingeborenem Volks- und Kulturwillen nicht gezeugnet werden. Wenn ebenso in Negerafrika schon längst Symptome des politischen Wollens zu beobachten sind und auch weitsichtige, um die Herrschaft der Europäer über den schwarzen Kontinent bangende Beobachter geschreckt haben, so entstehen solche Regungen viel weniger dem autochthonen Grunde als dem Milieu, das das europäische Kolonialwesen selbst geschaffen hat. Für das russische Asien und auch manche Teile von Indien gilt vollkommen das Gleiche. Hier handelt es sich überall der begrifflichen Fassung nach um erwachende oder erwachte, aber nicht um wiedererwachte Welt.

Wiedererwachte Welt im Sinne scharfer Begriffsfassung vermag nur im Bereiche alter Kulturvölker aufzusteigen, deren Areale — von den Sitzen der altamerikanischen Kulturen abgesehen — vom mediterranen Raum an die südlichen und östlichen peripherischen Gebiete des asiatischen Kontinents einnehmen. Ganz Vorderasien und Teile von Westasien, Vorder- und Hinterindien samt insularen Außengebieten des australasiatischen Archipels, ganz Ostasien und dessen zentralasiatische Außenländer gehören dieser gewaltigen flächenhaft ausgebreiteten Kulturraumgirlande an, die völlig anders geartete Gebiete des übrigen Asiens umschlingt. Dieser gewaltige Raum, der seiner Flächenzahl nach etwa halb Asien und mehr ausmacht, ist bestimmt keine Einheit. Darum wäre es vergebliches Mühen, etwa aus der Gleichheit der Bedingungen seinen Kulturaufschwung ableiten zu wollen. Auf Grund örtlicher Gegebenheiten haben sich in den einzelnen von Natur aus gar verschieden ausgestatteten Ländern z. T. untereinander verwandte, z. T. grundverschiedene Kulturen ausgebildet, die nur bei einer ganz großzügigen Überschau die starken Nuancierungen ihrer besonderen Artung verlieren und sich bei einer in die Zeittiefe gerichteten Rückschau zu einer Hochzone der Kultur zusammenschließen. Jede speziellere Betrachtung wird aber auch dann leicht die inneren Nähte, die oft in ausgesprochen kulturarmen Gebieten verlaufen, erkennen, an denen sich das Ganze in einzelne den Länderräumen einigermaßen adäquate Kulturprovinzen sondert. Jede historisch orientierte Erklärung weiß auch, daß sich diese einzelnen Kulturen zunächst in isolierter Lage, gleichsam oasenhaft in z. T. weit voneinander getrennten Kulturherden — Ägypten, Mesopotamien, Pandschab, Nordchina u. a. — ausgebildet haben, von denen die von diesen Maxima ausgehenden nach den Minima abfließenden Kulturströme allmählich die Umlande niederer Kultur ergriffen und einen gewissen räumlichen Zusammenschluß zu einem Kulturgürtel geschaffen haben. Diese zum nicht geringen Teil sogar an historischen Daten nachprüfbare Entwicklung schützt aufs neue vor der Anschauung, die Gesamtheit des riesenhaften Länderraums als das Ursprungsgebiet dieser Kulturen ansehen zu wollen. Wie räumliche Entwicklung der Erscheinungen des Lebens vollzieht sich auch die der Kulturen von ursprünglichen Zellräumen aus, die winzig im Vergleich zu den späteren Arealen der Kulturprovinzen erscheinen. Man könnte darum ganz allgemein sagen: die flächenhafte Ausbreitung der Kultur unterliegt weniger dem Gesetz der „geographischen Provinzen“ als dem der „Übertragung, Entlehnung und der Wanderung“. Und doch fordert auch die Ausbreitungsmöglichkeit einer

einst überall relativ hoch entwickelten Kultur über den riesigen Raum jener peripherischen Randländer Asiens, die von Natur aus den inneren Zusammenschluß wenig begünstigen, nach einer durchgehenden Erklärung.

Sie ist in einigen allgemeinen Grundzügen zu finden, die zum einen Teil für die ganze Weite des Raums, zum anderen Teil für wesentliche Abschnitte gelten. Im Vergleich mit den ungefügten Landmassen Nord- und auch Westasiens, denen sich in gleicher Wertung der Osten Europas anschließt, sind diese alten Kulturländer randliche, ungleich stärker horizontal und vertikal gegliederte und darum aufgeschlossener Räume, die das Leben in einer ganz anderen Weise zu ergreifen und mit einem mannigfaltiger gewirkten Kulturgewebe zu überspannen vermochte, als das bei den einförmigen Flächen des Nordens sein konnte. Ein gut Teil dieses Länderkomplexes gehört aber auch dem nackten Gürtel der alten Welt an, der, abermals in vollem Gegensatz zu den Urwaldländern des Nordens frei von hemmender Waldvegetation, in der Frühzeit der Entwicklung nicht den Großteil der Kulturkraft durch einfache Rodungsarbeit aufzehrte, sondern dem Zusammenschluß der Menschen breite Bahnen bot. Daneben fehlen freilich die Hemmungs- und Trennungszonen nicht. Sie sind überall leicht zu erkennen, wo der Wald, wie in Teilen von Vorder-, besonders in Hinter- und Inselindien, aber auch in Südchina, große Räume dieser peripherischen Länder einnimmt; überall dort markieren sich diese als kulturjüngere und gar nicht selten als kulturtiefere Gebiete. Zu solchen Verharrungs- und Sperrgebieten gehören auch die gewaltigen Gebirge und die großen Wüsten, die beide vor allem die inneren Grenzzonen bilden und das Kulturgefüge ganz empfindlich auflockern. Schließlich legt sich eine dritte vereinheitlichende Klammer über den ganzen Raum, die infolge ihrer ganzen Wesensart außerordentliche Gunstverhältnisse schafft. Es ist das vorwiegend subtropische Klima, in dessen Verbreitungsgebiet ganz Vorderasien, Nordindien, Mittel- und Nordchina und die Japanischen Inseln fallen, und das, nach dem Kontinentalen hin abgewandelt, auch Teile von West- und Innerasien überspannt. Es ist kein Zufall, daß sich hier die maximalen Kulturgebiete des Gesamttraums ausgebildet haben, weil die klimatische Energie der Subtropen genügend anregende und Spannungen auslösende kulturfördernde Impulse zu entwickeln vermochte. Und wiederum sinkt bezeichnenderweise die Kulturhöhe des Ländergürtels vom Übergang der Subtropen und Tropen gegen die inneren Tropen hin ganz beträchtlich. Für einen großartigen Ausschnitt des Gesamttraums hat Karl Haushofer in dem Subtropen- und Tropenländer

zusammenfassenden Monsuncharakter des Klimas eine weitere fundamentale Klammer gesehen, die geradezu eine „Einheit der Monsunländer“ schafft. Haushofer hat dabei bestimmt nicht die vielfältige Sonderung physisch- wie kultur-geographischer Natur innerhalb dieses Monsunländerkomplexes übersehen, darum aber um so packender die vereinheitlichenden Züge herausgestellt, die, bedingt durch die Regel des Monsuns und der vom Klimacharakter abhängigen Ländernatur überhaupt, eine Vielzahl der Formen des Lebens bestimmen und eine großzügige Ordnung für das Kulturgefüge abgeben, wie sie in den Monsunländern immer wieder überrascht.

Wo die ganze Fülle dieser Gunstmotive sich auszuwirken vermochte, und wo sich das Leben zugleich unter der wohl strengen, aber nicht zu herben Regel des Monsunklimas, das mit der warmen Wachstumsperiode befruchtende Niederschläge vereint, entfalten konnte, da hat sich allmählich die unmittelbarste und unerläßlichste Grundlage für den Emporstieg der Kulturen ausgebildet: die Menschen haben sich, durch gegenseitige Anregungen Kultur zeugend, geballt und damit eine Basis ungeahnter Entwicklung nicht für ewige Zeiten, aber für Zeitalter geschaffen, wie sie auf gleichem Raum die Erde sonst nicht mehr aufzuweisen hat. Auf einem Areal, das ein knappes Siebentel der Land-feste ausmacht, wohnt mehr als die Hälfte der Menschheit. Davon entfallen auf China etwa 400, auf Indien 325, auf Japan 85—90, auf den niederländischen Anteil von Inselindien über 50 Millionen Menschen. Die Volksdichten sind regional außerordentlich hoch, und weite Landschaften müssen als absolut übervölkert gelten und lösen naturgemäß einen hohen Bevölkerungsdruck nach außen aus. Wesentlich leerer erscheinen dagegen im Vergleich mit den Monsunländern die vorderasiatischen oder gar die innerasiatischen Gebiete. Allein auch dort entwickelt sich örtlich ein Menschengewimmel, das an das der Monsunländer erinnert, sich aber scharf abhebt von der Menschenleere weiter Zwischen-gebiete. Auch innerhalb der Monsunländer schließen sich die Areale größter Bevölkerungverdichtung nicht zum geschlossenen Raum zusammen. Die physisch-geographischen Trennungszonen legen breite Grenzsäume zwischen die Gebiete maximaler Volksdichte und absoluter Bevölkerungshäufung und sind in hohem Grade zu Scheiden für die Völker, die Kulturen und auch die Staaten geworden. In solcher Betrachtung steht Indien räumlich weit ab von China, und ebenfalls in auffälliger Sonderung befinden sich die insularen Verdichtungen auf den Japanischen Inseln und auf einigen Teilen Inselindiens. Im Westteil jenes riesigen Landgürtels hebt sich nur Ägypten, schon außerhalb des asiati-

schen Erdteils, heraus. Verdichtungen sekundärer Art unterbrechen aber überall die nur dünnbevölkerten Räume. Und besonders durch diese Auflockerung weit getrennt erscheint die maximale Anhäufung der Bevölkerung in Europa von der der Monsunländer.

Trotz aller durchlaufenden kulturbefruchtenden Grundzüge zerfällt daher der am Ostmittelmeerraum ansetzende peripherische Ländergürtel Vorder-, Süd- und Ostasiens in eine Reihe von einzelnen Aktionsgebieten der Menschheitsentwicklung, von denen jedes für sich durch eine freilich erstaunliche Kongruenz der Landesnatur, der völkischen und kulturellen Eigenart auffällt und zugleich politisches Kraftzentrum in alter und jüngerer Zeit geworden ist. Überraschend wirkt dabei nur die Feststellung, daß keiner der Räume trotz aller Entwicklungstiefe, trotz imponierendster einstiger kultureller Eigenentwicklung und politischer Machtentfaltung die Entwicklungslinie aus eigener Kraft stetig aufwärts bis zur Gegenwart zu führen vermochte, sondern daß nach glorreicher Vergangenheit überall Stagnation und Rückgang eingetreten ist. Wie die alten Reiche Vorderasiens und Indiens versunken und durch mittelalterliche Nachfolgestaaten abgelöst worden sind, die z. T. auch bald nur noch ein Schattendasein geführt haben, ist das einst expansionslustige China erstarrt, und Japan hat sich lange Zeit mit seinem engen Inselraum beschieden. Insulindes Großzeit gehört vollkommen der Vergangenheit an.

Solche allgemeinen Erscheinungen lassen allgemeine Ursachen vermuten. Sie sind leicht zu erkennen und z. T. in den gleichen Tatsachen gegeben, deren Bestehen relative Gunst innerhalb des Entwicklungsbereichs der alten Kulturen, oder wenn man will, auf dem Schauplatz der Geschichte des Altertums und des Mittelalters bedeutete. Mit der Erweiterung des historischen Schauplatzes seit Eröffnung der Weltweite haben diese Gunstwirkungen aber nicht mehr den Wettbewerb mit denen aushalten können, die vom atlantischen Raum Europas ausgingen. Verglichen mit der Lage des atlantischen Europas, erscheinen die Länder des südlichen und östlichen Asiens in einer gegen die übrige Welt hin isolierenden Randlage, die hinausblickte auf zum Teil inselarme (Indischer Ozean) Ozeanräume mit keinem oder nur sehr fernem Gegengestade; und weite kontinentale Binnenräume trennten gegen das neue aufsteigende europäische Aktionszentrum hin. Gewertet an der Gestaltung Europas, erweisen sich aber auch die Einzelländer des peripherischen Asiens sehr viel weniger ozeanisch, meeraufgeschlossen als dieses; große Teile von China und auch von Indien, selbstverständlich alle zentralasiatischen Gebiete sind geradezu kontinental.

Glatt und darum den Seeverkehr wenig fördernd, sind langhin die Küsten (Indien, Nordchina), während freilich andere Abschnitte (Südchina, Japanische Inseln) überreich an guten Häfen sind und auch Insulinde zusammen mit dem Inselreichtum des mittleren Pazifischen Ozeans außerordentlich belebend auf die Seefahrt einzelner Völker (Malaïen) gewirkt hat. Aber namentlich die ungleich größere Kulturspannungen auslösende klimatische Energie der gemäßigten Zone des atlantischen Europas hat in dem Wettkampf mit den klimatischen Wirkungen, die von einem Subtropen-Tropenraum ausgehen konnten, entschieden gesiegt. Dazu kam die Konkurrenz zwischen alternden, durch den langen geschichtlichen Ablauf verbrauchten, in gewissen Lebensformen erstarrten Völkern und einer jung aufstrebenden, nach neuen Formen und Werten suchenden Menschheitsgruppe. All das hat den Erfolg den Europäern zugemessen und die asiatische Welt zunächst in Stagnation versinken lassen.

Freilich ist damit das Urteil über die asiatische Menschheit nicht gesprochen. Denn innerhalb des ganzen peripherischen Gürtels hat seit langer Zeit ein zum Teil frisches und kraftvolles, zum andern Teil wenigstens in seinen Symptomen deutlich erkennbares Wiedererwachen eingesetzt. Schon die geographische Ausbreitung dieses Wiedererwachens lehrt sehr deutlich, daß dieser Prozeß nicht autochthoner Entwicklung entstammt, sondern von außen an die Länder herangekommen ist, im Sinne der Aufnahme von europäischem Kulturgut, das hier bereitwilliger aufgenommen, dort dagegen zunächst abgelehnt wurde. Sehr deutlich wird das durch die Tatsache belegt, daß das am weitesten gegen die Umwelt offene Japan am frühesten und nachhaltigsten dabei ergriffen wurde. Keiner hat trefflicher als Haushofer die autochthone Grundlage geschildert, auf die die neuen Impulse trafen, die Möglichkeit ihrer Entwicklung, ihrer Synthese mit dem Neuen analysiert. Haushofer ist den Wegen nachgegangen, auf denen die moderne japanische Großmacht aufgestiegen ist, und er hat sich als Aufgabe gesetzt, alle ihre Lebensäußerungen dauernd zu verfolgen. So ist Haushofer zum ständigen geopolitischen Beobachter Japans und darüber hinaus der Monsunländereinheit, zum Ergründer der Gesetzmäßigkeiten jenes politischen Werdens und — man darf darum wohl auch sagen — wenn auch ungewollt und unverlangt zum geopolitischen Berater jener fernen Welt geworden. Viel kontinentaler, darum viel ablehnender zunächst gegenüber dem von außen eindringenden Prozeß hat sich China gebärdet, ohne sich ihm aber auf die Dauer entziehen zu können. Gegenüber Japan ist es darum trotz seiner riesigen Kraftreserven, die es in seiner Naturausstattung und in seiner Menschen-

fülle birgt, an politischer Wirkung ganz ungemein zurückgeblieben. Es wollte darum eine Zeitlang scheinen, als ob sich hier noch einmal koloniale Aufteilung im europäischen Sinne auswirkte, oder — zu anderen Zeiten — als ob es Japan vergönnt wäre, die Hegemonie über die ganze ostasiatische Welt aufzurichten. Jedoch — wenn auch in schwerer und wirrer Gärung — China hat sich auf sich selbst zu besinnen vermocht. Freilich lehrt auch hier die jüngste Entwicklung, wie die alte erstarrte Staatsidee nicht für ein Programm des Wiederaufbaus und des Neubaus ausreichte, wie eine so hervorstechende Gestalt wie Sun-Yatsen Programmpunkte aus dem Repertoire des Bolschewismus übernehmen, wie er Altes und Neues, Nationales und Soziales, die Lehre des Konfuzius und die des Bolschewismus verknüpfen mußte, wie so Gedanken aus dem europäischen Westen übernommen werden mußten, um zu einer leitenden Idee, zu einem Weg zum Aufstieg zu kommen. Bei diesem Regenerationsprozeß, der noch längst nicht abgeschlossen ist, hat China freilich manche Einbuße an Einflußnahme über die Randländer verloren. Die Mongolei ist, ihrer Lage nach ausgeliefert dem sowjetistischen Einfluß, ganz dem Bolschewismus verfallen, und auch in Tibet ist der chinesische Einfluß zurückgegangen. Einer anderen und jüngeren Phase gehört dagegen die bewußt kraftvolle augenblickliche Haltung Chinas in der Mandschurei an.

Überrascht vielleicht auf den ersten Blick das grundverschiedene Stadium den der Prozeß moderner Entwicklung in Japan und in China erreicht hat, nimmt es wunder, daß dort ein moderner Staat entstanden ist, der sich einreicht in die geringe Zahl der führenden Großmächte auf der Erde, während im riesigen Reich der Mitte solche Einordnung noch einer fernen Zukunft angehört, so erklärt sich solcher Unterschied leicht aus dem fundamentalen Gegensatz in der Wesensart der beiden Länder, die zum gut Teil auch die Art der Umbildung bestimmt hat. Während in dem ozeanischen, den modernen Einflüssen ungleich leichter aufzuschließenden Japan die Evolution durch den Staat selbst getragen wurde, bedurfte es in der starreren Masse Chinas der Revolution wider den Staat, um den Neuerungen den Weg zu öffnen.

Wiederum ein anderes Stadium zeigt sich in den Kolonialgebieten europäischer Mächte und Amerikas in Australasien und Indien, auf den amerikanischen Philippinen, im französischen Indochina, im holländischen Kolonialreich in Insulinde und in dem ganzen Komplex der britischen Besitzungen in Vorder- und Hinterindien. Gleichsam zwischen einer materiell wirtschaftlichen Modernisierung, die freilich die Übertragung gedanklichen Guts

nicht auszuschließen vermochte, und einer ideell politischen Beeinflussung ist zu unterscheiden. Wird die erstere von den Kolonialmächten selbst getragen und gefördert zur Erzielung wirtschaftlichen Erfolgs, so richtet sich natürlich jede aus der einheimischen Bevölkerung geborene oder von ihr übernommene politische Idee gegen die Herrschaft der fremden Mächte und wird von ihnen, so weit es irgend geht, systematisch unterdrückt. Freilich waren in dem Sinne Konzessionen schon nötig auf den Philippinen und in Indien; ist ja doch eine der heikelsten Fragen der britischen Politik, die gärende Bewegung in Indien einzudämmen und Indien gefügig beim Reiche zu halten. Forderungen weiter Kreise der Intelligenz Indiens, der Gandhi der Prophet wurde, und der der Filipinos gehen jedoch weit über die bisherigen Zubilligungen hinaus. Sie streben mehr oder minder unverhüllt nach politischer Unabhängigkeit oder zum mindesten nach klarer Autonomie. Wenn dabei bisher in Indien keine wirklichen Erfolge erreicht worden sind, so liegt das an der inneren Schwäche der Bewegung, die es noch nicht vermochte, die in eine Vielzahl von Rassen, Völkern, Religionen und Kulturen zersplitterte Bevölkerung zu erfassen, die in der Masse dem nationalen Gedanken noch ziemlich fremd gegenübersteht. Trotzdem geht es nicht an, die antibritische Bewegung als ungefährlich zu werten. Denn viel mehr als es China aus sich heraus vermochte, hat die europäische Herrschaft in Indien und in den anderen Kolonialgebieten weite Schichten des Volkes mit modernen Bedürfnissen und einem daran orientierten Wollen vertraut gemacht und hier überall ungewollt im Sinne der Verselbständigung der Peripherie der Kolonialreiche gearbeitet. Auf dieser Grundlage erhebt nun die nationale Bewegung ihr Haupt, die ohne diese Basis kaum den Weg zu einer bewußten Einheit des Wollens gefunden hätte. Daneben sind aber überall auf im einzelnen schwer zu erkennenden Wegen revolutionäre, antiimperialistische Gedanken eingedrungen, die sich mit den autochthonen nationalen verbinden, und auch wo die letzteren nicht in dem Grade, wie besonders in Indien, vorhanden sind, fehlt es darum nicht an Sturmzeichen, die beachtet werden müssen.

Abermals schließen sich als eine letzte Gruppe innerhalb des Ländergürtels alte oder neugebildete einheimische Staaten von kleinerer Machtfülle an: Siam, Afghanistan und Persien, die arabischen Nationalstaaten, unter denen Irak und Nedschd-Hedschas eine besondere Beachtung verdienen, die Angoraturkei und schließlich Ägypten. Außer in Siam verbindet sich hier überall der nationale Gedanke mit der religiösen Idee, der des

Islams, der freilich die Aufnahme der Moderne bald mehr hindert, bald für die nationale Selbstbesinnung eine beachtliche Kräftigung abgibt. In ihrem jüngsten Werdegang dieser Staaten mischen sich zwei Richtungen: die halbkoloniale Beeinflussung durch europäische Mächte und der aus solchem Zwange, zum mindesten aus solcher Lehre rasch erwachte Drang nach dem eigenen Ergreifen der Moderne. Viel schneller als in den großen kontinentalen Räumen des fernen Orients hat dieser Prozeß in den nur mittlräumigen oder selbst kleinräumigen Staatsgebilden des nahen Orients eine bemerkenswerte Höhe der Wirkung erreicht. Er ist dabei aber nicht nur einfach bei der Umformung des Lebens geblieben, sondern hat fast überall bewußt die Höherwertung der politischen Geltung in den unmittelbaren Aufgabenkreis einbezogen. Die politischen Erfolge der einzelnen Staaten während der jüngsten Phase sind dafür Beleg. Persien, das noch vor kurzer Zeit russischen und englischen Aufteilungsgehlüsten zu erliegen schien, hat den Einfluß beider Mächte zurückgedrängt und dabei seine innere Gesundung gefunden, wenn es sich auch nicht völlig von britischen Druck zu befreien vermochte. Selbst das kleine Afghanistan hat sich dauernd seine Unabhängigkeit mannhaft zu sichern gewußt; in ihm zeigt sich allerdings die Masse der Bevölkerung dem Modernisierungsbestreben gewisser Kreise noch wenig hold. Ägypten hat überraschender Weise die formelle Unabhängigkeit vom Britischen Reich erlangt, und auch Irak hat wesentliche Schritte auf dem Wege zu diesem Ziel errungen. Als stoßkräftigster Anwalt der Unabhängigkeit im arabischen Völker- und Staatenkreis erscheint das Doppelreich von Nedschd und Hedschas (Wahhabitenreich), neben dem die sich in kraftvoller Konzentration wiedergefundene Angoratürkei als nordwestlicher Eckpfeiler das konstruktive Gebäude wiedererwachter Welt abschließen soll.

Selbstverständlich ist wiedererwachte, aufsteigende Welt, eine Konstruktion des ordnenden Geistes. Allein es ist auch eine Realität, auch wenn der betrachtete Staatengürtel aller Einheit entbehrt, und wenn auch den einzelnen Gliedern vielfach noch mehr Werdendes als Abgeschlossenes anhaftet. Es ist aber als kommende Erscheinung eine Realität von so kolossaler Wucht, daß alle politischen Zukunftsgedanken eine Beschäftigung mit ihr nicht ablehnen können. Auf den großartigsten Komplex innerhalb dieses Raums, die Zone der Monsunländer, immer wieder aufmerksam gemacht zu haben, ist ein bleibendes Verdienst Karl Haushofers, dem darum in dankbarer Verehrung diese Zeilen gewidmet seien.

FRITZ HESSE:

Zur Geschichte und Bedeutung der Anglo-Persian Oil Co.

Unter den großen wirtschaftlichen Unternehmen des Britischen Reiches nimmt die Anglo-Persian Oil Co. eine besondere Stellung ein. Einmal kommt dieser Gesellschaft innerhalb der englischen Petroleumgesellschaften in der Welt dadurch eine besondere Bedeutung zu, daß sie nach der Royal Dutch Shell als die bedeutendste der englischen Petroleumgesellschaften angesprochen werden muß. Dann hat die Anglo-Persian Oil Co. in ihrem eigentlichen Arbeitsgebiet, dem Persischen Golf, sich im Laufe der Jahre eine so einzigartige Stellung zu verschaffen gewußt, daß sie in dem gesamten Bereich ihres Produktionsgebietes als das bedeutendste kapitalistische Unternehmen überhaupt angesprochen werden muß. In Persien können weder die „Imperial Bank of Persia“, noch die „Eastern Telegraph Cie.“, noch das „Eastern Telegraph Department“ oder die großen Schiffahrtskonzessionen der Engländer auf dem Tigris und dem Karun sich an Bedeutung mit der Gesellschaft messen. Ganz abgesehen davon, daß der Anglo-Persian Oil Co. für die Petroleumversorgung der britischen Marine eine große, wenn nicht gar ausschlaggebende Rolle zugeschrieben werden muß, eine Tatsache, deren Bedeutung aus der Erwägung erhellt, daß die britische Marine seit dem Kriege gänzlich zur Ölfeuerung übergegangen ist, so daß die Aktionsfähigkeit der britischen Flotte in weitgehendem Umfange von ihrer Petroleumversorgung abhängt.

Die Anglo-Persian Oil Co., deren lange und interessante Geschichte mit der Erteilung der Konzession an den neuseeländischen Millionär D'Arcy durch die persische Regierung im Jahre 1889 beginnt, hatte im Jahre 1929 ein Aktienkapital von 13 425 000 Pfund £*) (rund 270 Mill. Goldmark), von denen 7,5 Mill. Pfund £ sich im Besitze der britischen Regierung befanden. Die Anglo-Persian Oil Co. muß somit als Unternehmen der britischen Regierung gelten. Allerdings ist durch den Vertrag, den die britische Regierung am 20. Mai 1914 mit der Anglo-Persian Oil Co. abgeschlossen hat, das Recht der britischen Regierung, sich in die Betriebsleitung der Gesellschaft zu mischen, freiwillig von ihr stark eingeschränkt worden. Der Kommissar der britischen Regierung hat zwar die Befugnis, jede Entschliebung der Direktion der Anglo-Persian Oil Co. zu annullieren; in dem ergänzenden Brief der Admiralität

*) Vergleichlich Times vom 11. Juni 1929.

wird jedoch bestimmt, daß die Regierung nicht die Absicht habe, von diesem Recht Gebrauch zu machen, es sei denn, es handle sich um:

1. Die Überwachung einer solchen Tätigkeit der Gesellschaft, die die auswärtigen Beziehungen, die Marine oder die Kriegspolitik berühren könnte;
2. Irgendwelche Vorschläge, die sich auf den Ankauf von Unternehmungen der Gesellschaft oder Änderungen der Statuten der Gesellschaft beziehen;
3. Alle Angelegenheiten, die sich auf die Kontrolle irgendeiner neuen Unternehmung der Gesellschaft beziehen;
4. Den Verkauf von Petroleum durch die Gesellschaft, aber nur, falls dieser die mit der britischen Admiralität abgeschlossenen Verträge gefährden sollte*).

Trotz dieser vorsichtigen Formulierung des Interventionsrechtes der britischen Regierung ist aber nicht daran zu zweifeln, daß die Tätigkeit der Anglo-Persian Oil Co. in weitestgehendem Maße direkt durch die britische Admiralität bestimmt wird, die ja seinerzeit auch auf Veranlassung von Churchill die Entwicklung der Gesellschaft durch ihre Beteiligung weitgehendst bestimmt hatte.

Die Petroleumfelder der Anglo-Persian Oil Co. liegen in Persien, wo das Hauptölfeld der Gesellschaft bei Mesdjid-i-Suleiman seit 1909 fast die gesamte Produktion der Gesellschaft liefert. Außer diesem Feld bearbeitet die Apoc zurzeit ein neues Gebiet bei Haftkhel, etwa 50 Meilen östlich von Ahvas und etwa 55 Meilen südsüdöstlich von Mesdjid-i-Suleiman. Hier wurde im April 1928 eine Ölquelle erbohrt, die 5000 t täglich ergibt. Die Anlagen der Anglo-Persian Oil Co. in Persien sind durch eine große Ölleitung verbunden, die von Mesdjid-i-Suleiman nach Abadan bei Mohammerah führt. Bei Abadan am Karun befinden sich große Tankanlagen, sowie ausgedehnte Raffinerien. Das neue Ölfeld bei Haftkhel soll durch eine Sonderölleitung an die Hauptlinie bei Kutabdullah, etwas südlich von Ahvas, angeschlossen werden.

Eine Übersicht über die ständig steigende Ölgewinnung der Anglo-Persian Oil Co. auf diesem Gebiet ergibt sich aus folgender Tabelle:

Produktion der Anglo-Persian Oil Co.		Anteil der Apoc an der Weltproduktion
1913/14	80 000 tons	0,25 v. H.
1914/15	270 000 „	—
1915/16	370 000 „	—
1916/17	450 000 „	—
1917/18	640 000 „	—
1918/19	898 000 „	—
1919/20	1 100 000 „	—
1920/21	1 300 000 „	1,8 v. H.

*) Vergleichlich Baldwins Erklärungen im Unterhaus, Times, 29. März 1929.

Produktion der Anglo-Persian Oil Co.	Anteil der Apoc an der Weltproduktion
1921/22 1 700 000 tons	2,2 v. H.
1922/23 2 300 000 „	2,6 v. H.
1923/24 2 900 000 „	2,8 v. H.
1924/25 3 700 000 „	3,2 v. H.
1925/26 4 300 000 „	3,28 v. H.
1926/27 4 500 000 „	3,26 v. H.
1927/28 5 100 000 „	3,15 v. H.
1928/29 5 300 000 „	3,71 v. H.

Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Petroleumproduktion ist vor allen Dingen aus einem Vergleich ersichtlich, der zeigt, wie groß die Bedeutung der Petroleumproduktion und Ausfuhr für Persien selbst und für die englische Einfuhr ist. Am interessantesten ist dieses Bild bei Persien.

Das Verhältnis des Wertes der Petroleumausfuhr zur persischen Ausfuhr für die letzten Jahre wird aus folgender Übersicht ersichtlich:

	Persische Gesamtausfuhr in Mill. Kran	Petroleumausfuhr in Mill. Kran	Anteil d. Petroleum a. d. Ausfuhr in %
1913/14	455,8	10,5	2,1 $\frac{0}{0}$
1920/21	371,2	233,8	63,2 $\frac{0}{0}$
1921/22	502,0	322,7	64,5 $\frac{0}{0}$
1922/23	733,9	428,6	58,7 $\frac{0}{0}$
1923/24	768,4	383,4	49,8 $\frac{0}{0}$
1924/25	1000,2	514,9	51,4 $\frac{0}{0}$
1925/26	1059,4	544,8	54,4 $\frac{0}{0}$
1926/27	1104,1	654,4	58,5 $\frac{0}{0}$
1927/28	1060,4	597,3	56,3 $\frac{0}{0}$

Aus dieser Tabelle geht also hervor, daß die Ausfuhr von Petroleumprodukten aus Persien die Ausfuhr sonstiger Produkte aus Persien ständig überschreitet. Wenn man berücksichtigt, daß die persische Produktion aus weltwirtschaftlichen Gründen (Überproduktion) von der englischen Regierung gedrosselt wird, und daß die Produktion nur die Hälfte dessen erreicht, was sie erreichen könnte, so wird ohne weiteres ersichtlich, welche Bedeutung die Petroleumindustrie für Persien hat, bzw. haben könnte. Da die Anglo-Persian Oil Co. außerdem für 80 Mill. Kran Produkte ihrerseits nach Persien einführt, so kann man behaupten, daß ein Drittel des gesamten Außenhandels Persiens durch die Anglo-Persian Oil Co. beherrscht wird. Das ist für Persien zweifellos ein großer Nachteil, da die Kontrolle über die Petroleumindustrie infolge der Vergabe der Konzession an die englische Gesellschaft den Händen der persi-

schen Regierung entglitten ist, so daß sie auf diese, ihre wichtigste Industrie, keinerlei direkten Einfluß hat. Gegen Restriktionsmaßnahmen der Gesellschaft, die z. B. aus militärpolitischen Gründen notwendig werden könnten, ist die persische Regierung machtlos.

Diese Stellung der Anglo-Persian Oil Co. wird jedoch für Persien teilweise dadurch wettgemacht, daß die Regierung von dem Reinertragnis der Gesellschaft 16% erhält. Diese Summen, die sogen. „Royalties“, sind für den persischen Haushalt von großem Wert. Dies ergibt sich aus einem Vergleich der Zahlen für den persischen Haushalt und den Abgaben der Anglo-Persian Oil Co. Dies zeigt folgende Tabelle:

	Gesamteinnahmen d. pers. Haushalts in Mill. Kran	Abgaben der Apoc in Mill. Kran	Anteil in %
1922/23	228,7	28,0	8,0 %
1923/24	231,1	23,2	10,0 %
1924/25	237,5	17,4	7,5 %
1925/26	222,6	25,0	11,0 %
1926/27	213,4	43,0	20,4 %
1927/28	213,8	44,0	20,9 %
1928/29	230,2	46,6	20,1 %

Wie groß die Bedeutung dieses Anteils der Zahlungen der Anglo-Persian Oil Co. auf der Einnahmenseite des persischen Regierungshaushaltes ist — ein Fünftel! —, geht wohl am besten aus der Tatsache hervor, daß im Voranschlag für das Jahr 1929/30 das Defizit von rund 100 Mill. Kran durch die aufgesparten Einnahmen der letzten drei Jahre aus der Konzession für die Anglo-Persian Oil Co. gedeckt wird, die zusammen den Wert von 125 Mill. Kran erreichen. Die Einnahmen aus den direkten Steuern ergeben in Persien ungefähr jährlich ebensoviel, wie die Einnahmen aus den Abgaben der Anglo-Persian Oil Co. Eine Gesellschaft, die für den Haushalt eines Reiches die gleiche Bedeutung hat, gibt es wohl sonst auf der Welt nicht wieder.

Nicht uninteressant ist, daß auch die Bedeutung der Gesellschaft für den englischen Petroleumverbrauch bisher noch nicht ganz erkannt worden ist. Während der Petroleumbedarf Englands noch vor dem Kriege fast ausschließlich durch die amerikanische Petroleumzufuhr gedeckt wurde, sieht heute das Bild erheblich anders aus. Über die Bedeutung des persischen Petroleums für die englische Einfuhr mag dabei folgende Tabelle Aufschluß geben:

	Engl. Petroleumzufuhr in Millionen Gallonen	Hiervon kamen aus Persien	Anteil des pers. Petroleums
1919	721,4	23,8	3,3 %
1920	879,4	41,4	4,7 %
1921	1161,0	155,7	13,9 %
1922	1213,1	302,5	24,8 %
1923	1325,1	349,4	25,8 %
1924	1570,9	399,2	25,5 %
1925	1613,3	408,4	25,4 %
1926	1913,1	462,3	24,1 %
1927	2051,1	517,5	25,2 %
1928	2112,7	ca. 500,0 *)	ca. 25,0 % *)

Die eigentliche Bedeutung dieser Zufuhr der Anglo-Persian Oil Co. beruht vor allen Dingen auf der Tatsache, daß die Ölfelder der Anglo-Persian Oil Co. der britischen Admiralität für den Kriegsfall zur Verfügung stehen, während hier früher, und auch noch während des Weltkrieges, eine starke Abhängigkeit von den U. S. A. bestand. Der Petroleumbedarf der englischen Kriegsflotte und der britischen Armee, der im Jahre 1917/18 auf 8 bis 9 Mill. tons pro Jahr geschätzt wurde, wird heute durch die Produktionskapazität der Anglo-Persian Oil Co., die auf 10 Mill. t für den Notfall geschätzt wird, voll und ganz gedeckt.

Daß dies im wesentlichen durch eine einzige von der britischen Regierung kontrollierte Gesellschaft, die Anglo-Persian Oil Co., erfolgt, ist kein Zufall. Wie aus der angeführten Beteiligung der britischen Regierung an der Anglo-Persian Oil Co. hervorgeht, ist dieses Ziel von der britischen Admiralität von Anfang an klar und eindeutig erstrebt worden, weil die geographische Lage der Petroleumfelder der Anglo-Persian Oil Co. am Ende des Persischen Golfes, fern von allen europäischen Staatszentren, un erreichbar für die Vereinigten Staaten und fast ebenso un erreichbar für Frankreich und Rußland, eine geographische Sicherung in sich schließt, wie sie sonst kaum ein anderes Ölfeld der Welt in dieser Form besitzt. Es ist daher auch kein Wunder, daß die englische Regierung im Jahre 1914 den Krieg im Orient ihrerseits durch eine Kriegserklärung entfesselte, als die Petroleumquellen der Anglo-Persian Oil Co. durch ein Araberaufgebot, das Enver Pascha veranlaßt hatte, bedroht wurden.

Mit diesen Dingen ist die Bedeutung der Anglo-Persian Oil Co. jedoch noch nicht erschöpft, da man, um sich die Bedeutung der Gesellschaft vor Augen zu führen, auch mit den Beteiligungen und den Tochtergesellschaften der Anglo-Persian Oil Co. beschäftigen muß. Von ihnen sind die wichtigsten:

*) Genaue Ziffern der Ländereinfuhr bisher noch nicht bekannt.

1. Die Irak-Petroleum Co., bisher Turkish-Petroleum Co. benannt. Die Turkish-Petroleum Co. ist die Gesellschaft, die zur Ausbeutung der Petroleumquellen im Mossulgebiet gegründet wurde und an der die Anglo-Persian Oil Co. ursprünglich mit 50% beteiligt war. Nach dem Abkommen von 1928 beträgt diese Beteiligung nur noch 23,75%. Da jedoch von den übrigen Aktien der Gesellschaft sich 23,75% in den Händen der Anglo-Saxon (zum englischen Royal Dutch Shell-Konzern gehörig) und 5% in den Händen des Armeniers Gulbenkian (durch die englische Participation and Investment Co.) befinden, die beide wieder ihrerseits mit der Anglo-Persian Oil Co. befreundet sein dürften, ist indirekt der Einfluß der Apoc auf die Irak Petroleum Co. außerordentlich groß. Die Irak Petroleum Co. hat bekanntlich im März 1925 von der Irak-Regierung eine Konzession erhalten, die ihr das Recht erteilt, sämtliche mittel- und nordmesopotamischen Ölfelder auf die Dauer von 60 Jahren auszubeuten, und zwar gegen eine Entschädigung von 4 Rupies für die Tonne. Da die mesopotamischen Ölfelder als außerordentlich aussichtsreich bezeichnet werden, dürfte die Tatsache, daß die Anglo-Persian Oil Co. mit fast $\frac{1}{4}$ an der Ausbeute beteiligt ist, ölpolitisch eines Tages zweifellos eine große Rolle spielen. Vorläufig scheint sich der Einfluß der Anglo-Persian Oil Co. allerdings eher hemmend als fördernd für die Erschließung der mesopotamischen Ölfelder auszuwirken. Von welcher Bedeutung diese Frage ist, ist zu ermessen, wenn man berücksichtigt, daß von der Entwicklung der mesopotamischen Ölfelder die wirtschaftliche Entwicklung des Irak in weitestgehendem Maße abhängt.

2. Die Khaniqin Oil Co., eine Tochtergesellschaft der Anglo-Persian Oil Co., die im Jahre 1926 zur Ausbeutung der Ölfelder von Naftkhane begründet wurde. Diese Ölfelder liegen etwa 40 km südlich Kasrschirin beiderseits der persisch-irakischen Grenze. Diese Lage der ölführenden Gebiete zwang die Anglo-Persian Oil Co., für das an sich geologisch zusammenhängende Gebiet sich zwei verschiedene Konzessionen erteilen zu lassen, und zwar eine von der persischen Regierung 1913 und eine zweite vom 15. Juni 1926 von der Irak-Regierung. Beide Konzessionsgebiete werden seit 1927 von der Khaniqin Oil Co. einheitlich ausgebeutet. Der Ertrag dieser Ölfelder ist allerdings infolge der Kürze der Zeit, in der auf ihnen gearbeitet wird, vorläufig erst gering. Immerhin produzierte die Khaniqin Oil Co. 1927 bereits 39 300 t Rohöl.

3. Die Consolidated Petroleum Co. Ltd. Hier handelt es sich um eine Gesellschaft, die gemeinsam von der Anglo-Persian Oil Co. und der Asiatic Petroleum Co., der Arbeitsgesellschaft der Royal Dutch Shell, im Oktober 1928 gegründet

worden ist, um das Petroleum im gesamten Bereich des Indischen Ozeans und der Levanteländer einheitlich zu vertreiben. Da die Royal Dutch Shell bisher den Produkten der Anglo-Persian Oil Co. bis zu einem gewissen Grade Konkurrenz machte, ist durch diese neue Gesellschaft sichergestellt worden, daß die Konkurrenz der englischen Gesellschaften untereinander aufhört, und damit eine Organisation geschaffen wird, die der amerikanischen und der russischen Konkurrenz auf diesen Märkten energisch entgegentritt.

Des weiteren gehören u. a. der Anglo-Persian Oil Co. zur Zeit zwei Gesellschaften, die British Oil Bunkering Co. und die National Oil Refineries Co. Ltd., die sich mit der Bunkerei und der Raffinierung von Petroleumprodukten beschäftigen. Ferner unterhält die Gesellschaft eine eigene Tankdampferflotte durch die British Tanker Co., die im Augenblick 83 Schiffe mit einem Gesamtdeplacement von 770 000 t laufen läßt. Die Gesellschaft ist außerdem an verschiedenen weiteren Gesellschaften beteiligt, die den Absatz der Produkte sicherstellen sollen, so u. a. in Deutschland an der Olex und in Indien an der Burma Shell Oil Storage und Distributing Co. of India*).

Zu erwähnen ist endlich, daß die Anglo-Persian Oil Co. außerdem eigene Unternehmungen in Schottland, Albanien, Argentinien und Neufundland unterhält, die dort im Einverständnis mit den Regierungen Bohrversuche nach Petroleum unternehmen. Größere Ergebnisse haben allerdings von diesen Arbeiten bisher nur die in Argentinien gehabt, die im Jahre 1928 für 123 000 t Petroleum ergaben.

Aus dieser Übersicht über die Betätigung der Anglo-Persian Oil Co. gewinnt man somit in der Tat ein Bild, wie es innerhalb bestimmter Grenzen großartiger kaum gedacht werden kann. Denn zusammenfassend kann man feststellen, daß die Anglo-Persian Oil Co. nicht nur den Petroleumbedarf des britischen Weltreiches für den Kriegsfall sicherstellt, sondern sich auch anschickt, die gesamten westasiatischen Petroleumgebiete und Petroleummärkte, sowie die Petroleummärkte im Mittelmeer und dem Indischen Ozean zu kontrollieren. Gleichzeitig übt sie einen weitgehenden Einfluß auf Persien aus und zwar insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht. Von dem Gedeihen und von der Entwicklung der Gesellschaft hängt, so darf man wohl ohne Übertreibung sagen, die wirtschaftliche Entwicklung des überaus aussichtsreichen Südens Persiens, besonders im Karungebiet, völlig ab.

*) Vergleichlich hierzu die Jahresberichte der Gesellschaft in der Times vom 26. Juni 1929, 7. November 1928, 3. November 1927.

Darüber hinaus ergeben sich aus dieser Macht der Anglo-Persian Oil Co. bis zu einem gewissen Grade gewisse bestimmende Momente für das persisch-russische Verhältnis. Denn die englische Regierung wird durch die Anglo-Persian Oil Co. so stark an der wirtschaftlichen Entwicklung Persiens interessiert, daß sie stets Wert darauf legen muß, den russischen Einfluß in Teheran möglichst niedrig zu halten. Sie muß es jedenfalls mit größter Besorgnis sehen, wenn sich in Teheran eine Regierung bilden sollte, die extrem russenfreundlich ist oder gar sozial-revolutionäre Ziele verfolgt, da dadurch ihre eigene Stellung in Südpersien bedroht würde. Insofern ist die Existenz der Anglo-Persian Oil Co. auch bis zu einem gewissen Grade eine Garantie dafür, daß der Verbreitung der proletarischen Weltrevolution in Persien ein Halt geboten wird. Daß der Kampf zwischen Rußland und England um Persien, der heute in der Hauptsache auf wirtschaftlichem Gebiet ausgetragen wird, naturgemäß nicht immer mit offenen Mitteln geführt wird, ist selbstverständlich, ebenso, daß ein Unternehmen von der Größe der Anglo-Persian Oil Co. seinerseits durchaus in der Lage ist, den Kampf auch ohne direkte Unterstützung der englischen Regierung zu führen. Eine Feststellung, derzufolge man die Anglo-Persian Oil Co. auch als ein Instrument zielbewußter imperialistischer Politik, und, wie die Darstellung wohl zeigt, als ein recht eindrucksvolles bezeichnen kann.

PH. D. TARAKNATH DAS:

England und die indischen Fürsten)*

Die von indischen Fürsten regierten „Staaten“ sind 598 138 Quadratmeilen groß und haben 68 652 974 Einw. Sie stellen also $\frac{2}{5}$ der Fläche und $\frac{1}{5}$ der Bevölkerung Indiens (einschließlich der hier behandelten „Staaten“, aber ausschließlich Burmas) dar. In geographischer Beziehung ist Indien eine Einheit; aber die strategische Stellung der „Staaten“ mit mehr als 68 Mill. Einw. und die sehr bedeutsamen Geldquellen der Fürsten, die praktisch unbegrenzte Macht über ihre Untertanen ausüben, hat ganz besondere Bedeutung bezüglich der Aufrechterhaltung der britischen Vorherrschaft in Indien.

Bei einer von Sr. Exzellenz dem Vizekönig von Indien im Mai 1927 nach Simla einberufenen Konferenz forderte eine bedeutsame Gruppe indischer

*) Der Artikel fußt hauptsächlich auf der Veröffentlichung der britischen Regierung: „Report of the Indian States Committee of 1928/29“.

Fürsten die Ernennung eines Sonderausschusses, der die Beziehungen zwischen ihnen und der herrschenden Macht Großbritannien prüfen und Mittel vorschlagen sollte, die die wirksame Beratung und Zusammenarbeit zwischen Britisch-Indien und den indischen Staaten gewährleisten und Differenzen schlichten könnten. Die Fürsten forderten ferner eingehende Untersuchung gewisser Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hätten.

Am 16. Dezember 1927 berief der damalige Staatssekretär für Indien, Rt. Hon. Earl of Birkenhead, einen Dreimännerausschuß ein (Sir Harcourt Butler (Cairman), Hon. Sidney Peel und Prof. W. S. Holdsworth), der über die Beziehungen zwischen der britischen Macht und den indischen Staaten zu berichten hatte und besonders die Rechte und Verpflichtungen herausarbeiten sollte, die sich a) aus Verträgen, Verabredungen und „sanads“, b) aus Gebräuchen (Herkommen), Duldungen und anderen Quellen herleiten. Schließlich sollte der Ausschuß auch die geldlichen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Britisch-Indien und den Staaten untersuchen, und wünschenswerte und notwendige Schritte für befriedigende Ordnung der Beziehungen zwischen Britisch-Indien und den indischen Staaten vorschlagen*).

Im März 1929 legte der Staatssekretär für Indien, R. H. Viscount Peel, den Bericht des Ausschusses (der gewöhnlich unter dem Namen Butler Committee bekannt ist) dem britischen Parlament vor. Dieser Bericht ist ein wichtiges Dokument, denn in Zukunft werden die darin enthaltenen Vorschläge sehr bedeutsame Einwirkung auf die Beziehungen zwischen der herrschenden Britischen Macht und den indischen Staaten haben. Weiterhin wird dieser Bericht direkt oder indirekt die Entscheidungen der Simon-Kommission, die zur Untersuchung von Verfassungsfragen Indiens eingesetzt war, wie auch die Beziehungen der indischen Fürsten zu der künftigen Selbstregierung Britisch-Indiens beeinflussen.

Obgleich es mehr als 500 indische Fürsten gibt, brauchten doch nach Ansicht der Butler-Kommission 327 von ihnen, die nur kleine Landherren sind, bei der Untersuchung nicht besonders berücksichtigt zu werden. In der Tat haben von den indischen Fürsten nur 45 Verträge mit der herrschenden Macht abgeschlossen; eine große Anzahl haben irgendeine Verabredung oder „sanad“. Die übrigen sind auf verschiedene Weise verpflichtet worden**). Einige Schlußfolgerungen des Ausschusses für die indischen Staaten, die die Beziehungen zwischen den Staaten und der Oberherrschaft betreffen, zeigen ganz offen die

*) Rep. of the Indian States Committee 1928/29, published by his Majesty's Stationery Office, London 1929, S. 5. — **) Ebenda S. 12.

Haltung der britischen Regierung gegenüber den indischen Fürsten und ihren Rechten und die Bildung eines Staatenbundes der Vereinigten Staaten von Indien an, von dem auch die indischen Staaten Bestandteile sein werden. Die Schlußfolgerungen mögen im Folgenden zusammengefaßt werden:

a) Die indischen Fürsten besitzen in bezug auf das internationale Recht nicht volle Souveränität*) und beanspruchen sie auch nicht. b) Der Anspruch auf Gleichstellung eines indischen Staates mit der Regierung von Indien oder der britischen Regierung ist in bezug auf Beilegung eines Streites in Theorie und Praxis der britischen Oberherrschaft (Paramouncy) unhaltbar, sowohl vom Standpunkt des internationalen Rechtes wie der bestehenden Verträge; diese Erklärungen der britischen Regierung sind stillschweigend von den Fürsten als bindend und als seit langem festliegende Beziehungen zwischen der Obermacht und ihren „Lehnsleuten“ angenommen**). c) Die Obermacht hat das „unbestrittene Recht auf Intervention“ und kann durch Verwaltungsbefehl jede Person entfernen, deren Anwesenheit in dem betreffenden Staat nicht einwandfrei erscheinen mag***).

Das Komitee erhält die Entscheidung der Regierung von Indien, wie sie von Earl Reading, dem Vizekönig und Generalgouverneur von Indien in seinem Brief vom 27. März 1926 (Delfi) an den E. H. Nizam von Hyderabad dargelegt wurde, aufrecht. In dieser Mitteilung schrieb Earl Reading unter anderem:

„Die Souveränität der britischen Krone in Indien ist die höchste in Indien, und daher kann kein Herrscher eines indischen Staates rechtmäßig beanspruchen, mit der britischen Regierung auf gleichem Fuß zu verhandeln. Ihre Obergewalt gründet sich nicht allein auf Verträge und Verabredungen, sondern besteht unabhängig davon und ganz abgesehen von ihrem Vorrecht, Beziehungen zu fremden Mächten und zur Politik zu pflegen. Es ist Recht und Pflicht der britischen Regierung, Frieden und Ordnung in Indien aufrecht zu erhalten, während sie zugleich gewissenhaft alle Verträge und Abmachungen mit den indischen Staaten achtet. Die Folgerungen sind Ew. Hoheit und den andern Herrschern so gut bekannt, daß es kaum notwendig erscheint, sie aufzuzählen. Doch wenn Erläuterungen notwendig sind, möchte ich Ew. Hoheit daran erinnern, daß der Herrscher von Hyderabad zusammen mit anderen regierenden Fürsten 1862 ein ‚Sanad‘ empfieng, das die Wünsche der britischen Regierung hinsichtlich des ewigen Fortbestandes seines Hauses und der Regierung, soweit sie der Krone in ständiger Treue ergeben sind, darlegte; daß keine Erbfolge

*) Ebenda S. 23—25. — **) Ebenda S. 26. — ***) Ebenda S. 36.

in Hydrabad bestände, die nicht von Sr. Majestät, dem King Emperor anerkannt ist; und daß die britische Regierung der einzige Schiedsrichter bei Erbfolgestreitigkeiten ist . . . Das Recht der britischen Regierung in die inneren Angelegenheiten der indischen Staaten einzugreifen, ist ein anderes Beispiel der Folgerungen, die notwendig in die Oberherrschaft der britischen Krone eingeschlossen sind . . . Es ist das Recht und Vorrecht der britischen Macht, alle Streitigkeiten zu schlichten, die zwischen Staaten oder zwischen einem der Staaten und ihrer selbst entstehen, und selbst wenn in gewissen Fällen ein Schiedsgerichtshof eingesetzt wird, so hat er doch keine größere Bedeutung, als Ratschläge zu erteilen, über die der Regierung von Indien die letzte Entscheidung verbleibt . . .“*)

Es ist ein großes Unglück für Indien, daß die Fürsten in ihren Forderungen klar betonten, daß sie nicht mit einer indischen Regierung verhandeln wollten, die für Indiens Gesetzgebung verantwortlich und aus Indiern zusammengesetzt ist. Sie schlugen auch vor, daß die indischen Staaten direkte Beziehungen mit der britischen Regierung und der britischen Krone unterhalten sollten. Die Haltung der britischen Regierung kann die Fürsten in ihrem ersten Eifer nur bestärken. Die Butler-Kommission drückt es folgendermaßen aus:

„Wir fühlen uns verpflichtet, der wirklich ernsten Besorgnis der Fürsten wegen dieser Angelegenheit Aufmerksamkeit zu schenken und unserer festen Meinung Ausdruck zu geben, daß wegen der historischen Natur des Verhältnisses der britischen Herrschaft zu den Fürsten, die letzteren nicht ohne ihre ausdrückliche Zustimmung veranlaßt werden können, Beziehungen zu einer neuen, für eine indische Gesetzgebung verantwortlichen Regierung, aufzunehmen.“⁸⁾

Um den indischen Fürsten eine Gefälligkeit zu erweisen, ist auch empfohlen worden, daß, obgleich die Fürsten mit der britischen Krone durch den Vizekönig von Indien und dem Staatssekretär für Indien verhandeln mußten, der Vizekönig beim Verkehr mit den indischen Fürsten nicht als der Chef der indischen Regierung, sondern als Vertreter der britischen Krone auftreten sollte.⁹⁾

Diese beiden Äußerungen sind der klarste Ausdruck für die britische Politik, die Indien in verschiedenartige Staatswesen aufgeteilt erhalten möchte, ähnlich

*) Ebenda S. 12.

wie es in Irland der Fall ist — Abtrennung Ulsters von Südirland oder der Irische Freistaat. —

Während die britische Regierung die Hilfe der indischen Fürsten für die Sache der britischen Oberherrschaft in Indien nutzbar macht, ist sie doch gleichzeitig entschlossen, weiterhin die direkte und indirekte Finanzkontrolle über die indischen Staaten auszuüben.

„Im Interesse Indiens als Ganzem muß die Regierung von Indien ein gewisses Maß der Kontrolle über den Anleihemarkt behalten.“¹⁰⁾ Doch fühlen die britischen Behörden, daß den indischen Staaten gewisse finanzielle Entschädigungen gemacht werden könnten, damit aus derartigen Bestimmungen engere politische Beziehungen zwischen den Staaten und Britisch-Indien erwachsen möchten.¹¹⁾

So mag gesagt werden, daß das britische Verhalten gegenüber den indischen Fürsten nachsichtig und großmütig ist, soweit sie der britischen Krone treu ergeben sind und ihre moralische, materielle und politische Hilfeleistung zur Stärkung der britischen Macht in Indien verwenden. Gleichzeitig wird die britische Regierung immer Mißfallen über jede Forderung der englischen Fürsten empfinden, die ihre Macht vergrößern und die unbestrittene und absolute Oberherrschaft der britischen Regierung über sie schwächen könnte. Die indischen Fürsten sollen Werkzeuge der britischen Regierung gegen diejenigen sein, die um ein freies Vereintes Indien kämpfen. Der Bericht des Butler-Komitees bekräftigt die vorstehenden Schlußfolgerungen.

Eine der indirekten Wirkungen des Butler-Komiteeberichts wird sein, daß die indischen Nationalisten gezwungen sein werden, einen nachdrücklichen Kampf in den indischen Staaten zu entfachen, um die Gemüter für ein vereinigtes Indien zu gewinnen, das alle indischen Staaten und Britisch-Indien einschließt und frei von aller fremden Kontrolle ist. Andererseits mag das Verfahren der Britischen Regierung, daß die indischen Fürsten nicht die Autorität der Regierung von Indien anerkennen müssen, ein weiterer Fortschritt zu ihrem Ziele sein, Indien in verschiedenartige Staaten aufzuteilen, die unter der direkten Kontrolle der britischen Regierung in Großbritannien, also nicht Britisch-Indiens, bleiben werden. Eines ist gewiß, daß das britische Verhalten gegenüber den englischen Fürsten der Erlangung von Indiens Freiheit im Wege steht, und sogar die baldige Erreichung des völligen „dominion status“ hemmen wird.

GUSTAV AMANN:

Chinas Eintritt in die Weltwirtschaft

Wenn man glauben wollte, daß die Chinesen den Fremden hassend, weil sie seine überlegene Stellung im Lande bekämpfen, so würde das natürlich ein Irrtum sein. Der einzelne Kaufmann hat in China heute wie jemals seine guten Geschäftsfreunde, und der Handel zwischen Fremden und Chinesen ist auch in den letzten Jahren ständig angewachsen. In chinesischen Schulen unterrichten noch immer fremde Lehrer, und die chinesischen Arbeiter sind willige und fleißige Helfer und Dienstboten des weißen Mannes in China geblieben, trotz aller Proletarierpropaganda gegen die ausländischen Unterdrücker. Die Erklärung für diese erfreulichen Umstände inmitten von Kampf und Streit ist die, daß die bestehende Kontroverse zwischen China und dem Ausland auf unpersönliche Naturgesetzlichkeit zurückgeht. Gesetze haben keinen individuellen Stachel. — Der Vorgang, den wir in China mit so vielen scharfen Entladungen vor sich gehen sehen, ist Auswirkung des geopolitischen Gesetzes der wachsenden Räume. — Waren die Vorstöße der europäischen Abenteurer des 18. Jahrhunderts noch eigenmächtige Beutezüge Unternehmungslustiger, so ist doch gewiß die Durchdringung des Landes im 19. Jahrhundert schon Ausfluß der Raumerfüllung in Europa und Amerika, das unvermeidliche Überfließen gehäufte Massenenergien in den Fremdraum Asien.

Auch den Chinesen ist das intuitive bewußt; und es ist direkt ein Zug von Größe in den Werken Sun Yatsens, daß sein Wirken immer getragen blieb von der Erfassung dieses Grundzuges und er sich niemals in Gehässigkeit gegen die fremden Eindringlinge, die er bekämpfte, verlor. Diese Geistesgröße erlaubte ihm auch, ungleich anderen chinesischen Reformatoren, China auf die Bahn des gesetzmäßigen Ablaufes des heraufgestiegenen historischen Konfliktes zu führen. Er verlangte den Eintritt Chinas in die Weltgemeinschaft, und dies in dem vollen Unterbewußtsein des weiteren geopolitischen Gesetzes, daß: „jede politische Macht, welche die natürlichen Vorbedingungen der Dauer übersieht, die eigene Lebensform zwar in fremde Landschaften hineinragen kann, ohne Rücksicht darauf, ob sie sich für sie eigne, daß im Kampf mit den fremden Lebensbedingungen jedoch ihre heimatliche Form untergehen oder sich zu einer anderen wandeln muß, die der fremden Landschaft angepaßt ist.“ —

Noch mehr, Sun Yatsen schritt sogleich dazu, die dynamische Wirkung des Zusammenpralls der westlichen Raumbewältigung mit der statischen Kraft

seines Wurzelvolkes, in wirtschaftlicher wie in schicksalhafter Bedeutung für sein Volk, mit überlegter und überlegener Einsicht zu vorgezeichneter Gestaltung zu lenken. Er erweckte einen chinesischen Nationalismus. Nicht aus Nachahmungstrieb dieses Wesens im Ausland, sondern um den „Haufen losen Sandes“, wie er das chinesische Volk nannte, zusammenzuzementieren zu einem nationalen Block, zu einem selbständigen Baustein im Weltgebäude, der unsprengbar, die alt-chinesisch konfuzianische Gesellschaftsauffassung bewahren würde. — Zum zweiten stellte Sun Yatsen die Wurzelkraft seines Volkes den gleichmachenden zivilisatorischen Kräften aus dem Westen, in seinen Grundsätzen für eine chinesische Demokratie entgegen. Er verlangte von seinem Volk die Selbsterziehung zur rechten Ausübung der Regierungsgewalten, die da sind: Gesetze zu erlassen und aufzuheben, und Beamte zu ernennen und abzurufen, in direkter öffentlicher Wahl durch jeden Bürger des Staats in Person. Ein Staatswesen, das nicht wie die Demokratie des Westens durch interessenbewegte Parlamentsabgeordnete „regiert“, sondern aus dem Willensausfluß der letzten Gesellschaftseinheiten „gestaltet“ wurde, sollte die kernige Eigenart des chinesischen Volkes erhalten und zu Felde führen. — Und zum letzten verschrieb Sun-Yatsen sein Volk dem Sozialismus. Aber auch dabei ist der tiefste Sinn nicht nur der, sich einer revolutionären Wirtschaftsform zu bedienen. Sun Yatsen kam dazu aus der ursprünglichen konfuzianischen Gesellschaftsauffassung, die ist: daß Gesellschaftswesen überhaupt darin besteht, daß der Starke für den Schwachen, der Reiche für den Armen, der Erleuchtete für den Tastenden und die Wirtschaft für gleiches Wohl aller im Staat da ist. — Sun Yatsen kannte Marxens historischen Materialismus wohl. Aber sein Vermächtnis des Aufbaues einer staatskapitalistischen Industrie in China entstammte nicht der Überzeugung von einer mechanistisch-unentrinnbaren Gesellschaftsgestaltung aus dem jeweiligen mechanischen Stand der Produktion und durch den Klassenkampf um den Besitz der Produktionsmittel. Er sah das Zentrum, nach dem alle politischen, sozialen und ökonomischen Bewegungen in der Geschichte gravitieren, im ursprünglichen Ringen der einzelnen im Staat um die unentbehrlichen Notwendigkeiten für das Einzelleben, um Wohnung, Nahrung, Kleidung und Bewegungsfreiheit. Sein China sollte der altchinesischen Gesellschaftsauffassung gemäß erhalten werden und sollte beim Eintritt in die Weltgemeinschaft von allem Anfang an, durch einen staatskapitalistischen Aufbau des industriellen Arbeitsmarktes und der Reichtumsschmieden des Abendlandes, vor einem Einmarsch einer kapitalistischen Machtklasse und vor dem Klassenkampf gefeit werden.

Sun Yatsen hat seinen Nachfolgern in der heutigen Nanking-Regierung noch die Aufgabe hinterlassen, auf dem Boden dieser Grundsätze, die im Volke durch das Wirken und durch die Schriften Sun Yatsens fest verankert sind, nun nicht nur die Bereitwilligkeit der Welt zur Aufnahme in die Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch noch die aktive Hilfe des Auslandes zur Industrialisierung Chinas herbeizurufen. Darum drehen sich jetzt die Wiederaufbaubestrebungen der Chinesen, darin liegen die Schwierigkeiten, die China beim Wiederaufbau durch das Ausland in den Weg gelegt bekommt, und das ist die wirtschaftliche Gestalt, die der historische Konflikt um China heute, neben dem Ringen um Souveränität der Regierung von Nanking im Lande, im innersten Kerne hat.

Die Internationalen Handelskammern berieten kürzlich, auf Anregung ihres Präsidenten Pirelli, zu Amsterdam über die Mitwirkung des Auslandes am industriellen Aufbau Chinas. Der Amerikaner Lamont erklärte dabei im Namen von Wallstreet, daß die amerikanischen Bankiers bereit seien, China die Anleihen für seine Industrialisierungspläne zu geben, die es brauchte, aber die amerikanischen Banken müßten dafür „größte Sicherheiten“ haben. — Was die Bedeutung dieser Forderung ist, das geht hervor aus der Antwort der chinesischen Delegierten, die lautete: „Wir sind zu jeder Zusammenarbeit bereit, aber wir werden keinen Versuch des Auslandes, dabei weiteren Einfluß auf die Finanzverwaltung Chinas zu gewinnen, dulden. —

Die große Chinaaktion des Präsidenten der Internationalen Handelskammern ist ins Wasser gefallen. Das kapitalistisch-industrielle Abendland, wie es in Amsterdam repräsentiert war, lehnt vorläufig noch ab, eine Wirtschaftsautonomie Chinas anzuerkennen, China unter dessen eigenen Voraussetzungen in die Weltgemeinschaft aufzunehmen.

Dennoch wird sich das geopolitische Gesetz der wachsenden Räume auch entgegen solchen reinen Willenshandlungen der Wirtschaftsmächte Europas und Amerikas auswirken. Ist doch das, was die Chinesen tun und fordern, nichts anderes, als selbst eine unentrinnbare Auswirkung eben dieses Gesetzes. Die westliche Welt kann letzten Endes nichts anderes tun, als sich darein zu fügen, daß China als „Kolonisationsland“ ausgeschieden ist. Denn zum Weiterbestand braucht das industrialistische Abendland mit seinen Arbeitslosenmillionen und mit seiner Überproduktion und mit seiner unwirtschaftlichen Landwirtschaft die Erfüllung des Fremdraumes China. — Bei einzelnen ausländischen Körperschaften zeigt sich das Gewicht dieser Tatsache auch bereits. Die amerikanische Aviatic-Corporation Curtiss z. B. teilte die Auffassung China gegenüber,

die die Internationalen Handelskammern äußerten, schon nicht; sie hielt ein Gegenseitigkeitsverhältnis mit den Chinesen für gut genug und ergriff entschlossen das Ausbreitungsfeld, das sich in China bot. Sie gründete mit der chinesischen Regierung zusammen eine Betriebsgesellschaft für Post- und Personen-Flugverkehr in ganz China, in die das amerikanische Kapital die Betriebsmittel einbringt. Die Regierung ihrerseits erstellt die Flugplätze im ganzen Reich. Der Flugpark bleibt den Amerikanern als Sicherheit für ihre Investitionen zu eigen, bis die gemeinsame Betriebsverwaltung Amortisation und Zinsendienst aus Einnahmen und Betriebsgewinnen abzuwickeln vermochte.

Auch die amerikanische Regierung ist keineswegs eins mit der prinzipiellen Ablehnung, China als Weltwirtschaftsglied der chinesischen Voraussetzungen willen, unbeugbar abzulehnen, wie die amerikanische Bankwelt es noch haben will. Sie hat ihre Hilfe dem chinesischen Finanzministerium geliehen zur Berufung eines Wirtschafts-Expertenkomitees. Die Kommission Kemmerer ist seit Monaten mit großem Stab in China tätig, zwecks Studium der Maßnahmen, die die chinesische Regierung ergreifen kann, um aus der Reorganisation der Landesbesteuerung, der Landeszölle und durch Neugestaltung der Landeswährung dem sozialistischen China das Rückgrat zu stärken. Diese amerikanisch-großzügige Handlung ist von den Chinesen mit restloser Offenheit und Ehrlichkeit in der Darbietung der bestehenden Verhältnisse und der internen Unterlagen für eine sachrichtige Beurteilung beantwortet worden. Wenn diese Kommission in Kürze nach Amerika zurückkehrt, so werden ihre gewonnenen Einsichten nicht wenig dazu beitragen, die Beschlüsse der Internationalen Handelskammern zu erschüttern. —

Es ist ein Gesetz und nicht auszuschalten, daß die fremde Lebensform, die in einen Fremdraum eindringen muß, sich eben nur dadurch behaupten und nur dadurch andauern kann, daß sie sich der fremden Landschaft anpaßt; und die weitere Folge, die Naturgesetzlichkeit, daß dieser Vorgang zuletzt gerade eine Beschleunigung für den Aufstieg der dort verwurzelten Urvölker zur Selbstbestimmung bedeutet, muß letzten Endes in der Welt als unabänderlich hingenommen werden. Wir sehen aus der Tatsache, daß der Konflikt über die Ostchinesische Eisenbahn nicht zum Krieg führte, daß auch nicht nur einzelne Korporationen oder eine einzelne abgeklärte Regierung in der Welt zum Bewußtsein der großen Gesetzmäßigkeit gelangt ist, sondern daß sich schon das Volk eines ganzen gewaltigen Reichs damit abgefunden hat: die Russen. — Das russische Volk, nicht nur dessen Regierung, war nicht bereit, trotz der be-

schämendsten und unerhörtesten Provokation von seiten Chinas, um den „Monopolbesitz“ einer einträglichen Zweihundert-Millionen-Rubel-Eisenbahn, zum Krieg zu schreiten. Eine so großzügige Einstellung kann niemals aus der Politik, sondern nur aus einem Volksbewußtsein vom unabänderlichen Bestehen höherer Beziehungen, jener zwischen politischer Kraft und Raum, hervorgehen, und der gegenwärtige russische Konflikt ist darum auch weit entfernt, gegen China bewertet werden zu können. Er ist vielmehr eine urgewaltige Bejahung dafür, daß China auf der Bahn historischen Werdens schreitet.

China bietet dem Ausland, als Gegenwert für geleistete Hilfe mit Geld und Technik, ein unermeßliches Reservoir für die Aufnahme der Erzeugnisse seiner Industrievölker, bietet sich dar als einen Markt für die Arbeitsleistungen der abendländischen Millionen. Dürfen wir zögern, uns dem naturhaften Gesetz zu entziehen versuchen, nachdem die Geopolitik erkannt hat, daß ihm nun einmal nicht zu entgehen ist? — Das Naturgesetz der wachsenden Räume darf, so wenig als die Gravitation, einen Stachel für uns haben, wenn wir die Vorbedingungen für die Dauer unserer Zivilisation und für den Fortschritt der Menschheit nicht verspielen wollen.

HEINRICH J. C. GATTINEAU:

Europa und das australische Wirtschaftsproblem

Bedeutung Australiens für Europa

Der zunehmende Bevölkerungsdruck und die steigende Auswirtschaftung des europäischen Lebensraumes macht die Gewinnung und Erhaltung von Siedlungsräumen und Rohstoffreserveräumen zu einem lebenswichtigen Erfordernis für die zukünftige Entwicklung Europas. Die wachsende Industrialisierung des Kontinents bewirkt heute schon einen Rückgang der Nahrungsmittelproduktion und eine Zunahme des industriellen Rohstoffbedarfs. Zudem ist die Einfuhrabhängigkeit Europas durch das sowjetrussische Experiment, das seit dem Weltkriege die südrussische Kornkammer ausschaltet, beschleunigt worden. Der rasche Wandel in der Nahrungsmittelversorgung wird besonders deutlich bei der Betrachtung der Veränderungen der Weizenausfuhr. Während die Weizenausfuhr Europas in den Jahren 1909/13—1924 sich um 82,7 % vermindert hat, stieg die Ausfuhr Kanadas um 200 %, die der Vereinigten Staaten

um 130 % und die Ausfuhr Argentiniens um 80 %. Die Produktionsziffern für Weizen zeigen in der Zeit von 1909/13—1926/27 folgendes Bild:

	1909/13 (in Millionen t)	1926/27	Rückgang bzw. Steigerung in %
Europa	58	55	— 5
Vereinigte Staaten	19	23	+ 21
Kanada	5	11	+ 120
Argentinien	4	6	+ 50

Heute kann Europa noch nach Penck 100 Einwohner pro qkm ernähren. Das setzt allerdings die Ausnutzung aller Anpflanzungsmöglichkeiten voraus. Nehmen wir als Höchstgrenze nur 70—80 Einwohner pro qkm an, so wird Europa schon in ca. 100 Jahren bei gleichbleibenden Ernährungsverhältnissen und gleichbleibender Technik absolut überbevölkert sein, denn 1921 wies es schon 42 Einwohner pro qkm auf. Dieser Zeitraum gilt aber nur für Europa in seiner Gesamtheit. Seine Hauptindustrieländer sind schon seit Jahrzehnten nicht mehr in der Lage, mit eigenen Bodenerzeugnissen ihre Bevölkerung zu ernähren. So kann Deutschland beispielsweise 100 Einwohner pro qkm ernähren und weist schon im Jahre 1925 eine Bevölkerungsdichte von 135 Einwohnern auf den qkm auf. England und Wales haben schon eine Bevölkerungsdichte von 251 bei einem Höchstsatz von 100, Belgien eine solche von 245 bei demselben Höchstsatz.

So ist in den Hauptindustrieländern Europas die Lebensmitteleinfuhr schon lange zu einer Lebensnotwendigkeit geworden. Ähnlich liegen die Verhältnisse mit den Rohstoffen für industrielle Verarbeitung. So betrug z. B. der Anteil Europas an der Weltsteinkohlenförderung im Jahre 1913 50 %, der Anteil Amerikas 44 %. 1926 vertauschten die beiden Kontinente ihre Rangstellung: Amerika führt mit 52 %, Europa sinkt auf 39 %. Allerdings ist im Jahr 1926 die Wirkung des englischen Kohlenstreiks zu berücksichtigen. Für 1928 ergibt sich ein prozentualer Anteil Europas von 48 % und Amerikas von 43 %. Der europäische Außenhandelssaldo weist folgende Veränderung auf:

	1913 (in Millionen t)	1926		1913 (in 1000 t)	1926
Kohle	+ 21,9	+ 9,6	Rohkupfer	— 457,1	— 488,8
Eisenerz	— 1,6	— 2,1	Rohblei	— 149,0	— 334,7

Auch die Rohstoffeinfuhr wird immer unentbehrlicher. Europa wird also in zunehmendem Maße gezwungen sein, sich Märkte zu sichern, die seinen Lebensmittel- und Rohstoffbedarf decken und im Tauschwege dafür europäische Industriewaren aufnehmen.

Am nächsten liegt Europa in dieser Beziehung Kanada und Südamerika.

Tatsächlich wird vom amerikanischen Kontinent ein erheblicher Teil des europäischen Lebensmittel- und Rohstoffbedarfs gedeckt. Bedenklich ist nur, daß sich dort ein bedeutender Industrialisierungsprozeß anbahnt. Die Vereinigten Staaten haben schon einen hohen Grad erreicht und treten in Kanada und Südamerika als erfolgreicher Konkurrent europäischer Waren auf. Infolgedessen wird die Zahlungsmöglichkeit durch Industriewaren schon sehr eingeeengt. In Zukunft sind noch größere Beschränkungen zu befürchten. Trotzdem wird Europa auch in kommenden Zeiten auf die Rohstoffversorgung durch den amerikanischen Kontinent angewiesen sein.

Es gibt aber noch ein anderes Gebiet, das sehr wohl als europäischer Rohstoffreserveraum und Siedlungsreserveraum gelten kann. Das ist Australien. Die geringe Beachtung, die es in Europa findet, erklärt sich wohl aus seiner Lage in der Südwestecke des Pazifischen Ozeans, weitab von der europäischen Interessensphäre. Lediglich die englische Literatur beschäftigt sich eingehend mit den australischen Fragen. Nur wenige gute deutsche wissenschaftliche Werke befassen sich damit. Es ist ein Verdienst Haushofers, auch für diesen Grenzraum des Pazifik in den letzten Jahren in Deutschland regeres Interesse geweckt zu haben. Bietet doch gerade Australien Raum und Rohstoffe in reichem Maße. Ungefähr 6,5 Mill. Menschen leben heute auf einem Boden, der nach Penck, allerdings im theoretischen Höchstfalle, 480 Mill. ernähren könnte. Nach anderen Schätzungen können unter den derzeitigen Verhältnissen, unter Berücksichtigung des tropischen Klimas, mindestens 50—60 Mill. Angehörige der weißen Rasse in Australien leben und ernährt werden. Die anbaufähige Fläche des Kontinents wird auf mindestens 21% geschätzt. Bebaut sind aber erst ca. 0,9%. Die Weidewirtschaft und die Schafzucht ist ebenfalls sehr ausbaufähig. Gleichfalls weist Australien reiche Rohstofflager auf. So werden z. B. die Steinkohlenvorräte auf 134 Milliarden t geschätzt, die Braunkohlenvorräte auf 36 Milliarden t. Der Eisenerzvorrat wird nach Engineering and Mining Journal 1926 mit 990 Mill. t angegeben. Dem schließen sich große Vorräte an Silber, Zinn, Zink, Kupfer, Blei und anderen Mineralien an. Es lohnt sich also schon für Europa, die Vorgänge im australischen Raum aufmerksam zu verfolgen.

Erschließung Australiens

Zwar hat es Großbritannien frühzeitig verstanden, den Erdteil als Stützpunkt seiner Machtstellung in der Pazifik zu gewinnen. Seit 1770, als James

Cook in Botanybai die englische Flagge hißte, hat es ihn behauptet. Es ist England aber nicht gelungen, den Erdteil ausreichend zu besiedeln und ihn seinen natürlichen Bedingungen entsprechend wirtschaftlich zu entwickeln. In den letzten 50 Jahren, von 1871—1921, ist die Bevölkerung nur um 3,7 Mill. (von 1,7 auf 5,4) gestiegen, so daß sich heute erst eine Verhältniszahl von 0,7 Einwohner auf den qkm ergibt. Die bebaute Fläche hat sich in 25 Jahren (von 1900—1925) nur verdoppelt (von 8,8 Mill. acres auf 17,3 Mill. acres). Die fast rein angelsächsische Bevölkerung — die anwesende Bevölkerung ist zu 99 % britisch, die Einwanderer waren z. B. 1924 zu 84 % britisch — hat sich frühzeitig selbständig gemacht und steht nur noch in einem losen Dominion-Zusammenhang mit dem Mutterland. Die Verstädterungstendenzen der britischen Bevölkerung haben aber die Australier völlig übernommen. Während im Mutterland England und Wales 1921 54 % der Bevölkerung in Städten über 50 000 Einwohner wohnten und 79 % in Städten überhaupt, wohnten in Australien zur selben Zeit 43,3 % in Großstädten und 62 % in Städten überhaupt. Und das ohne das Zwangsmoment der Raumnot, wie es im alten Europa gegeben ist. Haushofer trifft den Kern mit seiner besorgten Frage: „Hat in Australien eine Verjüngung und Erneuerung der Britenrasse stattgefunden oder nur die Überpflanzung eines Reises, das an denselben Übeln leidet wie der Hauptstamm im Mutterland: Landflucht, Entvölkerung der Ackerbaudistrikte, Übervölkerung der industrialisierten unter großstädtischer Entartung, woran die angelsächsische Rasse zu Hause leidet?“ Nach den bisherigen Erfahrungen kann selbst der wohlwollendste Beurteiler des Austral-Kontinents und seiner Bewohner nicht von einer Verjüngung und Erneuerung der Britenrasse sprechen. Im Gegenteil treten die Nachteile der Verstädterung noch schärfer als in Europa in Erscheinung: Neigung zum Wohlleben und Arbeitsunlust, eine weitverbreitete Einstellung auf den augenblicklichen Genuß gepaart mit Egoismus und Bequemlichkeit. Der Geburtenrückgang in einem Neuland wie Australien, das einer rasch wachsenden Bevölkerungszahl dringend bedarf, ist ein warnendes Zeichen. So betrug z. B. schon in den Jahren 1880/81 bis 1901/04 in Neusüdwesten der Geburtenrückgang 32 % und in Victoria 25 %, während er gleichzeitig in England 18 % und in Deutschland 12 % betrug. Auch in neuester Zeit tendieren die Geburtenziffern dauernd zur Abnahme. Geheimrat Schubert, der in jüngster Zeit das Land bereist und seine Eindrücke in einer Veröffentlichung der Deutschen Kolonialgesellschaft niedergelegt hat, bestätigt diese Feststellung mit den Worten:

„In Australien treten zwei Eigenschaften der abendländischen weißen Rassen besonders zutage: ihre körperliche und individualistische Verweichlichung. Erstere drückt sich, wie in Deutschland und in den Vereinigten Staaten Amerikas, in dem Abwandern der Landbevölkerung nach den Städten aus; letztere in einer überspannten sozialen Gesetzgebung.

Die Abneigung, Entbehrungen zu ertragen und harte Arbeit zu leisten, Genußsucht und Verweichlichung haben ein Erlahmen des Unternehmungsgeistes und der Verantwortungsfreudigkeit zur Folge.“

Der australische Egoismus hat es fertiggebracht, den australischen Kontinent nicht nur gegen farbige Einwanderung abzuschließen, sondern ihn auch einem wirtschaftlich-politischen Experiment zuliebe allen nichtbritischen Europäern so gut wie zu sperren. So sind 1925 nur ca. 7000 nichtbritische Europäer eingewandert, 1921 nur 2000. Das britische Einwanderungselement wirkt sich in einer wesentlichen Steigerung der Verstädterungstendenz aus. Das nichtbritische Europa wäre zweifellos in der Lage, Siedler in genügender Zahl zu senden, die bereit sind, das Land zu erschließen und die schlummernden Schätze zu heben. Beiden Kontinenten wäre damit am besten gedient. Australien könnte seinen Erdraum endlich ausreichend erschließen und ihn für sich und die weiße Rasse auf die Dauer behaupten. Europa hätte ausreichendes Siedlungsgebiet und notwendige Rohstoffreserven. Die Gründe für die Nichtbeachtung dieses Zusammenhanges liegen in Tendenzen, die im folgenden skizziert werden sollen.

Das australische Wirtschaftsproblem

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal, daß in einem erst in der Entwicklung und Aufschließung begriffenen Kontinent die Landerschließung sich in 50 Jahren nur verdoppelt hat und seit 1925 zur Stagnation tendiert, daß die derzeitige Bevölkerung von 6 Mill. auf einem Raum von ca. 8 Mill. qkm kaum mehr Weiße hereinläßt, von Farbigen ganz zu schweigen, aus Angst, den hohen Lebensstandard zu gefährden und im Wettbewerb mehr arbeiten zu müssen, daß 43% der Bevölkerung in 5 Großstädten leben und mit allen Mitteln versuchen, einen durchaus unnatürlich hohen Lebensstandard zu stabilisieren, dann ergibt sich als australisches Wirtschaftsproblem: „Alle Bedingungen des Landes weisen auf Urproduktion hin. Ackerbau, Viehzucht und Bergbau sind die natürlichen Reichtumsquellen. Statt deren Entwicklung versucht die offizielle Wirtschaftspolitik mit allen Mitteln eine unorganische Indu-

strieentwicklung mit hohen Löhnen und niedriger Arbeitszeit zur Beschäftigung der großstädtischen Arbeitermassen zu erzwingen.“ Daß die auf dieser Basis aufgebaute staatliche Wirtschaftspolitik große Schwierigkeiten heraufbeschwören würde, war zu erwarten. Verstädterte Arbeiterheere, die durch nichts mehr zur Landarbeit zu bewegen sind, erzwingen eine großstädtische Industrialisierung, um die gewünschte Beschäftigung zu finden. Darüber hinaus geh ihre Forderung auf ständiges Steigen der Löhne ohne Rücksicht auf die Wirtschaftsentwicklung und auf sinkende Arbeitszeit. Die Arbeiterregierung versucht im Bund und in Einzelstaaten die Verwirklichung dieser Forderungen herbeizuführen. Prämien und Subventionen sollten Industrien aller Art heranzüchten. Hochschutzzölle hatten die Aufgabe, die industrielle Konkurrenz des Auslandes fernzuhalten und den hohen Lebensstandard auf die Dauer zu ermöglichen. Einwanderungsverbot und -beschränkungen waren das Mittel, um in einem menschenleeren Erdteil jeden Wettbewerb, nicht nur farbiger Rassen, sondern sogar nichtbritischer weißer Arbeiter auszuschalten, um ein sorgloses Genußleben zu ermöglichen.

Die Folgen der falschen Wirtschaftspolitik für Australien „Wirtschaftliche Grundgesetze lassen sich aber auf die Dauer nicht ohne Schaden negieren.“ Wie recht Adolf Weber mit dieser Feststellung hat, zeigt das australische Experiment. Die Mißachtung der Wirtschaftsgesetze einem augenblicklichen Scheinwohlleben zuliebe, beginnt sich zu rächen. Der künstlich konstruierte Wirtschaftsaufbau scheint ins Wanken zu geraten. Zu hohe Selbstkosten, die aus dem Lohn, der niedrigen Arbeitszeit, der geringen Arbeitsleistung und der Verschuldung resultieren, verhindern den erfolgreichen Wettbewerb australischer Industriewaren am Weltmarkt und schließen damit die Ausfuhrmöglichkeit, eine Voraussetzung für den industriellen Aufbau in Australien, in zunehmendem Maße aus. Wie fundamentlos die australische Industrialisierung ist, ergibt sich weiterhin daraus, daß nicht einmal der Innenmarkt trotz der Hochschutzzölle der heimischen Industrie den notwendigen Rückhalt bietet. Trotz hoher Frachtkosten und Zölle vermag die ausländische Konkurrenz infolge ihrer niedrigen Selbstkosten das australische Angebot am Innenmarkt zu unterbieten. Auf diese Weise erklärt es sich, daß z. B. der Wert der Maschinenausfuhr von 1913—1925 statt zu steigen von 5,8 auf 5,7 Mill. RM. gesunken ist, während dagegen der Wert der Maschineneinfuhr von 106 auf 192 Mill. RM. gestiegen ist. Gleichzeitig sank der Produktionswert pro Arbeiter

von 5067 auf 5050 RM. Diese gefährvolle Entwicklung lenkt in zunehmendem Maße auch die Aufmerksamkeit des Mutterlandes auf sich. So finden wir schon im Balfourbericht 1926 Bemerkungen, die die verfehlte Wirtschaftspolitik Australiens beleuchten, so z. B.: „Die Produktionskosten sind besonders wegen der hohen Löhne zu hoch, als daß ein Export möglich wäre, zumal der Inlandmarkt nicht den Rückhalt bietet, den z. B. die Vereinigten Staaten gewähren können. Selbst hohe Schutzzölle können der Industrie kaum den Inlandmarkt sichern, vorläufig ist der Industrialisierungsprozeß nur auf Kosten der agrarischen Interessen des Landes durchzuführen.“ Und in jüngster Zeit (1929) schreibt die britische Wirtschaftsdelegation aus Sidney: „Hinsichtlich seiner Zukunftsentwicklung muß Australien sein Augenmerk hauptsächlich auf eine lohnende Ausfuhr richten. Bei den hohen Erzeugungskosten bieten nur Wolle und Weizen eine lohnende Ausfuhr.“

Auch diese Feststellungen bestätigen die Aussichtslosigkeit des australischen Industrialisierungsversuches. Und doch finden wir in der Zeit von 1901—1921 eine Zunahme der in der Industrie Beschäftigten von 160 000 (von 570 000 auf 730 000). Dem steht in den Jahren 1911—1921 ein Rückgang der in der Urproduktion Beschäftigten um 4000 (von 609 000 auf 605 000) gegenüber. Im Ackerbau finden wir sogar in den Jahren 1914—1924 einen Rückgang um 12 000. Diese Entwicklung der Beschäftigungsziffern zeigt so recht die verfehlte Tendenz australischer Wirtschaftspolitik. Statt mit allen Mitteln die Urproduktion zu fördern, die zweifellos die Hauptreichtumsquelle des Landes darstellt, setzt man alle Bemühungen fort, um eine Industrieentwicklung im Gegensatz zu den natürlichen Bedingungen zu erzwingen. Die Folgen zeigen sich heute schon in einer relativ hohen Arbeitslosenziffer und sogar in einer wachsenden Auswanderung aus dem Erdteil, der erst seiner Siedler harrt. Die Arbeitslosigkeit (Gewerkschaftsmitglieder) stieg von 1920—1925 um 12 000 (von 22 000 auf 34 000), und die Auswanderung erreichte 1925 die Höhe von 62 000 (worin nach der australischen Statistik anscheinend auch die vorübergehenden Besucher eingeschlossen sind). In der Landwirtschaft zeigt sich eine Stagnation, die ständig an Ausdehnung gewinnt und als deren Ursache der Landarbeitermangel gilt. Auch im Bergbau hat die Höhe der Selbstkosten den Abbau vieler Lager unrentabel gemacht. So sank in den Jahren 1913—1926 die Kupferproduktion um 78 % (von 47 auf 10 Mill. t), die Bleiproduktion um 31 % (von 255 auf 175 Mill. t), die Zinkproduktion ebenfalls um 31 % (von 220 auf 152 Mill. t). Dazu kommt der Mangel an eigenem Kapital und das

geringe Vertrauen, das fremdes Kapital hat, sich bei der derzeitigen Wirtschaftspolitik an australischen Unternehmungen zu interessieren. Dafür wird um so mehr der öffentliche Kredit angespannt. Anleihe folgt auf Anleihe, ohne Rücksicht auf Verzinsung und Amortisation. Heute hat die Verschuldung schon einen Stand von ca. 4 000 RM. pro Kopf der Bevölkerung erreicht.

Weiterhin bedingt die weitgehende Staatsversorgung und das ausgeprägte städtische Wohlleben eine Minderung der Widerstandskraft gegen fremdrassige Überflutung. Die Einwanderungspolitik tut das ihre, um eine ausreichende europäische Siedlerzahl fernzuhalten. Von 5 Hauptstädten aus, die wie Petersburg und Madrid auseinanderliegen und fast die Hälfte der Bevölkerung beherbergen, kann ein Erdteil von der Ausdehnung Australiens wohl kaum auf die Dauer wirksam verteidigt werden. Heute schützt noch England den Kontinent. Was tritt aber ein, wenn England durch irgendeine Konstellation an einer anderen Stelle der Welt so gebunden ist, daß es keine ausreichenden Kräfte entbehren kann? Damit rückt das australische Problem wieder unmittelbar in den europäischen Interessenkreis.

Die Bedeutung der australischen Wirtschaftspolitik und ihre Folgen für Europa

In Australien wird die Entwicklung in eine Bahn gelenkt, die nicht nur den australischen, sondern auch den europäischen Interessen auf die Dauer entgegensteht. Förderung der Landwirtschaft, Hebung der Bodenschätze, Landerschließung würden den natürlichen Bedingungen des Landes Rechnung tragen und Europa lebenswichtige Güter liefern. Statt dessen versucht eine Fertigungsgüter zu produzieren, die Europa viel besser und trotz des langen Transportweges billiger liefern kann.

Aber nicht nur Australien als Rohstoffreserveraum, sondern auch als Siedlungsraum wird durch das australische Wirtschaftsexperiment bedroht. Wie lange läßt es sich noch vermeiden, daß der übermächtige Anreiz der saugenden Leere des Austral-Kontinents auf die überbevölkerten Nachbargebiete zu einer gewaltsamen Überflutung führt? Schon 1909 forderte der Japaner Graf Komura Lebensraum für mindestens 100 Mill. Japaner. Er erklärte damals, daß Japan verloren sei neben den riesigen Zukunftsräumen und Zukunftsmassen Chinas, Rußlands und der Vereinigten Staaten, wenn es ihm nicht gelinge, in einem Menschenalter Raum für 100 Mill. zu sichern und obendrein seine Auswandererströme unter einer Flagge zusammenzuhalten.

Dazu kommen die drohenden Volksmassen Südchinas, die in weitübevölkerten Gebieten in einer Dichte bis zu 400 Einwohner auf den Quadratkilometer wohnen. Mit ihren 200 Mill. vermögen die Südchinesen einen überaus starken Druck auf die 6 Mill. Australier auszuüben, von denen in den nördlichen Gebieten nur 0,003 Einw. auf den Quadratkilometer treffen. Eine durch fremde Rassen erzwungene Aufschließung des Erdteils kann einem Verlust des Erdteils für die weiße Rasse gleichgesetzt werden. Der weiße Lohnarbeiter mit seinen hohen Lebensansprüchen wird kaum noch mit den bedürfnislosen farbigen Arbeitern konkurrieren können, am wenigsten der australische Arbeiter. Europa muß dann damit rechnen, immer mehr auf seinen Kontinent und die afrikanischen Küsten zurückgedrängt zu werden. Heute ist es noch Zeit, die Richtung zu ändern und weitsichtig eine erschöpfende weiße Besiedlung des Erdraumes einzuleiten. Der Zeitpunkt liegt aber nicht mehr fern, an dem es zu spät sein wird. Wirtschaftlicher Zusammenbruch und fremdrassige Überflutung sind in bedenkliche Nähe gerückt. Heute schon mehren sich die Stimmen, die von einem verlorenen Australien (Schubert), einem Untergang des Landes Utopia (Bergwerkszeitung unter Bezugnahme auf Queensland) sprechen. Die Ergebnisse australischer Wirtschaftspolitik scheinen diesen Stimmen recht zu geben.

Das staatssozialistische Experiment

Noch ein zweites Gesicht hat das australische Wirtschaftsproblem für Europa. Es zeigt uns, welches Ergebnis am Ende einer wirtschaftspolitischen Experimentenreihe steht, deren vorbereitende Versuche und Anfangsstufen auch schon in europäischen Ländern durchgeführt sind. Herrschaft des Proletariats, Beherrschung der Wirtschaft durch die Arbeiterschaft, Gemeinwirtschaft, Wirtschaftsdemokratie, die Begriffe haben sich im Laufe der Zeit gewandelt, der Sinn ist derselbe geblieben: Mitwirkung der Arbeiterschaft an der Leitung der Wirtschaft, um auf diesem Wege die jahrzehntelange Verheißung des Sozialismus zu verwirklichen, den Menschen das Paradies auf Erden zu verschaffen. Eine große Verheißung, die aber stets an der Unzulänglichkeit der Menschen und ihrer Einrichtungen scheitern wird.

In Australien sollte zu diesem Ziel führen: Kontrolle der Betriebe bis in alle Einzelheiten durch den Staat (Fabrikinspektionsgesetz), Verbot der Kartelle (sog. Industrieschutzgesetz), staatliche Lohnregelung und Arbeitszeitfestsetzung, Ausbau der Staatsbetriebe, Staatsbürgerversorgung und staatliche Einwanderungsregelung im Sinne der Fernhaltung der Arbeiterkonkurrenz vom Arbeits-

markt. So versuchte man, sich ein „Arbeiterparadies“ aufzubauen und vergaß dabei anscheinend, daß man auf einer Welt mit anderen Völkern lebt, mit deren Wettbewerb man rechnen muß, und daß es wirtschaftliche Grundgesetze gibt, deren Nichtbeachtung sich bitter rächt. Eines dieser Gesetze ist: Rationelles Arbeiten und Sparen können den Wohlstand eines Volkes begründen, nicht aber steigender Lebensgenuß bei sinkender Arbeitsleistung und sinkender Produktion. Australien ist ein warnendes Beispiel. Seine Lohn- und Sozialpolitik konnte die Konkurrenzfähigkeit der industriellen Produktion nicht ermöglichen, hat dagegen aber die natürliche Wirtschaftsentwicklung (Urproduktion) verhindert. Seine Staatsbetriebe, wie Post und Bahn, arbeiten mit riesigen Defizits. In Queensland hatten allein die Staatskonzerne bis zum 30. Juni 1928 einen Verlust von 26,3 Mill. RM. Die Verschuldung der fünf Staatszechen betrug 5,9 Mill. RM. und ihr Gesamtverlust 4,6 Mill. RM. Insgesamt weist Queensland eine Verschuldung von 740 Mill. RM. auf. Der Bund war schon 1925 mit 8,6 Milliarden RM. verschuldet. Die Länder zusammen noch einmal mit 12 Milliarden RM. Der Mangel an Privatkapital und Unternehmungslust sprechen kaum dafür, daß sich diese Verschuldung ändert. Arbeitslosigkeit und Auswanderung sind gleichfalls kein Zeugnis für die Erreichung des Paradieses auf Erden. Das Paradies läßt sich eben nicht gewaltsam dekretieren. Nur die sorgsame Beachtung der natürlichen Gegebenheiten eines Landes und fleißige Arbeit im Wettbewerb der Völker können Wohlstand und wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung gewährleisten.

Es ist europäisches Zukunftsschicksal, das sich in der Pazifik abspielt. Soll nicht eines Tages die drohend vor den Toren stehende gelbe Rasse den Erdteil überfluten, so muß die Umkehr in letzter Stunde gelingen. Sollte die neueste Schwenkung der australischen Wähler ein Zeichen der Besinnung sein?

FRANZ TERMER:

Deutsche und Nordamerikaner in Guatemala

Wie verschieden ist der erste Eindruck, den der Landesfremde empfängt, wenn er die Republik Guatemala von einem der am Stillen Ozean gelegenen Häfen oder von dem in einer geschützten Bucht des Karaibischen Meeres angelegten Puerto Barrios zum erstenmal betritt. Dort empfängt ihn die spanische

Kultur mit ihrem bodenständigen indianischen Einschlag, mit ihrer behaglichen Lebensauffassung des „Mañana“ und „Talvez“, mit primitiven Rohrhütten, fieberkranken Erwachsenen, wurmverseuchten, dickbäuchigen Kindern. Hier auf der atlantischen Seite bringt ihn der Dampfer an einen modernen, aus Zement erbauten Landungssteg, auf dem Eisenbahnzüge rollen, auf dem geschäftige Hände sich regen, dringt an sein Ohr die rauhe, tief tönende Sprache englisch redender Neger und Zambos. Unmittelbar am Strand sieht er große, aus kühlem Zement erbaute, eingedrahtete, luftige Bureau- und Kaufhäuser, nimmt er Tennis- und Golfplätze wahr, auf denen elegant gekleidete Herren und Damen an dem amerikanischen Akzent ihres Englisch ihre Herkunft zu erkennen geben. Und dieser Eindruck wird erst nach einer mehrstündigen Eisenbahnfahrt verwischt, die ununterbrochen durch schattige Bananenhaine führt, um danach unvermittelt in eine glühend heiße Strauchsteppenlandschaft überzuleiten, siedelungsarm, wo nun auch an den Stationen plötzlich nur mehr das Spanische zu vernehmen ist.

Trifft der Fremdling in der Landeshauptstadt ein, so wird er dort überrascht stehen, wenn er auf den Straßen und Plätzen buntgekleidete Indianerinnen dahineilen sieht, wenn an ihm schwerfällige zweirädrige Ochsenkarren vorüberrumpeln und er in den Außenbezirken elende Bretterbuden wahrnimmt, die in ihrem verfallenen Zustand noch die Spuren eines vor 12 Jahren stattgehabten Erdbebens zeigen.

Aber so blickt nur der Fremdling in die Stadt Guatemala hinein. Wer länger im Inneren des Landes sich aufhält und im Verlauf eines Jahres nur mal auf wenige Tage in die Metropole kommt, der wird über bunte Volkstrachten und Ochsenkarren und Bretterbuden als etwas Selbstverständliches hinwegsehen. Um so mehr aber erstaunt er über die Menge der Automobile, die neuen luxuriös ausgestatteten Geschäftsläden mit deutschen und englischen Aufschriften. An Stelle der klapperigen Maultierbahn, mit der er im vergangenen Jahre die Stadt durchfuhr, nimmt ihn nun ein eleganter moderner Automobilomnibus auf, und er verwundert sich, wie oft er auf den Straßen deutsche und englische Laute an sein Ohr schlagen hört. Und ist er in den entlegenen Winkel im Landesinnern heimgekehrt, so erzählt er dort, wie sehr sich die Hauptstadt internationaler und besonders amerikanischer gestaltet hat.

Hier werden interessante Erscheinungen für die schnelle Anpassung eines kleinen tropischen Landes an den Rhythmus moderner Zeitströmungen offenbar, deren nur der Landesfremde gewahr wird, der sich längere Jahre dort

niedergelassen hat und die daher von den meisten Reisenden, die flüchtig diese kleine Welt durchleiten, unerkantet bleiben. Das für diesen Prozeß in Guatemala sowohl äußere politische Verhältnisse infolge des Weltkrieges wie innerpolitische Umstellungen nach dem Sturze einer über zwei Jahrzehnte sich erstreckenden Autokratie eines Präsidenten, schließlich aber eine günstige Wirtschaftslage im Außenhandel wesentlich in Frage kommen, möge nur angedeutet sein. Hier soll es sich vielmehr darum handeln, die Hauptträger dieser Erscheinungen, soweit sie Fremde sind, einer Betrachtung zu unterziehen. Und diese Träger sind Deutsche und Nordamerikaner.

Bei ihnen beiden muß ein Unterschied zwischen solchen Personen gemacht werden, die sich dauernd im Lande niedergelassen haben oder die sich nur vorübergehend, sei es kürzere Zeit, sei es während einiger Jahre dort aufhalten. Dabei zeigt sich, daß der Deutsche mehr zur ersten Gruppe, der Nordamerikaner fast ausschließlich zur zweiten gehört.

Betrachten wir zunächst die Deutschen, so läßt sich ihre Zahl auf rund 1000 Seelen schätzen, liegt vielleicht etwas darüber. Wann zuerst Deutsche nach Guatemala kamen, ist unsicher. Doch wird es in den dreißiger Jahren schon der Fall gewesen sein, als die ersten schnell fehlgeschlagenen Kolonisationsversuche an der damals äußerst ungesunden Bucht von Amatique unter belgischer Leitung unternommen wurden. Fest steht, daß sich unter den Auswanderern mehrere deutsche Familien befanden. Und ebenso wird eines Deutschen in Guatemala aus dem Anfang der vierziger Jahre von dem englischen Reisenden Robert Glasgow Dunlop gedacht (*Travels in Central-America*, London 1847, S. 91). In dieser Zeit gab es im Lande auch bereits ein Hamburgisches Generalkonsulat. Aber erst mit den fünfziger Jahren kamen kleine Handelsunternehmungen deutscher Häuser auf, bis dann mit der grundlegenden Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion des Landes von der Cochenillezucht und der Indigokultur zum Anbau des Kaffees der Zustrom deutscher Einwanderer erheblich zunahm. Es waren kleine Leute, die sich dem Plantagenbetrieb widmeten, billig Ländereien erwarben, wobei sie sich an der pazifischen Abdachung und in der Alta Verapaz vorzugsweise niederließen. Noch heute sind diese beiden Gebiete die Hauptsitze der im Lande lebenden Deutschen geblieben, räumlich durch hohe Gebirge voneinander getrennt und auch nicht nur hinsichtlich ihrer physischen, sondern auch in ihren Bevölkerungsverhältnissen verschieden. Nicht zu leugnen ist, daß in der Gegenwart auch der Deutsche in der Verapaz sich in mancher Hinsicht von seinem Landsmann

an der „Küste“ unterscheidet. In emsiger Arbeit, oft unter Schwierigkeiten innerpolitischer Art, schufen diese Pioniere die Grundlagen des heutigen Plantagenbetriebes, sie führten Maschinen dafür ein, richteten ihr Augenmerk auf die Auswahl guter Qualitäten des Kaffees, verbesserten die Aufbereitung desselben und erprobten praktisch die besten klimatischen Bedingungen und Bodenverhältnisse aus. Vieles sahen ihnen die landeseinheimischen Besitzer ab, und bald galt der Deutsche als ebenso tüchtiger tropischer Landwirt wie als Lehrmeister für den Guatemalteco selbst. Sein Ansehen stieg in der öffentlichen Achtung, zumal sich infolge günstiger Konjunkturen auf dem Weltmarkt bald ein gewisser Reichtum einstellte, wenn es auch dazwischen an empfindlichen Rückschlägen, sei es durch Preisstürze, sei es durch innere Finanzkrisen, nicht fehlte.

In Verbindung mit solchem Aufstieg belebte sich natürlich der Handel. Dem deutschen Pflanzeer folgte der Kaufmann, der seine Niederlassung in der Landeshauptstadt gründete, danach Filialen in den kleineren Landstädten anlegte, die er durch eine Anzahl jüngerer Angestellter verwalten ließ. Rasch erlernten die Deutschen die spanische Sprache, paßten sich den Landessitten an und kamen so sehr schnell mit der Bevölkerung auf einen guten Fuß. Reelles Geschäft, Lieferung guter Waren und vernünftige Kreditgewährung gingen dem Rufe des deutschen Kaufmanns empfehlend voraus, so daß sich die kleinen Häuser allmählich zu großen Unternehmungen entwickelten, die das Zentrum, den Westen und die Verapaz mit Waren versahen. Dagegen war der deutsche Handel im Osten der Republik, der schwächer besiedelt und wirtschaftlich weniger ergiebig ist, immer gering. Zugleich waren die genannten Gebiete die Dichtezentren der indianischen Bevölkerung, die ja in Guatemala bis auf den heutigen Tag zahlenmäßig sehr stark vertreten ist. Sie machte und macht auch gegenwärtig noch einen nicht unbeträchtlichen Teil der Kundschaft aus, ja in manchen Städten wie Quezaltenango und Coban einen großen, in kleinen ländlichen Siedlungen wie Momostenango den einzigen. Wesentlich kam dabei in Betracht, daß der Deutsche darauf sah, mit den Eingeborenen in deren Idiomen zu verhandeln oder auf Angestellte hielt, die derartige Kenntnisse besaßen, so daß der Indianer dadurch ein größeres Vertrauen in die Handelsgeschäfte empfang. Sah er sich doch dabei stets als Mensch behandelt und nicht den Übervorteilungen wie bei den Händlern des Landes ausgesetzt. Man erteilte den Leuten sogar Kredite, zumal ein erheblicher Teil des Warenumsatzes auf der Kreditgewährung beruht, und, wie mir mehrfach versichert

wurde, sind dabei mit den einfachen und oft übel verrufenen Indios bessere Erfahrungen als mit manchem Angehörigen der sog. besseren Bevölkerungsschichten gemacht worden.

So stand der Deutsche überall im intensiven Arbeitsprozeß, als der Weltkrieg kam. Zwar erklärte Guatemala auf den Druck der Vereinigten Staaten an Deutschland den Krieg, gab aber schon gleich nach Beendigung desselben das beschlagnahmte deutsche Eigentum wieder zurück. Und damit beginnt eine neue Zeit der deutschen Arbeit im Lande.

Viele kleinere Handelshäuser, auch größere Plantagenunternehmungen hatten die Währungskrisis in der Heimat nicht überstanden. Sie mußten ausscheiden. Dafür traten nun größere Unternehmungen an ihre Stelle in Form von Plantagengesellschaften, die weite Terrains an der pazifischen Küste zusammenkauften, oder in der des Ausbaues bestehender älterer Handelshäuser. Die gute Lage des Kaffeemarktes in den Nachkriegsjahren förderte diese Entwicklung außerordentlich. Getreu dem früheren Brauch achtete der Deutsche auch jetzt darauf, den Gewinn teilweise wieder nutzbringend im Lande anzulegen oder zu verwerten.

So hat heute eine neue Entwicklung Platz gegriffen, die im Plantagenbetrieb sich in der Modernisierung der maschinellen Anlagen, umfangreichen Nachpflanzungen, neuen Anbaupflanzen, dem Ausbau der Häuser, ferner aber auch in der Besserung der hygienischen Verhältnisse der farbigen Arbeiterschaft und der Bekämpfung von Tropenkrankheiten, endlich und in ganz besonderem Maße dem Wegebau offenbart. Zwar hat die fortschrittlich gesinnte Landesregierung unter dem Präsidenten Orellana (1921—1926) hierin auch Rühmliches und hoch Anzuerkennendes geleistet und hat sich dabei auch gerade der Unterstützung durch die Deutschen zu erfreuen gehabt. Andererseits muß aber immer wieder darauf hingewiesen werden, daß der Deutsche im Kampf mit den ungünstigen Naturverhältnissen und in angestrengter, zäher Arbeit auf seinen Plantagen Gründliches leistet, Wege anlegt, die, wie z. B. jener bei Coban, das Beste im Lande an Automobilwegen Vorhandene darstellen. Große Summen gehen so alljährlich an diese Arbeiten fort. Der Deutsche will eben nicht das Land ausbeuten, sondern weiter entwickeln, wenn er nach neuen rentableren Anbaumethoden, nach neuen Maschinen sucht, mit künstlicher Düngung Versuche anstellt, aber das alles mit feiner Anpassung an Landes- und besonders die Bevölkerungsverhältnisse, deren hemmende Einflüsse heute bei weitem noch nicht überwunden sind.

Im Verkehrsleben Guatemalas hat deutsches Wirken vor dem Kriege nur in kleinem Umfang stattgehabt bei der Flußschiffahrt auf dem Polochic und den kurzen Eisenbahnlinien in der Alta Verapez und von Ocós an der pazifischen Küste. Nur die beiden ersteren Unternehmungen blieben nach dem Kriege in deutschen Händen und wurden weiter ausgebaut. Ferner verstärkte sich aber auch die Position dadurch, daß der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin der Bau der technisch schwierigen Gebirgsbahn von San Felipe nach Quezaltenango, ferner die Anlage eines ganz modernen automatischen Telephonnetzes in der Hauptstadt Guatemala und schließlich der Ausbau der drahtlosen Stationen in Guatemala-Stadt und Quezaltenango übertragen wurden, wobei letztere Arbeiten offiziell von der mexikanischen Regierung in Gemeinschaft mit der Telefunken-Gesellschaft zur Ausführung kamen. Demgegenüber kann von einem Aufkommen des deutschen Automobils in Guatemala keine Rede sein. Denn die wenigen Lastkraftwagen und die Anfang 1929 noch nicht die Zahl zehn erreichenden deutschen Personenwagen können infolge ihrer Konstruktion bei den schwierigen Wegeverhältnissen nicht mit den amerikanischen Fabrikaten konkurrieren.

Ist schon auf die persönliche Berührung des Deutschen mit der Landesbevölkerung aller Schichten hingewiesen worden, so kann andererseits von einer kulturellen Durchdringung oder Beeinflussung nur in einem geringen Grade, wenn überhaupt davon gesprochen werden. Germanische und romanische Lebensauffassung und Denken und Fühlen stehen sich hierbei zu schroff gegenüber; dazu fehlen den gebildeten Einheimischen bis auf ganz wenige Ausnahmen die Sprachkenntnisse, die zu einem In-sich-Aufnehmen fremder Geisteskultur unerläßliche Voraussetzung sind. Und bei der großen Masse der halbgebildeten Mischlinge oder gar dem niederen Volk trifft das erst recht nicht zu, da sich bei diesen zu dem romanischen noch der indianische Einschlag hinzugesellt.

Schule, Kirche und Kunst treten daher bei der Stellung des Deutschen in Guatemala in den Hintergrund. Noch am wichtigsten ist die deutsche Schule, deren eine seit 1892 in der Hauptstadt, eine zweite seit 1928 in Quezaltenango besteht und die beide als Privatschulen der deutschen Kolonie auf das Nachhaltigste unterstützt werden sollten. Die deutsche Schule in Guatemala leistet viel für das Deutschtum, insofern ihre Schülerzahl sich stets in der überwiegenden Mehrzahl aus Kindern guatemalteckischer Familien zusammensetzt. So lernen diese die deutsche Sprache und finden dadurch leichter Anstellung

in deutschen Betrieben und Häusern im Lande; vereinzelt senden die Eltern die Kinder später zur weiteren Ausbildung nach Deutschland. Etwas von deutscher Geisteskultur und deutscher ethischer Einstellung wird so in die einheimischen Familien hineingetragen, ohne freilich dort irgendwie Wurzel zu fassen. Aber es wird doch immerhin ein gewisses Verständnis für das deutsche Wesen vermittelt, und „semper aliquid haeret“. Im kirchlichen Leben, das völlig vom katholischen Bekenntnis beherrscht wird, kommt das deutsche Element nur in bescheidenem Umfang zur Geltung. Zwar besitzt Guatemala keinen deutschstämmigen Kirchenfürsten, wie es in Honduras der Fall ist (Erzbischof Hombach in Tegucigalpa), wohl aber einen deutschstämmigen Pfarrer und zwei dem Deutschtum sehr nahestehende holländische Geistliche, die im Gebiete des ausgedehnten Departaments Quiché unter der sehr zahlreichen indianischen Bevölkerung seit Jahren eine überaus segensreiche Tätigkeit entfalten und, weil sie den überkommenen Anschauungen der Indianer mit Verständnis entgegenkommen, sich einer großen Beliebtheit und eines bedeutenden Einflusses unter ihnen erfreuen.

Von einem Eindringen deutscher Wissenschaft in das akademische Leben Guatemalas kann nicht die Rede sein. Immer wird der deutsche Wissenschaftler hoch angesehen sein und die beste Aufnahme im Lande finden. Aber er ist nur Gast dort. Nicht allein die mangelnden Sprachkenntnisse oder das Fehlen spanischer Übersetzungen deutscher wissenschaftlicher Werke tragen hieran die Schuld, die zwar gewöhnlich als Gründe namhaft gemacht werden, sondern eher noch zu einem größeren Teil die Ablehnung oder die Abneigung gegen die deutschen wissenschaftlichen Methoden. Stets wird der Landeseinheimische mit Hochachtung und mit Bewunderung die Ergebnisse deutscher Forschungsarbeit erwähnen; aber die Wege, auf denen man zu ihnen gelangte, die Erkenntnis, daß sie die Früchte jahrelanger, mühsamer Aufbauarbeit sind, bleibt seinem Empfinden fremd. Und damit bleibt auch der deutsche Wissenschaftler innerlich stets ein Fremder für den Guatemalteco, wenn er auch mit Wertschätzung und Hochachtung behandelt wird. Das läßt sich bei Vorträgen beobachten, wie sie nach dem Kriege wiederholt von deutschen Gelehrten in Guatemala gehalten wurden. Sie erfolgten meist in spanischer Sprache von Männern, die zum Teil auf Grund jahrelangen Aufenthaltes in spanisch redenden Ländern dieses Idiom völlig beherrschten und die daher auch das psychologische Verständnis für ihren Hörerkreis mitbrachten. Sie hatten eine sehr gute Wirkung. Umgekehrt aber waren auch wieder andere darunter, die letztere Ein-

stellung nicht mitbrachten, die methodisch und inhaltlich echt deutsche, gründliche Vorträge boten, die aber gerade wegen ihrer Gelehrsamkeit ihre Wirkung auf die gebildeten Kreise des Landes verfehlten. Hieran lassen sich ernste Fragen an die deutsche wissenschaftliche Auslandsarbeit anknüpfen, die über den Rahmen dieses Aufsatzes hinausgehen. Auf jeden Fall muß gesagt werden, daß Guatemala als ein Land mit staatlichen Anstellungen deutscher Wissenschaftler nicht in Frage kommt und damit von solchen nicht auf die Dauer beeinflußt werden kann. Die zunehmende nationale Einstellung der herrschenden Kreise spricht dabei auch mit.

Das geistige Leben innerhalb der deutschen Kolonie hat seit dem Kriege sichtlich eine Verflachung erfahren. Musik wird wenig getrieben, allgemein bildende Vorträge im deutschen Klub der Hauptstadt, wie sie vor dem Kriege üblich waren, finden nicht mehr statt, oder nur ausnahmsweise, wenn ein Gast aus der Fremde im Lande weilt, sind aber auch dann meist nur schwach besucht. Dafür betätigen sich die jüngeren Deutschen eifrig im Sportsleben und kommen damit in enge Berührung mit den Landesverbänden, so daß diese Entwicklung nur zu begrüßen ist. Hat doch gerade unter der einheimischen Jugend der Sport in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht. Länderwettkämpfe mit den benachbarten Republiken werden abgehalten, aber auch Treffen mit den deutschen sportlichen Unternehmungen geliefert, und in den letzten Jahren spielte man mit den Deutschen um einen Hindenburgpokal, der diesen im Endkampf blieb.

So findet der Deutsche in Guatemala mannigfache Gelegenheit, in nähere Berührung mit den besseren Kreisen der Einheimischen zu kommen, wird mit der seiner Stellung und Persönlichkeit zukommenden Achtung behandelt. Als Beispiel hierfür mag nur darauf hingewiesen sein, daß vor wenigen Jahren ein Deutscher zum ersten Bürgermeister von Coban und ein anderer zum Gemeinderat von Momostenango, einem großen Indianerdorf im Quiché, gewählt wurde. Der Deutsche kann weiterhin, wenn er die persönlichen Eigenschaften dazu besitzt, in freundschaftliche Beziehungen zu den Familien des Landes treten. In den kleinen Landstädten und auf dem platten Lande dagegen, wo nur in den größeren Departementshauptstädten eine gesellschaftliche Oberschicht vertreten ist, läuft der Deutsche bei längerem Aufenthalt eine gewisse Gefahr bei zu enger Fühlungnahme mit den Mittelstandskreisen. Diese, aus dem Mischlingselement sich zusammensetzend, in Bildung weit unter dem Deutschen stehend, befangen in altüberkommenen Landessitten und einer einfachen Lebensweise,

dazu im Charakter nicht immer zuverlässig, kommen dem Fremden und gerade dem Deutschen sehr entgegen. In Ermangelung anderen Verkehrs schließt er sich ihnen an und verfällt, wenn er sich jahrelang in solcher Umgebung aufhält, dem gleichen Vorstellungskreis und nimmt, da er einmal eine Anpassungsfähigkeit besitzt, mit der Zeit immer mehr von diesem in sich auf. Er „verhiesigt“, wie man in deutschen Kreisen sich ausdrückt, und das Ende einer solchen Entwicklung der Dinge ist in den meisten Fällen, daß er in die Familien einheiratet und damit zwar nicht seines deutschen Wesens, wohl aber seiner Heimat verlustig geht. Die Kinder wachsen unter dem spanischen Einfluß auf, lernen nicht Deutsch, besuchen allenfalls die deutsche Schule, zeigen hernach, wenn sie in die Reifejahre kommen, die Charaktereigenschaften des mütterlichen Stammes ausgeprägter als die des väterlichen. Einer der merkwürdigsten Fälle, den ich in Guatemala kennenlernte, war der, daß die zahlreichen Kinder aus einer Mischehe neben Spanisch mehr oder weniger gut Deutsch sprachen, dagegen Kinder desselben Vaters aus einer zweiten Ehe mit einer Deutschen kein Wort Deutsch konnten, sondern nur Spanisch und die indianische Sprache ihrer Umgebung beherrschten. Das sind natürlich Ausnahmen, die sich ereignen in abgelegenen Gebieten des Landes.

So genießt denn der Deutsche in Guatemala ein hohes Ansehen, zumal er sich jeder Politik des Landes fernhält; er arbeitet emsig, schafft ständig und faßt so Fuß unter dem Volk. Es ist ein erfreuliches Bild. Aber wie unerfreulich sind die deutschen Vagabunden, die Tramps, die seit dem Kriege Mittelamerika und Mexiko durchziehen, abgerissen, gelegentlich arbeitend, ihr Wanderleben als Beruf auffassend. Als nach dem Kriege, eine Folge der Not des Vaterlandes, viele arbeitslos und arbeitssuchend in die Fremde kamen, so auch nach Mittelamerika und Guatemala, da waren manche tüchtige Elemente darunter mit den besten Vorsätzen zum Weiterkommen, und sie haben öfter sich bewährt und halten heute gute Posten in Händen. Aber ihre Nachfolger in späteren Jahren sind wenig erfreuliche Bilder für unser Deutschtum draußen.

Wie steht es nun mit dem Nordamerikaner in Guatemala? An Zahl wird er dem Deutschen nicht gleichkommen, schon weil er sich im Lande nicht als Kleinunternehmer niederläßt. Er ist eigentlich, wenn wir von Durchgangsreisenden in früheren Zeiten absehen, erst eine Erscheinung des ausgehenden 19. und unseres Jahrhunderts. Er kommt in diese Länder als Angestellter großer Unternehmungen, bleibt in ihnen ein paar Jahre, verdient tüchtig und kehrt wieder in die Staaten zurück oder besucht ein anderes Land des tropischen

Amerika. Wie gering ist die Zahl derer, die sich Grund und Boden erwerben und wie die Deutschen Plantagenbetriebe führen!

Bleiben wir zunächst bei den nordamerikanischen Unternehmungen. Sie sind groß angelegte wirtschaftliche Organisationen mit ihren Zentralen in den Staaten, von wo aus sie verwaltet werden. Zwei spielen dabei eine überragende Rolle, der Bananentrust der United Fruit Company und die International Railroads of Central America. Nicht liegt es im Rahmen dieser Betrachtungen, auf die höchst interessante Entwicklung und Entstehung eines der mächtigsten und umfangreichsten Trusts einzugehen. Er wuchs aus kleinen Anfängen und tastenden Versuchen unter der Führung eines ungemein fähigen Kopfes, des genialen Minor Keith, im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts auf, dehnte sich zuerst an den atlantischen Küsten des südlichen Mittelamerika aus und griff schließlich am Anfang des 20. Jahrhunderts auf die atlantische Küste Guatemalas über. Mit staunenerregender Energie, mit unerschöpflichen Geldmitteln und mit unverwüstlichem Optimismus wurde im unteren Montagua-Tal der dichte Urwald niedergelegt, die Talaue von der Küste bis zu 100 km Länge landeinwärts und bis zu 12 km Breite mit Bananen bepflanzt, so daß heute der Eisenbahnzug $3\frac{1}{2}$ Stunden ununterbrochen durch solche Haine fährt. Vom landwirtschaftlichen Standpunkt betrachtet, ist hier der Raubbau einer Monokultur im Gange, der den Boden ganz außerordentlich in Mitleidenschaft zieht. Es wird aus ihm herausgeholt, was nur möglich ist, ohne dabei Besorgnis über die künftige Weiterentwicklung zu haben. Auf der anderen Seite hat mit dem rücksichtslosen Kampf gegen die Natur eine vortreffliche Wirksamkeit der Amerikaner vom bevölkerungspolitischen und sozialen Standpunkt aus eingesetzt, und so sehr man daher mit Skepsis dem endgültigen Ausgang des Ringens von Mensch und Natur in diesen tropischen Gebieten gegenüber sich einstellen mag, so wird man doch die bisherigen Ergebnisse der Bevölkerungsfrage anerkennen. Überall ist für Hygiene gesorgt, ständig steht die farbige Arbeiterschaft unter gesundheitlicher Kontrolle, die Wohnungen der Leute sind nach einem Schema vortrefflich angelegt, zum Teil abgedrahtet gegen die Mückengefahr, mit gutem Regenwasser, das in geschützten Zisternen gesammelt wird, versehen. Da trotzdem bei dem ungesunden Klima die Krankheitsziffer immer hoch ist (Malaria ist unter Farbigen und Weißen gleichmäßig verbreitet, Hakenwurm unter der ersteren sehr häufig), so ist eines der modernsten mittelamerikanischen Tropenkrankenhäuser in Quiriguá am unteren Montagua entstanden, in dessen unmittelbarer Nähe noch vor 35 bis 40 Jahren im dichtesten

Urwald die Ruinen alter Mayatempel und Götterbilder versteckt waren. Sämtliche Arbeiter und Angestellte, bis auf die wenigen oberen Posten Farbige, werden von der Kompagnie mit allen Gegenständen des täglichen Bedarfs und mit Lebensmitteln in eigenen Handelsniederlassungen versehen, alles natürlich amerikanische Erzeugnisse, so daß auf diese Weise eine große Menschenzahl aus dem Warenumsatz der Republik herausgestellt ist.

Die Arbeiter sind kein bodenständiges Element. Ein solches gab es im Montagua-Tal früher nur in geringer Verbreitung, weil Klima und Waldwuchs sowie mangelnde Einsicht in die Produktionsmöglichkeiten eine größere Menschenansammlung dort nicht hatten aufkommen lassen. Für einen so intensiven und bis in das kleinste organisierten Arbeitsbetrieb, wie er von der Fruchtkompagnie eingerichtet werden mußte, um die leicht verderbliche Ware in gutem Zustand und in der ungeheuren Menge auf den Absatzmarkt zu bringen, schlugen schon bald die Experimente mit der indolenten, nicht klimafesten indianischen und mischblütigen Bevölkerung fehl. Man holte dafür Neger ins Land, zahlte hohe Löhne, verlangte viel, sorgte aber auch für die Leute, so daß sich innerhalb von rund zwanzig Jahren das Bevölkerungsbild dieses Teiles von Guatemala von Grund auf geändert hat, und zwar in Rasse, Lebenshaltung und Sprache.

Urbarmachung, Arbeiterversorgung und Arbeiterpflege sicherten den Anbau in der weitausgedehnten Zone; rentabel aber wurde er erst, wenn man auch für den schnellen und gesicherten Abtransport sorgte. So entstanden nicht nur die Privatbahnen der Kompagnie, sondern auch eine eigene Spezialdampferflotte, „the great white fleet“ genannt, die im westindischen Mittelmeer heute die stärkste Linie ist. Damit natürlich wurden auch Neubauten im Hafen von Puerto Barrios notwendig, die im Besitz der Kompagnie geblieben sind, wie z. B. der Landungssteg mit seinen Lagerschuppen und Bahnanlagen.

Bananenanbau ist bis heute eine extensive Bodenkultur. Sie erschöpft den Boden rasch, unterliegt auch vielen Schädlingen, so daß von vornherein auf die Möglichkeit weiterer Ausdehnung der Ländereien gesehen wird, wobei diese in leicht erreichbarer Nähe der Küste bzw. eines Hafens gelegen sein müssen. In Guatemala haben sich die Amerikaner so schon am Rio Polochic festgesetzt und werden bald auch am Rio Sarstoon, dem Grenzfluß gegen Britisch Honduras, vordringen, wo die Flüsse schnellen Abtransport an die See ermöglichen. Und in allerjüngster Zeit hat die Gesellschaft auch an die pazifische Küste übergegriffen, in eine Zone, die bisher noch unter der landeseinheimischen

Wirtschaftsnutzung von Viehzucht und Holzgewinnung stand und erst nach dem Kriege an zwei Stellen von Großbetrieben in Angriff genommen wurde, einem deutschen und einem schwedisch-englischen. Maisbau und Viehzucht mit modernen Methoden bilden die Aufgaben des ersten Unternehmens, in ungünstig verlaufenen Versuchen von Tabak- und Ananasanbau erschöpfte sich das zweite. An seine Stelle sind jetzt die Amerikaner getreten und werden auch dort mit dem Bananenbau beginnen.

Als zweites Großunternehmen der Nordamerikaner in Guatemala wurden oben die Eisenbahnen erwähnt, die von ihnen erbaut wurden und deren Inhaber sie geblieben sind. Auch dort sieht man den großen Wurf, das schnelle Erfassen der wirtschaftlichen Rentabilität, der strategischen Wichtigkeit und der natürlichen Bedingungen des Landes. Verknüpft die eine Hauptlinie den atlantischen Hafen Puerto Barrios und den pazifischen von San José mit der Landeshauptstadt, so durchzieht die zweite die Hauptwirtschaftszone der Republik von der mexikanischen Grenze bis nach Escuintla und verbindet die dritte eben beendete Zacapa mit San Salvador, schließt also diese Republik an die atlantische Küste an. Den Bahnbau der obengenannten Ferrocarril de los Altos hätten die Amerikaner nicht unternommen, weil die Rentabilität mit Rücksicht auf die beschränkten wirtschaftlichen Zukunftsmöglichkeiten der westlichen Altos bei den hohen Kosten der Anlage und Unterhaltung problematisch ist. Wohl aber bauten sie die Strecke von Zacapa nach Salvador, weil sie strategisch wichtig ist, andererseits aber für dieses kleine Land einen wirtschaftlichen Vorteil durch seine Verbindung mit dem Karaibischen Meere verbürgt. Dieser wird allerdings zunächst von der Frachtpolitik abhängen, die den Warenverkehr vom Panamakanal ablenken müßte. Hier läßt sich vorerst die Entwicklung noch nicht übersehen. Es erübrigt sich darauf hinzuweisen, daß mit den Bahnen die Union das Land in der Hand hat.

Der Verkehr in Guatemala hat in den letzten zehn Jahren einen ganz bedeutenden Ausbau durch die Anlage neuer Straßen und die Einführung des Automobils erfahren. Dieses Verkehrsmittel ist berufen, in Zukunft die wichtigste Rolle zu spielen, weil es die beste Lösung der schwierigen Frage des modernen Überlandverkehrs in dem sehr gebirgigen Lande ist. Der amerikanische Einfluß hierbei ist indirekt, insofern die amerikanischen Automobilfabrikate das Feld völlig beherrschen; aber sonst tritt der Nordamerikaner persönlich wenig im Verkehrsleben hervor, zumal die Bahnangestellten bis auf wenige Ausnahmen Landeseinheimische sind. Erst seit einem Jahre be-

steht in Guatemala der Flugverkehr, ein nationales Unternehmen, das sich aber nur amerikanischer Apparate bedient und über kurz oder lang in einen nordamerikanischen Flugdienst über ganz Mittelamerika aufgehen wird. Im Kabel- und drahtlosen Verkehr herrschen die Amerikaner ebenfalls vor. Sie besitzen die Station in Puerto Barrios und haben in letzter Zeit auf indirektem Wege auch Einfluß auf die Landesstationen gewonnen, da man die Regierung für die billigen amerikanischen Apparate und Anlagen bei der Neueinrichtung von Stationen zu interessieren wußte.

Und damit ist der Warenhandel selbst zu betrachten. Mag der deutsche in Guatemala eine sehr bedeutende Stellung innehaben, so wird er dennoch von dem nordamerikanischen übertroffen, wie jede Handelsstatistik zeigt. Nicht bloß die Preispolitik spricht dabei mit, sondern auch das geographische Moment der Lage des Landes zum Produktionsgebiet. Mag man auch noch so sehr die Qualität der deutschen Erzeugnisse loben, man wird daneben immer auch betonen, wie schnell die amerikanische Ware zur Stelle ist oder wie leicht man Ersatz beschaffen kann. So kommt ein bedeutender Strom amerikanischen Einflusses nach Guatemala, ein kommerzieller Einfluß, der mit einem finanziellen verbunden ist, ohne daß auf diesen hier näher eingegangen werden kann.

Dagegen noch einiges über den kulturellen Einfluß der Union. Man soll ihn ja nicht unterschätzen. Beginnen wir wieder mit der Schule, so finden wir auch amerikanische Schulen in Guatemala-Stadt und Quezaltenango mit reichen Mitteln ausgestattet und mit hoher Schülerzahl. Die Erlernung des Englischen ist heute viel wichtiger als die des Deutschen für den Guatemalteco; ihm liegt die mehr oberflächliche Bildung, wie sie auf den amerikanischen Anstalten vermittelt wird, eher als die deutsche. Zudem sind die Universitäten in den Staaten näher der Heimat und locken ständig mehr junge Guatemaltecos an. Das Examen als Arzt an einer amerikanischen Hochschule abgelegt zu haben, ist heute ebenso häufig auf den Arztschildern in der Hauptstadt zu lesen wie es früher mit dem Pariser Examen der Fall war. Ständig wächst die Zahl der einheimischen Ärzte, die in bestimmten Zeitabständen zu Fortbildungskursen in die Staaten reisen.

Ebenso tritt der Nordamerikaner im kirchlichen Leben hervor, freilich in wenig begrüßenswerter Art. Den evangelischen Missionar, der zu der Vereinigung der großen Gruppe der Anhänger des Johannesevangeliums gehört (evangelistas im Lande genannt), findet man heute über die ganze Republik hin verstreut. Er läßt sich mit seiner Familie in den kleinen Dörfern nieder

und beginnt unter den Mischlingen und den Indianern die abstrakte Lehre des Johannesevangeliums zu verbreiten. Betsäle werden errichtet, selbst in kleinen Ortschaften trifft man sie an, erkenntlich an einem Spruch des Evangeliums über dem Eingang. Von einem nennenswerten Erfolge ist bisher noch nichts zu verspüren, da der Indianer die abstrakte Lehre gar nicht versteht, selbst wenn der Text in die Quiché- oder Kakchiquelsprache bereits übersetzt ist, und der Mischling zu sehr an dem katholischen Glauben hängt. Nur Zwistigkeiten entstehen unter den Leuten oder bedenkliche Zukunftsforderungen sozialer Art, die heute noch schlummern oder gänzlich unbekannt sind.

Der größte kulturliche Einfluß, wenn man ihn überhaupt so nennen darf, wird aber durch das Kino erreicht, das völlig amerikanisch aufgezogen ist und das Volk die Welt außerhalb seiner Heimat nur mit den Augen der Nordamerikaner gesehen vorführt. Die Filme sind durchweg für deutsches Empfinden geschmacklos und inhaltlich wertlos. Werden einmal Versuche mit deutschen Filmen gemacht, so wird dabei ungeschickt verfahren. Was hat es für einen Zweck, diesem Volk den Nibelungenfilm vorzuführen oder gar in einem abgelegenen Indianerdorf in den Altos den Film „Altheidelberg“ zur Aufführung zu bringen, wie ich selbst mit eigenen Augen gesehen habe! Viel mehr ist vom deutschen Standpunkt aus der Wanderzirkus zu begrüßen, der bei Darbietung guter Programme sehr guten Anklang findet.

An Zahl ist der Nordamerikaner in Guatemala nicht stark vertreten, wie schon erwähnt wurde. Als Plantagenbesitzer tritt er wenig hervor, dagegen mehr im Handelsleben der Hauptstadt. Er erlernt die spanische Sprache schlecht oder auch niemals, so daß man über das mangelhafte Sprachtalent erstaunt. Dadurch kommt er auch mit dem Volk nicht so sehr in Berührung, hält es auch unter seiner Würde, findet aber auch an sich schon von vornherein eine Abneigung bei diesem. Wesentlich dabei spricht der Haß mit, der in allen mittelamerikanischen Ländern durch das jüngste Vorgehen der Staaten in Nicaragua und ihr Verhalten im schwebenden Grenzstreit zwischen Guatemala und Honduras hervorgerufen ist. Ferner spricht auch die Art, sich persönlich zu geben, gegen ihn, namentlich bei den auf die strengen spanischen Umgangsformen bedachten besseren Kreisen, ebensogut auch bei anderen Schichten, unter denen der höfliche, phrasenreiche Umgangston in gleicher gebräuchlich ist.

Bisher wurde der Nordamerikaner in seiner Eigenschaft als Angehöriger von Unternehmungen im Lande betrachtet. Ihm gegenüber steht nun seit den

letzten Jahren eine ständig zunehmende Zahl von Personen, die nur zu kurzem Aufenthalt nach Guatemala kommen. Die Zahl der amerikanischen Wissenschaftler mehrt sich von Jahr zu Jahr, die besonders Guatemala archäologisch erforschen, und die Tatsache ist nicht zu leugnen, daß die gesamte Mayaforschung, deren Grundlagen durch die tiefgründigen Untersuchungen deutscher Gelehrter errichtet wurden, heute in Händen der Nordamerikaner liegt und der deutsche Amerikanist immer seltener wird. Die reichen Mittel für Ausgrabungszwecke ermöglichen in der Gegenwart archäologische Grabungen an den entlegensten Orten des Petén, was man noch vor zehn Jahren nicht sich hätte träumen lassen. Dabei arbeiten die amerikanischen Museen geschickt mit der Landesregierung, und der Einfluß amerikanischer Forschung auf die öffentliche Meinung ist schon recht beträchtlich gewachsen. Wird diese etwa durch einen Vortrag von seiten eines amerikanischen Gelehrten zur Diskussion angeregt, so ist zu beobachten, wie in allen Fragen, die die alte Geschichte der Republik angehen, nur die amerikanischen Thesen gelten und selbst bei so schwierigen, umstrittenen und keineswegs spruchreifen Fragen wie der jetzt aktuellen der Mayachronologie der deutschen amerikanistischen Forschung keine Erwähnung geschieht oder ihrer nur bei besonderen Anlässen wie gelegentlich des letzten internationalen Amerikanistenkongresses in New York beiläufig gedacht wird. Vorträge amerikanischer Gelehrter werden immer häufiger, wobei nicht so peinlich auf die Beherrschung der Sprache gesehen wird und auch keine hohen Anforderungen an den Inhalt gestellt werden. Führen Lichtbilder in sensationeller Aufmachung Rekonstruktionen alter Ruinen vor, eine Arbeit, die durchaus anerkannt werden soll, so ist man begeistert von den Leistungen der Amerikaner und lobt sie in hohen Tönen.

Ferner hält sich eine Anzahl amerikanischer Geschäftsreisender fast immer im Lande auf, die meistens vortrefflich ausgewählt sind und Land und Leute kennen. So traf ich beispielsweise auf einer meiner Reisen in dem kleinen Dorfe Tactic, später in Salamá einmal den Vertreter der großen amerikanischen Stahlfirma Collins, der nur Mittelamerika in einem bestimmten Turnus bereiste. Er war der Sohn amerikanischer Eltern, aber in Mexiko geboren und aufgezogen, so daß er vorzüglich für seinen Posten geeignet war.

In jüngster Zeit strömen in erschreckender Zahl amerikanische Touristen nach Guatemala, die sich an Rundreisen von den Staaten her beteiligen und so — man kann sagen, zum Glück — nur kurze Zeit dort sich aufhalten. Sie besuchen die Hauptstadt Guatemala und das benachbarte Antigua, mehrfach

auch schon Quezaltenango. Durch sie sind die Anfänge einer Fremdenindustrie gelegt worden. Auf dem Markt in der Hauptstadt werden „indianische“ Sticke-reien und andere kunstgewerbliche Arbeiten zu teuren Preisen feilgeboten, die zu einem erheblichen Teil Importware oder besonders für die Fremden angefertigt sind und dann nicht mehr die Originalmuster und die alte Technik der indianischen Webkunst zeigen. In Quezaltenango beginnt das gleiche sich bemerkbar zu machen.

Hier und dort treffen schon abgerissene englische Laute aus der haupt-städtischen Bevölkerung an das Ohr des aufmerksamen Beobachters, so wenn der halbwüchsige Schuhputzer seine Tätigkeit mit einem ebenso häufigen „Shine, shine, mister“ dem Fremden anpreist, wie er es mit dem spanischen „Lustre, señor“ von Haus aus gewohnt ist. Daß die Touristengruppen einen günstigen Eindruck bei der Bevölkerung hinterlassen, kann nicht behauptet werden. Nur im Fluge durch einige Teile dieses herrlichen Landes reisend, finden sie es ungeheuer weit im Rückstand, rümpfen verächtlich die Nase über die Halbblütigen, halten sich vom Volk fern, verwöhnen die Leute aber durch unvernünftige Trinkgeldspenden und verleiten sie zur Bettellei. Sie geben durch ihr Benehmen nicht das beste Beispiel, zumal wenn sie sich dem entgegen-gesetzten Extrem ihrer heimatlichen Prohibition zuwenden. Der einzelne, allein reisende Amerikaner, der berufliche oder persönliche Interessen am Land oder Volk hat, ist eine sympathische Erscheinung; der Schwarm der oberflächlichen Touristen ist unerfreulich, wie schließlich überall auf der Welt.

Endlich sei noch des amerikanischen Einflusses auf die Presse gedacht. Er ist wesentlich stärker als der deutsche, der sich nur auf die Nachrichten der Agentur Duems stützt. Man liest in den führenden Tagesblättern der Haupt-stadt nicht nur Übersetzungen amerikanischer Zeitungsartikel, sondern findet in manchen Blättern einzelne Seiten nur in englischer Sprache gedruckt. Das beeinträchtigt keineswegs, daß die Landespresse oft in scharfer Form gegen die Staaten Partei nimmt und in aner kennenswerter Weise auf die Schatten-seiten der Überfremdung des Landes durch „Yanquilandia“ — wie es immer heißt — hinweist.

So kommen wir schließlich zu der schwierigen Frage, welcher Einfluß in Guatemala größer ist, der deutsche oder der amerikanische. Sie soll hier nicht in Form eines Werturteils entschieden werden. Zahlenmäßig ist das deutsche Element dem amerikanischen überlegen, politisch und wirtschaftlich ist es umgekehrt. Der Deutsche ist der Träger einer persönlichen Kulturausbreitung,

ist der Freund und Förderer des Landes, ohne politische Absichten und immer sich der Landespolitik fernhaltend. Er leistet Aufbauarbeit, in kleinem Umfang, nicht immer bloß auf seinen Vorteil bedacht, nicht so sehr damit in die Öffentlichkeit tretend, sich den Landesverhältnissen anpassend und daher dem Guatemalteco sympathisch. Der Amerikaner kommt dagegen nur als Geschäftsmann, sieht nur auf großzügige Unternehmungen und Entwicklungsmöglichkeiten. Er fand sie bisher nur in der tropischen Tieflandskultur, die Hochländer interessieren ihn vorerst nicht, zumal sie keinen bergbaulichen Wert besitzen. Und er sah sie in der Beherrschung der Bahnen. Wo finanzielle Aussichten sich eröffnen, dringt amerikanisches Kapital ein, wo es sich um Verkehrsfragen handelt, dringt der Dollar vor: sämtlich sind es private Unternehmungen, aber alle doch letzten Endes die Äußerungen eines bestimmten Systems mit stark politischem Einschlag. Und daher hat heute schon der Nordamerikaner einen ganz erheblichen Einfluß auf die Politik des Landes. So wird der Hauptunterschied deutscher und amerikanischer Kulturdurchdringung in Guatemala deutlich: auf der einen Seite die Persönlichkeit, auf der anderen das System, großzügig, bewundernswert, aber nicht sichtbar, nicht greifbar und dennoch allherrschend. Möge der Deutsche seine Stellung in der Weise bewahren, wie bisher, so wird das für ihn wie für Guatemala auch in Zukunft nur von Vorteil sein.

ERNST SAMHABER:

Chile und die Vereinigten Staaten

Von allen Staaten Südamerikas ist heute Chile wohl derjenige, in dem die Vereinigten Staaten von Nordamerika relativ am meisten Kapital angelegt haben. Wenn auch die meisten Zahlen auf Schätzungen beruhen, so kann man wohl doch mit einiger Sicherheit die nordamerikanischen Kapitalsanlagen mit rund einer halben Milliarde Dollars angeben, also fast soviel wie in dem bedeutend größeren und doppelt so stark bevölkerten Argentinien (mit 540 Mill.). Aber gegenüber Argentinien fällt in Chile sehr ins Gewicht, daß hier der größte Teil der Kapitalsanlagen sich auf private, vor allem industrielle Anlagen erstreckt, während in Argentinien rund 400 Mill. allein auf öffentliche Anleihen kommen.

Heute beherrschen die Nordamerikaner von den beiden großen Trägern der chilenischen Wirtschaft über 50% der Produktion von Salpeter und fast die gesamte Kupferproduktion. Damit allein dürften sie wohl die Hälfte des ge-

samen Exports von Chile produzieren, und die Bedeutung dieser Tatsache wird noch weiter dadurch gesteigert, daß die nordamerikanischen Salpeter- und Kupferinteressen in einem einzigen Konzern, den Guggenheims, konzentriert sind, die ja auch in den Vereinigten Staaten selbst im großen Kupfertrust eine führende Stellung haben.

Gleichzeitig haben die Amerikaner aber sehr große Summen in der Industrie angelegt, die für den chilenischen Bedarf arbeitet. In der Schuhindustrie haben sie durch ihr System der Vermietung der Maschinen sehr bedeutende Summen außenstehen, sie haben große Tuchfabriken usw. Größer ist ihre Beteiligung an der Elektrizitätsindustrie, wo sie in raschem Vordringen gegenüber den Engländern stehen. In der kommenden Stahlindustrie (Hochöfen in Valdivia) und Petroleumausbeute (ölhaltige Schiefer im Süden von Temuco) haben sie sich bereits den ersten Platz gesichert.

Rechnet man dazu noch den großen Anteil Nordamerikas an der Schifffahrt, am Import von Gebrauchsgütern wie von Produktionsmitteln für die Industrie und vor allem seinen Einfluß auf die Gestaltung der Staatsfinanzen, so erkennt man, daß nicht nur die Nordamerikaner ihr besonderes Augenmerk auf Chile gerichtet haben, sondern daß noch ganz bestimmte Voraussetzungen für ein derartiges Vordringen ihres Einflusses gegeben sein mußten.

Schon ein Blick auf die Karte zeigt den großen Vorteil, den die Vereinigten Staaten in Chile verkehrstechnisch gegenüber Europa besitzen. Chile liegt ungefähr auf dem Längengrade von New York, die Verbindung durch den Panamakanal ist fast die der geraden Linie, so braucht der Dampfer von Valparaiso bis New York 15 Tage, während der schnellste englische Dampfer bis Liverpool 5 Wochen unterwegs ist. Die deutschen Frachtdampfer brauchen bis Hamburg über 2 Monate, reine Passagierdampfer verkehren überhaupt nicht nach Deutschland. Auf diese Weise besteht ein Unterschied an Zeit bis zum Empfang von Ware von mindestens 3 Wochen, wozu noch eine Woche Unterschied in der Briefpost bei Bestellung kommt. Diese Gunst der Lage besitzt Nordamerika auf der atlantischen Seite Südamerikas nicht, sie ist erst durch den Panamakanal geschaffen worden.

Aber auch die unverhältnismäßige Längenausdehnung Chiles (4200 km bei einer Durchschnittsbreite von 200 km) mußte die Nordamerikaner zu einer stärkeren Kapitalsanlage anreizen. Ganz besonders, wenn man bedenkt, daß die Verbindung des langgestreckten Gebietes mit der Eisenbahn nur von ganz untergeordneter Bedeutung ist und sich fast ausschließlich auf dem Seewege

vollzieht. Durch die besonderen klimatischen Verhältnisse wird der Norden fast ausschließlich auf die Salpeter- und Kupfererzeugung beschränkt, muß also alle landwirtschaftlichen und industriellen Gebrauchsgegenstände von auswärts beziehen. Da nun die Fracht nach Antofagasta von Valparaiso ungefähr soviel beträgt wie von New York, ist damit ein sehr starker Anreiz gegeben, daß diese Gebiete sich wirtschaftlich selbständig machen. Die Politik der großen amerikanischen Gesellschaften geht auch dahin, sämtliche Waren direkt von den Vereinigten Staaten zu beziehen und so mitten im fremden Lande eine amerikanische Kolonie anzulegen.

Im Süden Chiles, an der Magellanstraße, bestehen ja ähnliche Verhältnisse, die zur Folge haben, daß dieses Gebiet mit seiner bedeutenden Wollproduktion wirtschaftlich ganz nach Argentinien, Buenos Aires, hin tendiert, aber seine Bedeutung läßt sich in keiner Weise mit der des Nordens vergleichen.

Aber diese geographischen Erscheinungen der Lage allein erklären noch nicht den ganzen Umfang der Beziehungen zwischen Chile und den Vereinigten Staaten. Diese werden vielmehr bestimmt durch das Problem der Industrialisierung Chiles während und nach dem Weltkrieg. Dazu läßt sich zur historischen Erklärung sagen, daß Chile seine erste Blüte als Weizenland in der Zeit der Entdeckung der kalifornischen Goldfelder hatte, als irgendwelche Landwirtschaft im Westen der Vereinigten Staaten noch unbekannt war und jeder Transport vom Atlantischen Ozean um Südamerika herumgehen mußte. Seit dieser Zeit hat die chilenische Weizenerzeugung fast nicht zugenommen, was bei der Bevölkerungszunahme einen sehr starken Rückschritt bedeutet. Chile ist wohl überhaupt nicht in der Lage, in stärkerem Maße in Weizen auf dem Weltmarkt mit Argentinien, den Vereinigten Staaten und Kanada zu konkurrieren, und je intensiver die Landwirtschaft zu arbeiten gezwungen sein wird, desto weniger wird sie dazu in der Lage sein.

Der Reichtum Chiles vor dem Weltkriege beruhte auf der stets wachsenden Ausbeute seiner Bodenschätze, auch hier dürfte die Grenze bereits erreicht sein. Schon heute ist die kleinere Salpeter- und Kupferindustrie, die in den Händen von Chilenen sich befand, so gut wie ganz ausgeschaltet. Die großen Unternehmungen mit ihren großen Kapitalien, ihren durchrationalisierten Anlagen mit relativ wenigen Arbeitskräften beherrschen fast ausschließlich die Produktion. Sie sind aber wieder ganz von den Schwankungen des Weltmarktes und den großen internationalen Verbänden abhängig, die die Weltproduktion nicht über ein bestimmtes Maß anwachsen lassen wollen. So haben die Kupfer-

industriellen den Betrieb im Mai sofort eingeschränkt, als sie eine Überfüllung des Weltmarktes befürchteten. Auch die Salpeterindustrie scheint mit ihrer internationalen Konkurrenz, vor allem der deutschen und englischen Stickstoffindustrie, Bindungen eingegangen zu sein, die eine Begrenzung ihrer Produktion einschließen. Worin soll sich aber die chilenische Wirtschaft entwickeln? Das kann bei den klimatischen und geographischen Bedingungen Chiles in großem Maße nur die Industrie sein.

Der Aufschwung, den diese in den Kriegsjahren und der Nachkriegszeit genommen hat, ist ja sehr bedeutend gewesen. Durch den Schutz von hohen Zollmauern begünstigt, erzeugt sie fast den gesamten Verbrauch an billigeren Textilien, an Schuhen, Möbeln usw., an Rohstoffen, z. B. an Zement und einzelnen Chemikalien, und will auch jetzt die Stahlerzeugung in größerem Umfange aufnehmen.

Ermöglicht wird dieser Aufschwung durch das Klima, das z. B. in Santiago, dem Zentrum der Industrie, es auch einem europäischen Arbeiter ermöglicht, schwer körperlich zu arbeiten, da trotz der Breitenlage (etwa von Damaskus!) die Nächte auch im Hochsommer stets kühl und erfrischend zu sein pflegen. Im Süden, etwa in Valdivia, liegen die klimatischen Verhältnisse noch günstiger. Dazu verfügt Chile über sehr große Wasserkräfte im Süden und auch in Mittelmchile, über sehr große Kohlenschätze (bei Concepcion), über ausreichende Eisenerzvorkommen und ist landwirtschaftlich in der Lage, eine bedeutend größere Bevölkerung zu ernähren. Denn mit der heutigen Bevölkerung von 4 Mill. allein kann Chile wegen der Begrenzung des Absatzes eine entsprechende Industrie auf die Dauer nicht aufbauen. Doch sind durch die Nähe des Meeres Exportmöglichkeiten gegeben, und diese werden jetzt nach der endgültigen Erledigung des Streites um Tacna und Arica mit Peru wohl auch nach Kräften ausgebaut werden. Ebenso zielen die chilenischen Wünsche auf eine Zollunion mit Argentinien.

Ein großzügiger Ausbau der chilenischen Industrie bedarf aber einer starken Kapitaleinfuhr, und diese kann unter den gegebenen Umständen nur von den Vereinigten Staaten kommen. Das Problem für Chile ist also, ob es seinen wirtschaftlichen Ausbau auch dann durchführen soll, wenn dieser die Republik in die finanzielle und damit in die politische Abhängigkeit der Vereinigten Staaten bringen kann.

Ein kleines Vorkommnis mag dieses Problem beleuchten. Auf seiner letzten Reise durch Chile schlug der Präsident Hoover vor, die chilenische Gesetz-

gebung durch zwei Kommissionen überprüfen zu lassen. Das war, wenn auch nicht ausgesprochen, die Bedingung für größere Kredite, und beleuchtet die Offenheit, mit der die Nordamerikaner wirtschaftliche und politische Fragen verknüpfen.

Wenn die chilenische Regierung sich dennoch dazu entschlossen hat, den wirtschaftlichen Ausbau mit allen Kräften und unter Aufnahme sehr bedeutender öffentlicher Anleihen im Auslande in ihre Hand zu nehmen, so spricht daraus nicht nur ein starker Wille, Chiles Stellung in Südamerika aufrechtzuerhalten und auszubauen, sondern auch ein stolzes Selbstgefühl und ein festes Vertrauen in die Zukunft. Chile hatte vor etwa 30 Jahren fast ebensoviel Einwohner wie Argentinien, heute hat dieses mehr als doppelt so viel; ähnlich schnell ist die Bevölkerungszunahme in Südbrasilien gewesen, immer dank der europäischen Einwanderung. Wenn diese sich nun in stärkerem Maße nach Chile leiten ließe, so würde dieses Land bei seiner großen Ausdehnung, seinen ungeheuren Bodenschätzen und seinen natürlichen Vorteilen ebenfalls eine sehr große Entwicklung durchmachen. Dieser junge Staat kann das Problem der Überfremdung ganz anders und mit einer größeren Sicherheit betrachten, als etwa Deutschland mit seiner Raumnot und seiner Abhängigkeit vom Auslande in den ersten Lebenserfordernissen.

Aber auch Chile erkennt die Bedeutung dieses Problems nicht, und es empfindet dessen Schwere wie ganz Süd- und Mittelamerika. Denn seine Wurzeln liegen tiefer als nur im Wirtschaftlichen.

Es ist ein kulturelles Problem.

Wird Chile durch die Industrialisierung nicht schon allein „amerikanisiert“, ohne daß eine ausgesprochene politische und wirtschaftliche Beherrschung durch die Vereinigten Staaten notwendig wäre? Kann es, wie überhaupt Südamerika, seine Eigenart und Kultur bewahren, wenn es sich auf die Industrie umstellt? Und ist die Industrialisierung nicht allein schon ein Beweis dafür, daß die geistige Struktur Chiles sich bereits grundlegend verändert hat? Die Landwirtschaft als Trägerin der chilenischen Wirtschaft im vorigen Jahrhundert beruhte auf dem Großgrundbesitz, d. h. der Herrschaft einer kleinen Schicht spanischer Aristokratie über eine Mischrasse, in der wohl das europäische (spanische) Blut überwog, deren indianischer Einschlag aber nicht zu verkennen ist. Diese Landwirtschaft stellte aus ihren Gewinnen dann die Kapitalien zur Verfügung, die die Bodenschätze im Norden aufschlossen.

Die heutige Industrie wird fast ausschließlich von Ausländern geleitet oder

Söhnen von Einwanderern, nur in Valdivia sind es Deutsche, die bereits seit zwei Generationen im Lande wohnen. Gleichzeitig ist aber auch ein Wandel in der Weise eingetreten, daß nun die breiten Massen durch diese Industrialisierung gehoben worden sind. An die Stelle der kärglichen Bezahlung als „peon“, als Landarbeiter auf den großen Gütern (häufig nur ein ganz geringer Geldlohn von 25 Pfennigen, einem Essen von Bohnen und die Benutzung eines Stück Landes zur eigenen Bebauung) ist ein stets wachsender Lohn als Industriearbeiter getreten. Aus den Angestellten, den besseren Arbeitern und aus den mittleren Staatsbeamten bildet sich langsam ein Mittelstand, den es noch vor 30 Jahren nicht gab. Die großen Vermögen der Grundbesitzeraristokratie haben in dieser Zeit sehr gelitten, so daß die großen Güter immer mehr und mehr aufgeteilt werden oder in die Hände von Industrieführern übergehen.

Wird nun die chilenische Kultur, und Chile ist dabei nur ein Glied der gesamten südamerikanischen Entwicklung, diesen Wandel ihres sozialen Fundaments überstehen, oder wird sie die neuen Kräfte, sowohl die aufstrebenden eigenen Volksmassen wie die neueintreffenden Einwanderer zu durchdringen vermögen, wie sie das bisher vermochte, als sie aber noch auf viel sichereren Grundlagen stand?

Darüber ist man sich in Chile durchaus klar, daß Südamerika auf die Dauer der wirtschaftlichen und politischen Übermacht der Vereinigten Staaten nur dann zu widerstehen vermag, wenn man diese Frage bejahend lösen kann. Die Gefahr des nordamerikanischen Einflusses liegt ja darin, daß er zum mindesten im Anfange stets mit der Lockung ungeheuren Reichtums und Wohlergehens (prosperity!) auftritt und dem goldene Berge verspricht, der auf seine Eigenart verzichtet und sich ganz in den Dienst dieser überlegenen Macht stellt. Die Völker und Staaten sind genau so selten wie die Privatleute, die angebotene Kredite aus stolzem Selbstbewußtsein ausschlagen, um frei zu bleiben. Selbst wenn dann aus diesem vorübergehenden Wohlergehen eine goldene Kette wird!

Wenn Chile diese Gefahr einer goldenen Kette auf sich genommen hat, so ist es nicht allein das Vertrauen in die eigenen wirtschaftlichen Möglichkeiten, sich mit der Zeit dieser Kette wieder zu entledigen, sondern auch das Vertrauen in die kulturellen Kräfte der Nation.

Um diese Kräfte aber so weit wie möglich zu entwickeln, sucht es eine Anlehnung an das alte Europa, wo ja auch die Wurzeln der südamerikanischen Kultur liegen. Es ist auch kein Zufall, daß die chilenische Regierung dabei

sich vor allem an Deutschland gewandt hat, und durch die Berufung zahlreicher deutscher Gelehrter diesen kulturellen Austausch aufs stärkste gefördert hat. Deutschland erscheint den Chilenen, wie man aus dem Munde der führenden Männer immer wieder hören kann, nicht nur als das Land, das in Europa dem amerikanischen Materialismus am stärksten entgegengesetzt ist (das kommunistische Rußland spielt für Südamerika gar keine Rolle), sondern gleichzeitig als der Träger jenen Geistes, aus dem allein einmal die wirtschaftliche und damit politische Übermacht der Vereinigten Staaten in Südamerika überwunden werden kann. In diesem Urteil drückt sich die ganze Bewunderung für den Wiederaufbau Deutschlands nach dem Kriege und der Inflation aus.

GERHARD HERRMANN:

Amerikanische Wirtschaftsgeschichte)*

Es ist eine dankbare und erfreuliche Aufgabe, die deutsche Übersetzung dieses Standardwerkes anzuzeigen. Eine seit langem schmerzlich empfundene Lücke in der Wirtschaftsgeschichtsschreibung ist nun geschlossen. Der Herausgeber verspricht nicht zu viel, wenn er dieses Werk gleichzeitig als eine gelungene Einführung in die Wirtschaftsgeographie der U.S.A. bezeichnet.

Gerade für den Geopolitiker erweist sich die Betrachtung der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte als besonders aufschlußreich, lassen sich doch in der Geschichte dieses Kontinents — allenfalls noch in Australien — die rein geopolitischen Triebkräfte am reinsten herauschälen, ohne daß hierbei von der allein sinnvollen ganzheitlichen Betrachtungsweise abgewichen werden braucht. Alle jene nicht primär raumhaft bedingten und ausgelösten Kraftströme, seien sie religiöser oder dynastischer, rassenmäßiger oder traditioneller Natur, die die geopolitische Analyse und Prognose europäischer Entwicklungen so unendlich erschweren,

*) Harold Unterwood Faulkner, Amerikanische Wirtschaftsgeschichte, zwei Bände, XXIII, 480 und 588 Seiten. Carl Reißner Verlag, Dresden 1929. Preis gebunden M. 25.—.

Diese vom Verlag gut ausgestattete und flüssig übertragene Ausgabe gewinnt durch ein geschickt ausgewähltes Literaturverzeichnis und ein sehr sorgfältig zusammengestelltes Namen- und Sachverzeichnis von mehr als 80 Seiten Umfang sehr an Wert. Die Gliederung des Gesamtwerkes ist verblüffend klar und übersichtlich, die einzelnen Kapitel sind einigermaßen in sich geschlossen. Dem eiligen Benutzer ist es also leicht gemacht, rasch das Interessierende herauszufinden. Der Stil ist gewandt und lebendig. Zur Veranschaulichung werden geschickt zeitgenössische Quellen zitiert. Das Ganze ist auch dem „Laien“ ohne weiteres verständlich, ohne daß die Diktion etwa oberflächlich oder journalistisch wird, Vorzüge, die man leider in der meisten deutschen wirtschaftsgeschichtlichen Literatur vermißt.

fallen in der Siedlungs- und Wirtschaftsgeschichte Nordamerikas aus oder treten zum mindesten in die zweite Reihe. Von dem Augenblick an, wo der oft aus religiöser Bedrängnis aus der Heimat vertriebene Neuankömmling an der Küste Neuenglands oder Virginias gelandet war, hatte er innerlich und äußerlich alle Brücken zu seiner alten Heimat abgebrochen und sah sich einer terra incognita gegenüber, deren Gefahren er überwinden, deren ungehobene Reichtümer er gewinnen mußte, wollte er sich und seiner Familie eine neue Existenz aufbauen. Von dieser allmählichen Durchdringung des amerikanischen Kontinents, die mit der Gründung von Jamestown 1607 ihren Anfang nimmt und im wesentlichen um 1890, als das letzte freie Land vergeben ist, abschließt, handelt Faulkner.

Es macht den ungeheuren Reiz der Sozialwissenschaften, aber auch ihre Schwäche aus, daß sie nie zu „endgültigen“ Ergebnissen kommen können, nicht zuletzt, weil sie — aus dem Wesen des gesetzten Objekts heraus — die isolierende Methode nicht anwenden können. Tun sie es dennoch, verlieren sie rettungslos den Zusammenhang mit der konkreten Wirklichkeit, werden „akademisch“.

Hier nun zeigt sich die einzigartige und noch längst nicht genügend gewürdigte Bedeutung der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte für die geopolitische Betrachtungsweise: Ist doch hier einer der wenigen geschichtlichen Vorgänge, die gewissermaßen selbst in isolierender Methode verlaufen. Im Ablauf selbst tritt ein Faktor, hier der geopolitische, so übermächtig in den Vordergrund, daß alle übrigen vom Betrachter vernachlässigt werden können, ohne daß den Dingen Gewalt angetan wird. Dies geht so weit, daß geradezu aus der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung der geopolitische Begriffsapparat entwickelt werden kann.

Wenn auch Faulkner an seine Aufgabe als Historiker herangeht, so besitzt er doch geopolitischen Takt genug, um diese Zusammenhänge — besonders für die Zeit vor dem Bürgerkrieg, wo sie ja auch am offensten in Erscheinung treten — deutlich zu machen. Immerhin bliebe es noch eine sehr dankbare Aufgabe, auf Grund dieses reichen von Faulkner übermittelten Materials die Bedeutung der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte als geopolitisches Schulbeispiel systematisch herauszuarbeiten.

Bald nach der Besiedlung des Küstenstrichs in den ersten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts bildeten sich an den Flußläufen aufwärts Wachstumsspitzen der Besiedlung und Bebauung, da ja hier die Siedler viel schneller und bequemer in das Innere vordringen konnten als durch die Waldungen. Diese Entwicklung war in Virginia noch viel ausgeprägter als in den Neuenglandstaaten. Denn während hier die Farmen bald mehr oder weniger autarken

Charakter trugen und so an günstigen Absatzwegen weniger interessiert waren, entwickelte sich in Virginia von Anfang an der Tabak als Monokultur. Die Notwendigkeit billiger Absatz- und Bezugswege zwang daher die Tabakpflanze in unmittelbare Nähe der Flußläufe.

Bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts war dann das Küstengebiet allmählich in Besitz genommen worden, bis schließlich die sogenannte „Falllinie“, jene Linie, in der die Wasser des Appalachengebirges hinab in die Küstenebene stürzten, Halt gebot. Zur Zeit des Unabhängigkeitskrieges wurden dann auch die Appalachen selbst überschritten. In den folgenden Jahrzehnten ergoß sich schließlich ein wachsender Bevölkerungsstrom in die westlichen Gebiete und überschritt den Mississippi. Ende der vierziger Jahre änderte sich dieser Bewegungsrhythmus, als im Zusammenhang mit der Entdeckung von Goldlagern in Kalifornien eine rapide Besiedlung dieses Staates, überwiegend von der Seeseite her, einsetzte und sich nun zwei Besiedlungsströme, einer vom Pazifik her nach Osten, der andere vom rechten Mississippiufer nach Westen zu bewegten, um in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ineinander überzugehen, bis schließlich um 1890 überhaupt alles freie Land vergeben war.

Der geopolitisch interessanteste Zug an dieser wirtschaftlichen Erschließung ist jenes einzigartige Phänomen des Wandels der Grenze, der räumlich und zeitlich zu verstehen ist. Als erster zog der Fallensteller und Pelzjäger in die Wildnis, ihm folgte der Viehzüchter, an den sich seinerseits der Farmer mit mehr oder weniger extensiver Bewirtschaftung anschloß. Den Beschluß machten schließlich Städte von kommerzieller oder industrieller Eigenart, je nach den Voraussetzungen des Bodens. Entsprechend gab es dann eine Grenze des Jägers, des Viehzüchters, des Farmers, die sich ständig westwärts verschob, im selben Maße, wie aus dem Hinterland nachgedrängt wurde, da der Boden den üblichen Raubbau nicht mehr gestattete. Jene durch mehr als zwei Jahrhunderte bestehende Grenze, deren Wandel jeden Fleck des Landes einmal zur Grenze werden ließ, hat entscheidenden Einfluß auf die Ausbildung einer spezifisch amerikanischen Mentalität gehabt, sind doch gerade die aktivsten Elemente an die Grenze gezogen, um den Kampf mit der Wildnis und den Indianern aufzunehmen, eine jahrhundertlange Auslese, die Wagemut, Aktivität und Optimismus zu den heute noch typischen Eigenschaften des Amerikaners gemacht hat.

KARL HAUSHOFER

UND DAS WACHSTUM MEINES VERLAGES

1923 Südostasiens, Wiederaufstieg zur Selbstbestimmung in Haushofer-März, Zum Freiheitskampf in Südostasien / Oktav / 503 Seiten / Leinen M. 10.—

1924 Einführung zu: Al. Carhill / Verlorene Herrschaft (Wie England Indien aufgab) / Deutsch von Martha Haushofer / Oktav / 314 Seiten / 1 Karte / Leinen M. 8.—

1925 Geopolitik des Pazifischen Ozeans / Studien über die Wechselbeziehungen zwischen Geographie und Geschichte / Oktav / XVI und 452 Seiten / 16 Karten und Skizzen / Leinen M. 15.—

Einführung zu: James Fairgrieve / Geographie und Weltmacht / Eine Einführung in die Geopolitik / Deutsch von Martha Haushofer / Oktav / 428 Seiten / 67 Karten und Skizzen / Leinen M. 12.—

1927 II. ergänzte Auflage der „Geopolitik des Pazifischen Ozeans“ / Oktav / XVI und 470 Seiten / 17 Karten und Skizzen / Leinen M. 15.—

Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung / Oktav / XVI und 344 Seiten / 32 Skizzen / Leinen M. 18.—

Einführung zu: Nearing-Freeman / Dollar-Diplomatie / Eine Studie über amerikanischen Imperialismus / Deutsch von Paul Fohr / Oktav / 476 Seiten / 11 Skizzen / Leinen M. 15.—

1928 Mitarbeit an: Bausteine zur Geopolitik [von Karl] Haushofer / Erich Obst / Hermann Lautensach / Otto Mauß, Herausgebern der „Zeitschrift für Geopolitik“ / Oktav / 350 Seiten / Mit 20 Skizzen / Leinen M. 7.50

Rheinische Geopolitik in: Der Rhein / Sein Lebensraum, sein Schicksal / Herausgegeben von Karl Haushofer / Kurt Wiedenfeld und — in Verbindung mit Hermann Oncken — Paul Wentzcke / I. Band: Erdraum und Erdkräfte / Erstes Buch: Physik des Lebensraumes / 1. Teil / Großoktav / 244 Seiten / Mit 27 Zeichnungen im Text, 11 Profilen auf Tafeln und 2 mehrfarbigen Tafeln / Leinen M. 30.—

Einführung zu: Hans Kohn / Geschichte der nationalen Bewegung im Orient / Großoktav / XI und 378 Seiten / 16 Skizzen / Leinen M. 24.—

Einführung zu: Gustav Amann / Sun Yatsens Vermächtnis / Geschichte der chinesischen Revolution / Oktav / XXVI und 272 Seiten / 18 Abbildungen, 2 Karten / Leinen M. 8.50

1929 Einführung zu: Heinrich Gattineau / Verstädterung und Arbeiterherrschaft / Ergebnisse einer kritischen Betrachtung der australischen Verhältnisse (4. Beiheft zur „Zeitschrift für Geopolitik“) / Oktav / 246 Seiten / 8 Skizzen / Kart. M. 8.50 / Leinen M. 9.50

Verlangen Sie die verbilligten Sonderausgaben für Bezieher der „Zeitschrift für Geopolitik“

KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.

EINE GROSSTAT DEUTSCHER MUSIKWISSENSCHAFT

nennt die Saarbrücker Zeitung das neue von Herrn Professor Dr. Ernst Bücken-Köln herausgegebene „Handbuch der Musikwissenschaft“ / Mit etwa 1300 Notenbeispielen und etwa 1200 Bildern / Gegen monatliche Teilzahlungen von nur 4 Gmk. / Dieses Werk ist eines der schönsten und wertvollsten seiner Art und durch das Erscheinen in Lieferungen in seiner Anschaffung wesentlich erleichtert

Man verlange ausführliche Angebote und Ansichtssendung No. 51b

Artibus et literis, Gesellschaft für Kunst- und Literaturwissenschaft, Potsdam



DR. COLIN ROSS

DIE WELT AUF DER WAAGE

Der Querschnitt von 20 Jahren Weltreise

190 Seiten. Geheftet M 3.25, Leinen M 4.—

Aus dem Vorwort:

.... Je mehr ich aber reiste, desto mehr erlebte ich, daß die Veränderungen in der Struktur des Weltbildes noch viel tiefer gingen, als ich vermutet hatte, daß nicht nur der Krieg sie verschuldet hatte, sondern daß ihre Wurzeln weiter zurückreichten. Ich sah, daß es sich um eine Entwicklung handelte, die schon vor dem Kriege eingesetzt hatte, die sich aber nur durch diesen so hypertrophisch entfaltete. Wenn auch infolge des Trägheitsgesetzes das Leben der Völker teilweise wieder in die Formen der Vorkriegszeit zurückflutete, so konnte das den, der die Welt vor und nach dem Krieg gesehen, nicht dazu verleiten, daß wir inmitten einer der schwerwiegendsten Krisen der Menschheit stecken, daß wir eine ganz große Wandlung durchmachen. Diese Wandlung habe ich bereits in meinen bisher erschienenen Reisebüchern zu gestalten versucht. Bruchstückweise, wie ich es erlebte, zeichnete ich darin die Umstellung der Rassen, vor allem in ihrem Verhältnis der weißen gegenüber. Ich hatte die Genugtuung, daß Voraussagungen, die ich vor zehn, vor fünf Jahren ausgesprochen hatte, inzwischen eintrafen. So bekam ich die Überzeugung von einer gewissen intuitiven Begabung für die Beurteilung weltpolitischer Entwicklungen.

.... Auf diese Weise nahm dieses Buch mit jeder Reise immer bestimmtere Gestalt an. Die eigentliche Niederschrift der in mir bereits klar formulierten Gedanken aber verschob sich von Jahr zu Jahr

So sind meine Erlebnisse in allen Weltteilen die Grundlagen dieses Buches. Allerdings in weit höherem Maße als in allen meinen bisherigen Büchern habe ich neben den äußeren Erlebnissen die inneren herangezogen ... Wenn ich dieses Buch „Die Welt auf der Waage“ nenne, so bin ich mir bewußt, daß das Resultat von dem angewandten Gewichtssatz abhängig ist. Ich behaupte nur, daß sich der heute anzuwendende Gewichtssatz gegenüber dem von gestern geändert hat, nicht daß der meinige der richtige oder gar der allein richtige ist. Aber es ist ja bereits viel gewonnen, wenn wir uns nur bewußt werden, daß wir die Summe der überkommenen Vorstellungsbilder von der Welt überhaupt auf die Waage legen müssen und uns nicht mit dem begnügen, was sie für eine vergangene Zeit wogen

DIE REISEWERKE VON DR. COLIN ROSS:

1. SÜDAMERIKA, die aufsteigende Welt. 5. Auflage Geheftet M 7.—, in Ganzleinen M 9.—
2. DER WEG NACH OSTEN. Reise durch Rußland, Ukraine, Transkaukasien, Persien, Buchara und Turkestan. 2. Auflage Geheftet M 6.30, in Halbleinen M 8.—
3. DAS MEER DER ENTSCHEIDUNGEN. Beiderseits des Pazifik. 3. Auflage Geheftet M 7.—, in Ganzleinen M 9.—
4. HEUTE IN INDIEN. 2. Auflage. Geheftet M 7.—, in Halbleinen M 9.50
5. DIE ERWACHENDE SPHINX. Durch Afrika vom Kap nach Kairo. 5. Auflage Geheftet M 7.—, in Ganzleinen M 9.50
6. MIT KAMERA, KIND UND KEGEL DURCH AFRIKA. 4. Auflage. Geheftet M 3.25, in Ganzleinen M 4.—

Prospekte kostenlos und unverbindlich

F. A. BROCKHAUS / LEIPZIG